Deutsche Architektur

9. Jahrgang · Berlin · März 1960 Heft 3

Deutsche Architektur

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Heft 3 1960

Großbaustelle Zentrum Berlin

Paul Verner

Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees und Erster Sekretär der Bezirksleitung Groß-Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die Werktätigen der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik gehen in das neue Jahr, das zweite Jahr des Siebenjahrplanes, mit der Gewißheit, die weitgesteckten Aufgaben mit Elan und noch größerer Tatkraft zu meistern, um einen weiteren mächtigen Sprung zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe zu tun. Zu den großen Zielen, die wir im kommenden Jahr in der Elektroindustrie, im Maschinenbau, im Wohnungs- und Industriebau, in der Konfektion und in den tausend kleinen Dingen des täglichen Lebens erreichen müssen, tritt noch eine große Aufgabe hinzu: der Aufbau des Zentrums Berlins.

Die Voraussetzungen sind geschaffen

Es ist kein Geheimnis, daß die Berliner und viele Menschen, die aus nah und fern zu uns in die Hauptstadt kamen, oft fragten, wann denn das Zentrum Berlins wiederaufgebaut werden würde. Sie freuten sich mit uns über die Stalinallee und die vielen neuen Wohnsiedlungen und ärgerten sich — auch mit uns — über die Baulücken und die weiten leeren Flächen im Stadtinnern. Jedermann wird aber verstehen, daß es zunächst darauf ankam, die Wirtschaft maximal zu entwickeln und an Stelle der durch den Hitlerkrieg zerbomten Wohnungen den werktätigen Menschen neue Wohnungen zu schaffen. Beide Aufgaben wurden erfolgreich gelöst. Die Industrieproduktion im demokratischen Berlin ist gegenüber dem Vorkriegsstand (1936) auf das Zweieinhalbfache angewachsen, und die Bevölkerung der Hauptstadt erhielt seit 1949 bis einschließlich 1959 224500 neue und wiederhergestellte Wohnungen, davon allein im Jahre 1959 rund 11000.

In der Tat, die Bevölkerung der Hauptstadt beschließt das Jahr 1959 mit guten Erfolgen und einem kraftvollen Schritt vorwärts. Die Werktätigen des demokratischen Berlins schufen im vergangenen Jahr für über 4,5 Milliarden DM Werte in der Industrie. Das sind für 530 Millionen DM mehr Erzeugnisse als im Jahre 1958.

Durch die schöpferische Arbeit und die Anstrengungen der Arbeiterklasse, der Intelligenz und der werktätigen Bauern ist das Leben leichter, schöner und reicher geworden. Dadurch wurden auch die wichtigsten Voraussetzungen für den planmäßigen Aufbau des Zentrums von Berlin als Hauptstadt unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates geschaffen.

V. Parteitag gab den Auftakt

Den Auftakt für den Aufbau des Zentrums unserer Hauptstadt gab der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Er beschloß, die architektonische Hauptgestaltung in den Straßenzügen — Fortsetzung Stalinallee bis Alexanderplatz, der Aufbau wird 1960 begonnen, Alexanderplatz, Rathausstraße, Marx-Engels-Platz und Straße Unter den Linden — bis 1965 durchzuführen, mit Ausnahme des zentralen Gebäudes am Marx-Engels-Platz. Genosse Walter Ulbricht erklärte dazu: „Bei der Gestaltung des Zentrums ist auszugehen von der politischen Bedeutung Berlins als der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik und künftigen Hauptstadt eines friedliebenden demokratischen Deutschlands. Die Architektur des Zentrums soll den siegreichen Ideen des Sozialismus entsprechen."

Modell des Entwurfes des Kollektivs Dipl.-Ing. Gerhard Kosel, Prof. Hanns Hopp, Architekt BDA Hans Mertens — Blick von Nordwesten

Diese Aufgabenstellung bildete die Grundlage für die Ausschreibung des Wettbewerbes für den Aufbau des Stadtzentrums Berlins, der im Oktober 1958 gemeinsam von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und vom Magistrat von Groß-Berlin ausgeschrieben wurde und an dem sich Städtebauer und Architekten aus der Deutschen Demokratischen Republik und aus den sozialistischen Ländern beteiligten. Zum Abschluß des Wettbewerbes waren 56 Entwürfe eingereicht worden, die für die weitere Entwicklung des Städtebaus und der Architektur ohne Zweifel von Bedeutung sind. Die Entwürfe wurden eingehend analysiert und die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen. Die Bevölkerung beteiligte sich sehr rege an der Diskussion über die eingereichten Vorschläge. Nunmehr wird es die Aufgabe sozialistischer Arbeitsgemeinschaften sein, den endgültigen Entwurf für den Aufbau des Zentrums auszuarbeiten.

Die Gestaltung des Zentrums

Der Aufbau des Zentrums der Hauptstadt unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates ist eine ebenso komplizierte wie auch schöne Aufgabe. Bei der Bebauung des Berliner Zentrums gilt es, die siegreichen Ideen des Sozialismus, das Leben des Volkes in Frieden, Glück und Wohlstand in einem großangelegten Werk der Stadtbaukunst und Architektur so überzeugend darzustellen, daß es die Werktätigen mit Zuversicht und Kraft, Mut und Begeisterung erfüllt.

Der Aufbau des Zentrums verlangt weiter eine klare Gliederung und wohldurchdachte Struktur. Er muß großzügig und weiträumig sein, eine aufgelockerte Bebauung, breite Straßen und genügend große Grünflächen als Lungen der Stadt haben. Diesen Gesichtspunkten wird der vom Kollektiv der Diplomingenieure Kosel und Professor Hopp sowie des Architekten Mertens eingereichte Entwurf am besten gerecht. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, die sicherlich der Diskussion wert sind, widerspiegelt dieser Entwurf die Kraft und die Autorität der Deutschen Demokratischen Republik und bringt die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber den vergangenen Epochen der gesellschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck und verleiht ihr baulich Ausdruck.

Das Stadtzentrum muß so gestaltet sein, daß es sich seiner Bedeutung gemäß heraushebt und zugleich ein harmonisches Ganzes bildet. Dabei ist der historisch gegebene Massenaufbau von großer Bedeutung. Der gesamte, sich vom Marx-Engels-Platz bis zum Alexanderplatz und zwischen Liebknechtstraße und Rathausstraße erstreckende Bereich ist als einheitlicher Raum aufzufassen. Für den Bereich des Zentrums besteht die wichtigste Aufgabe darin, den Marx-Engels-Platz als den Zentralen Platz, als Marx-Engels-Forum, zum Herzstück des gesamten Stadtgebietes von Groß-Berlin zu machen. Das zentrale Gebäude am Marx-Engels-Forum, in dem die Volkskammer und der Ministerrat ihren endgültigen Sitz finden werden, soll seiner gesellschaftlichen und städtebaulichen Bedeutung entsprechend eine neue, das Stadtzentrum bestimmende Höhendominante erhalten, die aus allen Himmelsrichtungen weithin sichtbar ist. Vor dem Gebäude mit der Blickrichtung auf den Platz wird ein Denkmal für die größten Söhne des deutschen Volkes, Karl Marx und Friedrich Engels, errichtet. Zur Gestaltung dieses Forums werden in den nächsten Jahren die Süd- und Westfront des Marx-Engels-Platzes durch repräsentative Neubauten geschlossen und die Wiederherstellung des Alten Museums in der ursprünglichen Form beendet. An der Ostseite des Platzes, jenseits der Spree, soll noch im Siebenjahrplan mit den Vorbereitungsarbeiten zum Bau des zentralen Gebäudes begonnen werden.

In diesem Zusammenhang muß unbedingt ein Wort zu den Spekulationen und dem völlig unnützen Geschrei über den Dom gesagt werden. Das ist um so notwendiger, als einige sture Klopffechter des kalten Krieges die freie, schöpferische Arbeit der Wettbewerbsteilnehmer am Aufbau des Zentrums zur Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und ihre Hauptstadt auszunutzen versuchen.

Modell des Entwurfes des Kollektivs Dipl.-Ing. Gerhard Kosel, Prof. Hanns Hopp, Architekt BDA Hans Mertens — Blick von Südwesten

Uns geht es darum, das Stadtzentrum aufzubauen, und davon wird der Dom weder in der einen noch in der anderen Weise berührt. Die Frage des Domes steht überhaupt nicht.

Es ist weiter vorgesehen, daß die Hauptgestaltung des Alexanderplatzes bis Ende 1965 abgeschlossen und das Haus des Lehrers an seinem traditionellen Standort neu errichtet wird. In der Rathausstraße, in unmittelbarer Beziehung zum Alexanderplatz, soll ein modernes, weltstädtisches Kaufhaus gebaut werden.

Wiederaufbau des Berliner Forums

Was schließlich die Straße Unter den Linden betrifft, so wird unter Wahrung des Linden-Statuts das Berliner Forum, das das Museum für Deutsche Geschichte, die Neue Wache, das Universitätsgebäude, die „Kommode", das Opernhaus und andere Gebäude umfaßt, wiederaufgebaut. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat sich auch damit beschäftigt, wie die Neue Wache sinnvoll und zweckentsprechend genutzt werden kann. Bekanntlich ist die von K. F. Schinkel im Jahre 1816 bis 1818 geschaffene Neue Wache mit vielen Kosten durch den Magistrat wiederaufgebaut worden.

Ausgehend von der konsequenten Politik zur Erhaltung des Friedens und den Interessen unserer Nation, die von den in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen, von der Volkskammer und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vertreten wird, schlägt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands dem Magistrat von Groß-Berlin vor, die Neue Wache als schlichtes Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus zu gestalten und der Öffentlichkeit zu übergeben.

Wir sind auch der Meinung, daß die restaurierten Standbilder von Blücher, Gneisenau, Scharnhorst und York, die im Befreiungskrieg 1813/14 gegen die napoleonische Fremdherrschaft eine fortschrittliche Rolle spielten, im Bereich des Berliner Forums aufgestellt werden. Am zweckmäßigsten eignet sich dafür die Grünanlage vor dem Verwaltungsgebäude der Staatsoper.

Sicherlich ist es angebracht, dazu ein Wort der Begründung zu sagen. Im Befreiungskrieg 1813/14 warf das Volk das Joch der napoleonischen Fremdherrschaft ab. Dieser nationale Befreiungskrieg trug einen sehr widerspruchsvollen Charakter. Auf der einen Seite standen die echten Bestrebungen des Volkes nach Einheit und Freiheit, auf der anderen Seite die egoistischen und reaktionären Interessen von Fürsten und Junkern, die das deutsche Volk um die Früchte des Sieges betrogen und an die Heilige Allianz verrieten. Dennoch bleibt der Befreiungskrieg gegen Napoleon eine der ruhmreichen Seiten in der Geschichte des deutschen Volkes. Diese Gedanken sind es, die uns veranlassen, diesen Vorschlag dem Magistrat und der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Das ist unser Recht, heute sind wir es, die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, ihre führende Kraft, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Nationale Front, die als Bannerträger im Kampf gegen den Militarismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher, friedliebender und demokratischer Staat der deutschen Nation vorangehen.

Was schließlich den Bereich zwischen Friedrichstraße und Brandenburger Tor betrifft, so werden in diesem Teil der Straße Unter den Linden Botschafts- und Verwaltungsgebäude errichtet werden, mit der Maßgabe, in den Erdgeschossen der Verwaltungsgebäude moderne Ladengeschäfte einzubauen.

Großer Schritt zu neuer Architektur

Nachdem am Vorabend des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik der Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Genosse Friedrich Ebert, den Grundstein für den weiteren Aufbau unserer Hauptstadt legte, beginnt

in diesem Jahr die Bebauung des Zentrums in der Fortsetzung der Stalinallee vom Strausberger Platz bis Alexanderplatz. Die Gesamtgestaltung dieses Abschnittes soll bis Ende 1961 abgeschlossen werden.

Für die Gestaltung dieses zweiten Abschnittes der Stalinallee waren folgende Grundsätze maßgebend:

Die Stalinallee ist vom Strausberger Platz bis zum Alexanderplatz in der Weise fortzuführen, daß ein geschlossenes Ensemble dieser Magistrale von der Proskauer Straße bis zum Alexanderplatz geschaffen wird.

Entsprechend den Thesen der Deutschen Bauakademie soll in der Fortsetzung der Stalinallee und südlich und nördlich davon ein Wohnkomplex entstehen, der ein gesundes und familiengerechtes Wohnen gewährleistet und das Zusammengehörigkeitsgefühl und Zusammenleben der Menschen im Sozialismus fördert. Der Wohnkomplex muß eine gesellschaftliche Einheit bilden.

Es ist weiter eine klare Trennung der Funktionen, wie zum Beispiel der Wohnung vom Laden und von der Dienstleistung, vorzunehmen. Die Forderung des sozialistischen Handels nach großflächigen Verkaufsräumen und unbehinderter Zulieferung muß Berücksichtigung finden.

Der Straßenraum soll entsprechend der Zentrumsnähe so verbreitert werden, daß die Wohngebäude einen größeren Abstand von der Straße erhalten, um damit die Einflüsse des Verkehrs auf die Wohngebäude wesentlich herabzusetzen.

Die architektonische Gestaltung muß von den Fortschritten und den neusten Erkenntnissen der Industrialisierung und der Technik im Bauwesen ausgehen.

Die vom Kollektiv des Vizepräsidenten der Deutschen Bauakademie, Professor Collein, und Dipl.-Ing. Dutschke vom VEB Hochbauprojektierung I Berlin ausgearbeitete städtebauliche Konzeption für die Fortsetzung der Stalinallee stellt in der Weiterentwicklung des Städtebaus einen Fortschritt dar. Der kürzlich vom Magistrat bestätigte Entwurf für die architektonische Gestaltung der Stalinallee zwischen Strausberger Platz und Alexanderplatz, der von den neusten Erkenntnissen der Industrialisierung und fortgeschrittenen Technik im Bauwesen ausgeht, ist ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer neuen Architektur.

Wir sind gewiß, daß die Berliner Bevölkerung dem Verfasser dieses Entwurfs, Dipl.-Ing. Kaiser, mit seinem Kollektiv

Entwurf des Kollektivs Kosel — Hopp — Mertens

Bebauungsplan 1 : 10 000
1 Marx-Engels-Haus mit Volkskammer, Ministerpräsident, Nationalrat — 2 Marx-Engels-Institut — 3 Erweiterung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — 4 Haus des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes — 5 Massenorganisationen — 6 Außenministerium — 7 Staatliche Plankommission — 8 Vereinigung volkseigener Betriebe mit Ausstellungsräumen — 9 Magistrat von Groß-Berlin — 10 Regierungshotel — 11 Haus der Künste — 12 Neue Akademie der Wissenschaften — 13 Neue Deutsche Bauakademie — 14 Institut für Dokumentation — 15 Halle der Massenveranstaltungen — 16 Ausstellungspavillon — 17 Schaufenster der Republik (Kaufhäuser) — 18 Modezentrum — 19 Kaufhaus am Alexanderplatz — 20 Läden, Gaststätten und Büros — 21 Hotel am Roten Rathaus — 22 Hotel am Alexanderplatz — 23 Gaststätten — 24 Turm mit Gaststätte

hauptsächlich junger Mitarbeiter, den Architekten Aust, Deutschmann, Ditschel, Herold, Heinrich, Lehmann, Lochmüller, Sieber, Wolf, Wunderlich sowie den Ingenieuren Hemmer, Linde, Lindecke und Knuth, für diese im ganzen gelungene Leistung Zustimmung und Anerkennung zollen wird. Sicherlich wird dieses neue sozialistische Wohnensemble in der Deutschen Demokratischen Republik und über deren Grenzen hinaus Beachtung finden.

Herzensangelegenheit der ganzen Deutschen Demokratischen Republik

Es ist also soweit. Die konstruktiven und architektonischen Voraussetzungen sind geschaffen. Jetzt kommt alles darauf an, die erste Phase des Aufbaus des Zentrums mit aller Kraft und Energie zu verwirklichen.

Der Aufbau des Zentrums unserer Hauptstadt ist die Herzensangelegenheit aller Berliner, der Bevölkerung unserer Republik, und — wir sind sicher — er findet das Interesse aller deutschen Patrioten.

Wem schlägt das Herz nicht höher bei dem Gedanken, daß der Aufbau einer schönen, der Deutschen Demokratischen Republik und der deutschen Nation würdigen Hauptstadt zügig vorangeht? Hier liegt eine bedeutende Aufgabe der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, dem Aufbau des Zentrums Berlins jede ideelle und materielle Hilfe und Unterstützung zu geben. Einmal dadurch, daß der Aufbau Berlins der Bevölkerung nahegebracht wird, und zum anderen dadurch, daß das Nationale Aufbauwerk der kommenden Jahre sinnvoll in den Aufbau eingeordnet wird, vor allen Dingen, was den Schulneubau und die Verschönerung der Stadt betrifft.

Komplizierte Aufgaben gilt es zu lösen

Vor allen Bauschaffenden, vor den Architekten, Ingenieuren und Ökonomen stehen komplizierte Aufgaben. Sie haben eine große Zukunft, und wir möchten ihnen Mut zu kühnen Konstruktionen und großartigen architektonischen Lösungen machen, die dem Lebensbild der sozialistischen Ordnung entsprechen und ihr würdig sind. Wir werden diese Aufgabe erfolgreich meistern, wenn wir eine breite Wettbewerbsbewegung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität entfalten, wenn wir auf den Baustellen und in den Projektierungsbüros alle schöpferischen Kräfte in Brigaden der sozialistischen Arbeit und in sozialistischen Arbeitsgemeinschaften zusammenfassen und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Bauwesen und in der Baustoffindustrie durchsetzen.

Unsere Baustellen verwandeln sich immer mehr in Montageplätze. Um so notwendiger ist es, alle Arbeiten in höchster Präzision und Qualität auszuführen. Jeder Bauarbeiter, Brigadier, Meister, Ingenieur und Architekt muß die Qualität zu seiner eigenen Sache machen und sich persönlich dafür verantwortlich fühlen. Und dann, mehr Sorge um die Baustoffe und um die Arbeitszeit. Wieviel Kies wird heute noch unnötig verplempert, wieviel Säcke Zement werden vergeudet, wieviel Glas geht zu Bruch und wieviel kostbare Arbeitsstunden gehen noch verloren. Mit diesen Erscheinungen darf und kann sich niemand abfinden. Hier haben die Werkleitungen, die Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Organisationen zusammen mit allen Bauschaffenden noch ein großes Stück Arbeit für eine gute Organisation des Bauplatzes und eine hervorragende Arbeitsordnung zu leisten.

Das industrielle Bauen erfordert in hohem Maße einen konkreten Ablaufplan für alle Bauaufgaben und eine strenge Graphik in der Zulieferung der notwendigen Materialien. Das Takt- und Fließverfahren muß dabei breit zur Anwendung gelangen. Beim Aufbau des Zentrums ist deshalb streng nach dem Grundsatz zu verfahren, die Bauobjekte nach bestimmten Schwerpunkten zusammenzufassen und die einzelnen Bauten unter Einsatz der notwendigen technischen und materiellen Mittel sowie von Arbeitskräften in kürzester Frist zu errichten und vollständig fertigzustellen. Auch die Bauschaffenden der Tiefbaubetriebe, des Straßenbaus, des Versorgungsnetzes und der Grüngestal-

tung haben beim Aufbau des Zentrums große Aufgaben und müssen durch ihre gute Arbeit die Voraussetzungen zur Durchführung der Hochbaumaßnahmen schaffen.

Es geht nicht nur um die Errichtung von Gebäuden

Jeder erkennt, daß es sich hier um ein wahrhaft großartiges Programm und eine immense Aufgabe für alle Bauschaffenden und die ganze Berliner Bevölkerung handelt. Doch im Gegensatz zu den Architekten und Baumeistern kapitalistischer Hauptstädte, die durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, durch Profitgier und vieles andere in ihrer schöpferischen Arbeit gefesselt sind, bietet unsere sozialistische Gesellschaftsordnung und ihre Planwirtschaft den Bauschaffenden praktisch unbegrenzte Möglichkeiten für eine klug durchdachte, wissenschaftliche Lösung aller Probleme des Aufbaus unserer Hauptstadt.

Es geht doch beim Aufbau unseres Stadtzentrums nicht nur um den Bau von Gebäuden, sondern es geht gleichzeitig um die Lösung so wichtiger Fragen wie Besiedlungsdichte, Arbeitsstätten, Transport, Einbeziehung und Nutzung der Natur und so weiter. Es kommt weiter auf die Herausarbeitung eines richtigen Verhältnisses zwischen der Arbeit, dem Wohnen, dem kulturellen Leben und der Erholung des Menschen an, die ja zusammen das Leben in einer Stadt ausmachen. So soll zum Beispiel die maximale Einwohnerdichte im gesamten Stadtgebiet 400 Einwohner auf den Hektar nicht überschreiten. Sie darf im Zentrum höchstens 500 Einwohner je Hektar betragen, während sie bei der alten kapitalistischen Bebauung bei 1200 Einwohnern und mehr je Hektar lag.

Ein ebenso wichtiges und kompliziertes Problem sind die Verkehrs- und Transportfragen. Bei der Ausarbeitung der Verkehrsplanung wurde davon ausgegangen, daß in der Perspektive auf fünf Einwohner ein motorisiertes Fahrzeug kommt. Das bedeutet unter anderem, daß der Hauptverkehrsplatz Berlins, der Alexanderplatz, so gestaltet werden muß, daß er einen Verkehrsfluß von 10000 Kraftfahrzeugen je Stunde zuläßt.

Konsequent und zielstrebig

In den nächsten Jahren wird das Zentrum Berlins zu einem großen Bauplatz werden. Manche Unbequemlichkeit und manche Umleitung wird man in Kauf nehmen müssen. Aber welcher Berliner, welcher Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, welcher deutsche Patriot wird sich nicht darüber freuen, daß die Hauptstadt des deutschen Staates, dessen vornehmstes Ziel der Frieden, das Glück und der Wohlstand seiner Bevölkerung ist, schöner denn je aufgebaut wird? Der Aufbau unserer Hauptstadt drückt zugleich den tiefen Glauben in die Kraft unserer Menschen aus, Entspannung und Verständigung zu erzwingen und den Frieden im Kampf gegen den Militarismus zu erhalten.

Jeder möge daher verstehen, daß der Aufbau des Zentrums unserer Hauptstadt ein wichtiger Abschnitt des großen Kampfes um den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und um den Frieden ist. Seine planmäßige Durchführung und Vollendung wird das Ansehen und die Autorität unseres Staates und unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung weiter stärken und seine Wirkung auf Westberlin und Westdeutschland nicht verfehlen. Nur so sind die Hilferufe Westberliner Blätter und Politiker an Bonn zu verstehen, die lauthals schreien: „Wir müssen uns beeilen, daß wir die ersten sind, denn der Osten will es bis 1965 geschafft haben. Wenn sie drüben mit dem Bauen einmal angefangen haben, ist es für uns zu spät; oder wollen wir, daß spätere Generationen mit dem Finger auf uns zeigen?" Warum diese Nervosität, warum dieses hysterische Geschrei? Wir haben gar nichts dagegen, daß man in Westberlin und Westdeutschland den Menschen schöne und billige Wohnungen baut und ganze Stadtteile errichtet. Das ist tausendmal sinnvoller als die Frontstadtpolitik der herrschenden Kreise in Westberlin und die automare Aufrüstung in Westdeutschland.

Was aber uns angeht, so werden wir den Aufbau des Zentrums von Berlin konsequent und zielstrebig, entsprechend dem Beschluß des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dem Gesetz über den Siebenjahrplan, bis 1965 durchführen.

Wir rufen alle Menschen guten Willens

Als wir vor 15 Jahren vor den haushohen Trümmern des verfluchten Hitlerkrieges standen, riefen wir den Menschen zu: Ran an die Klamotten! Und die Bevölkerung griff mit aufgekrempelten Hemdsärmeln zu und schuf sich ein neues Leben.

Heute, an der Schwelle des Jahres 1960, rufen wir allen Menschen guten Willens zu: Ran an den Aufbau des Zentrums unserer Deutschen Demokratischen Republik, wo für ganz Deutschland der Frieden und die Freiheit, der Humanismus und Sozialismus seine Hauptstadt haben.

Vom Frankfurter Tor zum Brandenburger Tor

Jetzt ist es soweit, daß wir mit dem Aufbau des Zentrums unserer Hauptstadt beginnen können! Der Weg, den wir aus den Trümmern des zweiten Weltkrieges bis heute zurückgelegt haben, war schwer und mühevoll. Um so größer und berechtigter sind heute Vertrauen, Zuversicht und Stolz, da die Voraussetzungen geschaffen sind, um eine solch große Aufgabe verwirklichen zu können.

Mit besonderer Freude erfüllt es uns, daß der Aufbau des Zentrums von Berlin gleichzeitig mit der Verwirklichung des großen Wohnungsbauprogrammes und des gewaltigen Städtebauprogrammes des Siebenjahrplanes durchgeführt wird. Es kann kaum einen überzeugenderen Beweis für das Wachstum unserer Kräfte geben als diese großartige Aufgabenstellung. Durch die Realisierung des Wohnungsbauprogrammes werden für mehr als zweieinhalb Millionen Menschen die Wünsche nach einem eigenen Heim in Erfüllung gehen, und durch den gleichzeitigen Aufbau der dazugehörenden gesellschaftlichen Einrichtungen wird weiteren Tausenden von Werktätigen die Möglichkeit gegeben, ihr persönliches und gesellschaftliches Leben in höheren Formen zu gestalten als bisher. Mit dem Aufbau der zerstörten Zentren von Dresden, Leipzig, Magdeburg, Rostock, Neubrandenburg und Potsdam, von Karl-Marx-Stadt, Gera, Dessau und Frankfurt (Oder), aber auch anderer kriegszerstörter Städte erweitern sich für unsere Bevölkerung die Möglichkeiten zur Entfaltung des sozialistischen Gemeinschaftslebens in hohem Maße. Das Vaterland der Werktätigen, wofür die besten unseres Volkes seit einem Jahrhundert kämpften, wird immer mehr zu einer leibhaftig greifbaren Wirklichkeit. Und für dieses Vaterland der Werktätigen, das eines Tages das ganze wiedervereinigte Deutschland umfassen wird, beginnt nun der Aufbau des Zentrums seiner Hauptstadt.

*

Die Bauschaffenden und vor allem auch die Städtebauer und Architekten sehen sich damit vor eine Aufgabe gestellt, deren Lösung Kühnheit und Können, Talent und Wissen verlangt. Werden doch durch die Gestaltung des Zentrums unserer Hauptstadt die architektonischen und städtebaulichen Probleme unserer Zeit in einem bisher für uns noch ungekannten Ausmaß in ihrer kompliziertesten Vielfalt und in der ganzen Tiefe ihres gesellschaftlichen und politischen Inhaltes aufgeworfen. Die ideologischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, in die auch die Fragen des Städtebaus und der Architektur einbezogen waren, die Lösung der schwierigen Aufgaben, die uns die Industrialisierung des Bauwesens stellte, und die Erfahrungen und Erkenntnisse, die wir bei der Durchführung des Wohnungsbauprogrammes und des Industriebauprogrammes sammeln konnten, lassen die Schlußfolgerung zu, daß es unseren Bauschaffenden gelingen wird, die ihnen gestellten Aufgaben zu meistern.

Das bestätigte sich bereits bei der Ausarbeitung der Entwürfe für den zweiten Bauabschnitt der Stalinallee, der vom Strausberger Platz bis zum Alexanderplatz unmittelbar zum Aufbau des Zen-

trums von Berlin überleitet und den Auftakt des großen Städtebauprogrammes des Siebenjahrplanes in Berlin bildet.

Hier spüren wir schon das Neue in der städtebaulichen Komposition und in der architektonischen Gestaltung, das durch die Entwicklung unseres gesellschaftlichen Lebens, durch den Aufbau unserer Industrie und vor allem durch die tiefgreifenden Veränderungen in der Bauindustrie ausgelöst wurde. In der Großzügigkeit der Ensemblebildung, in der Zweckmäßigkeit, mit der die funktionellen und die technisch-konstruktiven Aufgaben gelöst wurden, in der Sicherheit, mit der die industrielle Bauweise technologisch ausgearbeitet wird, in der klaren Schönheit der architektonischen Form und in dem deutlich erkennbaren Bestreben, Architektur und bildende Kunst wirkungsvoll zu vereinen, äußern sich die neuen Züge unserer Stadtbaukunst.

Freilich gibt es auch noch manche Hemmnisse zu überwinden. Wenn wir beispielsweise die architektonische Gestaltung des Kinos ansehen, so meinen wir, daß hier eine gültige Formgebung noch nicht restlos gelungen ist. Auch die architektonischen Details am Gesims der Wohnhäuser können uns noch nicht restlos befriedigen. Wir wissen, daß das theoretische Niveau unserer Auseinandersetzungen über die Fragen des Städtebaus und der Architektur noch nicht dem ideologischen Niveau unseres politischen Lebens entspricht und die volle Entfaltung der Praxis dadurch gehemmt wird; aber die erreichten Fortschritte sind doch unverkennbar. Und das wird schließlich auch durch das Ergebnis des Ideenwettbewerbes für die Gestaltung des Zentrums von Berlin bestätigt.

Das wichtigste Ergebnis dieses Wettbewerbes besteht darin, daß im Gegensatz zu den utopischen und formalistischen Plangebilden des westlichen Städtebaus, die der chaotischen Deformation der modernen Großstädte unter den Bedingungen des Kapitalismus entspringen und unlösbar sind, der Ideenwettbewerb für die Gestaltung des Zentrums von Berlin zahlreiche großzügige, klug durchdachte und realisierbare Vorschläge für die Komposition eines sozialistischen Großstadtzentrums gebracht hat.

Während sich der kapitalistische Städtebau als unfähig erwiesen hat, unter den Bedingungen des modernen Verkehrs großzügige, architektonisch gestaltete Magistralen und Stadträume zu schaffen, wurden in fast allen Entwürfen des Ideenwettbewerbes wertvolle Gedanken eingearbeitet, die es ermöglichen, die überlieferte Hauptachse Berlins, das städtebauliche Rückgrat des Zentrums, die Straße unter den Linden, zu einer bedeutenden sozialistischen Magistrale vom Frankfurter Tor zum Brandenburger Tor auszubauen und damit zugleich den Weg zu markieren, den die Arbeiter aus den früheren Proletariervierteln in das Zentrum des früheren bürgerlich-feudalen Deutschlands zurückgelegt haben.

Im Kapitalismus wurden bekanntlich die ehedem bedeutenden, repräsentativ gestalteten Zentren durch die kalten Neubauten der Monopol- und Konzernherren und die chaotischen Wucherungen der kapitalistischen City verunstaltet. Demgegenüber ist es unseren Architekten in diesem Wettbewerb gelungen, dem Zentrum von Berlin den Ausdruck eines politischen und geistigen Höhepunktes zu verleihen. In zahlreichen Entwürfen nimmt der Gedanke reale Gestalt an, architektonisch bedeutende Komplexe für die zentralen politischen und kulturellen Einrichtungen zu schaffen und einen Maßstab zu gewinnen, der den schönen Zeugen unserer klassischen Baukultur gerecht wird und zugleich die Ideen des siegreichen Sozialismus in neuen und größeren Bauwerken zum Ausdruck bringt.

Während sich in den kapitalistischen Großstädten des Westens die Verkehrsprobleme als praktisch unlösbar erwiesen haben, sind in den Vorschlägen des Wettbewerbes zahlreiche gute Gedanken enthalten, um durch ein weiträumiges Straßen- und Platzsystem die komplizierten Forderungen zu erfüllen, im Stadtzentrum von Berlin Schnelligkeit, Reibungslosigkeit und Sicherheit des modernen Verkehrs zu gewährleisten, das Interesse großer Fußgängermassen zu wahren und darüber hinaus den besonderen Ansprüchen zu genügen, die durch die gewaltigen politischen und kulturellen Massenveranstaltungen gestellt werden.

Zahlreiche Wettbewerbsteilnehmer haben wertvolle Beiträge zur Lösung des Problems der Durchgrünung einer modernen Großstadt gegeben, ohne die architektonische Geschlossenheit des Zentrums aufzulösen, und wertvolle Vorschläge gemacht, wie die Spree als Flußmagistrale bedeutender als bisher in Erscheinung treten kann.

Von großem Wert sind auch die Gedanken über die Ausbildung von Einkaufszentren, vor allem zwischen dem Alexanderplatz und dem Marx-Engels-Platz und an der Friedrichstraße, die den Fußgängern gestatten, sich unbehindert vom Fahrverkehr und gefahrlos auf breiten Promenaden zu bewegen. Hier bieten sich für Berlin auch Möglichkeiten, Verkaufsmessen großen Stils durchzuführen, in denen die Produkte unseres eigenen schöpferischen Fleißes gemeinsam mit denjenigen der anderen Länder und insbesondere der sozialistischen Völker in immer höherer Qualität und Menge ausgestellt und gekauft werden können, um dadurch auch das Berliner Einkaufszentrum zu einem internationalen Anziehungspunkt zu machen.

An dem Wettbewerb haben sich insgesamt einige hundert Architekten, Städtebauer, Ingenieure und Grünplaner beteiligt. Die internationale Beteiligung am Wettbewerb hat bewiesen, daß die Fähigkeiten unserer Architekten einem Vergleich mit den Fähigkeiten ihrer Kollegen aus den befreundeten sozialistischen Ländern durchaus standhalten können. Allen ausländischen Teilnehmern am Wettbewerb gebührt aber besondere Anerkennung, weil es für sie schwierig war, sich in die Berliner Verhältnisse hineinzufinden.

Alle diese Tatsachen entheben uns jedoch nicht der Verpflichtung, im Grundsätzlichen auch zu einigen Mängeln und falschen Auffassungen Stellung zu nehmen. So kann man beispielsweise der Idee von Professor Henselmann, auf dem Marx-Engels-Platz ein technisches Bauwerk, wie es ein Fernsehturm darstellt, als städtebauliche Dominante zu errichten, nicht zustimmen. Denn darin kommt eine unrichtige Einschätzung der Naturwissenschaften und der technischen Einrichtungen gegenüber den Gesellschaftswissenschaften und den politischen Institutionen in der sozialistischen Gesellschaft zum Ausdruck.

Durch seine unrichtige Einschätzung der Technik und ihrer Rolle im Leben der sozialistischen Gesellschaft gelangt Professor Henselmann in seinen Gebäuden auch zu einem architektonischen Ausdruck, der im Gegensatz zu den klassischen Bauwerken des Zentrums steht, die es doch gerade in das Gesamtbild harmonisch einzufügen gilt.

Auch einige andere Entwürfe sind nicht frei von den Einflüssen der westlichen Architektur, und nach wie vor steht vor uns die Aufgabe, uns von den formalistischen und kleinbürgerlichen Einflüssen zu befreien, um noch konsequenter den Weg der sozialistischen Gestaltung beschreiten zu können. Doch treten die negativen Züge, die sich in dem Wettbewerb zeigten, gegenüber dem positiven Gesamtergebnis zurück.

Im gegenwärtigen Entwicklungsstadium richtet sich das Hauptinteresse naturgemäß auf das Gesamtbild und verlangt die Beantwortung der Frage, welche städtebaulich-architektonische Form dem ideologisch-politischen Inhalt, der von dem Ersten Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, auf dem V. Parteitag formuliert und ausgesprochen wurde, am besten entspricht. Unsere Bevölkerung will wissen, wie das Zentrum von Berlin nun wirklich aussehen soll, und dabei kommt es nicht so sehr auf die Einzelheiten an, die bei der weiteren Bearbeitung entschieden werden müssen, sondern auf die architektonisch-städtebauliche Grundkonzeption.

Die Antwort auf diese Frage, die sich schon in der Preisverteilung der Jury deutlich abzeichnete und von Paul Verner, Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Erster Sekretär der Bezirksleitung Groß-Berlin, klar und eindeutig ausgesprochen wurde, besagt, daß die Ideen des siegreichen Sozialismus am besten in dem Entwurf des Kollektivs Kosel - Hopp - Mertens zum Ausdruck gekommen sind. In diesem Entwurf wurden bereits wertvolle Gedanken und Vorschläge aus dem Wettbewerbsergebnis eingearbeitet.

*

Nachdem diese grundsätzliche Entscheidung über die architektonisch-städtebauliche Grundform getroffen werden konnte, stehen die weitere Ausarbeitung der Gesamtkonzeption und die Arbeit an den einzelnen Problemen in einem Umfange, in einer Vielfalt und in einer Kompliziertheit vor uns allen, die nur von dem ganzen großen Kollektiv unserer Bauschaffenden geleistet werden können.

Darum ist es nunmehr unsere erste und wichtigste ideologische Aufgabe, uns die Gedanken über die städtebaulich-archi-

tektonische Grundkonzeption, die in dem Entwurf von Kosel-Hopp-Mertens enthalten sind, voll zu eigen zu machen und den ganzen Reichtum an architektonischen und städtebaulichen Gedanken, die uns der Wettbewerb gebracht hat, zu nutzen. Nur durch eine solche, allen individuellen Bestrebungen übergeordneteEinheit unserer schöpferischen Arbeit, indem wir auf Eigenbrötelei und engstirnigen Subjektivismus verzichten, wird es möglich sein, weitere Quellen schöpferischer Ideen zu erschließen und schließlich ein Werk zu schaffen, das in seinem ideologisch-politischen Inhalt, in seiner technischen Vollkommenheit, in seiner künstlerischen Meisterschaft durch die Methode der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu einer harmonischen, innerlich geschlossenen Einheit gestaltet wird.

Um die besten Gedanken in den Entwürfen der Wettbewerbskollektive aufzunehmen und zugleich die zahlreichen Anregungen und Kritiken, die aus der Diskussion des Wettbewerbsergebnisses durch die Bevölkerung kommen, positiv zu verarbeiten, wurden nach Abschluß des Wettbewerbes drei Kollektive gebildet, in denen die Verfasser der besten ausgezeichneten Entwürfe maßgebend mitarbeiten. Sie arbeiten nunmehr in detaillierter Form die möglichen Varianten der städtebaulich-architektonischen Grundkonzeption aus. Damit wird ein Weg beschritten, der uns zu voller Sicherheit und vollem Selbstbewußtsein über die Richtigkeit der grundsätzlichen Entscheidung verhelfen wird.

Wenn wir eine zuverlässige Projektierung der einzelnen Objekte erreichen wollen, um damit die Voraussetzungen für eine rasche, planmäßige Baudurchführung zu schaffen, ist es jetzt von erstrangiger Bedeutung, die einzelnen Probleme der gewaltigen Gesamtaufgabe zu lösen.

Wie kann man aber anders Klarheit bringen und die zahlreichen positiven Hinweise, die zum Ausdruck gekommen sind, besser auswerten als durch exakte wissenschaftliche und ideologisch zuverlässig fundierte Untersuchungen.

Die wissenschaftliche Bearbeitung des vor uns liegenden Materials der Wettbewerbsergebnisse sowie der Diskussion und der Hinweise der Bevölkerung war zunächst ein dringendes Erfordernis, das in der Ausarbeitung von „Thesen zur städtebaulichen Grundkonzeption des Stadtzentrums von Berlin" seinen Niederschlag gefunden hatte. Diese Thesen wurden von der Deutschen Bauakademie zusammen mit dem Stadtbauamt von Groß-Berlin ausgearbeitet und werden der Entwurfsarbeit der drei Kollektive zugrunde gelegt.

Wäre es nicht auch richtig, wenn sich die hervorragendsten Wissenschaftler und Künstler unserer Republik, die über große Erfahrungen verfügen, zu speziellen Arbeitsgruppen zusammenschlössen? Gilt dies nicht vor allem für die Lösung des Problems der Synthese von Architektur und bildender Kunst, das bisher immer vernachlässigt worden ist? Wer mit dem Herzen bei der Sache ist, überlegt sich schon seit langem, auf welche Weise und durch welche Mittel der Marx-Engels-Platz jenen Charakter von politischer und geistiger Größe erhalten könnte, der ihn zum Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung, zu einem Höhepunkt des sozialistischen Gedankens, zu einem Heiligtum unserer Nation erheben würde.

Ist es möglich, den bereits von Gerhard Kosel ausgesprochenen Gedanken zu verwirklichen, für das Original des Manifestes der Kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels, diesem unsterblichen Dokument, eine würdige Gedenkstätte am Marx-Engels-Platz zu schaffen? Ist es vielleicht möglich, am Marx-Engels-Platz eine Stätte für die klassische deutsche Philosophie zu schaffen, in der die großen Leistungen der vorsozialistischen Dialektik unserer Bevölkerung anschaulich nahe gebracht werden? — als ein Bestandteil unseres Programmes: Das Volk stürmt die Höhen der Kultur! Oder gibt es noch andere Möglichkeiten? Wie hoch aber auch unsere Phantasie sich erhebt, so bedarf sie einer wissenschaftlich exakten Bindung an die Wirklichkeit. Aber wer anders als die besten Kenner der Geschichte des Marxismus-Leninismus in Verbindung mit den besten Künstlern unserer Republik könnte die Lösung dieser Aufgabe überzeugend vorbereiten?

Aber auch andere wichtige städtebauliche Fragen bedürfen einer ähnlich wissenschaftlich fundierten Lösung. Aus diesem Grunde ist bereits eine Kommission zur Erarbeitung des Generalverkehrsplanes für den Verkehrsknotenpunkt Berlin gebildet worden. Die Bildung weiterer Arbeitsgruppen ist beabsichtigt, die die gesellschaftlichen Einrichtungen zentraler und kommunaler Bedeutung, die Stadttechnik, die Versorgung, die Stadtbegrünung und die Stadthygiene zum Gegenstande ihrer Arbeit haben werden.

*

Noch vor kurzer Zeit konzentrierte sich das Interesse am Aufbau des Zentrums von Berlin in seiner konkreten Problemstellung auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Politikern und Fachleuten. Durch den Wettbewerb wurde dieser Kreis erheblich erweitert, und nach der Veröffentlichung des Wettbewerbsergebnisses hat sich das Interesse gleichsam über Nacht auf große Teile unserer Bevölkerung ausgedehnt. Es ist nicht schwer vorauszusagen, daß in dem Maße, wie der Aufbau des Zentrums von Berlin aus dem Stadium der Planung und Projektierung in die Phase seiner Realisierung eintritt, sich dieses Interesse ungeheuer erweitern wird. Schon heute ziehen die Pläne vom Aufbau des Zentrums von Berlin die Aufmerksamkeit der internationalen Fachwelt auf sich. Das ist kein Zufall, denn hier wird in der Tat mit dem ganzen Gewicht der Praxis bei der Gestaltung einer Stadt von internationalem Rang der Kampf um die Lösung der grundlegenden Frage des Städtebaus und der Architektur unserer Zeit ausgefochten.

Freilich bleibt es uns auch nicht erspart, uns mit dem Haß und den bösartigen, beabsichtigten Verleumdungen reaktionärer Kreise auseinanderzusetzen. Einige westdeutsche und Westberliner Journale geraten geradezu außer Rand und Band. Nachdem der Versuch gescheitert ist, um den Berliner Dom eine Diskussion zu entfesseln, sucht man nach neuen Möglichkeiten. So ereifert sich beispielsweise die Westberliner „Bildzeitung" darüber, daß man Adenauer und seine Regierung das Hochhaus auf dem Marx-Engels-Platz doch nicht als „Heimstätte" zumuten könne. Wenn man das liest, könnte man den Eindruck gewinnen, daß die Redakteure dieser Zeitung nicht in der Lage sind, die politischen Realitäten richtig einzuschätzen. Andererseits sind sie aber durchaus in der Lage, die Wirklichkeit richtig zu erkennen, wenn sie feststellen, daß die Westberliner Pläne zum Aufbau Berlins nun schon seit Jahr und Tag in den Schubläden der Westberliner Behörden verstauben, während selbst für die Redakteure der Bildzeitung kein Zweifel darüber besteht, daß wir unsere Pläne bis zum Jahre 1965 in die Tat umsetzen werden.

Dieselbe Zeitung fordert den Westberliner Senat auf, nun endlich diese Pläne zu realisieren. Offenbar haben die Redakteure der Bildzeitung aber nicht erkannt, was die Fachleute schon längst vorausgesagt hatten: Wenn die Westberliner Pläne ad acta gelegt wurden, so liegt es natürlich keineswegs an der Saumseligkeit derWestberliner Verwaltungsangestellten, sondern an der mehr oder weniger klaren Einsicht, daß diese Pläne unrealisierbar und utopisch sind. Und deshalb ist es doch offenbar unsinnig, wenn die Bildzeitung meint, uns durch solche unrealen und utopischen Pläne zwingen zu können, auf die Verwirklichung unserer realisierbaren Pläne zu verzichten. Mit bekümmerter Miene konstatieren diese Leute, daß es sonst für die Gestaltung eines einheitlichen Berliner Stadtbildes zu spät sei; aber in Wahrheit ist doch gerade das Gegenteil richtig, müssen doch zuerst die Störenfriede eines einheitlichen Berlins verschwinden und Westberlin den Status einer Freien Stadt erhalten, ehe ein einheitliches Stadtbild hergestellt werden kann.

Wenn man die Frage zu beantworten sucht, woraus sich die Wut dieser Leute erklärt, so kann man nur zu dem Schluß kommen, daß sich dahinter die Unsicherheit von Menschen versteckt, denen die Felle davongeschwommen sind und die keine gute Zukunft vor sich haben.

Zwar sind der sozialistische Aufbau und die sozialistische Umgestaltung der zerstörten Städte, wie sie uns der Kapitalismus in der Deutschen Demokratischen Republik als Erbe hinterlassen hat und wofür gerade auch das Zentrum von Berlin in der gespaltenen Stadt ein Beispiel bildet, eine große und schwierige Aufgabe, und doch werden wir damit fertig werden.

Während diese Leute hetzen und schwätzen, werden wir arbeiten und handeln, denn in unseren Plänen kommt die große Perspektive des Sozialismus zum Ausdruck, und wir sind sicher, daß von unserer positiven Arbeit auch Wirkungen auf die vernünftigen Menschen in Westberlin und in Westdeutschland ausgehen werden.

Der Aufbau des Zentrums von Berlin ist uns eine große Verpflichtung für die Gestaltung unseres gegenwärtigen und künftigen gesellschaftlichen Lebens. Ein Werk wird entstehen, das den Wohlstand und das Glück des Volkes mehrt, das dem Frieden dient und das das Ansehen unserer Republik, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden mitten im Herzen Europas, erhöht.

Was sagt die Bevölkerung?

Die Ausstellung der zum Ideenwettbewerb „Zentrum Berlin" eingereichten Entwürfe im Stadtbauamt Berlin erfreute sich eines regen Besuches. Viele Tausende nahmen Gelegenheit, sich von den Leistungen der Architekten und Städtebauer zu überzeugen, und von der Möglichkeit, seine Meinung zu den Entwürfen schriftlich darzulegen, wurde reger Gebrauch gemacht. Wir veröffentlichen nachstehend einige Stimmen zu den Entwürfen der Kollektive Kröber, Schneider, Naumow und Kosel, wobei wir jedoch nicht dafür bürgen können, daß in allen Fällen die Namen richtig wiedergegeben sind. Die Redaktion

Zum Entwurf des Kollektivs Kröber, Halle

Der Entwurf des Hallenser Kollektivs scheint mir in seiner Großräumigkeit, Sachlichkeit und Geschlossenheit der Berliner Art am besten zu entsprechen. Vor allem ist er ohne jeden Kitsch.
Irma Spiegel, Hausfrau

Der Entwurf gefällt mir, weil der Marx-Engels-Platz übersichtlich gestaltet ist und das Hochhaus trotz seiner Größe nicht die anderen Türme verdeckt.
Renate Sperlich, Angestellte

Dieser Entwurf sollte als Grundlage genommen werden und durch die Entwürfe der Kollektive Naumow und Kosel vervollkommnet werden. Die Entwürfe der Kollektive Nachtweh und Schneider sollten dabei ebenfalls berücksichtigt werden.
Dieter Ströhla, Elektroingenieur

Die Straße Unter den Linden ist architektonisch kaum behandelt. Das zentrale Gebäude sollte im Quadrat Liebknechtstraße—Spandauer Straße—Rathausstraße bis an die Spree stehen und mit einer sehr breiten Tribünenbrücke die Verbindung zum Marx-Engels-Platz herstellen. Walter Tabach, Arzt

Der Inselcharakter muß erhalten bleiben. Die Magistrale des sowjetischen Entwurfes müßte mit beachtet werden. Der Turm am Marx-Engels-Platz müßte noch eine andere Form erhalten, ähnlich dem des Warschauer Kulturpalastes.
Brigade der Abschnittsbevollmächtigten des Volkspolizeireviers 281 — Mürmann

Die Verbindungsstraße zwischen Bahnhof Marx-Engels-Platz und dem Platz fehlt. Das zentrale Gebäude ist in der Gesamtsicht zu schmal und zu hoch. Man müßte statt dessen das zentrale Gebäude im Entwurf des Kollektivs Rüpprich einsetzen.
Wilhelm, Oberschülerin

Allerdings erscheint mir die Lösung für den Marx-Engels-Platz im Hinblick auf die Gestaltung der Südseite nicht großzügig genug. Hier wäre eine Vervollkommnung in Richtung der Entwürfe der Kollektive Naumow und Bienkunski anzustreben.
H.-J. Schulz, Dipl.-Wirtschaftler

Dieser Entwurf rangiert zwar an erster Stelle der Beurteilung durch das Preisgericht. Er erscheint mir aber konservativ und nicht großzügig. Würde man ihn verwirklichen, so wäre das Stadtzentrum schon bei seiner Fertigstellung veraltet. Der Leningrader Entwurf und — in der Raumgliederung insbesonders der Friedrichstraße — auch der Henselmannsche Entwurf verhalten sich zum Hallenser Entwurf wie die Integralrechnung zum Einmaleins. Der Entwurf des Kollektivs Kosel betont in sehr schöner und origineller Weise durch die Hafenbecken den Charakter Berlins als einer Stadt zwischen Seen. Die Verurteilung des Fernsehturmes (Henselmann) oder der Stahlnadel (Leningrad) als bedeutende Höhendominante ist mir unverständlich. Die Gestaltung der Friedrichstraße und der Linden als Fußgängergebiete ohne Fahrverkehr sowie der Fußgängerhochstraßen um den Alexanderplatz sowie die Harmonisierung in Ost- und Westrichtung gefällt besonders im Henselmannschen Entwurf. Als Gesamtlösung erscheint mir der Leningrader Entwurf überragend.
Professor Dr. Kurt Maetzig, Filmregisseur

Zum Entwurf des Kollektivs Schneider, Dresden

Gut scheint die Lösung des zentralen Gebäudes und der Kundgebungshalle, auch hinsichtlich ihrer Standorte. Die Schaffung einer Grünanlage zwischen diesen und dem S-Bahnhof Marx-Engels-Platz ist besonders gut. Henry Görschler, Aspirant

Die meisten Entwürfe nehmen zu wenig Rücksicht auf bestehende Bauten. Die in diesem Entwurf angedeutete Wasserfläche sollte nach dem Vorschlag des Kollektivs Kosel erweitert werden.
Ritter, Biologe

Besonders gut finde ich die Auflockerung des Stadtbildes in der Sicht von der S-Bahn. Nett finde ich die Wasserfläche vor dem Hochhaus.
W. Schwarz, Hauptmann der Volkspolizei

Dieser Vorschlag entspricht dem modernen sozialistischen Städtebau. G. v. Rheinbergen

Die Gaststätte am Wasser findet meinen besonderen Beifall. D. Wahl, Zahnärztin

Dieser Entwurf bietet einen sehr guten Überblick von allen Punkten auf den Zentralen Platz. Er könnte mit dem Entwurf des Kollektivs Kosel ausgearbeitet werden. Tietz, Angehöriger der Volkspolizei

Diese Lösung scheint mir am ausgeglichensten und ist auch in ihren Formen sehr ansprechend.
Gerhard Meyer, Bibliothekar

Bitte keine Schnörkelbauten mehr. In dieser Arbeit ist sehr viel Gutes drin. Die Neubauten müssen schnell und modern gebaut werden können (Beton und Glas). Mir gefällt, daß in dieser Arbeit auch gute Kaufhäuser, Kinos, Restaurants und so weiter eingeplant sind. Die historischen Bauten sollte man wieder aufbauen. Lothar Schulz, Maurer

Das ist einer der Entwürfe, bei denen versucht wurde, die Häuser verschieden und doch harmonisch zu gestalten. Es ist gelungen, verschiedene Häusertypen aneinanderzusetzen.
Volker Höpfner, Oberschüler

Dieser Entwurf vermeidet eine eintönige kasernenartige Flächen- und Raumgestaltung der Gebäude, wie sie bei anderen Entwürfen teilweise auftritt. Das Hochhaus könnte aber eine bessere Lösung (räumlich ohne Zierrat) erfahren, keinesfalls aber eine „Nadel mit Kugel" (Professor Henselmann), die einen Haufen Geld kosten würde und exzentrisch wirkt.
N. Wiszniewski, Wissenschaftlicher Übersetzer

Zum Entwurf des Kollektivs Naumow, Leningrad

Der Entwurf der Leningrader Freunde macht für den Marx-Engels-Platz und den Alexanderplatz den weitaus besten Eindruck. Er ist modern und entspricht dem Formgefühl unserer Zeit. Man könnte bei seiner Verwendung zeigen, daß wir die Vorstellungen vergangener Zeiten überwunden haben. Der übrige Teil des Entwurfes zeigt eine zu große Auflockerung und entspricht kaum den Vorstellungen, die die Berliner von ihrem Stadtzentrum haben.
Hans Baker, Lektor und Redakteur

Die heutige Fläche vom Marx-Engels-Platz ist unmaßstäblich, und durch Erweiterung des Platzes nach Süden wird dieser Mangel noch erhöht.
Rubinow Wladimir, Architekt

Dieses Projekt erscheint etwas utopisch, deshalb bleibt der Entwurf Halle der beste.
Gerd Knobloch, Dipl.-Wirtschaftler

Die Idee der Leningrader Architekten finde ich sehr gut, jedoch scheint mir der Entwurf Marx-Engels-Platz mit der Stahlnadel etwas unvorteilhaft. Die Verbindung Ehrenhalle—Parlament—Kundgebungshalle stellt ein gutes Ensemble dar.
Walter Lareck, Maschinenschlosser

Dieser Entwurf beeindruckte mich durch seine Kühnheit, es wurde durch große Grünflächen das Gebiet jedoch zu sehr zerrissen. Die Linden sind verhältnismäßig gleich gestaltet. Die Grundkonzeption der Verkehrsplanung erscheint mir ungenügend. Das U-Bahnnetz ist im Stadtzentrum unübersichtlich. Die Verkehrsströme werden ungünstig geleitet.
Krause, Oberschüler

Abzulehnen ist die zu große Grünauflösung bis zum Tiergarten, gleichfalls das geschwungene Gebäude am Marx-Engels-Platz.
Dipl.-Ing. K.-H. Mattke, Architekt; Dipl.-Ing. Vogler

Der Entwurf erscheint im ganzen am besten gelöst. Mangelhaft ist das Gebäude an der Westseite des Marx-Engels-Platzes, besonders die Rückseite bietet vom Westen her einen unschönen Anblick. Der Fischerkietz sollte nach Möglichkeit erhalten bleiben.
Ulrich, Ingenieur

Besonders gefällt mir die verkehrstechnische Lösung der großen Kreuzungen. Am Marx-Engels-Platz muß aber ein Hochhaus stehen. Schön und modern sind die mit viel Glas ausgestatteten Hochhäuser. Der Entwurf läßt aber zu viel Bestehendes weg.
Bernhard Stephani, Student

Diesem Entwurf gelingt es, eine komplexe Lösung für das gesamte Stadtzentrum zu finden. Die einmaligen Möglichkeiten werden konsequent genutzt. Er wäre meines Erachtens die Basis einer gründlichen detaillierten Weiterentwicklung.
Konrad Brauns, Architekt BDA

Zum Entwurf des Kollektivs Kosel, Berlin

Die gesamte Anordnung der Gebäude, im besonderen des Marx-Engels-Forums mit dem Spreebecken, sowie des Komplexes der Vereinigung volkseigener Betriebe findet meinen besonderen Beifall. So etwas sollte gebaut werden. Paul Stange, Kraftfahrer

Ausgezeichnet im Entwurf sind die beiden großen Wasserflächen am Regierungsgebäude. Das sollte verwirklicht werden. Das Regierungshochhaus sollte eine glatte, schlichte Form haben, eventuell mit kleinen Aufbauten. Kl. Rommel

Der Entwurf müßte am Alexanderplatz eventuell noch Fußgängerüberwege vorsehen. In seiner großzügigen Geschlossenheit ist er imponierend. Guter Einklang zwischen Tradition und Modernem.
Dr. H.-M. Weise, Arzt

Das Modell des Kollektivs gefällt mir sehr gut, mit allen Bauten. Helga Kubisch, Buchbinderin

Der Entwurf ist großzügig, originell und entspricht den gestellten Aufgaben. Ich finde die Lösung ideal.
Delwa, Lehrer

Der Entwurf des Kollektivs Kosel bringt etwas ganz unerwartet Neues, welches das Fluidum aller Eigenschaften von Städten mit Weltruf in sich vereinigt.
Brosius, Techniker

An diesem Entwurf gefällt mir besonders das Gebäude der Obersten Volksvertretung und seine günstige Lage, welche durch das Anlegen der künstlichen Wasserbecken erreicht wurde. Weiter gefällt mir die Kundgebungshalle, auf die vom Marx-Engels-Platz, durch die Breite Straße hindurch, ein ansprechender Blick gewährt wird, sowie das Hotel am Marx-Engels-Platz. Die Gebäudekomplexe zwischen Alexanderplatz und Marx-Engels-Platz sind etwas einförmig. Diese Gegend müßte durch den Bau von einigen Hochhäusern belebt werden.
Wollin, Technischer Zeichner

Der gesamte Komplex des Entwurfes im Zentrum Berlin, Marx-Engels-Forum, Spreebecken und die Gebäude der Regierungsstellen sind prima angeordnet. Frau L. Homeister, Wirtschafterin

Er kommt den Vorstellungen der Berliner entgegen. Schön ist die Vergrößerung der Wasserfläche.
Vorholz, Rentner

Vorteilhaft erscheint die geschlossene Wirkung bei Beachtung der zu erhaltenden historischen Gebäude und die starke zentrale Hervorhebung des Hochhauses am Marx-Engels-Platz, begünstigt durch die zusätzlichen Wasserflächen.
Franz Ulbrieg, Bankkaufmann

Die Ausarbeitung des außer Konkurrenz aufgetretenen Kollektivs Kosel bietet meiner Meinung nach eine gute Vereinigung der vorhandenen Baukörper mit den geplanten Vorhaben. Trotz Berücksichtigung aller Erfordernisse findet der Entwurf noch Raum für eine umfangreiche Auflockerung durch Anlage ausgedehnter Wasserflächen. Branek

Blick auf das Touristenhotel, rechts das Kino

Der Aufbau des Berliner Stadtzentrums beginnt

Architekt BDA Ehrhard Gißke
Stadtbaudirektor von Groß-Berlin

Im November 1951 rief das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Hauptstadt sowie alle Bürger Westdeutschlands für den Aufbau Berlins auf.

Dieser Aufruf fand in allen Schichten unserer Bevölkerung begeisterten Widerhall.

Nachdem die größten Schäden des Krieges beseitigt waren, war der Aufbau der Stalinallee in Berlin der Auftakt und der Grundstein für den gewaltigen Aufbau in allen Teilen Berlins und in allen Städten und Dörfern unserer Republik.

Die Bauten des Nationalen Aufbauprogrammes 1952 und die großen Bauten unseres ersten Fünfjahrplanes legen Zeugnis von unserem unerschütterlichen Friedenswillen ab, sie verkörpern die große Entfaltung der schöpferischen Initiative aller Bürger.

In den letzten Jahren wurden nun die wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau des Zentrums von Berlin als Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik — als Hauptstadt eines Arbeiter-und-Bauern-Staates geschaffen. Dabei wurde von folgenden Grundsätzen ausgegangen:

Die Einwohnerdichte im gesamten Stadtgebiet wird auf 400 Einwohner pro Hektar festgelegt und darf im Zentrum maximal 500 Einwohner pro Hektar betragen, während die alte Einwohnerdichte 1200 Einwohner pro Hektar und mehr betrug. Die Arbeitsflächendichte im Zentrum darf im Mittel 850 Arbeitsplätze pro Hektar gegenüber einer Arbeitsplatzdichte im alten Zentrum von durchschnittlich 1300 Arbeitsplätzen pro Hektar betragen. Dadurch werden die Mietskasernen mit ihren allzu bekannten engen Hinterhöfen sowie die völlig unzureichenden Arbeitsbedingungen in der Perspektive beseitigt, und es entstehen Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Menschen, die mit die Grundlage für eine glückliche und frohe Zukunft sind.

Die Verkehrsplanung hat für die Perspektive eine Kraftfahrzeugdichte von 1:5 vorzusehen.

Die Aufgabenstellung und den Auftakt für den Aufbau des Stadtzentrums im großen Siebenjahrplan gab der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, und der Erste Sekretär, Genosse Walter Ulbricht, sagte dazu unter anderem: „Wir stellen die Aufgabe, die Zentren der zerstörten Städte im wesentlichen wiederherzustellen. Der Aufbau des Stadtzentrums von Berlin erfordert die Ausschreibung eines Wettbewerbes."

Der Wettbewerb für den Aufbau des Stadtzentrums von Berlin wurde am 7. Oktober 1958 von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Magistrat von Groß-Berlin ausgeschrieben und fand am 15. Juni 1959 seinen Abschluß. Das Ergebnis des Wettbewerbes ist für die weitere Entwicklung des Städtebaus und der Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik und darüber hinaus im gesamten sozialistischen Lager von großer Bedeutung.

In den letzten Monaten wurde der Wettbewerb der Bevölkerung zur Diskussion gestellt, die davon regen Gebrauch machte. Rund 20000 Personen besuchten die Ausstellung, Bürger aus der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt, aus Westberlin und Westdeutschland und dem Ausland, und tausend von ihnen gaben schriftliche Meinungsäußerungen ab. Den Hauptzuspruch erfuhren dabei die Entwürfe von Kosel-Hopp-Mertens

Lageplan 1:5000

Blick auf die Gaststätte Moskau

(außer Konkurrenz) sowie der 2. Preis des Kollektivs Kröber, Halle, und der erste Ankauf des Kollektivs Naumow, Leningrad. Die Hauptgesichtspunkte der Diskussion waren:

1. Der Marx-Engels-Platz muß ein Forum der deutschen Arbeiterklasse und der politische Mittelpunkt der Deutschen Demokratischen Republik und seiner Hauptstadt Berlin sein. Das soll auch in der Monumentalität des gesamten Ensembles und in der Architektur zum Ausdruck kommen.

2. An der Ostseite der Spree sollte der Marx-Engels-Platz eine kompakte Höhendominante erhalten.

3. Das Stadtzentrum einer sozialistischen Hauptstadt muß den Grundprinzipien der sozialistischen Entwicklung entsprechen, großräumig, aufgelockert, durchgrünt und durch die Anlage vielseitiger Einrichtungen mit Leben erfüllt sein.

4. Die historische Substanz des Zentrums, besonders am Marx-Engels-Platz und Unter den Linden, muß zusammen mit der Neubebauung eine Einheit darstellen.

5. In der Architektur muß die Kraft der Arbeiterklasse und die Entwicklung der Produktivkräfte zum Ausdruck kommen. Dabei ist die Weiterentwicklung der traditionellen Formen der deutschen Architektur ein wesentlicher Bestandteil.

Die Stellungnahme eines Studenten ist für alle Diskussionen sehr zutreffend, indem er sagt: „Die städtebaulichen und architektonischen Formen müssen die gleiche Kühnheit besitzen, die sich in der Umwandlung der Deutschen Demokratischen Republik zu einem sozialistischen Staat ausdrückt."

Während der Ausstellungszeit galt es, die vielen Hinweise der Bevölkerung und die Diskussion auszuwerten, alle Entwürfe des Wettbewerbes zu analysieren und die besten Gedanken und Ideen in einer Aufgabenstellung zu präzisieren, die jetzt die Grundlage für die Ausarbeitung des endgültigen städtebaulichen und architektonischen Entwurfes bildet.

Zur gleichen Zeit beginnt aber schon zügig der erste Abschnitt des Aufbaus des Stadtzentrums mit der Fortsetzung der Stalinallee vom Strausberger Platz bis zum Alexanderplatz. Die Gestaltung der Bauten durch Dipl.-Ing. Josef Kaiser und sein Kollektiv vom VEB Hochbauprojektierung I Berlin ist eine Weiterentwicklung der Architektur auf der Grundlage der Industrialisierung.

Die Konzeption wurde auf folgende Hauptfaktoren aufgebaut:

1. Die Gestaltung geht vom gesamten Straßenzug aus und beschränkt sich nicht allein auf das Einzelgebäude. Dabei stellen die gesellschaftlichen Bauten, wie Hotel, Gaststätte und Kino, die architektonischen Höhepunkte dar.

2. Die Gebäude sind auf einem Grundraster aufgebaut, haben klare, straffe Gliederungen; dabei wurde auf gute Proportionen Wert gelegt.

3. Bei der Konzipierung der Gebäude wurden gute ökonomische Lösungen, ein guter funktioneller Ablauf und rationelle und zweckmäßige Konstruktionen zugrunde gelegt.

4. Als Konstruktion wird das neueste Verfahren der Bautechnik in der Deutschen Demokratischen Republik — die Großplattenbauweise mit einer Laststufe von 5 t — angewandt.

5. Die Fassadengestaltung legt für die industrielle Produktion und die industrielle Formgebung gute und edle Baustoffe und eine exakte Detaillierung und Ausführung zugrunde.

Die generelle Auswirkung aller im Gefolge der Industrialisierung entstandenen Faktoren zeigt sich in der Architektur in zwei charakteristischen Merkmalen:

1. In getrennten und infolgedessen einfachen Baukörpern für verschiedene Funktionen;

2. in der Reihung gleicher Glieder auf der Fassade, und zwar in horizontaler und vertikaler Richtung, infolge konstanter Achsbreiten und Geschoßhöhen.

Der Ziegelstein, in großer Serie gefertigt, fügt sich bekanntlich zu beliebiger Gestalt. Erst die Großplattenbauweise und andere

Wohnblock und Laden

Teilansicht eines Wohnblocks und Ladens

zwingen dazu, den Schritt von der handwerklichen zur industriellen Formgebung zu gehen, den andere Produktionszweige seit langem vollzogen haben.

Das maßvolle klassische Prinzip zum Beispiel gliedert nur in der Vertikalen im engeren Sinne rhytmisch, und zwar mittels unterschiedlicher Geschoßhöhen und einer Dreiteilung des Aufbaus in Sockel (Fuß), Körper und Bekrönung (Kopf), beschränkt sich aber in der Horizontalen auf eine achsgleiche Reihung.

Barocke und romantische Architekturen rhythmisieren hingegen auch die Horizontale mittels Achsverschiebungen, Risalithbildungen und dergleichen. Extremen Stilperioden wie Rokoko schließlich genügen die im Gebäudeaufbau gegebenen Gestaltungsmöglichkeiten nicht, sie steigern die Aussage durch ein zusätzliches, beredtes Liniennetz von Proportionen.

Dabei ist für das Bauen vor Beginn der allgemeinen Entwicklung der Industrie — also bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts — charakteristisch, daß die architektonische Gestaltung sich in Übereinstimmung mit der Technologie des handwerklichen Bauens der betreffenden Zeit wie auch mit der Funktion des Bauwerkes befand, während das nach dieser Zeit nicht mehr immer und nach und nach immer weniger der Fall war.

Diese Diskrepanz, dieses Auseinanderklaffen, rührt zu einem Teil daher, daß die am Ziegel- und Werkstein entwickelte Formensprache traditioneller Architektur mit der neu auftretenden Stahl- und Stahlbetonkonstruktion in Konflikt kam, zu einem anderen Teil aber auch daher, daß eine Reihe von Faktoren auf das Bauen einzuwirken begann, denen allen ein Zug zur „großen Serie" gemeinsam ist. Hierher gehören große Wohnblocks, Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser und so weiter mit einer Vielzahl gleicher Räume. Hierher gehört das weite Gebiet der Normung und Typung von Konstruktions-, Installations- und Ausbauteilen, Arbeits-, Wohn- und Schlafräumen, Raumgruppen, ganzen Wohnungen und so weiter.

Die konsequente Verwirklichung des weiten Gebietes der Normung und Typung ist jedoch erst auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse möglich. Wie sollen nun die einzelnen Gebäude aussehen und was sollen sie beinhalten?

Wohngebäude

Die Wohngebäude sind acht- und zehngeschossig und haben eine Tiefe von 12 m.

Vierspänner
Grundriß eines Normalgeschosses 1:500

Dreispänner
Grundriß eines Normalgeschosses 1:500

Bei der Festlegung der Wohnungsgrößen wurde von dem Durchschnitt von 55 m² ausgegangen. Die Zimmergrößen bewegen sich im Rahmen der im Typenwohnungsbau festgelegten Quadratmeterflächen. Die Wohnungen sind als Drei- und Vierspänner an einem Treppenhaus mit Fahrstuhl und Müllschlucker angelegt. Der Müllschlucker endet im Erdgeschoß in einem hermetisch abgeschlossenen, nur von außen zugänglichen Raum, so daß der Abtransport gleich von dort ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden kann.
Die Fahrstühle enden im vorletzten Obergeschoß, um zusätzliche Dachaufbauten — bedingt durch die Überfahrtshöhe der Fahrstühle — zu vermeiden.

Der Konstruktion wurde ein Scheibenabstand von 3,60 m zugrunde gelegt, der sich im Treppenhaus auf 4,80 m erweitert. Die Ausführung soll in Großplattenbauweise mit 5-t-Laststufe erfolgen. Die Scheibenwandstärke beträgt 15 cm in allen Geschossen, und die Außenwände werden 26 cm stark mit Hüttenbims hergestellt. Die vorgesehene Keramikverkleidung der Außenhaut wird bereits bei der Herstellung der Platten im Betonwerk in die Form mit eingelegt.

Da die Keramikverkleidung ein Atmen nicht zuläßt, wird an der Innenseite der Außenwand eine Dampfsperre vorgesehen.

Die Dachkonstruktion wird als zweischaliges Betonflachdach mit Innenentwässerung ausgebildet.

Die Sockel erhalten Natursteinverkleidung, und die Balkone werden in Stahlkonstruktion in unmittelbarer Anbindung mit dem Gebäude errichtet.

Da die Großplattenbauweise erstmalig in Berlin angewandt wird, wurde zur Vorbereitung des Aufbaus des Stadtzentrums und zur Schulung der Kollegen in der Montage und in der Produktion sowie zur Gewinnung von Erkenntnissen in der Projektierung eine Nullserie in fünfgeschossiger Großplattenbauweise an der Prenzlauer Allee errichtet. Zur Herstellung der Fertigteile wurde ein fliegendes Betonwerk in unmittelbarer Anbindung an das Bauvorhaben mit einer Jahreskapazität von 500 Wohnungen aufgebaut.

Die Produktion der Fertigteile für die acht- und zehngeschossigen Bauten der Stalinallee erfolgt in einem offenen Betonwerk mit einer Jahreskapazität von 1000 Wohnungen. Dieses Werk wird bis zum 15. März 1960 in der Hauptstraße in Lichtenberg errichtet. Der Transport der Platten erfolgt mit Tiefladern zur Baustelle, und die Montage der Teile wird mit 100-tm-Kränen vorgenommen.

Touristenhotel

Das Touristenhotel hat 13 Geschosse und eine Kapazität von 400 Betten. Dabei ist vorgesehen, daß 75 Prozent der Gäste in Einbett- und 25 Prozent in Zweibettzimmern untergebracht werden. Die Einbettzimmer sind so eingerichtet, daß eine Belegung im Ausnahmefall bis zu 700 Gästen möglich ist. Im Erdgeschoß, 1. und 2. Obergeschoß befinden sich die erforderlichen Nebenräume des Hotels, unter anderem die 15×23 m große Hotelhalle, eine Gaststätte mit 230 Plätzen, Konferenzräume mit 60 und 80 Plätzen, ein Blumenstand, eine Post, ein Reisebüro, ein Friseur, ein Lese- und Schreibzimmer und eine kleine Handbibliothek. Über dem Dachgeschoß ist ein Dachgarten vorgesehen. Für das Personal sind Aufenthalts-, Speise- und Umkleideräume und eine eigene Küche vorgesehen.
Vom Kellergeschoß bis zum zweiten Geschoß wird der Bau in monolithischem Stahlbeton ausgeführt. Die Bettengeschosse sind auf einem Achsmaß von 2,40 m in den unteren sechs Geschossen und darüber auf einem Achsmaß von 2,40 und 4,80 m aufgebaut.
Zur Aussteifung des Gebäudes, besonders zur Aufnahme der Windlasten, sind Längsachsen mit einem Abstand von 3×5,55 m angeordnet. Die Geschoßhöhe beträgt 2,80 m. Für die Bettengeschosse ist die Großplattenbauweise, zweiseitig aufgelagert, vorgesehen. Dabei wirkt sich die vorhandene große Gebäudetiefe von 17 m statisch sehr günstig aus.
Vier Personenaufzüge übernehmen die vertikale Aufschließung. Die Außenhaut besteht in den drei Sockelgeschossen aus Werkstein und in den Bettengeschossen aus Meißner Keramik.

Gaststätte Moskau

Sie ist zweigeschossig als Atriumhaus angelegt und erhält einen Brunnenhof und einen Garten.

Im Kellergeschoß sind eine Tanzbar, im Erd- und Obergeschoß ein Sakusska- und ein Weinrestaurant sowie eine Teestube vorgesehen. Das gesamte Haus bietet 600 Gästen Platz.

An der einen Seite des Erdgeschosses befinden sich Ausstellungs- und Verkaufsräume für sowjetische Kunstgewerbeartikel. Während die Wand zur Stalinallee im Obergeschoß durch große Glasflächen gestaltet ist, um eine Einbeziehung des Straßenraumes in das Innere der Gaststätte zu erreichen, wurden die Wände im Erdgeschoß verhältnismäßig geschlossen gehalten. Die Wände zwischen den Erdgeschoßfenstern werden mit Naturstein und Mosaik gestaltet.

Die Konstruktion besteht aus Stahl mit kleinen, dazwischenliegenden Beton- beziehungsweise Mauerwerksflächen.

Kino

Das Kino ist als zweigeschossiger Baukörper vorgesehen.
Im Erdgeschoß befinden sich der Haupteingang mit Vorraum, Garderoben und anderen Nebenräumen für das Kino sowie eine Bibliothek mit Lese- und Vortragsraum von insgesamt 500 m² Größe. Im Obergeschoß befindet sich der Kinoraum mit 600 Plätzen. Das Foyer kragt über dem Haupteingang heraus und schafft damit direkte Sichtbeziehungen zur Stalinallee. Die Konstruktion ist in monolithischem Stahlbeton im Vier-Scheiben-System vorgesehen. Die Seitenfronten des Obergeschosses sowie die Rückfront sind mit zwei großen Reliefs geschmückt, und das Sockelgeschoß soll mit farbigen Silikatsteinen verkleidet werden.

Läden

Die Läden haben überbezirklichen Charakter. Hier können Fernseh- und Radio- sowie Elektro-Großgeräte, Kunst- und Kunstgewerbegegenstände und Geschenkartikel, Schuhe und Lederwaren, Herren- und Damenbekleidung zum Verkauf angeboten werden.

Die Nahversorgungsläden befinden sich in den Zentren der Wohnkomplexe und übernehmen die Versorgung der in diesem Gebiet wohnenden Bevölkerung einschließlich der Wohnblocks an der Stalinallee.

Die Gestaltung des Innenraumes der Läden erfolgt großflächig und stützenfrei und soll in größtmöglichem Umfang Rücksicht auf die weitere Entwicklung des Handels nehmen. Dabei soll die Innenausstattung beweglich und nicht mit dem Gebäude verbunden sein, um der Entwicklung des Sortiments Rechnung tragen zu können.

Die Außenwände, die zum überwiegenden Teil aus Glasflächen bestehen, erhalten einen Natursteinsockel.

Bis zum Jahre 1961 werden sieben Wohnblocks, das Hotel und die Nachfolgeeinrichtungen fertiggestellt, und der größte Teil der Gebäude wird bereits bezogen sein, so daß die Gesamtgestaltung des Straßenzuges bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen ist.

Ich bin überzeugt, daß der zweite Abschnitt der Stalinallee ein weiterer Höhepunkt beim Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik sein wird, und unsere Bauarbeiter, Ingenieure und Architekten werden damit ihren Anteil zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe bis 1961 und zur Erhaltung des Friedens beitragen.

Die städtebauliche Vorprüfung für den Ideenwettbewerb Zentrum Berlin

Architekt BDA Karl Menzel

Der großen politischen und städtebaulichen Bedeutung dieses Wettbewerbes entsprechend wurde neben einer sorgfältigen technischen Vorprüfung der städtebaulichen Vorprüfung eine über den üblichen Rahmen weit hinausgehende Beachtung geschenkt.

Es erwies sich zunächst als zweckmäßig, den Entwürfen gleiche Planskizzen beizufügen, die mit für alle Entwürfe einheitlichen Planzeichen die Standorte der wichtigsten Einrichtungen am Marx-Engels-Platz, den Ablauf der fließenden Demonstration und den Standort des Höhenakzentes darstellen. Soweit in den Entwürfen die bestehende Silhouette der Altstadt eine Veränderung erfahren hatte, das war in den meisten Fällen gegeben, wurden drei Schaubildskizzen hinzugefügt, die die geplante Silhouette aus der Straße Unter den Linden, von der Spree oberhalb der Jannowitzbrücke und vom Trümmerberg im Friedrichshain aus erkennen ließen. Für alle Entwürfe, die eine Verkehrslösung aufwiesen, die von dem in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Hauptnetz des Straßenverkehrs abwich, wurde ein neues Belastungsschema der veränderten Straßen und Knotenpunkte ausgearbeitet. Um diese Unterlagen wurde jeder Entwurf ergänzt.

Ansicht der Eingangsseite des Touristenhotels und des Kinos

Für alle Entwürfe wurden städtebauliche Vorprüfungsberichte verfaßt, die in einer Mappe zusammengefaßt und jedem Preisrichter zur Verfügung gestellt wurden. Diese Berichte enthielten unter Zugrundelegung der Wettbewerbsausschreibung, der bei der einheitlichen Beantwortung von Rückfragen und in einer Konsultation festgelegten Änderungen und unter Berücksichtigung des städtebaulichen Raumprogrammes und der übrigen Ausschreibungsunterlagen die zusammengefaßten städtebaulichen Vorprüfungsergebnisse nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Die Einhaltung der gegebenen städtebaulichen Konzeption für die Struktur des Zentrums der Stadt;

die Berücksichtigung der städtebaulichen Forderungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Aufgabe des Marx-Engels-Platzes und der am Marx-Engels-Platz vorgesehenen Einrichtungen sowie der Durchführbarkeit von Fließ- und Standdemonstrationen;

die Einhaltung des Lindenstatutes für die Straße Unter den Linden und den Pariser Platz;

die Berücksichtigung der geforderten Gestaltung des bis zur Kreuzung der Liebknecht- mit der Memhardstraße erweiterten Alexanderplatzes und der geforderten Struktur für seine Umgebung, insbesondere für das Gebiet Memhard-, Liebknecht- und Rathausstraße.

2. Die Erfüllung des städtebaulichen Hochbauprogrammes nach Art, Kapazität und Größe aller geforderten Einrichtungen;

die Berücksichtigung der unbedingt zu erhaltenden Gebäude und der bedingt zu erhaltenden Gebäudesubstanz.

Kino, Grundriß des Erdgeschosses 1 : 500

Kino, Längsschnitt 1 : 500

obergeschoss

Kino, Grundriß des Obergeschosses 1 : 500

3. Die Einhaltung der gegebenen Verkehrskonzeption;

die Durchführbarkeit der Schiffahrt in bezug auf die geforderten Breiten und Radien der Spree, ergänzt durch Feststellungen über den prozentualen Anteil der Überbrückung der Wasserstraßen im Wettbewerbsgebiet;

die Führung und Gestaltung der Stadtbahntrasse;

die Berücksichtigung des gegebenen U-Bahnnetzes und der Eingänge zu den U-Bahnhöfen sowie des gegebenen Straßenbahnnetzes und seine Durchführbarkeit, insbesondere im Raume nordöstlich der Memhardstraße;

die Einhaltung des gegebenen Hauptnetzes des Straßenverkehrs, die Erschließung des Wettbewerbsgebietes und die Berücksichtigung der vorhandenen tiefbautechnischen Erschließung;

die Ausweisung der geforderten Parkplätze, ihre Zuordnung und den prozentualen Anteil von Stellplätzen in mehrgeschossigen Parkgaragen sowie möglicher Überdeckungsbereiche.

4. Die Erfüllung ausreichender Begrünungsmaßnahmen;

die Erhaltung vorhandener öffentlicher Grünflächen und die Schaffung von Grünzügen, insbesondere einer zusammenhängenden Spreebegrünung;

die Berücksichtigung stadthygienischer Erfordernisse in bezug auf die ausreichende Durchgrünung bebauter Gebiete und genügend großer Abstände von Lärmquellen des Verkehrs.

5. Die Einhaltung der Bestimmungen der Deutschen Bauordnung.

6. Die Durchführbarkeit der im Siebenjahrplan festgelegten Baumaßnahmen zur architektonischen Hauptgestaltung des Zentrums bis 1965 entsprechend der Ausschreibung.

Darüber hinaus wurden Hinweise der Verfasser für eine industrielle Bauweise besonders vermerkt.

Diese städtebaulichen Vorprüfungsberichte hatten eine weitgehende Detailarbeit zur Voraussetzung, deren Ergebnisse in Tabellen übersichtlich zusammengefaßt wurden. Diese Tabellen gaben für jeden Entwurf im einzelnen Aufschluß über die Erfüllung des Hochbauprogrammes, den Abriß der Hochbausubstanz, den Umfang der geplanten öffentlichen Grünflächen, über den Flächenanspruch für den Straßenverkehr und das Ausmaß des geplanten ruhenden Verkehrs.

Obwohl eine Kostenschätzung in der Ausschreibung nicht gefordert worden war, wurden die Kosten für den Hochbau, den Abriß, die öffentlichen Grünanlagen, für den Tiefbau und die Verkehrseinrichtungen im einzelnen und insgesamt ermittelt, soweit die eingereichten Unterlagen eine solche Kostenschätzung zuließen. So bewegten sich die ermittelten Gesamtkosten zwischen 934,1 Mill. und 1140,2 Mill. DM für das eigentliche Wettbewerbsgebiet. Der Beurteilung durch das Preisgericht hat diese Kostenschätzung jedoch nicht zugrunde gelegen.

Den Abschluß der Vorprüfungsergebnisse bildeten Kartierungen und Tabellen, die eine Analyse des Wettbewerbsergebnisses auf statistischer Grundlage in bezug auf die Häufigkeit bestimmter städtebaulicher, technischer und architektonischer Lösungsarten zum Gegenstande hatten. Auch diese Unterlagen wurden für die Beurteilung durch das Preisgericht nicht herangezogen, weil der Häufigkeit bestimmter Lösungsarten nicht unbedingt ein Wertmaßstab beigemessen werden kann. Für eine Gesamteinschätzung des Wettbewerbsergebnisses waren sie jedoch von besonderem Interesse.

So ergaben sich als wichtigste Ergebnisse aus der Gesamteinschätzung des Wettbewerbes für das Marx-Engels-Denkmal 13 verschiedene Standorte, von denen mit 12mal der Standort der jetzigen Tribüne der häufigste war. Für die Tribüne wurden 10 Standorte vorgeschlagen, davon je 11mal der Standort der jetzigen Tribüne und auf dem Marx-Engels-Platz gegenüber dem Lustgarten und 10mal an Stelle des Domes. Für das Marx-Engels-Haus waren es 16 verschiedene Standorte, davon 14mal an Stelle des Domes, für das Marx-Engels-Lenin-Institut 13 Standorte, davon 19mal am Schinkelplatz, für die Oberste Volksvertretung 8 Standorte, davon 31mal zwischen Rathaus- und Liebknechtstraße östlich der Spree und 14mal auf dem Marx-Engels-Platz. Die Kundgebungshalle fand 17 verschiedene Standorte, von denen 10mal der Standort nördlich der Liebknechtstraße, östlich der Spree und je 8mal die Standorte zwischen Liebknecht- und Rathausstraße östlich der Spree und auf dem Platz des jetzigen Domes die häufigsten waren. Für den Ministerrat wurden insgesamt 10 verschiedene Standorte vorgeschlagen, davon 25mal der Standort an der Südseite des Marx-Engels-Platzes. Das Dienstgebäude des Präsidenten fand 17 Standorte, von denen der Platz Unter den Linden gegenüber dem Museum für Deutsche Geschichte 17mal vorgeschlagen worden war. Einkaufsbereiche konzentrierten sich 31mal nördlich der Memhardstraße, 29mal zwischen Liebknecht- und Rathausstraße, 26mal an der Friedrichstraße und 18mal an der Rathausstraße als die häufigsten.

39 Entwürfe beließen den Marx-Engels-Platz an der alten Stelle, während die übrigen Entwürfe andere Platzlösungen vorschlugen. 18mal wurde der Demonstrationszug nordsüdlich über den Marx-Engels-Platz geführt, 26 Entwürfe schlugen dagegen die Führung der Demonstration von der Straße Unter den Linden in die Liebknechtstraße vor. Die übrigen Entwürfe erbrachten eine Reihe anderer Lösungen.

Als Höhenakzent am Marx-Engels-Platz wählten 36 Entwürfe ein Hochhaus, 3 ein Scheibenhaus, 12 einen Turm, Obelisk oder ähnliches, während 5 Entwürfe auf eine Höhendominante verzichteten.

Der Dom wurde 13mal belassen, 41mal beseitigt und 2mal verändert, der ehemalige Marstall ist 47mal erhalten geblieben, wurde 7mal nicht belassen und 2mal verändert, die Schinkelakademie wurde 24mal belassen, 30mal beseitigt und 2mal verändert.

36mal wurden in Einkaufs- und Vergnügungszentren vom Fahrverkehr getrennte Fußgängerbereiche vorgesehen und 19mal der Fußgängerverkehr teilweise in eine zweite Ebene verlegt.

27 Entwürfe wählten für Hallenkonstruktionen Schalen und 15 Entwürfe Hängedächer. 38 Entwürfe zeigten sichtbare Skelettbauweisen für Geschoßbauten.

Wie wird das Zentrum von Berlin gestaltet?

Dipl.-Ing. Bruno Flierl

Zu diesem Thema veranstaltete Mitte Dezember vergangenen Jahres der Berliner Klub der Kulturschaffenden einen Ausspracheabend in Auswertung des Wettbewerbes „Zentrum Berlin". Der bis zum letzten Platz gefüllte große Saal des Klubhauses bewies, welch starkes Interesse die Bevölkerung und die Architektenschaft Berlins der Planung des Zentrums ihrer Stadt entgegenbringen.

Professor Hopp, Präsident des Bundes Deutscher Architekten, führte an Hand einer Reihe von Lichtbildern in die Problematik dieses großen städtebaulichen Unternehmens ein und erläuterte die preisgekrönten, angekauften und mit einer Anerkennung versehenen Wettbewerbsentwürfe sowie die beiden außer Konkurrenz eingereichten Arbeiten.

Die daran anschließende Diskussion war überaus anregend und lebendig. Sie offenbarte die ganze Kompliziertheit der Aufgabe, der sich die Städtebauer und Architekten bei der Auswertung des Wettbewerbes und bei der Arbeit an der endgültigen städtebaulichen Grundkonzeption für das künftige Zentrum von Berlin nunmehr gegenübersehen. Freilich konnten bei weitem nicht alle offenen Probleme besprochen und, soweit sie aufgeworfen wurden, etwa abschließend beantwortet werden. Das kann selbstverständlich erst im Verlauf der Ausarbeitung des endgültigen Entwurfes geschehen. Mit Recht verwiesen daher viele Diskussionsteilnehmer immer wieder auf die in den nächsten Monaten zu leistende Arbeit.

In der Diskussion galt das Hauptinteresse aller Teilnehmer der baukünstlerischen Konzeption für die städtebauliche Komposition des Zentrums, insbesondere des Ensembles am Zentralen Platz. Zur interessantesten und bedeutendsten Auseinandersetzung des Abends führte die Frage nach den Prinzipien der städtebaulichen Komposition, von denen man sich bei der endgültigen Lösung leiten lassen sollte.

Als erster legte Professor Tonev seine Meinung hierzu dar. Er war einer der ausländischen Teilnehmer am Wettbewerb und hatte einen 3. Preis erhalten. Sein Anliegen, das er in einer ausführlichen Analyse vortrug, war das Problem der Monumentalität und der Maßstäblichkeit. Wie könne es erreicht werden, daß die Monumentalität nicht zur Maßstabslosigkeit führe, das war der Kern der Fragestellung. Professor Tonev vertrat die Ansicht, daß viele Wettbewerbsentwürfe nicht der Gefahr entgangen seien, die Maßstäblichkeit der Monumentalität zu opfern. Dies rühre zum Teil schon daher, daß viele Wettbewerbsteilnehmer zu sehr ihr Interesse fast ausschließlich auf die städtebauliche und architektonische Gestaltung des Ensembles am Zentralen Platz, besonders aber auf die Heraushebung des Zentralen Gebäudes konzentriert und nicht das gesamte Zentrum als ein harmonisches städtebauliches Ganzes im Auge gehabt hätten.

Natürlich sei es eine äußerst schwierige Aufgabe, so meinte Professor Tonev, dem neuen sozialistischen Zentrum der Stadt einen neuen Maßstab zu geben, der den historisch gegebenen Maßstab der alten Stadt nicht verletze und rücksichtslos degradiere, sondern im Sinne der Steigerung zu einer neuen Qualität eine Einheit mit ihm bilde. Aber dies zu erreichen, sei eben die Aufgabe. Man müsse sich dabei im klaren sein, daß große Gebäude stets große Flächen um sich herum benötigen. Diese Flächen könnten aber leicht zu leeren Räumen führen, zumal wenn sie, wie das bei den großen Wasserflächen zweier Wettbewerbsentwürfe der Fall ist, ungenutzt für das Leben der Menschen bleiben. Sie könnten ebenso maßstabslos

Touristenhotel
Grundriß des Erdgeschosses 1:500

Grundriß des 2. Zwischengeschosses 1:500

Grundriß eines Bettengeschosses 1:500

Teilansicht der Gaststätte Moskau

werden wie ein zu großes Gebäude als Dominante.
Professor Tonev gab auch zu bedenken, ob vorwiegend mit einem einzigen großen Gebäude die Aufgabe zu lösen sei, den östlichen und westlichen Teil des Berliner Zentrums und darüber hinaus des ganzen Stadtgebietes so zu verbinden, wie das nötig sei.

Man müsse sich daher die Frage stellen, so führte Professor Tonev verallgemeinernd aus, ob die Hauptaufgabe der städtebaulichen Gestaltung des Zentrums von Berlin darin bestehen solle:

1. alles Interesse nur auf ein großes, als Dominante herausgehobenes Gebäude zu richten,

2. statt eines einzigen dominierenden Gebäudes mehrere große Gebäude vorzusehen und miteinander in Beziehung zu setzen oder

3. mit mehreren Ensembles von Räumen, die untereinander verbunden und aufeinander abgestimmt sind, ein ganzes räumliches System im Zentrum zu bilden.

Grundriß des Erdgeschosses 1:500

Grundriß des Obergeschosses 1:500

Wenn sich Professor Tonev selbst für die letzte der von ihm genannten Möglichkeiten aussprach, so tat er das nicht nur, weil er auch in seinem Wettbewerbsentwurf nach diesem Prinzip vorgegangen war, sondern weil er prinzipiell gegen eine alles überragende Dominante im sozialistischen Städtebau eingestellt ist und das auch deutlich sagte. Da seine Einstellung zur Dominante jedoch nicht frei von subjektiver Abneigung war, konnte nicht alles überzeugen, was er an Argumenten gegen sie anführte. Selbst die dreigeteilte Frage, die er aufwarf, ist davon belastet, da sie das Räumliche gegen das Körperliche in der Architektur tendenziös ausspielt.

Hierauf antwortete Professor Magritz. Selbstverständlich erschöpfe sich die gestellte Aufgabe, das Berliner Zentrum neu aufzubauen, nicht in der Errichtung eines einzigen großen Gebäudes, des Zentralen Gebäudes, oder in der Anlage eines einzigen großen Platzes, des Zentralen Platzes. Professor Magritz unterstützte den Gedanken von Professor Tonev, das gesamte Zentrum als eine städtebauliche Einheit aufzufassen und, dem gesellschaftlichen Leben im Zentrum entsprechend, ein ganzes System von städtebaulichen Ensembles, von Straßen und Plätzen zu schaffen. Zugleich sei es aber notwendig, ein dominierendes Ensemble als den Mittelpunkt dieses Systems auszubilden und in ihm letztlich dann doch ein besonderes Gebäude, nämlich das Zentrale Gebäude, städtebaulich und architektonisch hervorzuheben und als eine die anderen Gebäude überragende Dominante vorzusehen.

Auch Stadtbaudirektor Gißke vertrat diesen Standpunkt. Seiner Meinung nach brauche und vertrage Berlin einen neuen Ausdruck auch in der Stadtkrone. Es werde die Aufgabe sein, zu prüfen, welche Rolle einer Dominante in der städtebaulichen Komposition des Zentrums zukomme und wie sie auszusehen habe.

Auf die Rolle der Dominante im Zentrum, auf ihre Bedeutsamkeit und ihr Aussehen kam die Diskussion später erneut zurück. Professor Selmanagic lehnte eine Dominante grundsätzlich ab, da er sich nicht vorstellen könne, daß eine Dominante im Sozialismus überhaupt noch einen Sinn habe. Früher in Klassengesellschaften hätten die Dominanten, zum Beispiel Kirch- und Schloßtürme, die Menschen gewissermaßen ideologisch in die Knie gezwungen. Im Sozialismus aber habe sich der Mensch befreit, weshalb er selbst zum Maß aller Dinge geworden sei und in erster Linie von seiner eigenen Körpergröße bei der Bestimmung des architektonischen Maßstabes ausgehen müsse. Er selbst, so sagte Professor Selmanagic, wolle architektonisch nichts mehr ,,über" sich sehen, sondern verlange von der Architektur, daß sie das Leben der Menschen auf dem von ihnen beschrittenen Erdboden vorteilhaft organisiere.

Kollege Mickin widersprach diesen extremen Auffassungen mit dem Hinweis, daß die Architektur nicht nur nach der biologischen Körpergröße des Menschen abzuleiten sei, sondern den Menschen in erster Linie als gesellschaftliches Wesen zum Ausdruck bringen müsse. Es käme in der Architektur und besonders im Zentrum einer Stadt darauf an, die Gesellschaft, die architektonische Werke baut und sie nutzt, baukünstlerisch widerzuspiegeln. Hierbei sei aber die Widerspiegelung der gesellschaftlichen Macht von entscheidender Bedeutung. Aus diesem Grunde sei es notwendig, die neue gesellschaftliche Macht des Menschen im Sozialismus gerade im Zentrum der Hauptstadt architektonisch zum Ausdruck zu bringen.

Wie diese Aufgabe architektonisch zu lösen ist, das ist freilich noch ein Problem. Im Wettbewerb standen sich Lösungen mit Dominanten als Hochhaus, nadelartigen und mastartigen Dominanten und Dominanten im Sinne eines gebauten Monuments gegenüber. Es wird gründlich und ernsthaft zu prüfen sein, welche architektonische Erscheinung die Dominante haben soll, ob sie nur eine ideelle Aufgabe oder auch einen praktischen Zweck erfüllen soll, nämlich als Sitz der Volkskammer, und ob sie diesen praktischen Zweck überhaupt verträgt, wenn sie die Bedeutung erlangen soll, die die Menschen unserer Gesellschaft sich in Übereinstimmung mit ihrem sozialistischen Leben und ihren Vorstellungen und Ideen vom Sozialismus von der Dominante im Zentrum der Hauptstadt erwarten.

Neben diesem Problem der Gestaltung der baukörperlichen Dominante im Zentrum erörterte man aber auch die Probleme der räumlichen Gestaltung.

Die Aufmerksamkeit der Diskussionsteilnehmer richtete sich besonders auf die vom Leningrader Architektenkollektiv Professor Naumow vorgeschlagene Lösung, den Marx-Engels-Platz nach Süden platzartig zu erweitern und so die Spreeinsel von innen her räumlich bewußt zu machen. Es herrschte bei allen, die sich hierzu äußerten, die volle Übereinstimmung, daß dieser Gedanke eine städtebauliche Bereicherung gegenüber allen bisherigen und sonst im Wettbewerb gezeigten Lösungen zur Komposition des Bereiches um den Zentralen Platz sei und deshalb der künftigen Planung zugrunde gelegt werden müsse. Denn die Ausbildung dieser räumlichen Insel-Achse trage zur Steigerung der Längsachse vom Brandenburger Tor bis zum Alexanderplatz bei und gebe dem Marx-Engels-Platz die allseitige räumliche Orientierung, die er als Zentraler Platz benötige, um zum Herzstück der städtebaulichen Komposition des Zentrums zu werden.

Im Zusammenhang damit plädierte Kollege Leucht dafür, den Südteil der Insel räumlich offen zu organisieren und völlig neu zu bebauen beziehungsweise zu begrünen. Zwar brauche man ja den ruinösen Fischerkietz nicht gleich abzuräumen, aber man sollte dieses Gebiet einer Neuplanung vorbehalten, um so zu einer qualitativ besseren und sozialistischen Lösung für die städtebauliche Komposition der gesamten Spreeinsel zu gelangen.

Ebenfalls Kollege Leucht war es, der für eine räumliche Betonung der Spree eintrat und sich dagegen wandte, das Erlebnis der Spree als der natürlichen Flußmagistrale gegen künstliche Wasserflächen einzutauschen. Diesen Gedanken unterstützte auch Professor Tonev. Er empfahl insbesondere, die Spree für den Blick vom Platz aus nicht mit Tribünenbauten zu verdecken, wie das in so vielen Entwürfen der Fall ist. Professor Pniower forderte eine durchgehende Begrünung der Spree im Zentrum, um ihr so die rechte Bedeutung im Stadtbild zu verleihen.

Über die Rolle des Grüns im Stadtbild wurde eingehend diskutiert. Man war sich einig, daß der Entwurf von Professor Naumow die Grünzonen geradezu zu einem Selbstzweck gemacht habe. Professor Tonev sprach sich für eine intime Gestaltung des Grüns im Zentrum aus, zumal Berlin durch seine reizvolle und landschaftlich einmalige Umgebung genügend Gelegenheit biete, daß der Mensch sich in der Natur ergehen könne. Professor Pniower vertiefte diesen Gedanken und forderte an Stelle des quantitativen Grüns das qualitative Grün im Stadtzentrum. Die Bevölkerung erwarte vom Zentrum ein gesteigertes Leben und anziehende Lebendigkeit. Zu ausgedehnte Grünflächen würden dem aber entgegenwirken. Es sei bekannt, daß der frühere Tiergarten so gut wie ein totes Gebiet und keineswegs der Erholungspark war, als der er oft hingestellt worden ist. Solange die Grünflächen keine Anziehungspunkte erhalten, zum Beispiel kulturelle Einrichtungen, Cafés und ähnliches, und nicht ideenreich den speziellen Funktionen sowie den baulichen Einrichtungen und städtebaulichen Anlagen des Zentrums vom Standpunkt einer alles umfassenden städtebaulichen Komposition zugeordnet würden, solange könne man freilich nicht erwarten, daß das Grün in der Stadt eine qualitative Bedeutung erhalte. Mit Nachdruck sprach sich Professor Pniower gegen die Ideologie der sogenannten Stadtlandschaft aus, die nur die idyllische Isolierung des Menschen in der Natur und die Auflösung der Stadt als der kulturreichsten Siedlungsform des Menschen zum Ziel hat und damit den Ideen und der Praxis des sozialistischen Zusammenlebens der Menschen widerspricht.

Es wurde an diesem Diskussionsabend noch über vieles andere mehr gesprochen, über Probleme des Verkehrs und der Funktionen im Zentrum und besonders über die notwendige lebendige Atmosphäre, die wir uns alle im Zentrum Berlins wünschen. Die Zeit und die Fülle der aufgeworfenen Fragen ließen jedoch nicht zu, ausführlicher darauf einzugehen. Es ist daher zu begrüßen, daß der Klub der Kulturschaffenden einen weiteren Ausspracheabend angekündigt hat, auf dem vorrangig die Gestaltung des Zentralen Platzes behandelt werden soll. Ferner wird eine spezielle Diskussion über die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Architekten und bildenden Künstlern bei der Neugestaltung des Zentrums von Berlin stattfinden, über ein Problem also, das nicht nur die beteiligten Architekten und bildenden Künstler, sondern alle angeht und auch an diesem Diskussionsabend aufgeworfen wurde.

Der Wert solcher Diskussionen liegt klar auf der Hand: Sie bieten die einmalige Gelegenheit, in größerem Kreise alle wichtigen Probleme der gegenwärtigen sozialistischen Architekturentwicklung zu erörtern, und zwar nicht abstrakt-theoretisch, sondern am Beispiel der Praxis. Und da der Aufbau des Zentrums unserer Hauptstadt die bedeutendste Aufgabe unserer sozialistischen Architektur darstellt, so ist es einleuchtend, wenn in den Diskussionen darüber alle Probleme der sozialistischen Architekturentwicklung der letzten Jahre und der kommenden Zeit auftauchen, und es ist erforderlich, sie gerade im Zusammenhang mit dieser großen Aufgabe zu klären.

Ansicht des ersten Wohnblocks von Südwesten

Die ersten Wohnhäuser in Großplattenbauweise in Berlin

Dipl.-Architekt BDA Heinz Bärhold
VEB Hochbauprojektierung I Berlin

Beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik nimmt die Aufgabe, den Werktätigen schöne und billige Wohnungen zur Verfügung zu stellen, einen wichtigen Platz ein. Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten ist das Bauen nach Typenentwürfen fast zur Selbstverständlichkeit geworden. Soweit es sich um den allgemeinen Wohnungsbau handelt, gehört die Baumethode „ein Stein ein Kalk" der Vergangenheit an, die Industrialisierung hielt ihren Einzug in das Baugeschehen. Meilensteine ihres Weges sind der Hohlblockstein, der Großblock und schließlich die Großplatte. Die Baustelle ist zum Montageplatz geworden.

Aufbauend auf den Erfahrungen des befreundeten sozialistischen Auslandes sind die ersten Wohnungen in Großplattenbauweise in Lübbenau, Hoyerswerda und Rostock errichtet worden. In Berlin entstehen die ersten Wohnblocks in Großplattenbauweise im Bezirk Prenzlauer Berg, und zwar an der Prenzlauer Allee zwischen Ostseestraße und Erich-Weinert-Straße. Insgesamt sollen hier 350 Wohnungen innerhalb des Wohnkomplexes 13 gebaut werden. Hierzu ist ein Zweispänner mit Zweieinhalbzimmerwohnungen entwickelt worden, der zentralbeheizt wird, mit Innenbad ausgestattet ist und in Querwandbauweise errichtet wird. Die städtebauliche Einheit ist ein fünfgeschossiger Block mit flachem Holz-Satteldach, der bei fünf Segmenten 50 Wohnungseinheiten enthält. Der Keller wird monolithisch in Beton mittels vorgefertigter Schalplatten hergestellt. Beim Betrachten der städtebaulichen Komposition ist leicht festzustellen, daß sie der Technologie des industrialisierten Bauablaufes nicht voll entspricht. Der Grund ist darin zu sehen, daß die Bauten zunächst in Großblockbauweise vorgesehen waren, später jedoch, nachdem die Teilbebauung bereits fertiggestellt war, auf Großplattenbauweise umgestellt wurden. Nördlich der Ostseestraße, also in unmittelbarer Nähe, befindet sich das offene Betonwerk, das die Betonelemente herstellt. Als Nachfolgeeinrichtungen werden eine Kindertagesstätte, eine Kinderkrippe, ein Lebensmittelkombinat, Kraftwagenunterstellräume und ein Waschhaus in traditioneller Bauweise gebaut. Die Beheizung der einzelnen Blöcke erfolgt durch ein Typen-Kesselhaus, die Warmwasserversorgung durch Gasthermen in den einzelnen Wohnungen.

Der Wohnkomplex 14, also das Gebiet südlich der Erich-Weinert-Straße, sieht Wohnungen in traditioneller Bauweise vor, dazu ein Kino, ein Hotel mit Gaststätte, eine Hochgarage, eine Kindertagesstätte und eine Kinderkrippe. Diese städtebauliche Situation ist aber noch nicht endgültig und verbindlich, da das Problem der Beheizung des Gesamtgebietes noch ungeklärt ist und eventuell auf dem Gelände, auf dem jetzt das Betonwerk steht, mehrere Punkthochhäuser errichtet werden sollen. In städtebaulicher Hinsicht hat das an der Erich-Weinert-Straße vorhandene Feierabendheim eine wesentliche Rolle gespielt.

Wie bereits vorstehend erwähnt, ist das statische Prinzip die Querwandbauweise. Die 15 cm dicken Quer- und Mittelwände sind in Schwerbeton, die 28 cm dicken,

Grundriß eines Normalgeschosses 1:333

Bebauungsplan 1 : 2500

Wohnkomplex 13 von der Ostseestraße bis zur Erich-Weinert-Straße

Wohnkomplex 14 von der Erich-Weinert-Straße bis zur Grellstraße

1 Wohnblock in Großplattenbauweise — 2 Wohnblock in traditioneller Bauweise — 3 Kindertagesstätte — 4 Kinderkrippe — 5 Hotel mit Gaststätte — 6 Kino (Ausführung später) — 7 Ladenkombinat — 8 Waschhaus — 9 Müllhaus — 10 Gärtnerstützpunkt — 11 Heizhaus — 12 Brennstofflager — 13 Müll und Moped (kombiniert) — 14 Garage — 15 PKW-Unterstellräume

Der erste Wohnblock ist fast vollendet — Ansicht von der Prenzlauer Allee

nichttragenden Außenwände in Leichtbeton ausgeführt. Die konstruktive Dicke der Deckenplatten beträgt 15 cm. Um die Zahl der Betonelemente so niedrig wie möglich zu halten, liegen dem Grundriß nur zwei Rastermaße, 2,40 m und 3,60 m, zugrunde. Analog hierzu gibt es, abgesehen von dem durchgehenden Treppenhausfenster, nur zwei Fenstergrößen, ein kleines für die Küche und das halbe Zimmer, ein französisches Fenster für die Zimmer. Sämtliche Quer- und Mittelwände sowie die Deckenplatten werden stehend in einer Batterie gefertigt und die Innentüren mit einbetoniert. Die Außenwandplatten entstehen liegend in einer Kippform, erhalten außen einen gekratzten Calcivona-Edelputz und innen einen Mörtelglattstrich. Die Fenster werden ebenfalls mit einbetoniert und die Schutzgitter am französischen Fenster an vorher einbetonierte Hülsen angeschraubt, so daß die Außenwandplatte komplett der Baustelle angeliefert werden kann. Treppenläufe und Podeste erhalten schon in der Form ihren Kunststeinbelag, so daß nach dem Verlegen lediglich das Holzgeländer angebracht werden muß. Alle Elemente sind nach den vorläufigen Richtlinien für Großplattenbauten entwickelt worden und der Laststufe, die dem zur Verfügung stehenden 45-t/m-Kran entspricht, untergeordnet. Die Geschoßhöhe beträgt 2,80 m.

Statisch gesehen sind die Innen- und Außenwandplatten unbewehrt. Die Wandplatten erhalten unten und oben eine Ringankerbewehrung, die obere endet an beiden Enden in einer mit drei Löchern versehenen Stahlplatte, in die Bauklammern eingefädelt und verschweißt werden. Die Transportbewehrung endet in einer Schlaufe, in die der Haken der Krantraverse eingehängt wird. Leider ist es unserer Industrie noch nicht gelungen, wandgroße Gipsplatten herzustellen, so daß die Leichtwände der Installationszelle Küche/Bad aus geschoßhohen Gipsdielen hergestellt und die entsprechenden Innentüren nachträglich eingesetzt werden müssen. Ein entsprechender Entwicklungsauftrag ist bereits erteilt, und die Versuche sind bis zu einem gewissen Abschluß gebracht worden.

In diesem Zusammenhang einige Worte zu dem Problem „Einbetonieren der Holzelemente in der Form oder nachträgliches Einsetzen bei offenen Betonwerken". Ideal wäre eine Stahlzarge für Türen und Fenster, wie sie im Ausland zum größten Teil verwendet wird. Leider ist dieser Weg für uns zur Zeit noch nicht möglich. Kunststoff ist zwar entwickelt, steht aber noch nicht ausreichend zur Verfügung, so daß Holz verwendet werden muß. Jeder weiß, daß Holz ein lebender Baustoff und sehr empfindlich gegen Feuchtigkeit ist. Eingehende Messungen beim ersten Versuchsblock haben ergeben, daß der Feuchtigkeitsgehalt im einbetonierten Holz vor und nach der Bedampfung der gleiche, zum Teil sogar geringer ist. Erst wenn die Platten zum Abbinden abgestellt sind und im offenen Betonwerk der Luftfeuchtigkeit, Regen und Schnee ausgesetzt sind, saugt sich das trockene Holz wie ein Schwamm voll. Es ist also notwendig, im Betonwerk dafür zu sorgen, daß die frisch betonierten Platten, wenn nicht in einer Halle so doch zumindest unter einem Dach abbinden können, wo außerdem die Holzelemente gesäubert, verleistet und gestrichen werden können. Um das Eindringen des Anmachewassers des Betons zu verhindern, sind die Seiten der Tür- und Fensterzargen mit einem Bitumenanstrich zu versehen. Sämtliche Beschläge sind gut einzufetten, um eine Korrosion zu verhindern, vor allem bei den empfindlichen Kipp-Drehflügel-Beschlägen. Diese Maßnahmen, die Platz, Zeit und Geld kosten, sind aber notwendig, um nicht Reparaturen oder gar Auswechslungen vornehmen zu müssen und den Mietern einwandfreie Wohnungen übergeben zu können.

Die Ausstattung der Wohnungen entspricht im wesentlichen dem Ausstattungsstandard. Wie bereits erwähnt, sind die Blöcke zentralbeheizt, und zwar durch eine Pumpen-Warmwasser-Heizanlage mit einem maximalen Temperaturgefälle von 110° C auf 70° C. Als Wärmespender werden Konvektoren verwandt. Aus wirtschaftlichen Gründen erhalten die Innenbäder eine natürliche Schachtentlüftung, und zwar jedes Bad ein Entlüftungsrohr 135/135 mm. Das Installationssystem der Starkstromanlage ist eine Horizontalverlegung und Zentralverteiler mit eingebauten, schwachstromgesteuerten In-

stallationsfernschaltern. Ein großer Teil der Anlage kann in der Werkstatt vorgefertigt werden und ermöglicht dadurch eine wesentliche Montageverkürzung auf der Baustelle. Die Schwachstrominstallation sieht ein Leerrohrnetz für Fernsprechanschlüsse, eine Hausklingel- und Türöffneranlage mit Leerrohrnetz für Antennenanschlüsse vor. Die Küche wird mit einer kompletten Einbauküche ausgestattet, ein Platz mit Anschluß für Kühlschrank ist vorgesehen. Das Bad enthält eine Einbauwanne, Handwaschbecken und WC und erhält Fußboden- und Wandfliesenbelag. Sämtliche Wohnräume werden mit Tapete ausgestattet. Für die Fußböden ist PVC-Belag gewählt.

Die Montage der Blöcke erfolgt nach dem Takt- und Fließverfahren. Die Takte 1 bis 3 sehen die Montage des Kellers, der einzelnen Geschosse und des Daches vor, und zwar horizontal über den ganzen Block. Die Takte 4 bis 11 koordinieren den gesamten Ausbau, und zwar segmentweise in vertikaler Richtung. Nach dem Versetzen der einzelnen Platten nach einem genauen Verlegeplan erfolgt sofort die Verschweißung und danach das Ausgießen der Stoßfugen. Das Verfugen an der Außenkante erfolgt mittels Schwebe-rüstung. Sämtliche Fugen sind 10 mm stark. Die Lagerfuge wird mit einer Lehre aufgezogen. Die vorgefertigten Dachplatten werden mit dem Bauwerk durch Bauklammern beziehungsweise Bügel, die an der Traufe verschweißt und in der Mitte einbetoniert werden, fest verbunden. Als Dachhaut ist die Steffendeckung gewählt. Der Installationsschacht ist über Dach als Betonfertigteil entwickelt und mit einer Meidinger Scheibe abgedeckt. Die Dachrinne und die Abfallrohre sind aus Vinidur. Der Betonsockel, der etwa 1,40 m über Terrain hoch ist, wird mit Latex gestrichen. Ein vorgefertigtes Schutzdach mit seitlichen Blenden ist mit Drahtglas verglast und schützt den Hauseingang.

Das Statut des Ministeriums für Bauwesen

Dr. Kurt Linkhorst

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hat am 15. Oktober 1959 das Statut des Ministeriums für Bauwesen beschlossen.[1] Es bildet nächst der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Gesetz vom 11. Februar 1958 über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates[2] sowie den einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes vom 18. Januar 1957 über die örtlichen Organe der Staatsmacht[3] die wichtigste staatsrechtliche Grundlage für die Tätigkeit des Ministeriums für Bauwesen. Wie alle zentralen Organe der staatlichen Verwaltung ist auch das Ministerium für Bauwesen juristische Person, das heißt eine Organisation, die zivilrechts- und handlungsfähig ist. Es ist eine Haushaltsorganisation, die dem Ministerrat untersteht. Seine Arbeitsweise ist die eines sozialistischen Staatsorganes. Es stützt sich auf die schöpferische Mitwirkung der Werktätigen in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, die demokratischen Massenorganisationen, die Zusammenarbeit mit der Nationalen Front und die örtlichen Staats- und Wirtschaftsorgane des Bauwesens. Seine Methode bei der Vorbereitung grundlegender Beschlüsse ist die des Einsatzes ständiger Brigaden, die nach vom Kollegium des Ministeriums bestätigten Arbeitsplänen die zu behandelnden Probleme komplex im Sinne der Überwindung von Ressortarbeit zu lösen und den Inhalt und die politische Zielsetzung der festgelegten Maßnahmen den Werktätigen zu erläutern haben.

Die Verantwortung des Ministeriums umschließt die einheitliche Lenkung und Leitung des Bauwesens in der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Walter Ulbricht hatte bereits auf der 3. Baukonferenz am 6. Mai 1959 die Aufgabenstellung des Ministeriums für Bauwesen gekennzeichnet. Er sagte, daß es eine straffe sozialistische Leitung organisieren müsse, die gewährleiste, daß alles Neue im Bauwesen, die Vorschläge der Werktätigen und die Beispiele für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in kürzester Frist im gesamten Bauwesen realisiert und ausgeführt werden, und ferner, daß der neue Arbeitsstil nicht nur verlange, daß analysiert und festgestellt, sondern daß verändert und die Arbeit verbessert werde.[4] Hiervon geht auch das Statut des Ministeriums aus. Im Rahmen seiner Leitungstätigkeit obliegen dem Ministerium die Erläuterung der Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Verbindung mit den konkreten Aufgaben des Bauwesens sowie — in enger Zusammenarbeit mit der Industriegewerkschaft Bau-Holz — die politisch-ideologische Erziehungsarbeit unter den Bauschaffenden. Das Ministerium hat die sozialistische Perspektive des Bauwesens auszuarbeiten und zu popularisieren. Es muß den sozialistischen Sektor im Bauwesen durch seine Einflußnahme auf die Entwicklung der volkseigenen Bau-, Baustoff- und bautechnischen Projektierungsbetriebe, auf die Förderung der staatlichen Beteiligung an privaten Bau- und Baustoffbetrieben und auf die Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks im baulichen Sektor stärken. Das Ministerium arbeitet unter Beachtung der volkswirtschaftlichen Grundkonzeption der Staatlichen Plankommission die Direktive zur Aufstellung der Jahresplanvorschläge aus und stellt den Komplexplanvorschlag des Bauwesens auf, der in seinen einzelnen Teilen koordiniert, bilanziert und allseitig begründet sein muß. Direktive und Planvorschlag sind der Staatlichen Plankommission zur Bestätigung vorzulegen.

Das Ministerium ist für die Erfüllung der Pläne der ihm direkt unterstellten Betriebe und Vereinigungen und darüber hinaus für die Anleitung zur Aufstellung der Pläne der örtlichen Bau-, Baustoff- und Projektierungsbetriebe sowie des volkseigenen Baustoffgroßhandels und für die Kontrolle ihrer Durchführung verantwortlich. Verantwortlich für die Erfüllung der örtlichen Pläne sind jedoch — nach den Grundsätzen des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht — die Bauämter. Das Ministerium für Bauwesen ist verantwortlich für die technisch-ökonomische Politik im Wohnungsbau, für die Durchsetzung und Kontrolle aller für den Wohnungsbau beschlossenen Maßnahmen. Es ist verantwortlich für die Typenprojektierung, für die einheitliche Organisation und Tätigkeit der Staatlichen Bauaufsicht sowie für die Prinzipien der Ausarbeitung der Gebiets-, Stadt- und Dorfpläne. Zu seinen Aufgaben im Bauwesen gehören auch die Verwirklichung der Grundsätze der sozialistischen Lohnpolitik in Zusammenarbeit mit der Industriegewerkschaft Bau-Holz, ferner der Berufsausbildung und der Erwachsenenqualifizierung, der internationalen Zusammenarbeit, nicht zuletzt auch die Lenkung der Forschung und technischen Entwicklung und die Aufgabenstellung für die seiner Dienstaufsicht unterstehende Deutsche Bauakademie. Es ist für die politische und ökonomische Entwicklung der ihm unterstellten VVB und Betriebe verantwortlich, die es zu Beispielen des Fortschritts im Bauwesen zu entwickeln hat.

Dem Minister für Bauwesen als Mitglied des Ministerrates steht auf Grund der Verfassung das Recht der Normensetzung in seinem Bereich zu. Das Statut konkretisiert diese Befugnis. Der Minister für Bauwesen erläßt auf der Grundlage und in Durchführung der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer und der Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates und dessen Präsidiums sowie in Übereinstimmung mit den Weisungen der Staatlichen Plankommission zur Sicherung der einheitlichen Lenkung und Leitung des Bauwesens und zur Durchführung der dem Ministerium obliegenden grundsätzlichen Aufgaben Durchführungsbestimmungen, Anordnungen und Anweisungen. Diese betreffen nur Gegenstände, die einer einheitlichen Regelung bedürfen.

Im Rahmen der Verpflichtung zur Anleitung und Kontrolle der Bauämter hat der Minister Weisungsrecht gegenüber den Bezirksbaudirektoren. Dies beruht auf dem Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht.[5] Das Weisungsrecht erstreckt sich auch auf alle Fragen, die einer zentralen Regelung bedürfen. Das Statut enthält hierzu eine verbindliche, aber nicht ausschließliche Erläuterung. Diesem zufolge erstreckt sich das Weisungsrecht insbesondere auf die Regelung folgender Aufgaben: Anwendung von Typenprojekten, Einhaltung der festgelegten durchschnittlichen Wohnungsgrößen, Verwirklichung der Grundsätze des Städtebaus, Einhaltung der Prinzipien der Rekonstruktion und der Investitionsbautendurchführung der Bauwirtschaft, Verhinderung und Beseitigung von Materialengpässen und Überplanbeständen, Sicherung einer

[1] GBl. I, S. 843
[2] GBl. I, S. 117
[3] GBl. I, S. 65
[4] Schriftenreihe Bauwesen, Heft 9, S. 44
[5] §§ 44, 47
[6] Teil V Ziff. 6, GBl. I, S. 297
[7] Sonderdruck Nr. 299 des Gesetzblattes, § 1 Abs. 5
[8] GBl. II, S. 148
[9] Min.-Bl., S. 109
[10] Abschnitt A Ziff. II der Verordnung vom 13. Februar 1958 über die Organisation auf dem Gebiet des Bauwesens (GBl. I, S. 144)

einheitlichen Organisation der Betriebe der Bauwirtschaft, Sicherung der Erfüllung des Planes des Bauwesens, Gewährleistung eines überbezirklichen Ausgleiches an Kapazitäten und Baumaterialien und des überbezirklichen Einsatzes von Arbeitskräften und Maschinen zur Sicherung der im Republikmaßstab wichtigen Bauvorhaben. Bereits im Beschluß des Ministerrates vom 21. April 1955 über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen[6] war das Ministerium für Aufbau ermächtigt worden, in Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission für volkswirtschaftlich besonders wichtige Großbauvorhaben, zu deren Durchführung die im Bezirk vorhandene Kapazität nicht ausreicht, aus anderen Bezirken Kapazitäten (Arbeitskräfte, Baumaschinen und Baumaterialien) abzuziehen.

In Erneuerung eines vor Jahren ergangenen, in den amtlichen Verkündungsblättern jedoch nicht mitgeteilten und deshalb in der Praxis allmählich in Vergessenheit geratenen Ministerratsbeschlusses vom 19. Dezember 1952 legt das Statut fest, daß der Minister für Bauwesen auch gegenüber allen zentralen Organen, die Bauaufgaben zu lösen haben — mit Ausnahme der Ministerien für Nationale Verteidigung, für Staatssicherheit und des Innern —, weisungsberechtigt ist, wenn es sich um die Sicherung der Mitwirkung der Organe des Ministeriums für Bauwesen bei der Vorplanung bestimmter Objekte, um die Anwendung von Bauweisen, Typen und Wiederverwendungsprojekten oder um den Aufbau von Bauorganisationen sowie Regiebauabteilungen handelt. Für die bautechnischen Projektierungsbetriebe und -abteilungen anderer zentraler Organe ist eine einheitliche Einflußnahme des Ministers für Bauwesen bereits durch die Anordnung vom 14. März 1959 über die Organisation des volkseigenen Projektierungswesens[7] gesichert worden.

Dem Ministerium für Bauwesen sind nach dem Statut in Übereinstimmung mit bestehenden Bestimmungen eine Reihe zentral geleiteter Betriebe unmittelbar unterstellt. Es handelt sich einmal um die früheren zentral geleiteten bautechnischen Entwurfsbüros, die jetzigen VEB Industrieprojektierung sowie den VEB Hochbauprojektierung Berlin (Z), um eine Anzahl Betriebe für Industrie- und Spezialbau sowie Baumechanik und um die Leitstelle für Baumaschinenzubehör in Cossebaude. Ferner sind dem Ministerium drei VVB nachgeordnet, und zwar entsprechend der Anordnung vom 19. Juni 1958 über die Bildung von Vereinigungen volkseigener Betriebe im Bereich Bauwesen[8] die VVB Zement und Beton in Dessau, die VVB Steine und Erden in Meißen und die VVB Bauelemente und Ausbau in Leipzig. Schließlich untersteht dem Ministerium die Deutsche Bauakademie als die zentrale Institution für Forschung und Entwicklung auf allen Gebieten des Bauwesens.

Für die Tätigkeit des Ministeriums und der ihm unmittelbar unterstellten Betriebe, VVB und Institutionen ist der Minister gegenüber der Volkskammer und dem Ministerrat voll verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Er ernennt die leitenden Mitarbeiter des Ministeriums und die Leiter der unmittelbar unterstellten Betriebe, VVB und Institutionen und beruft sie auch ab. Innerhalb seines Bereiches hat er die politischen und ökonomischen Aufgaben unter Führung der Partei der Arbeiterklasse und in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen entsprechend den von der Regierung festgelegten Grundsätzen durchzuführen. Sein ständiger Vertreter ist der Erste Stellvertreter des Ministers, der für die Zeit der Vertretung die Befugnisse und Pflichten des Ministers wahrnimmt. Die Stellvertreter sind für die Anleitung, Koordinierung und Kontrolle der Arbeit der ihnen unterstellten Bereiche dem Minister verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

Entsprechendes gilt für die Abteilungsleiter und die Leiter der selbständigen Sektoren des Ministeriums. Sie entscheiden in ihrem Aufgabenbereich in allen Fragen, soweit sich der übergeordnete Leiter die Entscheidung nicht vorbehalten hat, und sind ihrerseits diesem gegenüber für die Durchführung ihrer Aufgaben verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

Neben seinen verantwortlichen Mitarbeitern, mit denen sich der Minister über alle ihm obliegenden grundsätzlichen Fragen berät, steht ihm nach der Verordnung vom 17. Juli 1952 über die Bildung von Kollegien[9] als beratendes Organ das Kollegium des Ministeriums zur Seite. Darüber hinaus besteht, um die Koordinierung der Bauaufgaben und den ständigen Kontakt des Ministeriums mit den Bauämtern der örtlichen Organe der Staatsmacht zu sichern und die kollektive Zusammenarbeit aller Organe des Bauwesens zu fördern, der Beirat für Bauwesen als beratendes Organ des Ministeriums, in dem unter anderem die Bezirke durch die Bezirksbaudirektoren vertreten sind.[10] Die Mitglieder dieses Beirates werden ebenso wie die des Kollegiums vom Minister für Bauwesen berufen. Das Statut führt diese beiden Institutionen ungeachtet ihrer anderweitigen Rechtsgrundlagen wegen ihrer entscheidenden Bedeutung für die Arbeitsweise des Ministeriums für Bauwesen besonders auf.

Das Suchen nach neuen Wegen in der Architekturtheorie des Westens*

S. Moshnjagun

Im kapitalistischen Ausland wurden in den letzten Jahren viele Arbeiten und Aufsätze über theoretische Fragen der Architektur veröffentlicht. Die Fragen der Theorie haben auch in der Arbeit der Konferenzen und der Kongresse der internationalen Architektenorganisationen, die nach dem zweiten Weltkrieg stattgefunden haben, einen sehr wichtigen Platz eingenommen. Dieses starke Interesse an Fragen der Architekturtheorie ist nicht zufällig. Es kommt darin das Bestreben zum Ausdruck, die historischen Umwälzungen zu erfassen, die sich in der Entwicklung der heutigen Gesellschaft vollziehen, und die auf das Schicksal der Architektur im Ausland nicht ohne Einfluß bleiben können. Die Bedeutung mancher theoretischen Probleme geht über die Grenzen der Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft hinaus. Das Aufwerfen dieser Probleme und die Versuche einer theoretischen Lösung sind daher für die sowjetischen Architekten, die sich bemühen, die Erfahrungen der ausländischen Architektur kritisch zu verstehen und sich alles Positive in diesen Erfahrungen anzueignen, um so interessanter. Das ist keine leichte Aufgabe, da bei konkreten Gebäuden und Anlagen sämtliche sozialen, funktionellen, technisch-wirtschaftlichen, planerischen und formalen Momente auf das engste miteinander verbunden sind.

Bei aller äußeren Gemeinsamkeit der fachlichen Aufgaben, welche die Architekten der ganzen Welt zu lösen haben, darf man das, was sie trennt, nicht übersehen. Im Zuge des wirtschaftlichen Wettstreites der beiden Systeme geht der Kampf zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Ideologie ununterbrochen weiter. Das zieht zwischen dem schöpferischen Suchen der Architekten der Länder des Kapitalismus und der Länder des Sozialismus eine unzweifelhafte Grenze.

Man hat eine oberflächliche und völlig falsche Behauptung aufgestellt, die besagt, daß sich in der Weltarchitektur angeblich der historische Prozeß einer Nivellierung der nationalen und der Stilunterschiede vollziehe, und daß sich im Zusammenhang mit der Industrialisierung im Bauwesen und der Vereinheitlichung der Baustoffe und Konstruktionen ein internationaler Stil herausbilde, der bar jeglicher selbständiger lokaler, geschichtlicher und nationaler Züge sei (sein Entstehen wird mitunter mit der Tätigkeit des „Bauhauses" in Zusammenhang gebracht). Diese Auffassung spiegelt in keiner Weise die tatsächlichen Gesetzmäßigkeiten der heutigen Architektur wider. Den bürgerlichen Nationen war immer das Bestreben eigen, schnell zur Selbstbestimmung zu gelangen, sich unter Beibehaltung des nationalen Charakters der Kultur abzusondern. Das zeigt deutlich der Kampf, der in den kolonialen und abhängigen Ländern geführt wird. Hiervon ausgehend, ist es nicht schwer, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die erwähnte Auffassung lediglich eine Widerspiegelung der kosmopolitischen Bestrebungen der Monopolbourgeoisie ist.

Diese Auffassung ist erst recht nicht annehmbar, wenn es sich um vergleichende Charakteristiken der heutigen sowjetischen und der bürgerlichen Architektur handelt. Selbst bei Vorhandensein einiger gemeinsamer historischer Bedingungen — das Wachstum der Städte, die Industrialisierung im Bauwesen, das Suchen nach neuen Baustoffen und Konstruktionen und so weiter — müssen die Richtung und die allgemeinen Tendenzen ihrer Entwicklung zwangsläufig die grundlegenden Unterschiede in der sozialen Struktur der Gesellschaft widerspiegeln, müssen sie einen Klassencharakter tragen. Die Entwicklung der Architektur ist in der Endkonsequenz immer durch das Wirken der ökonomischen Grundgesetze der einen oder der anderen gesellschaftlichen Formation bedingt und hängt auch von den unterschiedlichen ideellen und philosophischen Konzeptionen ab, die Bestandteile des Überbaus der Gesellschaft sind.

Das Schicksal der kapitalistischen Stadt

Eines der theoretischen Hauptprobleme, die von den Architekten auf den internationalen Kongressen erörtert werden, ist die Stadt.

Über das Schicksal der kapitalistischen Stadt wird im Westen viel geschrieben, und manchmal taucht die Frage auf: Wird die Stadt weiterleben oder geht sie zugrunde? Das ist keine theoretische Frage. In ihr kommt die wirkliche Tragik der jetzigen Situation zum Ausdruck. Städte wie New York und Chikago haben kolossale Ausmaße erreicht (Groß-New York hat rund 16,5 Millionen Einwohner). Im Geschäftszentrum dieser Stadt sehen wir eine geschlossene Bebauung, die dazu noch einen zufälligen Charakter trägt. Der Bebauungsprozentsatz eines Wohnviertels beträgt bis zu 80 Prozent. Die Höfe in diesen Vierteln haben sich in steinerne Schächte verwandelt, die keine frische Luft, kein Sonnenlicht und kein Grün haben.

Die chaotisch aufgetürmten Wolkenkratzer machen die Straßen zu Schluchten, die mit Fahrzeugen aller Art vollgestopft sind. Die Wolkenkratzer selbst bilden vertikale Durchfahrten, in denen Schnellfahrstühle den Straßenverkehr aufnehmen. Unter diesen Verhältnissen wird die Beunruhigung der westlichen Architekten und insbesondere der Architekten der USA voll und ganz verständlich.

* Übersetzung aus der Zeitschrift „Architektura SSSR", Heft 11/1958

F. L. Wright bezeichnet die Wolkenkratzer als „barbarische Bauten, die ohne Rücksicht auf die Umgebung und ohne Rücksicht aufeinander in die Höhe streben". Die moderne Stadt ist seiner Charakteristik nach eine „Stadt der Nacht", die den Menschen versklavt; das Leben in dieser Stadt ist durch die übermäßige Zusammengedrängtheit der Bevölkerung ungemein teuer. „Der Mensch verliert die Zeit, den Raum und ... die Geduld, er wird in dieser Stadt grob und unausgeglichen."

Hudnut, Professor der Architektur an der Harward-Universität, erklärt: „Wir bauen nicht Städte, sondern große Maschinen und ordnen sie einer rationellen Tätigkeit unter, die das Produzieren zum Ziele hat, und das ist alles", und er schließt mit den Worten: „Unsere Städte wirken uns entgegen." L. Mumford berührt das gleiche Problem und fragt: „Was erzeugen wir, Ordnung oder Chaos? Weite oder Gedrängtheit? Ästhetischen Genuß oder Depressionen? Eine städtische Landschaft, die für das Leben bestimmt ist, oder Gefängniszellen und Blöcke für Automaten?"

J. M. Sert, Präsident des „Internationalen Kongresses für moderne Architektur", hat erklärt, daß sich die moderne Stadt „in eine Stätte verwandelt hat, zu der Sie unbedingt hinfahren müssen, die Sie jedoch so schnell wie möglich wieder verlassen möchten". C. Stein, wissenschaftlicher Mitarbeiter eines amerikanischen Architektur-Instituts, der an dem Problem einer neuen Stadt arbeitet, ist der Ansicht, daß die heutige kapitalistische Stadt für die Gesundheit und das Leben eine Gefahr bedeutet. Psychische Erkrankungen, Verschlechterung des Gesundheitszustandes und Rückgang der Geburtenziffern nehmen dort katastrophale Ausmaße an. Man kann sich dort weder zurückziehen noch erholen noch Kräfte sammeln, und man kann dort auch nicht produktiv arbeiten. Die täglichen langen Fahrten von der Wohnung zur Arbeitsstelle und zurück und später zu den „Erholungsstätten" kosten den Menschen Zeit und Gesundheit. „Die steigenden Lebenshaltungskosten in den Großstädten verschlingen einen ständig größer werdenden Teil des privaten und des städtischen Budgets."

Wir haben hier somit eine ernste Kritik an der heutigen kapitalistischen Stadt. Diese Kritik läßt jedoch die Ursachen und Bedingungen, die die Krisis der Stadt erzeugen, außer acht. Es ist jedoch eine Kritik an Hand von Tatsachen, und sie ist daher überzeugend.

Die Probleme des Städtebaus wurden auf dem 5. Kongreß des Internationalen Architektenverbandes diskutiert, der im Juli 1958 in Moskau getagt hat. Das Hauptthema des Kongresses umfaßte drei Aspekte: den Wiederaufbau und die Umgestaltung von Städten und den Bau neuer Städte. Den Hauptgegenstand der Diskussionen bildete das Problem der Umgestaltung der Stadt.

Einige westliche Architekten machten den Versuch, die Ursachen der Krisis der Stadt zu erklären, indem sie behaupteten, daß die Notwendigkeit, die Städte umzugestalten, im Zusammenhang mit der „zweiten industriellen Revolution", die im Westen angeblich in der Nachkriegszeit erfolgt sei, zu einer brennenden und akuten Frage geworden wäre. Unter der „zweiten industriellen Revolution" verstehen sie die nach dem Kriege beobachtete Vergrößerung des Umfanges der Industrieproduktion und die Zunahme des Autoverkehrs, die, ihrer Meinung nach, auch das Wachstum und die Krisis der Stadt hervorgerufen haben. Einer der Redner des Kongresses, R. Hillebrecht (Deutsche Bundesrepublik) erklärte geradezu: „Die zweite industrielle Revolution hat die ersten Symptome einer Veränderung des gesellschaftlichen Aufbaus bedingt und den Anstoß zu einer neuen städtebaulichen Gesetzgebung gegeben."

Der Hauptgedanke läuft darauf hinaus, daß sich in den kapitalistischen Ländern Europas in den Nachkriegsjahren angeblich irgendwelche „Veränderungen der gesellschaftlichen Ordnung" vollziehen, und zwar solche, auf deren Grundlage die städtebaulichen Probleme real gelöst werden könnten.

Entspricht das der Wirklichkeit, oder ist das nur eine Tarnung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft?

Eine gewisse Vergrößerung des Umfanges der Produktion und die Zunahme des Autoverkehrs, die wir nach dem Kriege beobachten, können auf keinen Fall als eine industrielle Revolution bezeichnet werden. Die Krisis der modernen Stadt kann mit diesen Erscheinungen schon gar nicht in Zusammenhang gebracht werden.

Im 19. Jahrhundert lebten nur 1,6 Prozent der Bevölkerung Europas in Städten, wobei nur 22 Städte mehr als 100 000 Einwohner zählten. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts vermehrte sich ihre Anzahl auf 160, und die Stadtbevölkerung stieg auf 40 Prozent der Gesamtbevölkerung an. In den vierziger Jahren ist diese Zahl bis auf 60 Prozent angewachsen.

Diese Zahlen, die E. Saarinens Buch „Die Stadt" entnommen wurden, zeigen überzeugend, daß der Prozeß des stürmischen Wachstums der Städte schon Anfang des Jahrhunderts, schon vor der sogenannten zweiten industriellen Revolution begonnen hat. Das bedeutet, daß die Wurzel der Krisis der modernen Stadt erheblich tiefer liegt, und daß sie in der Natur der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, in der Konzentration der proletarischen Bevölkerung, ohne die die kapitalistische Produktion undenkbar ist, und im anarchischen Charakter zu suchen ist, die eine im Interesse der Gesellschaft liegende planmäßige Regulierung nicht zulassen und lediglich dem Gesetz der Erzielung eines maximalen Profits untergeordnet sind.

Nur Architekten mit einem weiten Gesichtskreis, die in sozialen Kategorien denken, sind, obwohl vom Marxismus weit entfernt, unter dem Druck der Tatsachen genötigt, anzuerkennen, daß der private Grundbesitz und der private Besitz von Produktionsmitteln das Chaos der Stadt mit sich bringen, das dem Leben feindlich ist. Die Ursache des Chaos liege in der Jagd nach Geld begründet, erklären sie. Der teure Grund und Boden würden zur Gedrängtheit der Bevölkerung führen. Die Stadt wachse in die Höhe, die Häuser scheinen auf Stelzen zu stehen, die Bevölkerung werde dichter. Unter diesen Bedingungen würden die Menschen viel Zeit und ihre Gesundheit verlieren. Das Leben werde teurer.

Jedes dieser Übel ist ein soziales Übel, das der kapitalistischen Gesellschaft eigen ist. Nicht die Stadt im allgemeinen ist dem Menschen feindlich, sondern die kapitalistische Stadt, deren Leben der Erzielung des Profits, den Gesetzen der kommerziellen Ausbeutung untergeordnet ist. Sie wird in einen Vampir verwandelt. Der Kapitalismus hat in der Periode der industriellen Revolution die Impulse für das stürmische Wachstum der Städte gegeben, er hat in ihnen jedoch auch ungeheure Kräfte zum Leben erweckt, mit denen er nicht fertig werden kann. Diese Elementarkraft hat sowohl die Menschen als auch die Architektur überrannt, und da haben wir sie — die Krisis der Stadt.

Wo ist ein Ausweg?

Einige westeuropäische Professoren versuchen vergebens, diese Hauptursachen zu tarnen und zu beweisen, daß die sozialdemokratischen Regierungen Schritte zur Lösung des brennenden sozialen Problems der Stadt unternehmen. R. Hillebrecht gab am Schluß seines Referates vergebens folgende Empfehlung: „Unter Beibehaltung des Rechtsprinzips des privaten Grundbesitzes müssen die sozialen Bindungen des Besitzes mit den über ihn dominierenden Bedürfnissen der Gesellschaft auf legislativem Wege gefestigt werden, damit die Möglichkeit gewährleistet ist, über den Grund und Boden für städtebauliche Zwecke zu verfügen." Nach seiner Ansicht sei eine solche Gesetzgebung notwendig, „um die gesellschaftliche Ordnung und den reibungslosen Ablauf des Wirtschaftslebens nicht in Gefahr zu bringen".

Alle diese Empfehlungen sind jedoch typisch reformistische Phrasen, deren Ziel darin besteht, die Arbeiterbewegung von ihren revolutionären Aufgaben abzulenken und die unversöhnlichen Klassenwidersprüche zu vertuschen.

In der bürgerlichen Theorie des Städtebaus werden auf der Basis dieser und ähnlicher Anschauungen praktische Fragen stark diskutiert, nämlich die Dezentralisierung der Städte und die Umgestaltung der Stadtzentren.

Die Idee der Stadt als einer gut funktionierenden Maschine, die Le Corbusier propagiert hat und die seinerzeit häufig vertreten wurde, ist eine Utopie geblieben. Den abstrakten Plänen Corbusiers und seiner Schule war es nicht beschieden, verwirklicht zu werden. Unter den heutigen Bedingungen wird die Idee der Dezentralisierung der Stadt im Westen immer mehr anerkannt.

Die offizielle Propaganda in den USA stellt in diesem Zusammenhang meistens die Behauptung auf, daß der Prozeß der Dezentralisierung der Städte nicht so sehr durch die Übervölkerung und die angespannte Lebensweise, sondern vielmehr durch die große Anzahl der Kraftfahrzeuge, durch die Beweglichkeit der Einwohner, durch die Möglichkeit, den Traum vom Eigenheim zu verwirklichen, und so weiter hervorgerufen werde. Jene 66 Millionen Autos in den amerikanischen Städten, die eine starke Überlastung des Straßenverkehrs zur Folge haben, versucht diese Propaganda als höchste Errungenschaft des menschlichen Fortschrittes hinzustellen. In den Städten der USA fehlt es jedoch an einem entwickelten System des öffentlichen Verkehrs. Eine einfache Wirtschaftlichkeitsberechnung besagt indessen, daß der öffentliche Verkehr weitaus weniger Kosten erfordert als der individuelle, und daß er sich daher vom Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Interessen, der Interessen der werktätigen Massen, die jedoch nicht die Interessen der Herren der Automobilkonzerne sind, billiger stellt.

Frank Lloyd Wright ist der Ansicht, daß die Stadt wie wir sie heute kennen, sterben müsse, und daß die Dezentralisierung der Städte ein realer Prozeß sei, da die Grenzen, die die Stadt vom Land trennen, schon jetzt verschwinden würden. Der bedeutende finnische Architekt E. Saarinen, der die ungenügende physische und soziale Organisation der kapitalistischen Stadt zugibt, vertrat ebenfalls den Standpunkt, daß die Dezentralisierung der „zu groß gewordenen Städte als ein Problem betrachtet werden muß, das lebenswichtig ist".

Was die soziale Grundlage der Umgestaltung der Stadt betrifft, so sieht F. L. Wright sie in einer Demokratie, die auf der Grundlage der Maschinenproduktion entwickelt wurde, und die es gestattet, die Werktätigen von der schweren Bürde der Arbeit und folglich auch von der Notwendigkeit, ständig in der Stadt zu wohnen, befreit. Unter diesen Bedingungen werden der Arbeit drei Tage in der Woche mit je sechs Stunden gehören. Die übrige Zeit werden die Menschen unter natürlichen Bedingungen, der Natur näher verbringen. Das Kraftfahrzeug, die Elektrizität, der Rundfunk und das Fernsehen, die allen in gleicher Weise zugänglich seien, würden diese in der Natur abgesonderten Individuen zu einem einheitlichen Ganzen verbinden. Die Verwirklichung seiner architektonischen Pläne bringt F. L. Wright somit mit dem Problem der befreiten Arbeit in Zusammenhang. Es ist jedoch unmöglich, dieses Problem im Kapitalismus zu lösen. Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus können es der Maschine nicht gestatten, den Menschen von der Ausbeutung zu befreien. Die Maschine, die der Auswirkung dieser Gesetze untergeordnet ist, wird selbst zu einem Werkzeug der Ausbeutung. Dieses nicht sehen und darauf weitgreifende Pläne der Dezentralisierung der Stadt aufbauen, ist eine Utopie. Derartige Utopien sind jedoch unter den heutigen westlichen Architekten keine Seltenheit. Die Idee der Dezentralisierung wird auch von Stein in dem Buch „Zu neuen Städten für Amerika" vertreten, worin die bereits gesammelten Erfahrungen aus dem in einigen Staaten erfolgten Bau von „grünen Städten" in Wäldern, in der Nähe von Seen, Flüssen und am Meer berücksichtigt sind. Stein geht ebenfalls davon aus, daß die Errichtung dieser nicht sehr großen Städte — mit je 40 000 bis 60 000 Einwohner — durch die Organisation der Gesellschaft bedingt sein müsse, die allen Bürgern dieselben günstigen Möglichkeiten bietet, sich der Gaben der Natur bei einem verkürzten Arbeitstag zu erfreuen. Diese „Stadt der Zukunft" werde sich von den heutigen Städten genau so unterscheiden, wie sich eine Anlage für das Volk von einer Anlage für den Profit unterscheiden kann. Die neue Stadt dürfe für das Leben keine Gefahren bergen. Der Fußgängerverkehr müsse hier vom Autoverkehr, der rings um die Stadt zu leiten sei, getrennt werden. Das Streben des Menschen nach einem guten Dasein und seine Liebe zur Natur müßten die Struktur, die Planung und die Form der Stadt, die schön und bequem sein und eine Geld-, Zeit- und Kraftersparnis gewährleisten solle, bestimmen.

Dem Problem des Verkehrs widmete Stein besondere Aufmerksamkeit. Die Straßen in diesen Städten müßten gerade und gut überschaubar sein, damit der Gegenverkehr und alle Kreuzungen, die möglichst selten sein sollten, deutlich sichtbar würden. Durchgänge von den Wohnhäusern zur Hauptstraße sollten vermieden werden. Am Straßenrand sollten Gegenstände, die die Aufmerksamkeit des Fahrers ablenken können, auf ein Minimum beschränkt werden. Alles das solle eine gefahrlose, schnelle, direkte und leichte Verbindung zwischen den Städten gewährleisten.

Nach Ansicht von Stein sei für den Bau solcher Städte und Straßen eine Regierungsverordnung notwendig, die die Grenzen der Bebauung, eine rationelle Planung der Wohnbezirke, der Straßen und der Produktionsbetriebe festlegt.

Wer wird aber den Bau dieser Städte finanzieren? Die Bedingungen eines gesellschaftlichen Lebens, das auf dem privaten Grundbesitz, auf dem privaten Besitz an Produktionsmitteln begründet ist, setzt der Realisierung dieser Pläne unüberwindbare Hindernisse entgegen. Stein sucht einen Ausweg in der Gründung von Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Unionen und Companies, die nicht die Absicht verfolgen, unverzüglich Profite zu erzielen, und die daher den gesellschaftlichen Bedürfnissen entgegenkommen könnten. Gibt es denn in der bürgerlichen Gesellschaft Kapital, das nicht das Ziel hat, schnell und unbegrenzt zu wachsen? Jegliche Tätigkeit, die den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus untergeordnet ist, muß eine kommerzielle Tätigkeit sein. Die Hypothese Steins, wonach es möglich sein wird, im kapitalistischen Amerika Aktiengesellschaften ins Leben zu rufen, die nicht auf spekulativen Grundlagen basieren, ist daher nicht real. Die Versuche, in den USA „grüne Städte" zu bauen, zeugen gerade davon, daß dies keine Massenbewegung werden kann.

Andere Architekten, die die Utopie dieser Pläne erkennen, sehen in der Dezentralisierung eine Bedrohung für die Existenz der heutigen Städte. Wie bekannt, war diesem Problem die 8. Konferenz des

„Internationalen Kongresses für moderne Architektur" gewidmet. Der Vorsitzende des Kongresses, J. M. Sert, der die Tatsache hervorhebt, daß die Stadtbevölkerung „in die Vororte abwandert", hält es für notwendig, diesen spontanen Prozeß, der durch das chaotische Wachstum der alten Zentren hervorgerufen wurde, in denen sich die Konkurrenz des privaten Business ausdrückt, aufzuhalten. Nach seiner Ansicht müßten zu diesem Zweck die alten Zentren zerstört und durch neue ersetzt werden; an Stelle der dicht gedrängten Verwaltungs- und Geschäftsgebäude sollten in den neuen Zentren künstlerisch gestaltete öffentliche Plätze, Stätten für Spaziergänge, Cafés, Volksklubhäuser, öffentliche Bibliotheken, Theater, Museen, Ausstellungshallen, Läden und Sportplätze geschaffen werden, wo die Menschen sich treffen, wo sie einander begrüßen und für Unterhaltungen und Diskussionen jeglichen Gegenstand wählen können. Das neue Zentrum solle der physische Kern, das Herz der Gemeinsamkeit der Menschen, ein Ort sein, der sie vereint.

Die heutigen Informationsmittel in der kapitalistischen Welt, wie zum Beispiel der Rundfunk, der Film, das Fernsehen und die Presse, befinden sich in den Händen weniger Gesellschaften, die sie zur Trennung der Menschen benutzen. „Der Einfluß dieser Monopolisten bedroht unsere Freiheit", erklärt J. M. Sert. In Zukunft müßten die modernen Städte neu geplant und in Zonen aufgegliedert werden, und zwar in eine Industrie-, eine Verwaltungs-, eine Wohn-, eine Erholungszone und so weiter. Die Landschaft solle dabei in der Stadt eine wesentliche Rolle spielen. Das sind in allgemeinen Zügen die Empfehlungen und Wünsche des Kongresses.

An Stelle einer auf breiter Grundlage vorzunehmenden Dezentralisierung der Stadt wird somit vorerst eine Erneuerung ihres Zentrums vorgeschlagen. Welche dieser Ideen siegen wird, das wird die Zukunft zeigen.

Gesunde und bequeme Wohnungen — für wen?

Einer der bekannten Architekten unter den Praktikern und Theoretikern auf dem Gebiete der Wohnhausarchitektur in den USA, Neutra, schreibt: „Ein wesentliches Charakteristikum des modernen Hauses besteht in seiner intimen Verbindung mit der äußeren Umgebung, in seinem vornehmen ‚Geöffnetsein', das den gesunden Agenzien der Erde, in denen jegliches Leben wurzelt, entgegenkommt."

Die Konzeption der organischen Verschmelzung der Architektur des Wohnhauses mit der natürlichen Umgebung ist im Westen sehr stark verbreitet und verfolgt das Ziel, ein Wohnhaus für eine einzelne Familie zu schaffen, das für die persönliche Entwicklung jedes Familienmitgliedes und der gesamten Familie günstige Möglichkeiten bietet. Dieses Haus soll einen guten, zuverlässigen Schutz vor schädlichen klimatischen Einflüssen bieten und der frischen Luft und dem Sonnenlicht geöffnet sein. Die Heizung des Hauses soll der Familie bei jeder Witterung den erforderlichen Komfort gewährleisten. Die Sauberkeit des Hauses sei die erste Voraussetzung für sein ansprechendes Äußeres. Die Küche, dieses dynamische Zentrum des Wohnhauses, müsse weitestgehend mechanisiert sein, so daß sie die rasche und rationelle Zubereitung des Essens gewährleiste. Die Wohnung soll jedem Familienmitglied unter anderem die Möglichkeit bieten, sich zurückzuziehen und auszuruhen. Neutra verleiht den Bestrebungen vieler Architekten Ausdruck, indem er erklärt: „In der Wohnstätte sucht der Mensch nach Glück und seelischem Gleichgewicht ..."

Wenn ein Architekt beim Bau eines Wohnhauses daran denkt, dem menschlichen Leben eine bestimmte Richtung zu geben, die dem Menschen die Möglichkeit bietet, zu schaffen, die Freiheit und die Ruhe zu genießen, so muß eine solche Idee von der Gesellschaft anerkannt werden. Sie wird von den verschiedenen Gesellschaftsschichten eingehend diskutiert. Kürzlich hat zum Beispiel in Washington ein Frauenkongreß über Wohnungsfragen stattgefunden, der den Plan eines „idealen" individuellen Hauses ausgearbeitet hat. Der Plan ist gut. Er sieht verschiedene Bequemlichkeiten, eine rationelle Grundrißgestaltung, die Verbindung mit der Natur und so weiter vor. Die Frage ist aber dabei: Wer kann ein derartiges Haus kaufen? Die Frauen, die den Plan des „idealen" Hauses ausgearbeitet haben, sind aus wohlhabenden Familien, deren Einkommen 8 000 bis 10 000 Dollar übersteigt. Die mehr als 5 Millionen amerikanischen Arbeitslosen können an ein derartiges Haus nicht einmal denken. An dieses Haus können auch nicht jene 9 Millionen amerikanischen Familien denken, die auf der Arbeitssuche jährlich ihren Wohnsitz wechseln. Einige von ihnen müssen in Trailern, das heißt in fahrbaren Häusern, leben.

Im „Buch der Tatsachen", das vom Nationalkomitee der Demokratischen Partei der USA herausgegeben wurde, wird hervorgehoben, daß über 15 Millionen Amerikaner in Elendsquartieren wohnen. Im Lande werden etwa 13 Millionen Häuser (ein Viertel der Gesamtzahl) gezählt, die nicht den Forderungen entsprechen, die an Standardwohnhäuser gestellt werden müssen. Rund 7 Millionen Häuser sind wegen völliger Baufälligkeit nicht bewohnbar.

Die spezifischen Schwierigkeiten, die für die amerikanische Wirtschaft kennzeichnend sind, wirken sich in erster Linie auf die niedrig bezahlten Arbeiter und den sogenannten Mittelstand — die Farmer, die Kleinbourgeoisie und ein erheblicher Teil der Intelligenz — negativ aus. Die Zeitschrift „Kunst und Architektur", die in Los Angeles herausgegeben wird, konstatiert im Oktoberheft 1957, daß die heutige amerikanische „mittlere" Familie eine Krisis durchmacht. Der Verfasser des Aufsatzes bemerkt in diesem Zusammenhang: „Die heutige Familie macht sich keine Gedanken darüber, ob die Verwandten der Ehefrau oder des Ehemannes ständig oder zeitweise mit der Familie leben." Ferner hebt der Autor die Reduzierung der Zimmeranzahl im amerikanischen Wohnhaus hervor, in dem mitunter ein- und dieselbe Fläche mehrere Funktionen hat. Der Verfasser sieht sich auch veranlaßt zuzugeben, daß die Zahl der individuellen Wohnhäuser in den USA in den letzten Generationen nur sehr geringfügig zugenommen hat, und daß die Kosten dafür in bezug auf das Budget der Familien bedeutend gestiegen sind.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die amerikanischen Arbeiterfamilien durchzustehen haben, empfiehlt ihnen der Verfasser des Aufsatzes individuelle Häuser, die nach dem Grundsatz des sogenannten offenen Grundrisses erbaut sind. Die Idee dieses Grundrisses besteht darin, daß die Zimmer als in sich geschlossenes Ganzes aufgehoben werden und die Decke mit dem Dach kombiniert wird. Eine derartige Wohnung ohne Zimmer und ohne Decke erhält den Charakter eines Schlafzimmers. Der Autor des Artikels lobt diese Struktur in jeder Weise, indem er behauptet, daß eine solche Wohnung den Eindruck eines „fließenden Raumes" erwecke, daß sie die Einheit der Familie unterstreiche, deren Mitglieder es nicht nötig hätten, sich zurückzuziehen, wenn es nichts zu verbergen gäbe, daß sie ihnen die Möglichkeit biete, den Haushalt frei zu überblicken und so weiter. Der Sinn dieser Philosophierei wird insofern offenbar, als es auf der Hand liegt, daß das individuelle Haus mit dem einen großen Raum, der Küche, Eßzimmer, Schlafzimmer und Wohnzimmer zugleich ist, eine zwangsweise Hungerration ist, mit der sich die amerikanische Familie mit mittlerem Einkommen heute begnügen muß.

Wenn die westlichen Architekten von der Philosophie zur Wirtschaft und von den Idealplänen zu den praktischen Bedürfnissen der Menschen übergehen, sehen sie sich gezwungen zuzugeben, daß die Häuser trotz des hohen Niveaus der Standardisierung und Mechanisierung, trotz der Fertigteilbauweise und trotz der industriellen Montagemethoden nicht billiger, sondern im Gegenteil immer teurer werden.

Der englische Architekt Wittig gibt zu dieser Situation in seinem Buch „Das kleine Haus — heute und morgen" eine ausgezeichnete Illustration. Er berichtet, wie die Standardisierung und die Mechanisierung bei der Massenproduktion von Wohnhäusern eingeführt werden und zeigt zugleich auf, daß deren Preis sehr schnell steigt. Ein kleines Haus mit drei Zimmern auf einem Grundstück von 1 000 Quadratfuß kostete zum Beispiel 1939 noch 853 Pfund Sterling. 1956 ist der Preis dieses Hauses auf 2 565 Pfund und in den Randgebieten von London auf 3 000 Pfund Sterling angestiegen.

In England macht sich eine sehr große Wohnungsnot bemerkbar, und zwar ganz besonders in den Arbeitergegenden. Viele Familien haben überhaupt keine Wohnung, viele wohnen in baufälligen Häusern. In Liverpool zum Beispiel sind von der Gesamtzahl der Häuser (204 468) 88 233 Häuser zum Wohnen ungeeignet, das heißt, daß von 2,5 Häusern eines abgerissen werden muß.

Das Wesen des kapitalistischen Regimes setzt den Wünschen des Menschen nach einer billigen und bequemen Wohnung eine Grenze.

So schön die Pläne der Wohnhäuser auch sein mögen — wenn für ihre Verwirklichung im Interesse des ganzen Volkes die Voraussetzungen fehlen, bleiben sie nur gute Wünsche, Utopien, und unerreichbar für die Masse der Familien.

Zum ästhetischen Charakter der Architektur

Die heutigen Architekten im Westen beschäftigen sich auch sehr stark mit den Problemen der Architekturästhetik, das hängt damit zusammen, daß eine Negierung jedweder Verbindung zwischen der Architektur und der Kunst zu beobachten ist. In Damaz' Buch „Die Kunst in der europäischen Architektur" wird zum Beispiel folgendes gesagt: „Die Architektur sondert sich weiterhin von den anderen Künsten ab und verfolgt den Weg der reinen Technik. Das Haus wird dabei zu einem fabrizierten Objekt, zu einer mit fehlerfreier Logik ausgeführten Maschine, in der man unmöglich wohnen kann."

Diese Eingeständnisse sind ein Beweis für die Erfolglosigkeit der Versuche der kapitalistischen Architektur, das Spezifische der Architektur unter Verhältnissen zu bestimmen, unter denen die verschiedenen einseitigen Strömungen einander bekämpfen. In dieser Uneinigkeit kann man jedoch die Kritik an der Konzeption des eng begrenzten Utilitarismus immer deutlicher vernehmen.

„Dem Utilitarismus ... fehlt etwas — etwas ungreifbar Charakteristisches, Wunderbares, Bezauberndes ... oder ganz einfach — die Schönheit. Wir beginnen zu ahnen", schreibt der Verfasser einer der Aufsätze, „daß dieses ungreifbare Etwas lebensnotwendig ist ..."

In der letzten Zeit sind auch die Angriffe gegen die theoretischen Grundlagen dieser Architekturrichtung, gegen den Funktionalismus, schärfer geworden.

Der Funktionalismus wird als unmenschliche Richtung in der Architektur kritisiert, die dem kapitalistischen Business angepaßt sei, und die die geistigen Bedürfnisse des Volkes, sein Gefühlsleben und die lebendige Verbindung der Architektur mit der Kunst nicht berücksichtige, in der die geschichtlichen und nationalen Besonderheiten, die jedem Volk teuer und vertraut seien, zum Ausdruck kämen. Der Amerikaner Hudnut schreibt in diesem Zusammenhang: „Wir sehen ein Chaos, das mit seinen neuen Erfindungen furchtbar ist, eine eintönige Standardisierung, eine unangenehme Phantasie; wir beobachten ein Verschwinden der Traditionen, in denen einstmals unsere Kunst mit der Idee und den Erfahrungen der Nation übereingestimmt hat ..., unsere, nur wenigen Eingeweihten verständliche Kultur entfremdet sich der allgemeinen Kultur, weil unsere Kunst nicht imstande ist, den Gefühlen Ausdruck zu verleihen, die das Herz des Volkes erfüllen, wir haben eine Kunst des Ausdruckes erfunden, die nur für ihre Erfinder ausdrucksvoll ist."

Nach dem Eingeständnis vieler fortschrittlich denkender westlicher Theoretiker und in der Praxis stehender Architekten führt der eng begrenzte Utilitarismus somit nicht nur zu einem Verfall der Kunst, zur Verneinung der Architektur als Kunst, sondern auch zu einer Nivellierung der architektonischen Form. In ihr beginnen die typologischen Besonderheiten der Architektur und jene ihrer Züge zu verschwinden, die mit den klimatischen und örtlichen Gegebenheiten verbunden sind. In der Endkonsequenz werden die Bindungen der Gegenwart mit den historisch gewachsenen traditionellen Formen, die die nationale Eigenart zum Ausdruck bringen, zerstört. Die Architektur wird unpersönlich; das Volk ist jedoch bestrebt, in der Architektur sich selbst zu erkennen. Es nimmt in der Architektur das auf, was seine Heimat bereichert, was seinem Nationalbewußtsein entspricht, und lehnt jegliche kosmopolitische Anmaßung ab, in der sich der Mangel an Achtung vor dem Menschen offenbart.

Die Theorie des Funktionalismus wurde bekanntlich auf den Voraussetzungen aufgebaut, daß die Bautechnik, die neuen Baustoffe und die Maschinen in der Architektur eine entscheidende Rolle spielen müssen, demzufolge wird das Haus zu einer Wohnmaschine und die Stadt zu einer Businessmaschine. Die Kritiker des Funktionalismus treten gegen dieses mechanische Diktat auf. Sie betrachten die Maschine als ein Mittel, mit dessen Hilfe der Mensch nicht versklavt ,sondern befreit werden kann. Sie orientieren sich ebenfalls auf die Weiterentwicklung der Bautechnik, auf das Verwandeln des Bauwesens in ein Gebiet der Industrie. Sie wenden sich jedoch entschieden dagegen, daß die Architektur dem Kommerziellen, der Spekulation, dem Profit untergeordnet wird, sie wenden sich dagegen, daß die Architektur den Businessmen unterstellt wird, die vom nationalen Leben ihres Volkes und von seinem Schicksal nichts wissen wollen.

Die Krisis des Funktionalismus ist selbstverständlich kein Beweis dafür, daß an ihm alles abgelehnt werden muß.

Bei der Festlegung der Abhängigkeit der Form von der Funktion hat es der Funktionalist gelernt, die Aufgaben, vor denen er steht, so wirtschaftlich wie möglich zu lösen. Da das Bestreben, einen maximalen Nutzen zu erzielen, in der Tätigkeit des Funktionalisten vorherrschend ist, können seine Erfahrungen für uns von praktischem Interesse sein, zum Beispiel in bezug auf die Organisation der Bauausführung, die Anwendung der Bautechnik, die Fähigkeit, mit minimalen Mitteln ein Maximum von Bequemlichkeit für die Bewohner zu erzielen und so weiter. Nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges, der mit einer militärischen und politischen Zerschlagung des Faschismus besiegelt wurde, sind die Völker, die den Krieg erlebt haben, bestrebt, die zerstörten Städte mit ihren nationalen Besonderheiten wiederaufzubauen. Die zunehmende nationale Bewegung in den Kolonialländern hat ebenfalls das Streben nach Entwicklung einer eigenen Kultur geweckt.

Die positiven Erfahrungen der Sowjetunion bei der Schaffung der Kultur der sozialistischen Nationen

und die sich immer mehr vertiefende Kluft zwischen der Kunst und dem Volk in den kapitalistischen Ländern — alles das bildet jenen historischen Hintergrund, vor dem sich das Wirken der Architekten im Westen abzeichnet, das eine Wiederherstellung der Synthese der Architektur und der anderen bildenden Künste auf einer neuen Grundlage zum Ziel hat.

Die internationalen Architekten-Organisationen, wie zum Beispiel der „Internationale Architektenverband", der „Internationale Kongreß für moderne Architektur" und andere, treten auf ihren nach dem Kriege stattgefundenen Kongressen für die Idee einer harmonischen Verbindung der Skulptur und Malerei mit der modernen Architektur ein. Zur Lösung dieser Aufgabe wurde die internationale „Assoziation der Synthese der Künste" gegründet. In diesem Zusammenhang erklärte Le Corbusier: „Das Einzige, was uns fehlt, ist Harmonie ... Harmonie ist das große Wort von heute. Gestalten Sie alles nach den Gesetzen der Harmonie. Lassen Sie die Harmonie regieren."

Denselben Gedanken hat H. Thirt auf der 8. Konferenz des „Internationalen Kongresses für moderne Architektur" ausgesprochen: „Wir haben eine Zeit durchlebt, in der die Architektur nur ein einziges Ziel verfolgt hat — der Funktion Ausdruck zu verleihen. Neue Tendenzen zeigen sich in der Entwicklung einer großen Freiheit der Plastik, in der Bereicherung der architektonischen Ausdrucksmittel: man darf nicht vergessen, daß einem Knochengerüst Fleisch und Haut beigegeben werden müssen."

Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit

Die fortschrittlichen Architekten des Westens geraten auf der Suche nach Lösungen für architektonische Probleme, die ihnen die Gegenwart stellt, mit den Hauptwidersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft unausbleiblich in Konflikt. Ihr Suchen wird von den sozialen Bedingungen des Kapitalismus eingeengt. Häufig ist es ein Suchen ohne Hoffnung auf Erfüllung. Dieses Suchen bringt jedoch die denkenden Architekten spontan zu der Erkenntnis, daß soziale Veränderungen notwendig sind. Im Rahmen der kapitalistischen Ordnung können diese Veränderungen jedoch nicht realisiert werden. Hieraus ergibt sich jene Atmosphäre der Unsicherheit, der Diskrepanz zwischen den Idealen und der Wirklichkeit, des hoffnungslosen Suchens, von denen zahlreiche Architekten der kapitalistischen Länder so oft sprechen. Da die Erkenntnis dieser Hauptwidersprüche der heutigen bürgerlichen Gesellschaft auf verschiedene Art und Weise vor sich geht, entstehen in der Endkonsequenz unausbleiblich verschiedene Strömungen, Ansichten, Schulen und schöpferische Richtungen. Einige sind bemüht, in ihrem Schaffen die Klassenwidersprüche auszugleichen und beschreiten den Weg der Sozialreform, wobei sie bestrebt sind, die bürgerliche Wirklichkeit zu beschönigen. Andere hingegen leugnen diese Widersprüche, indem sie in der Architektur nur ihre künstlerischen, technischen und funktionellen Seiten sehen und bemüht sind, nicht zu bemerken, daß diese Seiten soziale Momente in sich bergen und diesen immer untergeordnet sind.

Viele westliche Architekten, die in den Ländern gewesen sind, in denen der Sozialismus aufgebaut wird, sehen, daß nur der Sozialismus die erforderlichen Voraussetzungen für eine harmonische Weiterentwicklung der Architektur bietet. Der österreichische Architekt Reimar zum Beispiel hat auf dem internationalen Architektentreffen in Warschau erklärt: „Das Fehlen eines Bodengesetzes führt dazu, daß wir, die Architekten, nicht die Möglichkeit haben, derartig große architektonische Ensembles zu schaffen, wie wir sie hier sehen. Aus demselben Grunde ist es uns nicht gestattet, unsere alten Baudenkmale in einen einheitlichen Stadtplan einzubeziehen."

Der englische Architekt King sagte: „Das Wesentlichste, was ich hier gelernt habe, ist zweifellos das, daß die Ausarbeitung eines guten Planes nicht durchgeführt werden kann, solange der Grund und Boden, insbesondere in den Städten, Privateigentum sind. Der Privatbesitz ist für die Planung heute in England ein sehr großes Hindernis."

Diese Feststellungen zeigen viel beredter als alle Theorien jenen prinzipiellen Unterschied, der der Entwicklung der Architektur in den Ländern des Kapitalismus und in denen des Sozialismus zugrunde liegt. Es ist jedoch notwendig, die theoretischen Hauptrichtungen und die Anschauungen der Architekten in den kapitalistischen Ländern zu studieren. Dieses Studium bietet den Schlüssel zu den schöpferischen Ausgangspositionen der Architekten des Westens, es trägt zu einer eingehenden kritischen Analyse ihrer Werke bei, ohne die eine auch nur einigermaßen bewußte Auswertung der Erfahrungen der heutigen kapitalistischen Architekturpraxis undenkbar ist.

Die Kongreßhalle in Westberlin — eine Täuschung der Öffentlichkeit

Bauingenieur Dipl.-Wirtschaftler Erich Selbmann, KdT

Im April 1955 weilte Eleanor Dulles wieder einmal in Berlin. Dieses Mal ging es ihr nicht um „freiheitliche" Agenten und Brandstifter, die in die Deutsche Demokratische Republik eingeschleust werden sollten, sondern — man höre und staune — um eine „Idee".

Konkret gesprochen, es handelte sich um ein amerikanisches „Geschenk" an Westberlin — in Wirklichkeit mußten der Senat von Westberlin und die westdeutsche Regierung ziemlich tief in das Säckel greifen, um dieses noble Geschenk der USA mit den Steuergroschen der Werktätigen mit zu finanzieren —, den Bau der Kongreßhalle. Hierüber hieß es in der amerikanischen Architekturzeitschrift „Architectural Forum": „An dieser Stelle, genau an der Grenze des Eisernen Vorhangs gelegen, würde das Gebäude stehen als ein dauerndes Symbol für eines der Besitztümer, die dem Westen am teuersten sind, die freie Rede."[1] Und die französische Zeitschrift „Architecture d'aujourd'hui" erklärte: „Außer seinem funktionellen Programm sollte das Projekt einer symbolischen Konzeption der Hauptidee seiner Stifter gerecht werden, der Freiheit des Gedankens und des Ausdrucks."

Und weiter: „Es bestand also der Wunsch nach einer aufsehenerregenden Bestätigung gewisser Prinzipien, die die Stifter als ihrer Konzeption der Demokratie innewohnend betrachteten, und das an einer Stelle, wo die Demonstration einen besonders symbolischen Sinn annehmen mußte."

Die „freien" Architekten hatten also die Aufgabe übernommen, die „freie Rede" in einem Gebäude zu symbolisieren. Sehen wir, wie sie diese Aufgabe gelöst haben!

Die Kongreßhalle steht auf einem ziemlich umfangreichen Untergeschoß, das teilweise zweigeschossig ausgebildet ist. Die „Architecture d'aujourd'hui" schrieb über die darin enthaltenen Räume, daß sie „ein wenig kalt wirken und ihnen im Augenblick visuelle Anziehungspunkte und Höhepunkte fehlen". Und in der Tat sind auch die Räume der großen Halle mit ihren niedrigen Decken und den Blick hemmenden Säulenkonstruktionen wenig geeignet, den Flug des „freien Geistes" zu beflügeln.

Aber dieses Untergeschoß war vielleicht nur als eine Plattform gedacht, auf dem sich das Hauptgebäude, die eigentliche Kongreßhalle, erheben sollte. Die „Architecture d'aujourd'hui" berichtete: „Um den Charakter des Sockels hervorzuheben und dessen Proportionen zu vermindern, sind Erdbewegungen ausgeführt worden, um das Untergeschoß fast vollständig in der Erde zu begraben."

Wir wollen also mit den Schöpfern des Bauwerkes nicht über einen Bauteil rechten, dem sie selbst offensichtlich — und dazu sind sie ja berechtigt — nur eine dienende Rolle zugewiesen haben. Es verbleibt also die eigentliche Kongreßhalle und ihre Konstruktion, insbesondere ihre Dachkonstruktion.

Von der Halle vermag sogar die „Architecture d'aujourd'hui" nichts Lobenswertes zu sagen: „Die Kongreßhalle im Innern, wenn sie auch, wie es den Anschein hat, akustisch ein Erfolg ist, zeichnet sich nicht besonders aus."

Zu den funktionellen Lösungen hat der Westberliner Architekt Frei Otto im „Architectural Forum" vom Januar 1958 einige kritische Bemerkungen gemacht, so zum Beispiel über die Unübersichtlichkeit der Raumanordnungen, die Unzweckmäßigkeit der Treppenaufgänge, die unzureichenden Türeingänge zur Halle und so weiter, die seine Diskussionspartner, der Architekt Stubbins und der Ingenieur Severud, die beiden Autoren des Projektes, nicht widerlegen konnten.

Es scheint also der Wahrheit zu entsprechen, was die „Architecture d'aujourd'hui" in die Worte faßte: „Nachdem man also dem Hauptelement den ganzen Erfindungsgeist und die Sorgfalt in der Ausführung zugewandt hatte, scheint es, daß weder Zeit noch genügend Mittel verblieben, um den ganzen Rest der Konstruktion abgestimmt zu studieren."

Es verbleibt also nichts als die Konstruktion der Halle und ihres Daches, die eventuell den „Höhenflug des Geistes" ausdrücken könnte und — wie der „Architecture d'aujourd'hui" zu entnehmen ist — offensichtlich auch sollte: „Von sehr weit, aus dem Ostsektor her sichtbar und mit leichtem Zutritt von beiden Teilen von Berlin sollte die Kongreßhalle ihr zentrales Element, den Versammlungssaal, mit einer strukturellen Kühnheit herausstellen, die geeignet war, Interesse und Bewunderung zu erwecken."

Doch was ist hieraus geworden?

Sogar Frei Otto sagte in „Architectural Forum": „Aus der Entfernung ist die Einfachheit der ursprünglichen Konzeption augenscheinlich, aber aus der Nähe wird alles zu schwer, Bögen, Pfeiler, Geländer, sogar die Fahnenstangen. Es ist für jeden Beliebigen schwer, frei zu sprechen im Schatten von solchen überwältigenden Formen."

Und dennoch wird häufig dieses Gebäude von denjenigen, die sich nicht näher mit ihm befaßt haben, als ein „kühnes Werk" der Architektur und Ingenieurkunst hingestellt, weil es vorgeblich ein Dach mit beträchtlicher Spannweite, das auf nur zwei Punkten aufgelagert ist, aufweise. Es hat den Anschein, daß dieser Eindruck bewußt erweckt werden sollte durch die Form und Größe der Widerlager, die beträchtliche Ausmaße haben.

Die „Architecture d'aujourd'hui" propagiert dies ebenfalls: „Der gesuchte Effekt ist vollständig erreicht worden." Und: „Das Resultat ist plastisch interessant und produziert den psychologischen Schock, auf den gerechnet worden war."

Kein Mensch würde die Autoren um eine verdiente Bewunderung beneiden. Verdient wäre sie, wenn die Konstruktion so kühn und vorwärtsweisend wäre, wie die Form des Gebäudes vortäuscht.

Über das Verhältnis von Form zu Konstruktion haben sich aber bestimmte Grundsätze herausgebildet, die man fast als Ehrenbegriffe des Architekten und Bauingenieurs bezeichnen könnte. Sie werden etwa durch das folgende Zitat aus der englischen Bauzeitschrift „The builder" charakterisiert: „Wenn zeitgenössische Projektierung blühen soll, muß sie zeitgenössische Konstruktionen und Materialien ehrlich verwenden."

Über die Konstruktion der Kongreßhalle hat eine internationale Diskussion stattgefunden in amerikanischen, französischen und westdeutschen Zeitungen. Aus ihr ergibt sich übereinstimmend etwa das, was Frei Otto in seinem Diskussionsbeitrag im „Architectural Forum" ausgesprochen hat: „Die Illusion ist geschaffen, daß das Dach der Kongreßhalle zwischen zwei Bögen aufgehängt ist, die auf zwei Punkten zusammengehalten und unterstützt werden, wie die wohlbekannte Arena in Raleigh in Nordkarolina, aber ohne vertikale Seitenwände."

Es sind bisher nur einige solcher Dächer gebaut worden, die überall Gegenstand großer und verdienter Bewunderung waren.

Im „Architectural Forum" vom Dezember 1957 heißt es, daß diese Raleigh-

A B C D E F G

Abb. 1: Skizze von Frei Otto zur Dachkonstruktion

A B F G

Abb. 2: Skizze von Frei Otto zur Dachkonstruktion

[1] Die Zitate sind entnommen aus „Architectural Forum", Dezember 1957, S. 135 bis 141, „Architectural Forum", Januar 1958, S. 117 bis 121 und 170 bis 172, „Architecture d'aujourd'hui", Januar 1958, S. 32 bis 37.

Abb. 3: Längsschnitt

Abb. 4: Querschnitt

Arena von dem verstorbenen brillianten jungen europäischen Ingenieur Matthew Nowicki entworfen wurde, also von einem vielversprechenden europäischen Ingenieur, der zwar einen polnischen Nachnamen aber einen englischen Vornamen hat. So wird es gemacht! Mit einer halben Wahrheit verschweigt man die ganze Wahrheit. Selbstverständlich war Nowicki Europäer, aber daß er eigentlich Maciej Nowicki hieß, als Pole in Sibirien geboren wurde, an der Technischen Hochschule Warschau lernte und lehrte und seit 1945 als Vertreter seines Landes, nämlich der Volksrepublik Polen, beim Planungsstab für die Bauten der Vereinten Nationen arbeitete, gerade das wurde verschwiegen.

Das Dach der Kongreßhalle erweckt also den Eindruck, daß es eine von der Raleigh-Arena abgeleitete Konstruktion ist, bei der die eigentliche Dachfläche zwischen zwei Bögen aufgehängt ist und nur auf zwei Punkten ruht.

Wie die Konstruktion wirklich beschaffen ist, das hat Frei Otto im „Architectural Forum" ausgeführt. Er sagte: „Da ein solches Dach in sich unstabil wäre, hätte es in einer vollständig verschiedenen Art entworfen und gebaut werden müssen." In zwei Skizzen (siehe Abb. 1 und 2) zeigte er, wie es sich mit dem Kongreßhallendach wirklich verhält: „Das Dach über dem Auditorium selbst (A) ist umschlossen und unterstützt durch einen starren Stahlbetonring (B). Dieser Ring wird unterstützt von den Wänden der Halle (C), dem Boden der Halle (D) und den Säulen darunter (E). Zwei schwere Druckbalken (F) übertragen einen Teil der Last zu den Ankerpunkten (G) und verhindern, daß sich der Betonring unter übermäßigen Dachlasten deformiert. Diese Balken sind jetzt in der Dachhaut verborgen. Wenn der Betonring verstärkt worden wäre, hätten sie (die zwei Druckbalken F — der Verf.) vollständig weggelassen werden können."

Und weiter schrieb Frei Otto: „Die zwei äußeren Bögen sind in Wirklichkeit am inneren Ring aufgehängt. Sie tragen sehr wenig vom Dach, und ihr beträchtliches Gewicht dient hauptsächlich dazu, Deformationen zu verhindern, die Windsogkräften zu schulden sind."

Die „Architecture d'aujourd'hui" bemerkte: „Es handelt sich statisch mehr um eine verstärkte Rundauskragung als um einen sich selbst tragenden Sattel." Diese Behauptung wird bewiesen durch die Abbildungen 3, 4 und 5. Auf Abbildung 3, einem Längsschnitt, sieht man die Säulen, die unter dem Fußboden der eigentlichen Kongreßhalle stehen und ihre Wände und damit auch das Dach tragen. In Abbildung 4, einem Querschnitt, ist sehr deutlich der Rundbalken über der Wand der Kongreßhalle zu sehen, von dem aus die Auskragung zu den äußeren Balken abgeht. Abbildung 5 zeigt etwas anderes. Aus diesem Grundriß ist zu ersehen, daß die Säulen unter der Kongreßhalle genau quadratisch angeordnet sind und es sorgfältig vermieden ist, sie unter den Wänden der Kongreßhalle, die doch eigentlich die Dachkräfte übertragen, anzuordnen. Diese, die Kraft von oben nach unten übertragenden Bauteile, sind selbst wieder auf von dem Säulensystem ausgehenden Auskragungen aufgelagert. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Anordnung getroffen wurde, um zusätzlich zu verschleiern, in welcher Art das Dach eigentlich aufgelagert ist und trägt. Der Verdacht drängt sich auf, daß nicht nur die Form mit unehrlichen Konstruktionsmitteln erreicht wurde, sondern daß bewußt versucht worden ist, das Publikum zu täuschen.

So wie die Kongreßhalle jetzt steht, kann man sie bestenfalls mit den Worten bezeichnen, wie sie „Architectural Forum" gewählt hat, als „Kompromiß in der Entwicklungslinie, gekennzeichnet durch eine unheilige Serie von Notbehelfen" oder, wie „Architectural Forum" auch sagte, „das Resultat ist eine technisch konfuse Struktur".

In Wirklichkeit ist das Dach noch nicht einmal eine im Ganzen wirkende Betonschale. Frei Otto sagte im „Architectural Forum": „Eine Serie von parallelen Dehnungsfugen wurde im äußeren Dach eingeführt, die es in eine Serie von vollständig getrennten Stahlbetonstreifen aufteilte, die so gebogen waren, daß sie der Form des Daches folgten."

Von Frei Otto in die Enge getrieben, blieb dem Architekten Stubbins im „Architectural Forum" nur noch eine Aussage, und das war die: „Über was wir hier sprechen, ist Monumentalität." Um dieser Monumentalität willen ist hier mit einem beträchtlichen Aufwand an bekannten technischen Mitteln eine Form geschaffen worden, die unehrlich ist, weil ihre Konstruktion nicht so gestaltet ist, wie sie der Form nach vorgibt.

Frei Otto hat in der ganzen Diskussion sehr viel Richtiges gesagt. In seiner letzten Schlußfolgerung können wir ihm aber nicht zustimmen. Sein letzter Satz lautete: „Was das Finden einer angemessenen Form für ein Gebäude anbetrifft, das freie Rede symbolisieren soll, so ist die Oberfläche noch nicht einmal angekratzt worden."

Im Gegenteil. Wenn es Architekten je gelungen ist, das in ihrem Gebäude darzustellen, was sie darstellen wollten, dann ist es diesen Schöpfern der Berliner Kongreßhalle gelungen. So sehr ihr ganzes Gerede von Demokratie und „freiem Geist" an der Oberfläche schillert, ihre „freie Rede" ist genau so verlogen wie die Kongreßhalle von Westberlin konstruktiv eine Täuschung der Öffentlichkeit darstellt.

Abb. 5: Grundriß des Saales der Kongreßhalle

Die Planung für das Hauptdorf Wagenitz

Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I

Der Auftrag zur Anfertigung von Dorfbebauungsplänen wurde dem Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung am 2. Dezember 1958 vom Bezirksbauamt erteilt.

Um in der Gebietsplanung für den Schwerpunktkreis Nauen einen Vorlauf zu schaffen, wurde in Abänderung des Arbeitsplanes nicht mit der Planung der 15 Hauptdörfer im gesamten Bezirk Potsdam (je Kreis eine Musterdorfplanung), sondern mit der generellen Dorfplanung im Kreis Nauen begonnen. Der Rahmenarbeitsplan bis 1965 fordert jedoch die Ausarbeitung von Dorfbebauungsplan- und Flächennutzungsplanskizzen für alle Hauptdorfbereiche bis zum 31. Dezember 1960 sowie die Beispieldorfplanung eines Hauptdorfes je Kreis bis zum 31. Dezember 1959. Für das Hauptdorf Wagenitz als ländliches Zentrum mit den zugeordneten Dörfern Brädikow, Senzke und Haage lautet die Aufgabe, gesellschaftliche Einrichtungen in den Dorfkern derart einzustreuen, daß sie vom Wohnbereich günstig zu erreichen sind und städtebaulich voll zur Wirkung kommen.

Die Fragen der künftigen baulichen Entwicklung des Dorfes wurden mit den Vertretern der Gemeinde besprochen.

Lage

Wagenitz liegt im nordwestlichen Teil des Kreises Nauen, 1 km nordöstlich der Fernverkehrsstraße 5. Durch den Ort hindurch führt die Landstraße II O nach Friesack über Brädikow, Warsow und Vietznitz.

Geologie

Wagenitz liegt im Bereich des Havelländischen Luches auf einem Höhenzug, der als „Ländchen Friesack" bezeichnet wird. Die Straße von Wagenitz über Brädikow nach Friesack verläuft am Rande dieser Bodenerhebung. Deutlich ist hier der Übergang zum Luch in Höhenrichtung und Vegetation zu spüren. In Wagenitz und Umgebung sind lehmige Sande diluvialen Ursprungs anzutreffen, die auch als Geschiebe- oder Talsande bezeichnet werden. Sie sind wie alle Bodenstrukturen im Havelland eiszeitlich bedingt. Lediglich im Süden von Wagenitz trifft man auf ein Niederungsgebiet, das sich zwischen Wagenitz und Pessin als Ausläufer des großen Warschau-Berliner Urstromtales markiert. Die Ackerwertzahl liegt bei 34.

Klima

Das Dorf Wagenitz liegt im Bereich des ostdeutschen Binnenklimas. Die Windhäufigkeit im Januar beträgt etwa 25 Prozent, Weststrômung im Juli 28 Prozent. Die mittlere Lufttemperatur im Januar liegt bei —1,0 bis 0,5° C, im Juli bei 17 bis 18° C, die mittlere Jahrestemperatur bei 8,5° C. Die mittlere Niederschlagsmenge im Jahr wird mit etwa 490 bis 530 mm angegeben.

Struktur

Wagenitz hat die Grundform eines Angerdorfes. Nach 1945 entstanden nach der demokratischen Bodenreform am Ortsrand Neubauernsiedlungen auf ehemaligem Gutsgelände. Der bauliche Zustand ist im allgemeinen mangelhaft, insbesondere im nordwestlichen Teil des Dorfes. Auch die inselartige Bebauung des Angers ist teilweise abrißreif. Baugeschichtlich wertvoll ist der sogenannte Schwedenturm. Dieser historische Bau, der unter Denkmalschutz steht, ist in seiner Form einzigartig.

Wagenitz hat 475 Einwohner (Stand vom 31. Dezember 1958), davon wohnen 25 Menschen im Ortsteil Karlsaue.

Zugeordnete Dörfer sind Haage, Senzke und Brädikow.

Brädikow	645	Einwohner
Haage	466	Einwohner
Senzke	336	Einwohner
Wagenitz	475	Einwohner
Hauptdorfbereich	1922	Einwohner

Gemarkungsgrößen:

Wagenitz	1447	ha
Senzke	1102	ha
Haage	1937	ha
Brädikow	1585	ha
Gesamtbereich	6071	ha

Landwirtschaftliche Nutzflächen:

Wagenitz	1104	ha
Senzke	812	ha
Haage	1112	ha
Brädikow	1484	ha
Insgesamt	4512	ha

Der Anteil an Ackerland beträgt für Wagenitz 633 ha, an Grünland 462 ha.

Das Ortsbild wird durch die Landwirtschaft bestimmt. Während im Dorf die Hofanlagen der Altbauern noch sehr intensiv genutzt werden, entstehen im Süden des Dorfes ein Kombinat für Schweinemast und -zucht und ein Milchviehkombinat. Ein Schweinemaststall mit zwei Behelfsbauten ist bereits vorhanden. In der Siedlung im nördlichen Teil des Dorfes befindet sich ein Stützpunkt der Maschinen-Traktoren-Station Friesack.

An Einrichtungen des öffentlichen Lebens und der Versorgung sind vorhanden:

Rat der Gemeinde
Feuerwehrspritzenhaus
Poststelle
VdGB (BHG)-Lager (ehemalige Brennerei)
LPG-Büro
Sportplatz
Friedhof
Kindergarten

Fernverkehrsstraße
Landstraße II. Ordnung
Ortsverbindungsweg
Kreisgrenze
Gemarkungsgrenze
Eisenbahnlinie
Kleinbahnlinie

Übersichtskarte 1 : 100 000

Flächennutzungsplan 1 : 50 000

1 Zentrum (Klubhaus) — 2 Polytechnische Oberschule — 3 Neues Wohngebiet — 4 LPG-Wirtschaftshof — 5 LPG-Viehanlagen — 6 Parkgelände

Bestand	Geplant	
		Wohngebiet
		Landwirtschaftliche Produktion
		Gesellschaftliche Bauten
		Nutz- und Erwerbsgärten
		Wald, Forst, Grünanlagen
		Friedhof
		Gemarkungsgrenze
		Eisenbahn
		Fernverkehrsstraße
		Sportanlage

Auf der Abbildung rechts unten:
Enklave Wagenitzer Wiesen, Gemarkung Paulinenaue. Das Wiesengebiet liegt etwa 7 km in nordöstlicher Richtung vom Dorfkern entfernt

Grundschule mit 30 Schülern
Konsum-Verkaufsstelle für Gemischtwaren
Verkaufsstelle für Backwaren (privat)
Gaststätte (Saal mit 100 Plätzen)
Zwei Schmiede
Ein Stellmacher

Die Wasserversorgung erfolgt durch Hausbrunnen. Tägliche Verkehrsverbindungen sind durch die Buslinie Nauen—Friesack, 1 km vom Dorf an der Fernverkehrsstraße 5, vorhanden.

An der Besprechung über die bauliche Perspektive des Hauptdorfes Wagenitz am 11. September 1959 nahmen der Bürgermeister und LPG-Vorsitzende von Wagenitz sowie zwei Vertreter des Gemeinderates und das Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung teil. Eingangs wurde auf den Zweck einer Dorfplanung hingewiesen, und die Gemeindevertreter wurden mit den Richtlinien, die der dorfplanerischen Arbeit zugrunde liegen, vertraut gemacht.

Für Wagenitz als Hauptdorf mit den zugeordneten Dörfern Brädikow, Haage, Senzke sind folgende Bauten laut Protokoll über die Arbeitsbesprechung zur Festlegung des ländlichen Siedlungsnetzes im Kreis Nauen vom 14. März 1959 vorgesehen:

Landwirtschaft

Wagenitz wird im Laufe der Entwicklung Sitz des Groß-LPG-Bereiches. Hier entsteht ein Milchviehkombinat für 320 Rinder im Laufhofsystem nach dem Typ Mahlow. Außerdem wird hier die Nachzucht (Herdbuch) stationiert werden.

Das Schweinekombinat (120 Mast- und Zuchttiere pro 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche) wird gleichfalls in Wagenitz errichtet; bei 1100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche ergeben sich 1320 Tiere.

Die Anlagen für Rinder und Schweine werden am Weg südwestlich des Dorfes errichtet, wo sich bereits ein Schweinestall befindet. Die Geflügelzucht soll nach dem Ortsteil Karlsaue verlegt werden. Die alte Brennerei soll durch Um- und Einbau von Silos als Speicher genutzt werden. Auf dem Gelände des früheren Gutshofes werden der künftige Ackerbau- und Maschinenhof der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft liegen. Der Maschinenhof soll für folgende Maschinen und Geräte Raumeinheiten bieten: drei Mähdrescher, zwei Rübenkombines, drei Kartoffelkombines, drei Pikopresser, zwei Mähhäcksler, zwei Mählader, zwölf Traktoren und Schlepper.

Die vorhandenen Stallkapazitäten werden weitmöglichst genutzt. 30 Pferde sind unterzubringen. Die Gärtnerei soll durch zwei Gewächshäuser erweitert werden.

Wohnungsbau

Die Wohnhäuser am rechten Dorfausgang in Richtung Haage sind in sehr schlechtem Zustand. Hier bietet sich die Möglichkeit, nach und nach durch Neubauten den alten Bestand zu ersetzen. Desgleichen müßten die Wohnhäuser auf dem Anger östlich der Kirche später abgerissen werden, um den Dorfanger als Gesamtfläche schöner zu gestalten. Das Wohngebäude am sogenannten Schwedenturm sollte als erstes fallen, da es zum Teil bereits baupolizeilich gesperrt ist. Wohnneubauten sind am Dorfausgang nach Haage, neben dem ehemaligen Inspektorhaus und in der Nähe des Gasthofes vorgesehen. Hauswirtschaften können innerhalb der Neubauernsiedlungen und in der Nähe des Rinderkombinates errichtet werden. Als Ausgleichsmöglichkeit müßte zunächst ein Block vom Typ A 22 mit 12 Wohnungseinheiten gebaut werden.

Folgeeinrichtungen in der Perspektive

10-Klassen-Schule am rechten Dorfeingang (nach 1965)

Dorfklubhaus am Anger mit Speisesaal für LPG-Angehörige in architektonischer Verbindung mit dem Schwedenturm (bis 1965)

Erweiterung des Ladens zum Landwarenhaus

Der Kindergarten könnte später bei eventuellem Neubau einer Schule im alten Schulhaus untergebracht werden.

Räume für einen Arzt, eine Schwesternstation sowie eine Mütter- und Schwangerenberatung und Dusch- und Baderäume sollen im Gebäude südlich der alten Schule eingerichtet werden.

Für den Sportplatz wird ein neuer Standort hinter dem Parkgelände vorgeschlagen, weil in der Richtung des derzeitigen Sportplatzes eine Friedhofserweiterung erfolgen muß.

Perspektive

Entsprechend der Festlegung des ländlichen Siedlungsnetzes zeigt der Dorfbebauungsplan, daß auf Grund des schlechten Zustandes der Wohngebäude im nordwestlichen Teil des Dorfes mit dem Neuaufbau begonnen werden müßte. Vorgeschlagen werden drei zweigeschossige Wohnhäuser der Typenserie A 22 in Zeilenstellung mit 36 Wohnungseinheiten. Ein weiterer Wohnblock soll am Parallelweg zur Dorfstraße neben dem ehemaligen Inspektorhaus errichtet werden, um bei Abriß der ersten drei Wohnhäuser am Dorfausgang zur Fernverkehrsstraße 5 eine Ausweichmöglichkeit zu besitzen. Der südliche Rand des Angers soll erhalten bleiben, lediglich die beiden kleineren Wohnhäuser (zur Zeit Rat der Gemeinde und Nachbargebäude) müßten

1 Rat der Gemeinde, Abschnittsbevollmächtigter — 2 Schule — 3 Kindergärten — 4 Feuerwehrgerätehaus — 5 Kirche mit Friedhof — 6 Post — 7 Gasthaus mit Saal — 8 Konsumverkaufsstelle — 9 LPG-Büro — 10 Gärtnerei — 11 Schmiede — 12 Stellmacherei — 13 Speicher — 14 Düngerschuppen — 16 Schweineanlage — 17 Rinderhof — 18 Hühneranlage

einem zweigeschossigen Neubaublock weichen. Hierfür und für den südlichen Dorfausgang zur Fernverkehrsstraße 5 wird der Typ B 22 mit acht Wohnungseinheiten vorgeschlagen. Das Dorfbild am westlichen Dorfeingang wird durch einen Schulneubau mit zehn Klassen, die nachfolgenden drei Wohnblocks und dem Block südlich und gegenüber der Schule bestimmt. Durch die gewählte Stellung der Gebäude sollen zugleich eine gestalterisch befriedigende Begrenzung des Angers nach Abriß der Altbauten und eine ansprechende Dorfsilhouette von der Fernverkehrsstraße 5 aus gesehen erreicht werden.

Die Baulichkeiten auf dem Anger sollten nach und nach abgerissen werden, da ihr Zustand eine Bewohnbarkeit auf längere Sicht nicht mehr zuläßt. Der Beschauer, der vom Westen her das Dorf erreicht, hat somit einen freien Blick an der Kirche vorbei auf den Schwedenturm und das Dorfwarenhaus. Letzteres soll bewußt zu dem Schwedenturm in Beziehung gebracht werden, weil dadurch ein architektonisch reizvoller Effekt erzielt wird. Das Dorfklubhaus mit einem Sozialanbau für die Werktätigen der Landwirtschaft schließt den Anger nach Osten ab. Seitlich daran anschließend werden die ehemaligen Gutshofräume zum LPG-Wirtschafts- und Maschinenhof ausgebaut. Hier entstehen unter Nutzung vorhandener Stallkapazitäten eine Werkstatt (Neubau), eine Traktorengarage (Neubau) und ein Maschinenschuppen. Die Brauerei wird zum Speicher ausgebaut. Damit liegen die Anlagen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft in diesem Bereich in günstiger Beziehung zueinander.

Weitere Anlagen (Viehkombinat) der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft werden in Fortführung der bereits bestehenden Ställe am südlichen Feldweg entstehen. Stier

Karte des baulichen Zustandes 1 : 5000

Zustand A = Neubau
Zustand B = Gut erhalten
Zustand C = Noch brauchbar
Zustand D = Abrißreif

Grünplanung

Bestand: Das einzige Großgrün in der Gemarkung Wagenitz bildet der ehemalige Gutspark. Hier befindet sich teilweise hervorragender alter Baumbestand, der unbedingt erhalten bleiben sollte. Zur Durchforstung des Parkes muß ein Landschaftsgestalter hinzugezogen werden, da zu befürchten ist, daß die Forstverwaltung nur den Nutzwert des Holzes sieht. Im Anschluß an den Park ziehen sich zwei schöne Alleen aus Linden und Kastanien in östlicher Richtung fort. Die zum neu angelegten Friedhof führende Lindenallee wurde unerklärlicherweise zum Teil abgeholzt. Sie hätte eine gute Verbindung zwischen Dorf und Friedhof hergestellt.

Die übrigen Landstraßen sind zum Teil mit Obstbäumen bepflanzt. Auf dem Dorfanger befindet sich älterer Baumbestand.

Planung: Die geplanten Wohnbauten erhalten Wirtschaftseinrichtungen und Baum- und Strauchpflanzungen zur räumlichen Gliederung. Sofern der Bedarf an Nutzgärten größer als vorgesehen wird, ist anderweitig noch zusätzliches Gelände für Nutzgärten auszuweisen.

Das Klubhaus wird durch die Baumpflanzungen in den Dorfkern eingebunden. An der Küche ist ein Wirtschaftshof geplant.

In Verbindung mit dem Großgrün des Dorfangers wird südlich der LPG-Verwaltung ein Ruheplatz geschaffen, der mit Sträuchern gegen die Fahrstraßen abgepflanzt ist. In westlicher Richtung schließt sich der neugeplante Dorfteich an. Der Kindergarten für etwa 30 Kinder erhält Spielplatz und Tummelwiese von etwa 1800 m² Größe.

Die Schule am westlichen Dorfeingang erhält einen Pausenhof, Gymnastikwiese, einen Schulgarten und Wirtschaftshof. Durch Baum- und Strauchbepflanzungen wird eine entsprechende Eingrünung hergestellt.

Die Lage des vorhandenen Sportplatzes neben dem Friedhof ist nicht tragbar. Es wird daher vorgeschlagen, eine neue Sportanlage am Rande des Parkes auf einem jetzt als Koppel genutzten Gelände anzulegen. Hier sollen neben einem Fußballfeld (70×105 m) auch Laufbahnen und Anlagen für Weit- und Hochsprung, Kugelstoßen und Speerwurf geschaffen werden.

Die im Süden von Wagenitz gelegenen Produktionsanlagen müssen eine starke Abpflanzung zur räumlichen Trennung zwischen Rinder- und Schweineanlagen und als Windschutz erhalten.

Der westliche Zufahrtsweg soll als Windschutz mit unregelmäßigen Baumpflanzungen begrünt werden.

Die Baum- und Strauchpflanzungen sind dem Charakter der Landschaft und dem vorhandenen Grün anzupassen.

Der Park sollte nach gründlicher Überarbeitung mit Hilfe eines Landschaftsgestalters wieder ein gepflegtes Aussehen erhalten und der Bevölkerung zur Freude und Erholung dienen. Kinderspielplatz, Liegewiese und Platz für Laienspiele könnten hier eingerichtet werden.

Klitscher Wernowsky

Vorhandene Laubbäume
Geplante Laubbäume
Geplante Strauchpflanzung
Geplante Kleingärten
WH. Wirtschaftshof
WT. Wäschetrockenplatz
SCH. G. Schulgarten
GW. Gymnastikwiese
PH Pausenhof
Geplante Bebauung
Vorhandene Bebauung
Für späteren Abriß vorgesehen
Ortstafel

1 Rat der Gemeinde, Abschnittsbevollmächtigter — 2 8-Klassen-Schule — 3 Kindergarten mit Krippe — 4 Kinderhort — 5 Poliklinik, Außenstelle — 6 Feuerwehrgerätehaus — 7 Poststelle — 8 Gasthaus mit Saal — 9 Konsumverkaufsstelle — 10 Dorfklubhaus — 11 Heimatstube (Schwedenturm) — 12 LPG-Verwaltung — 13 LPG-Küche mit Speisesaal — 14 LPG-Maschinenhof — 15 LPG-Gärtnerei — 16 Speicher — 17 Düngerschuppen — 18 Hühnerhaltung — 19 Rinderanlage — 20 Schweineanlage (Mast) — 21 Schweineanlage (Zucht) — 22 Schmiede — 23 Stellmacherei — 24 Sportanlage — 25 Kirche — 26 Friedhof — 27 LPG-Hauswirtschaften — 28 Kommunaler Wohnungsbau

Die Planung für das Hauptdorf Perwenitz

Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, Brigade I

Der Auftrag zur Anfertigung von Dorfbebauungsplänen wurde dem Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung am 2. Dezember 1958 vom Bezirksbauamt erteilt.

Um in der Gebietsplanung für den Schwerpunktkreis Nauen einen Vorlauf zu schaffen, wurde in Abänderung des Arbeitsplanes nicht mit der Planung der 15 Hauptdörfer im gesamten Bezirk Potsdam (je Kreis eine Musterdorfplanung), sondern mit der generellen Dorfplanung im Kreis Nauen begonnen. Der Rahmenarbeitsplan bis 1965 fordert jedoch die Ausarbeitung von Dorfbebauungsplan- und Flächennutzungsplanskizzen für alle Hauptdorfbereiche bis zum 31. Dezember 1960 sowie die Beispieldorfplanung eines Hauptdorfes je Kreis bis zum 31. Dezember 1959.

Perwenitz war zugeordnetes Dorf von Paaren und wurde bei der Dorfplanung Paaren bereichsmäßig berücksichtigt.

Auf Grund der Beschlüsse der VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften über die Bildung von Groß-LPG-Bereichen und die Festlegung der neuen Siedlungsnetze für Haupt- und zugeordnete Dörfer wurde Perwenitz als Hauptdorf ausgewiesen.

Für das Hauptdorf Perwenitz mit den zugeordneten Dörfern Paaren und Pausin ist ein ländliches Zentrum in der Form zu schaffen, daß sich die zentralen Einrichtungen verkehrstechnisch und bereichsmäßig in günstiger Lage zu den drei Dörfern befinden. Dabei wurde von der Überlegung ausgegangen, daß das künftige Zentrum aus versorgungs- und städtebaulichen Gründen an die Dorflage Perwenitz angegliedert werden müßte, um hierdurch auch ein organisches Wachstum des Hauptdorfes Perwenitz zu bewirken. Die Perspektive der Entwicklung von Perwenitz wurde in mehreren Diskussionen erarbeitet.

Lage

Perwenitz liegt im nordöstlichen Teil des Kreises Nauen an der Bahnlinie Nauen—Velten und an der Landstraße II O, die von Bredow nach Vehlefanz führt. Außerdem führt in unmittelbarer Nähe die Landstraße I O Schönwalde—Börnicke vorüber. Die zugeordneten Dörfer Paaren und Pausin sind 2 km beziehungsweise 3,5 km von Perwenitz entfernt.

Geologie

Der Ort liegt auf dem sogenannten Glin, einer Grundmoränenfläche im Havelländischen Luch.

Die Hochfläche des Glin ist durch jungeiszeitliche Grundmoränenbildungen wie Lehm und Mergel gekennzeichnet, der in der Verwitterungsperiode meist sehr sandig ausgebildet ist.

Der alte Dorfkern liegt auf der Hochfläche, während der später entstandene Dorfbereich sich am Hang hinunter in Richtung auf das Randgebiet des Glin erstreckt. Im Verlauf des Hanges und im Unterdorf muß eventuell mit Hangwasser der wasserführenden Bodenschichtungen gerechnet werden, während der Baugrund allgemein als gut bezeichnet werden kann.

Klima

Das Gebiet von Perwenitz gehört zum Bereich des ostdeutschen Binnenklimas mit relativ hoher Jahresschwankung der Temperaturen. Das Jahresmittel der Temperaturen liegt bei 8 bis 8,5° C, während sich die Mittelwerte im Juli um 17 bis 18° C und im Januar um —1 bis 0,5° C bewegen. Windströmungen aus westlicher Richtung herrschen vor. Die Niederschlagsmengen im Jahresmittel betragen etwa 530 mm, in den Sommermonaten 170 mm.

Struktur

Perwenitz ist mit seinen zugeordneten Dörfern Paaren und Pausin seit 1959 vollgenossenschaftlich. Die Entwicklung führte zur Bildung einer Groß-LPG, an die die Technik von der MTS Zeestow übergeben wurde. Sitz der Groß-LPG ist Perwenitz.

Perwenitz ist ein langgestrecktes Dorf. Es gliedert sich in das Oberdorf auf dem Höhenrücken des Glin und das Unterdorf, das sich an der Straße entlang dem Hügel hinabzieht. Der Charakter des Dorfes wird durch die Landwirtschaft bestimmt. Die Landwirtschaft verfügt an Neuanlagen über einen massiven Rinderstall für 90 Rinder und einen Schweinemaststall für 200 Schweine.

Die Einwohnerzahl betrug nach dem Stande vom 31. Dezember 1958 in

Perwenitz	604
Pausin	757
Paaren	555
Insgesamt	1916

Übersichtskarte 1 : 100 000

- Fernverkehrsstraße
- Landstraße I. Ordnung
- Landstraße II. Ordnung
- Ortsverbindungsweg
- Kreisgrenze
- Gemarkungsgrenze
- Eisenbahn
- Autobahnstraße
- Kanal

Flächennutzungsplan 1 : 50 000

Bestand | Geplant
Wohngebiet
Landwirtschaftliche Produktion
Gesellschaftliche Bauten
Nutzgärten
Sportanlage
Gemarkungsgrenze
Landstraße I. Ordnung
Eisenbahn

1 Rat der Gemeinde — 2 Polytechnische Oberschule (Erweiterung) — 3 Bahnhof — 4 Fernsehturm — 5 Landwarenhaus, Dorfwirtschaftshaus, Verwaltung der Groß-LPG — 6 Klubhaus — 7 Wohnbauten — 8 LPG-Rinder- und Schweinekombinat — 9 LPG-Ackerbau- und Maschinenhof — 10 Kindergarten

Gemarkungsfläche

Perwenitz	998	ha
Pausin	1982	ha
Paaren	1570	ha
Gesamtfläche	3550	ha

Landwirtschaftliche Nutzfläche

Ort	ha	davon Ackerland ha	davon Grünland ha
Perwenitz	587	379	205
Pausin	688	406	269
Paaren	836	511	325
Groß-LPG-Bereich	2111	1296	799

Die Ackerwertzahl beträgt im Durchschnitt 29.

Die Hauptproduktionsrichtungen der Landwirtschaft sind Ackerbau und Rinderzucht. An Einrichtungen des öffentlichen Lebens, des Handels und der Versorgung sind vorhanden:

Zentralschule mit fünf Klassenräumen und 99 Schülern
Kindergarten (behelfsmäßig) mit 25 Plätzen
Sportplatz
Bahnhof
Feuerwehrgerätehaus
Friedhof
Agentur der Kreissparkasse
Poststelle
Zwei Gasthäuser, davon eines mit einem Saal für 200 Personen
Konsum-Lebensmittel-Verkaufsstelle
HO-Lebensmittel-Verkaufsstelle
Konsum-Bäckerei
Schmiede (privat)
Tischlerei (privat)
Baugeschäft und Sägewerk (privat)
VEAB-Speicher
Fernsehturm

Die Wasserversorgung erfolgt aus Einzelbrunnen. Ein zentrales Entwässerungssystem besteht nicht.

An den Besprechungen über die bauliche Perspektive des Hauptdorfes Perwenitz am 27. August, 5. und 16. September 1959 in Perwenitz und Pausin nahmen die Bürgermeister von Paaren, Perwenitz und Pausin, die Vorsitzenden der LPG Paaren und Perwenitz, der Vorsitzende der Groß-LPG, der Bereichssekretär der Maschinen-Traktoren-Station Zeestow, der Leiter der Abteilung Landwirtschaft des Rates des Kreises Nauen sowie Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam und des Kreises teil.

In der ersten Besprechung ging es hauptsächlich um die generelle Lösung des Zentrums. Perwenitz ist im LPG-Groß-Bereich der zentrale Ort mit seinen zugeordneten Dörfern Paaren und Pausin. Das Zentrum gehört nach Perwenitz. Der Standort soll so liegen, daß die zugeordneten Dörfer versorgungsmäßig in das neue Zentrum mit einbezogen werden. Es bestand die Vorstellung, das Zentrum an die Wegekreuzung der Landstraße I O Paaren—Pausin mit dem Weg von Perwenitz nach Bredow aufzubauen. Diesem Vorschlag konnte das Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam nicht zustimmen.

Kollege Stier erläuterte die dorfplanerische Bedeutung des Zentrums und gab für die Ablehnung folgende Begründung: Der Standort liege zu nahe an der verkehrsmäßig stark belasteten Landstraße I O, einer Ausfallstraße von Berlin, außerdem gestattet die Nähe der Produktionsanlagen (Schweine und Rinder) der Groß-LPG nicht, dem künftigen Zentrum die ihm zukommende würdige Umgebung zu verleihen.

Erstrebt werde vielmehr die Angliederung des Zentrums an die Dorflage. Deshalb wurde vorgeschlagen, das Zentrum in die Nähe des Bahnhofes zu legen. Dort wären günstige Versorgungsmöglichkeiten für Wasser und Energie gegeben. Standortmäßig und verkehrstechnisch läge das Zentrum günstig zu den beiden zugeordneten Dörfern.

Am 5. September 1959 wurde der festliche Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften von Paaren, Perwenitz und Pausin zu der Groß-LPG „10. Jahrestag" begangen. Aus diesem Anlaß wurden vom Kollegen Stier skizzenhafte Vorschläge über die Gestaltung des neuen Zentrums vorgelegt und erläutert. Die Standorte der Viehanlagen wurden in dieser Beratung ebenfalls diskutiert. Dem Vorschlag über das Zentrum wurde allgemein zugestimmt.

Am 16. September 1959 fand in Pausin eine Aussprache über die Lage der Produktionsanlagen mit dem Vorsitzenden des LPG-Großbereiches, Kollegen Neumann, statt. Für Perwenitz wurde folgendes festgelegt: Die Schweinemastanlage, bestehend aus einem Stall für 200 Tiere, wird um zwei Ställe erweitert; bei einer Kapazität von 600 Tieren ist diese Anlage als abgeschlossen zu betrachten.

Der bestehende Rinderstall wird in der Perspektive zum Teil als Abkalbstall genutzt. Ein Saugkälberstall, ein Melkhaus und ein Laufhofsystem für 128 Tiere werden diese Anlage vervollständigen. Ein zweites Laufhofsystem für 128 Tiere wird in der Nähe der Wiesen kurz vor Paaren seinen Standort finden.

Es wurde eingehend überprüft, ob der MTS-Stützpunkt für Perwenitz im Ort selbst durch Ausbau geschaffen werden kann. Geeignete Gebäude sind jedoch nicht vorhanden. Als arbeitstechnisch am günstigsten wurde die Lage gegenüber dem Viehkombinat auf der anderen Seite der Bredower Straße angesehen. Dort kann auch der Wirtschaftshof mit untergebracht werden.

In Paaren und Pausin wird in Zukunft die Schweinezucht betrieben. In Pausin wird die Anlage mit dem zur Zeit im Umbau befindlichen Stall abgeschlossen. Für Paaren ist noch ein Umbau vorgesehen. In Paaren werden dem bestehenden Rinderstall ein Laufhofsystem (128 Rinder) und ein Fischgrätenmelkstand zugeordnet. Das gesamte Jungvieh wird in Pausin gehalten. In einem Ausbau zwischen Paaren und Grünefeld wird eine Küken- und Junghühneraufzucht aufgebaut. Dort sollen etwa 10000 Küken und 3000 bis 4000 Hennen gehalten werden.

Am 2. September 1958 beschlossen die Räte der Gemeinden Perwenitz, Paaren und Pausin auf ihrer gemeinsamen Ratssitzung auf der Grundlage des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17. Januar 1957, § 32 (Aufgaben und Rechte der örtlichen Räte), den Bau des gemeinsamen Kulturhauses sowie des Dorfwarenhauses in der Gemeinde Perwenitz vorzunehmen.

Das Bauvorhaben macht sich erforderlich, um in den drei vollgenossenschaftlichen Gemeinden die kulturelle Betreuung auf einen höheren Stand zu heben, der werktätigen Bevölkerung den Einkauf zu erleichtern und ein größeres Warensortiment zur Verfügung zu stellen.

Nadelwald
Laubbäume
Nadelbäume
Kleingärten
Freiwüchsige Hecken
Obstplantage

Öffentliches Gebäude, Handel und Gewerbe

Wohnhaus

Nebengebäude

Ortseingangsschild

Zustand A = Neubau

Zustand B = Gut erhalten

Zustand C = Noch brauchbar

Zustand D = Abrißreif

Karte des Bestandes 1 : 5000

1 Rat der Gemeinde — 2 Zentralschule — 3 Kindergarten — 4 Sportplatz mit Umkleideraum — 5 Bahnhof — 6 Feuerwehrgerätehaus — 7 Friedhof mit Kirche — 8 Kreissparkasse, Agentur — 9 Poststelle — 10 Gasthaus mit Saal — 11 Gasthaus — 12 LPG-Verwaltung — 13 LPG-Höfe — 14 Konsum, Lebensmittel — 15 HO-Lebensmittel — 16 Bäckerei — 17 Schmiede — 18 Tischlerei — 19 Baugeschäft und Sägewerk — 20 VEAB-Speicher — 21 Fernsehturm — 22 LPG-Rinderställe — 23 LPG-Schweinestall — 24 LPG-Hühnerstall

Karte des baulichen Zustandes 1 : 5000

Dorfbebauungsplan 1 : 5000

1 Verwaltung (Gemeinde, LPG) — 2 Zentralschule — 3 Kindergarten — 4 Sportstätte, Schwimmbad — 5 Bahnhof — 6 Kulturhaus — 7 Feuerwehrgerätehaus — 8 Friedhof mit Kirche — 9 Kreissparkasse, Agentur — 10 Poststelle — 11 Gasthaus mit Saal — 12 Gasthaus — 13 Dorfwirtschaftshaus — 14 Landwarenhaus — 15 Konsum, Lebensmittel — 16 HO-Lebensmittel — 17 Bäckerei — 18 Schmiede — 19 Tischlerei — 20 Baugeschäft und Sägewerk — 21 VEAB-Speicher — 22 Fernsehturm — 23 Wohnungsbau und Hauswirtschaften — 24 LPG-Höfe — 25 LPG-Rinderkombinat — 26 LPG-Schweinekombinat — 27 LPG-Maschinen- und Ackerbauhof — 28 LPG-Hühnerstall

Gebäude geplant — Bäume geplant — Kleingärten geplant — Strauchabpflanzung — Wäschetrockenplatz — Wirtschaftshof

Perspektive

Die bauliche Entwicklung von Perwenitz erstreckt sich lediglich auf den unteren Teil des Dorfes (Nähe Bahnhof), weil das künftige Zentrum zu den beiden zugeordneten Dörfern bereichsmäßig günstig liegen soll. Für das Zentrum des Hauptdorfes und Groß-LPG-Bereiches sind folgende Bauten vorgesehen:

Landwarenhaus Typ B für Industriewaren (1960)
Dorfklubhaus mit 400 Plätzen
Dorfwirtschaftshaus mit Wäscherei
Verwaltungsbau für Groß-Gemeinde und Groß-LPG
Geschoßwohnungsbau der Typenserie TW 58, A und B
(zur Zeit befindet sich ein Haus mit 12 Wohnungseinheiten im Bau)

Die geplanten Bauvorhaben können eventuell an die Wasserversorgungsanlage des Fernsehturmes angeschlossen werden.

Die weitere Wohnbebauung soll dreigeschossig erfolgen.

Dem Wunsch der Bevölkerung entsprechend soll den Kindergärten größere Bedeutung beigemessen werden. Der Kindergarten in der ehemaligen Mühle in Perwenitz ist wegen seiner verkehrsmäßigen Lage nur als Provisorium anzusehen. Für einen Neubau wurde das Gelände in der Nähe des Fernsehturmes am Sportplatz vorgesehen.

Die Frage, ob die Zentralschule in Perwenitz genügend Raum für einen Schulhort bietet, müßte noch untersucht werden.

Der Sportplatz in Perwenitz als zentrales Sportforum der drei Dörfer entspricht nicht den Anforderungen. Daher wurde eine Erweiterung vorgesehen, durch die der neue Sportplatz mit der Kampfbahn und Schwimmanlage Nord-Süd-Lage erhält und sich am Fuße des Fernsehturmes parallel zum Unterdorf am Waldrand erstreckt. Der alte Sportplatz soll als Übungs- und Festplatz erhalten bleiben.

Die Produktionsbauten der Landwirtschaft werden auf dem Gelände südlich der Landstraße I O errichtet. Dort sind unter Berücksichtigung der Arbeitsteilung folgende Anlagen vorgesehen:

Erweiterung der Schweinemast um zwei Ställe mit einem Besatz von je 100 Tieren, so daß die Anlage 600 Tiere umfaßt. Ferner ist ein Futterhaus vorgesehen. Die Schweinezucht wird in Zukunft nur in Paaren und Pausin betrieben.

Die Hauptmasse des Milchviehs wird mit 550 Stück in Perwenitz stationiert. Hier entstehen unter Berücksichtigung des vorhandenen Massivstalles drei Laufhofsysteme mit Melkhäusern, Saug- und Absatzkälberställen. Ein weiteres Laufhofsystem soll in der Nähe der Koppeln bei Paaren entstehen.

Die Kälberaufzucht bis zum $2^1/_4$jährigen Jungvieh soll in Pausin erfolgen, während Paaren die Färsenherde und einen Teil der Milchkühe (270 Stück) übernimmt.

Die Schafhaltung wird in Paaren durchgeführt, desgleichen die Hühnerhaltung (4000 Stück) mit Kükenaufzucht (10000 Stück).

Dem Produktionskomplex in Perwenitz wird der Maschinenhof mit Ackerbauhof der Groß-LPG zugeordnet. In der Nähe der Produktionsanlagen werden Hauswirtschaften entstehen.

Die obenerwähnten Maßnahmen stehen im Einklang mit den Empfehlungen der verantwortlichen Fachleute der Landwirtschaft und der Bezirksleitung Potsdam der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Ihnen wurde der Entwurf des Perspektivplanes für das Hauptdorf Perwenitz zugrunde gelegt.

Die Fragen der Wasserversorgung und Entwässerung müßten im Anschluß an die dorfplanerische Bearbeitung geklärt werden. Stier

Grünplanung

Bestand: Im Süden und Südosten begrenzen Waldflächen (Nadelwald mit wenig Unterholz auf sandigem Boden) die Bebauung. Linden säumen die Dorfstraße von der Bahnlinie bis zum nördlichen Ausgang des Dorfes. Beidseitig des Friedhofes erstreckt sich der Dorfanger mit dreireihigen stattlichen Kastanien. Die übrigen Wege und Straßen sind teilweise mit Obstbäumen bestanden. Die zum Teil lockere Bebauung von Perwenitz wird durch Nutzgärten oder kleinere Ackerflächen unterbrochen.

Der Sportplatz ist auf der Süd- und Nordseite mit Pappeln umpflanzt.

Planung: Die Bebauung südlich der Bahnlinie muß eine starke Bepflanzung in nördlicher Richtung erhalten, die eine Verbindung zum angrenzenden Wald herstellt.

Der Waldrand sollte mit Laubgehölzen durchzogen werden, um den Charakter eines Mischwaldes zu erhalten.

Das Kulturhaus erhält in östlicher Richtung eine Freifläche, die Veranstaltungen dienen kann und dem Besucher einen Blick in das Waldgebiet gestattet. Ein Wirtschaftshof und ein Parkplatz liegen südlich von dem Gebäude.

An dem geplanten Dorfwirtschaftshaus, Verwaltungshaus und Landwarenhaus sind Baum- und Strauchgruppen vorzusehen, um eine günstige Raumwirkung zu erzielen. Alle Pflanzungen sind dem Charakter der Landschaft anzupassen.

Sofern der Bedarf an Nutzgärten größer wird, ist anderweitig zusätzliches Gelände anzuweisen. Der Kindergarten erhält neben einem Spielplatz im Norden eine Spielwiese mit Planschbecken im Süden des Geländes. Eine Abpflanzung mit Sträuchern und Bäumen ist zur Straßenseite sowie zu den Hauswirtschaften vorgesehen.

Da eine Erweiterung des Sportplatzgeländes erwünscht ist, wurde es zusammen mit einem Freibad südlich des vorhandenen Sportplatzes ausgewiesen. Der alte Sportplatz soll dem Schulsport dienen. Die neue Sportanlage erhält neben einem Fußballfeld von 70×105 m Anlagen für Weit- und Hochsprung, Kugelstoßen, Speerwurf, eine 400-m- und 100-m-Bahn. Seitlich des Spielfeldes ist die Möglichkeit gegeben, Volleyballfelder anzulegen. Das Freibad erhält neben einer Duschanlage ein Sprung-, Schwimm- und Nichtschwimmerbecken. Südwestlich der Schwimmbecken zieht sich eine Liegewiese bis zum Waldrand hin. Eine Abpflanzung des südlich vorbeiführenden Weges mit Sträuchern ist erforderlich. Gegenüber dem Eingang des Freibades ist ein Parkplatz vorgesehen.

Der Nadelwald nordwestlich des Freibades sollte erhalten bleiben, um eine räumliche Trennung zwischen dem Bad, der Dorfbebauung und dem Sportplatz zu erhalten. Eine zusätzliche Anpflanzung von Laubgehölzen ist vorgesehen.

Die Produktionsanlagen sind mit Strauch- und Baumpflanzungen, die dem Charakter der Landschaft entsprechen, zu begrünen. Durch die Pflanzung soll eine räumliche Trennung der Rinder- und Schweineanlage sowie des Maschinenhofes erfolgen; dadurch wird zugleich eine bessere Einbindung in die Landschaft gewährleistet. Eine Friedhofserweiterung ist nicht erforderlich.

Bei Pflanzungen unter Energieleitungen muß besonders die Wuchshöhe der Bäume beachtet werden. Es wird vorgeschlagen, in solchen Fällen als Pflanzmaterial Populus simonii oder Crataegus carrierei zu verwenden, da bei diesen Arten die Möglichkeit besteht, durch Kronenschnitt die Wuchshöhe zu beeinflussen.

Wernowsky Klitscher

Handelsstelle für Zuchtvieh in Neubrandenburg

Architekt BDA Hans Stoffers
VEB Bauunion Schwerin

Lageplan 1 : 1000
1 Auktionshalle mit Rinderstall — 2 Jungviehstall — 3 Verwaltung mit Wohnhaus

Fertigstellung im Jahre	1956
Beginn des Baues	1955

Bürogebäude	= 211 000 DM
Auktionshalle	= 354 000 DM
Handelsstall	= 108 000 DM
Rinderstall	= 134 000 DM
	807 000 DM

Kapazität:
150 Bullen
20 Rinder
100 Schweine

Grundriß Erdgeschoß 1 : 600
1 Windfang — 2 Tribüne — 3 Vorführring — 4 Toilette — 5 Viehwaage — 6 Tierstände — 7 Geräteraum — 8 Quarantänestall

Ölfeuerungen in Zentralheizungen

Dipl.-Ing. Hermann Koppe

Wenn in den nächsten Jahren in verstärktem Maße Wohnungen gebaut werden, dann ist auch die Frage der Wärmeversorgung gemäß dem neuesten Stand der Technik zu stellen und zu beantworten. Die Veränderung unseres gesellschaftlichen Lebens, die veränderte Stellung der Frau gestatten nicht mehr die frühere und auch zum großen Teil noch heute angewandte Raumbeheizung durch Einzelöfen mit festen Brennstoffen. Wenn sie auch sehr häufig in der Literatur als die billigste Heizart bezeichnet wird, so ist sie dies jedoch nur scheinbar, denn die aufzuwendende Arbeit wird in all diesen vorliegenden Berechnungen nicht in Mark und Pfennige ausgedrückt. Es wird auch nicht dabei beachtet, welche Aufwendungen der Kohletransport durch die Straßen bis in den Keller und bis in die Etagen erfordert, welche Mühe der Aschentransport verursacht, und noch weniger wird berücksichtigt, wieviel kostbare Arbeitsstunden von der Hausfrau durch die Staubbeseitigung in der Wohnung zu leisten sind und welche Arbeit die Stadtverwaltungen mit der Reinigung der Straßen und der Abfuhr der Aschenmengen haben. Alles drängt zur zentralen Beheizung von Wohnungen.

In dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ist hier noch sehr viel nachzuholen. War doch bis vor kurzem in Berlin, mit Ausnahme der Häuser in der Stalinallee, in allen seit Kriegsende neu gebauten Häusern Ofenheizung üblich. Bei Zentralheizung steht die Frage zur Diskussion, ob Einzelwohnungsheizung, das heißt also Etagenheizung oder Kleinhausheizung, ob Block- und Komplexheizung oder ob Fernheizung von einer benachbarten Industriezentrale oder von einem eigens zu diesem Zweck der Raumbeheizung erbauten Fernheizwerk gewählt werden sollen. Bei der Wahl zwischen den verschiedenen Heizarten darf der Brennstoff nicht außer acht gelassen werden, da er in vielen Fällen allein entscheidend für die zu wählende Heizungsart ist. Der zur Verfügung stehende Brennstoff wird die Wahl der Heizungsart in sehr starkem Maße beeinflussen. Es sollte daher der Grundsatz gelten, je hochwertiger die einzusetzende Energieart ist, desto näher muß sie in ihrer ihr eigenen Form an die Verbrauchs- oder Umsatzstellen herangebracht werden. Das Fernheizwerk ist den geringwertigen festen Brennstoffen vorbehalten, deren Einsatz rationell nur in Großkesselanlagen möglich ist. Hochwertige feste Brennstoffe können noch bis zu den Komplexheizhäusern Verwendung finden. Gas dagegen sollte so dicht als möglich an die Wärmebedarfsstelle gebracht werden, um möglichst wenig Umwandlungs- und Transportverluste zu haben. Bei der Verwendung der Elektroenergie denkt wohl niemand daran, diese in Großkesselanlagen in Wärme umzuformen, sie dann wiederum über ein Fernnetz zu verteilen und in den einzelnen Räumen der Wohnungen schließlich als Wärme auszunutzen, sondern hier ist es jedem selbstverständlich, daß die Elektroenergie unmittelbar im Raum selbst erst in strahlende Wärme umgesetzt wird.

Schon in den nächsten Jahren, sicherlich aber ab 1963, wird auch Gas für die Raumbeheizung in größeren Mengen zur Verfügung stehen, das dann vor allem in Gasradiatoren verbrannt werden wird, deren Brennraum aber unmittelbar mit der Außenluft in Verbindung stehen muß. Bei der Verwendung von Gas sollten die Meldungen aus der Sowjetunion erwähnt werden, wonach die bis jetzt nicht an das Fernheizwerk angeschlossenen Wohnungen, vor allem die in der Stadtmitte, unmittelbar an das Ferngasnetz angeschlossen werden.

Zwischen den festen Brennstoffen und dem Gas stehen die flüssigen Brennstoffe, die Heizöle. In der Deutschen Demokratischen Republik werden bisher nur Heizöle aus der Braunkohlenteer-Produktion gewonnen, die einen verhältnismäßig niedrigen Schwefelgehalt haben, aber einen bis zu 30° C ansteigenden Stockpunkt. Von diesen Ölen wird ungefähr die Hälfte für reine Raumheizzwecke gebraucht, vor allem für die Beheizung von großen Verwaltungs- und Betriebsgebäuden. Auch ist eine ganze Reihe von Gärtnereien und Gewächshäusern schon mit Ölfeuerungen versehen. Die Verbraucher dieser Heizöle sind durchweg mit der Arbeitsweise zufrieden. Kleinverbraucher sind bisher kaum vorhanden, da die Schwierigkeiten, die mit der Aufwärmung des Heizöles bis zur Brennreife verbunden sind, in solchen Kleinanlagen doch nur schwer zu überwinden sind. In Westdeutschland nimmt der Einsatz von Heizöl zur Zeit eine ganz besondere Entwicklung. Nach einer in der Zeitschrift „Brennstoff, Wärme, Kraft", Heft 4/1959, erschienenen Übersicht ist zum Beispiel der Verbrauch von extra leichtem Heizöl im Jahre 1958 bereits auf 3 200 000 t angestiegen.

Abb. 1: Heizölverbrauch in Westdeutschland (in 10^3 t)

Der gesamte Heizölverbrauch betrug 7 550 000 t, das heißt, daß der Verbrauch an extra leichtem Heizöl bereits 42 Prozent ausmacht. Seit 1955 hat sich der Inland-Heizölverbrauch von 2 090 000 t auf 7 550 000 t gesteigert, das sind 366 Prozent. Der Verbrauch von extra leichtem Heizöl ist aber in derselben Zeit von 495 000 t auf 3,2 Mill. t gestiegen, das sind 650 Prozent.

In der Abbildung 1 sind die Steigerungen des Gesamtölverbrauches und des Verbrauches an extra leichtem Öl dargestellt. Die sehr beträchtliche Zunahme des Verbrauches an extra leichtem Heizöl, das überwiegend für Wohnheizungen verwendet wird, läßt erkennen, daß die höheren Kosten hier nur eine geringe Rolle spielen. Vielmehr sprechen für den Einsatz dieses Öles die Bequemlichkeit, oder anders ausgedrückt, die Hebung des persönlichen Komforts. Neben den Zentralheizungen in Einzelhäusern sind auch die Etagenheizungen weitgehend auf Öl umgestellt. Das extra leichte Öl mit seiner hohen Viskosität ist hierfür besonders geeignet. Aber auch die Verwendung in Einzelöfen mittels Verdampfungsbrennern ist bereits sehr stark eingeführt. Die Bedienung des Ofens beschränkt sich dabei nur auf das Auffüllen des in den Ofen eingebauten Tanks und die

Abb. 2: Komplexheizhaus — Ansicht 1 : 150

Schnitt 1 : 150

Schnitt 1 : 150

Abb. 3: Ölbefeuerter Gliederkessel 1 : 25

Ölzulauf

Elektr. Vorwärmung

Flexibler Ölschlauch

Öldüse ausziehbar

Gebläseluft

Abb. 4: „Aetna"-Ölfeuerungsanlagen, Schemaskizze

Betätigung der elektrischen Zündeinrichtung. Diese Heizungsart hat in Westdeutschland solch großen Anklang gefunden, daß — nach Veröffentlichungen in Zeitschriften — bereits Ende 1957 rund 700 000 Zimmeröfen mit Ölfeuerung in Betrieb waren. Bei uns scheidet diese Heizart vorläufig noch aus, da die Produktion von extra leichtem Heizöl erst später in größerem Maßstab vorgesehen ist. Man sollte jedoch diese Heizart im Auge behalten, denn hierin liegt eine sehr gute Möglichkeit, dem unkontrollierbaren Verbrauch von Elektroenergie in den Spitzenzeiten durch Elektroheizgeräte eine ebenso bequeme Heizart entgegenzustellen, die den großen Vorteil der geringeren Heizkosten hat, aber ebenfalls nur geringsten Bedienungsaufwand erfordert. Die so erreichbare Senkung des Elektroenergie-Verbrauches in den Spitzenzeiten kommt dann der Gesamtindustrie wieder zugute. Die ölbeheizten Einzelöfen kommen vor allem für die Altbauten in Frage, die nicht an eine zentrale Wärmeversorgung angeschlossen werden können. Für ein mittelgroßes Wohnzimmer mit rund 20 m² Grundfläche stellt sich der Verbrauch von Öl, das heißt von extra leichtem Heizöl, für die gesamte Heizperiode auf 235 Liter.

Bei Briketts würden 600 kg notwendig sein und bei Elektroenergie 2300 kWh. Die Kosten liegen bei Briketts mit 28 DM für die Heizperiode am niedrigsten, bei extra leichtem Heizöl betragen sie 94 DM und bei Elektroenergie 184 DM. Der Vergleich kann nur zwischen Öl und Elektroenergie gezogen werden, da die Brikettverfeuerung dem angestrebten Wohnkomfort nicht mehr entspricht. Aus den Rechnungen ergibt sich aber auch, daß durch einen ölbeheizten Ofen 1 kW elektrische Leistung ersetzt wird, wobei der Ölofen auch ohne Rücksicht auf die elektrischen Spitzenzeiten betrieben werden kann.

Wenn ich eingangs darauf aufmerksam machte, daß uns bis 1965 im wesentlichen nur schweres Heizöl zur Verfügung steht, so ist dies wichtig für die Wahl der Heizart unserer Neubauwohnungen. Einzelofenheizung entfällt hier, ebenso kommt auch die Anwendung der Etagen- und Kleinhausheizung nicht in Betracht.

Ein Fernwärmenetz von einem ölbefeuerten Fernheizwerk ist nur selten als wirtschaftlich zu bezeichnen. Die Kosten für das Netz übersteigen oft die Kosten für die Kesselanlagen. Aber durchaus wirtschaftlich richtig ist die Komplexheizung für die Versorgung bis etwa 1000 Wohnungseinheiten. Das Heizhaus kann hierbei so gestaltet werden, daß es sich dem Wohnkomplex gut einfügt. Das Berliner Stadtbauamt hat im Winter 1959 einen Ideenwettbewerb zur Gestaltung von Komplex-Heizhäusern ausgeschrieben (Abb. 2). In solchen Komplex-Heizhäusern können ohne Mühe bei Ölfeuerung mindestens 5 Millionen Kalorien Wärmeabgabe erreicht werden, auch wenn nur gußeiserne Gliederkessel eingebaut werden. Diese Kesselart sollte überhaupt weitgehend für die Raumheizung bevorzugt werden. Diese Kessel sind durch ihre Gußhaut gegen Schwefelsäure-Korrosion geschützt. Wenn zum Beispiel bei 5 Millionen Kalorien Gesamtwärmebedarf zehn Kessel mit je 60 m² Heizfläche aufgestellt werden, dann ist es jederzeit möglich, auch bei schwächstem Wärmebedarf, zum Beispiel in der Übergangszeit, wo höchstens ein Viertel der Spitzenleistung gefordert wird, diesen Wärmebedarf bereits mit zwei oder drei Kesseln zu decken.

Diese wenigen Kessel können dann mit voller Leistung und genügend hoher Abgastemperatur betrieben werden. So werden Korrosionen durch Unterschreiten des Taupunktes im Abgas vermieden. Die gußeisernen Gliederkessel sind für die Befeuerung mit Öl sehr geeignet, sie werden bereits seit langem von den Harzer Werken in Blankenburg und von der Nationalen Radiator GmbH Schönebeck hergestellt und in großer Zahl als Ölkessel exportiert. Sie erhalten im Gegensatz zu den Kesseln, die mit festen Brennstoffen betrieben werden, eine Schamotte-Ausmauerung an der hinteren Wand, ein feuerfestes Gewölbe im Oberteil und eine Abdeckung des Rostes (Abb. 3). Auch geeignete Brenner sind in der Deutschen Demokratischen Republik vorhanden, die sich für schwere Heizöle sehr gut eignen. Als Hersteller seien genannt die Firma Wülfinghoff in Erfurt, die Firma Hauck in Karl-Marx-Stadt und die Firma Guttmann in Leipzig mit einer Brennerart, die besonders gut für die Verbrennung von Schweröl geeignet ist. Die letztgenannte Firma stellt den sogenannten Vergasungsbrenner her (siehe Abb. 4). Zu den Brennern gehört dann noch ein Regelgerät, das beim Löschen der Flamme die Ölzufuhr absperrt, die Ölzufuhr nach einem bestimmten Zeitabstand wieder öffnet, selbsttätig zündet, auch bei Dampfkesseln den Wasserstand beobachtet und bei Unterschreiten einer Mindesthöhe die Ölzufuhr wieder unterbricht. Bei Warmwasser-Pumpenheizungen kann dies Regelgerät auch bei Versagen der Pumpen eingreifen. Abbildung 5 stellt ein Schema einer solchen Einrichtung mit Brennern und Regeleinrichtungen dar. Das verfügbare schwere Heizöl muß in Vorratsbehältern aufgewärmt werden, so daß es von der Pumpe aus den Behältern in den Tagetank oberhalb des Kessels gefördert werden kann. Üblicherweise genügt hierfür eine Aufwärmung auf 40 bis 45° C. Die weitere Aufwärmung bis zur Zündtemperatur erfolgt dann im geschlossenen System bis auf etwa 70° C, je nach der erforderlichen Viskosität. Die Schaltung einer ölbefeuerten Zentralheizungsanlage ist in der Abbildung 6 zu erkennen. Die Bedienung kann mit geringstem Arbeitsaufwand erfolgen. Für eine solche Anlage von etwa 5 Millionen Kalorien genügt im allgemeinen pro Schicht ein Mann. Die Aufwärmeeinrichtungen sind zwar einfach gehalten, für eine kleine Anlage mit nur einem Kessel sind sie jedoch zu kostspielig. Das ist ein Grund, weshalb für die Kessel im Einfamilienhaus die Ölfeuerung noch nicht in Frage kommt.

Zum andern ist aber auch die Brennerkonstruktion für schweres Öl und kleinstem Öldurchsatz noch nicht entwickelt. Diese Anlagen sollten dem leichten Heizöl vorbehalten bleiben. Zur Zeit werden Bestimmungen für die Lagerung des Öles, für die Gestaltung der Heizräume und Richtlinien für Brenner und Regler ausgearbeitet.

Mögen diese Zeilen dazu beitragen, die Wärmeversorgung der in den nächsten Jahren im großen Maßstab zu bauenden Wohnungen so einzurichten, daß sie dem neuesten Stand der Technik entspricht und die Wohngegenden frei von Staub und Flugasche bleiben.

S1 = Kontakt mit Magnetanker
S = Relaisspule
V = Sicherheitsauslöser
R = Widerstand

Kontrollgerät

Zimmerthermostat

Kesselthermostat

Flammenwächter

Öl

Mengenmeßg.

Zündtrafo

Magnetventil

Abb. 5: Regeleinrichtungen, Schemaskizze

1. Einfüllstutzen
2. Ölabsaugleitung
3. Heizschlange
4. Schaltautomat
5. Tagesbehälter
6. Filter
7. Entlüftung
8. Magnetventil
9. Mengenmeßgerät

Handpumpe

Ölstandsanzeiger

Ölbrenner

Ölbehälter

Abb. 6: Ölbeheizte Zentralheizungsanlage, Schemaskizze

Zentralheizungen im Wohnungsbau – Vorschlag einer Luftheizung

Ing. Heinz Otten
Deutsche Bauakademie

Mit der Entwicklung der Großblock-Typenreihen IW 58/L 4 und IW 60/Q 6 ist der erste Schritt im Bauwesen für eine kontinuierliche Serienfertigung getan worden. Beide Typenreihen sind sowohl für Ofenheizung wie für Pumpen-Warmwasserheizung ausgearbeitet. Die Gebäudeheizungen können wahlweise mit Porzellan- und Gußradiatoren sowie mit Konvektoren ausgestattet werden.

Bei der Ausarbeitung der Heizungsanlagen wurde davon ausgegangen, daß die einzelnen Gebäude an ein Fernheiznetz oder an ein Blockheizhaus angeschlossen werden können. Im Kellergeschoß eines jeden Wohnblocks ist eine Mischstation angeordnet, so daß durch Beimischung von Rücklaufwasser die im Fernheiznetz angenommene Vorlauftemperatur von 110° C auf 90° C gesenkt werden kann. Die eigentliche Gebäudeheizung wird also mit einem Temperaturgefälle von 90°/70° C betrieben.

Das Problem der industriellen Vorfertigung von Heizungsrohrelementen ist noch nicht gelöst. Da nur ganz geringe Erfahrungen auf diesem Gebiete vorliegen, mußte der Einbau der Heizungsanlagen in traditioneller Montageweise in die Typenreihen übernommen werden. Die Erfüllung der gestellten Aufgaben wird jedoch nur dann möglich sein, wenn es uns gelingt, Heizungsrohrelemente in großem Umfange industriell vorzufertigen. Die Montagezeiten auf der Baustelle müssen erheblich gesenkt werden, um einem kontinuierlichen Bauablauf überhaupt folgen zu können.

Das Zentrale Entwurfs- und Konstruktionsbüro Ausbauelemente Leipzig, Außenstelle Halle, hat es daher übernommen, die Möglichkeit der Vorfertigung von Heizungs-Rohreinzelteilen zu untersuchen, die für beide Typenreihen Verwendung finden können.
Bei der Behandlung der Heizungsfragen darf der Materialbedarf nicht übersehen werden. Wir müssen bestrebt sein, wirtschaftliche Anlagen in bezug auf Gestehungs- und Unterhaltungskosten zu schaffen. Der Materialbedarf zur Beheizung einer Wohnung mit Radiatoren liegt zur Zeit noch sehr hoch. Nehmen wir an, daß bei einer Zweieinhalbzimmerwohnung des Typs IW 58/L 4, B 45 das Wohnzimmer, das Schlafzimmer und das Kinderzimmer mit keramischen Radiatoren und die Küche sowie das Badezimmer mit gußeisernen Radiatoren ausgestattet werden sollen, so ergibt sich folgender Materialbedarf:

Gußeiserne Radiatoren, Armaturen, Gewinderohr, Siederohr und so weiter	212,72 kg
Keramische Radiatoren	218 kg
Gesamtbedarf / WE	430,72 kg

In den angegebenen Zahlen sind die Mischstationen im Kellergeschoß, die Kellerverteilungsleitungen sowie die Luftleitungen im letzten Obergeschoß und alle Armaturen prozentual enthalten. Die außerhalb der Gebäude liegenden Leitungen sowie die Materialien zur Ausrüstung der Heizhäuser sind in den Zahlen nicht enthalten. Sie sind für unsere Betrachtung vorerst ohne Bedeutung, da diese Anlagen bei jedem Zentralheizungssystem vorhanden sein müssen.

Wenn wir nun den Materialbedarf für die mit Zentralheizung auszurüstenden Wohnungen von 1961 bis 1965 feststellen wollen, so ergibt die Multiplikation des Eisenbedarfes von rund 213 kg/WE und des Keramikbedarfesvon 218 kg/WE mit den jährlich auszustattenden Wohnungseinheiten folgende Zahlen:

Jahr	1961	1962	1963	1964	1965
Eisenbedarf in t	7 029	10 011	13 206	15 762	18 105
Keramikbedarf in t	7 194	10 246	13 516	16 132	18 530
Gesamtbedarf in t	14 223	20 257	26 722	31 894	36 635

Werden die Heizungsanlagen nur mit gußeisernen Radiatoren ausgerüstet, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	1961	1962	1963	1964	1965
Gesamtbedarf an Guß- und Schmiedeeisen in t	15 741	21 419	29 574	35 298	40 545

Die Zahlen lassen klar erkennen, daß die Bereitstellung dieser Materialmengen mit Schwierigkeiten verbunden sein wird, zumal die Herstellung der Außenrohrnetze, die schätzungsweise die gleichen Rohrmengen erfordert, und die Ausrüstung der Heizhäuser hinzuzurechnen sind. Bedenken wir weiterhin, daß in diesen Zahlen die Heizungsanlagen der gesellschaftlichen Bauten sowie der Bauten für die Industrie und die Landwirtschaft noch nicht enthalten sind, so erhebt sich die dringende Forderung, eisensparende Zentralheizungsanlagen zu entwickeln. Diese Anlagen müssen ebenfalls die Anforderungen, die man an eine moderne Heizungsanlage stellen muß, erfüllen.

Unseren berufstätigen Ehepaaren und den alleinstehenden Werktätigen darf man nicht mehr die Bedienung der transportablen oder ortsfesten Kachelöfen sowie den Kohle- und Aschetransport zumuten. Die hierfür bisher geleisteten Arbeitsstunden sind in keiner Wirtschaftlichkeitsberechnung enthalten. Würden diese Stunden in Anrechnung gebracht, so wäre die Ofenheizung die teuerste Heizung überhaupt. Es gilt also, eisensparende Heizungen für den Wohnungsbau zu entwickeln.

Zur Lösung dieses schwierigen Problems gelangt man, wenn man die übliche Zentralheizung mit einer Luftheizung kombiniert, das heißt, die Wärme wird aus dem Fernheiznetz über ein Gebäuderohrnetz zu einem Heizkörper jeder Wohnung geleitet. Innerhalb der Wohnung erfolgt der Wärmetransport durch Luftkanäle in die zu beheizenden Räume.

Vor einigen Jahren hat man in Westdeutschland die Domotherm-Heizung, die auf einem derartigen Prinzip beruht, entwickelt. Sie hat im Wohnungsbau keine Freunde gefunden. Warum? Der Hauptfehler in der Funktion der Domotherm-Heizung liegt darin, daß diese Heizung nur mit Umluft arbeitet, das heißt, die in den Räumen vorhandene und später verunreinigte Luft wird den Räumen immer wieder ohne Frischluftzusatz und Filterung zugeführt (Abb. 1). Das Luftheizungsgerät mit Schraubenlüfter und Heizspirale wird unterhalb der Decke im Flur an einer Zwischendecke aufgehangen. Der hier entstehende Raum zwischen den Decken dient als Kanal zum Transport der Warmluft in die Räume. Die Luft wird über Auslaßgitter unterhalb der Wohnraumdecke eingeblasen. Im unteren Teil der Flurtüren befinden sich Rücklaufschlitze, über welche die Luft in den Flur und zum Heizgerät zurückgeführt wird. Es fehlt die Möglichkeit, der Anlage eine bestimmte Rate an Frischluft zuzusetzen sowie die Filterung der gesamten Luftmenge vorzunehmen. Weiterhin kann das Heizgerät, durch die Anordnung in der Zwischendecke, nur nach vorheriger Demontage gereinigt werden. Hierzu muß ein Heizungsmonteur das Gerät von den Rohrleitungen trennen und nach durchgeführter Reinigung wieder montieren. Diese umständlichen Reinigungen, die jährlich vor Beginn des Heizbetriebes vorgenommen werden müssen und mit Unkosten verbunden sind, werden meistens unterlassen, so daß die Geräte in den Sommermonaten verschmutzen und bei Wiederaufnahme des Heizbetriebes der erhitzte Staub in die Wohnräume getragen wird.

Abb. 1: Domotherm-Heizung 1 : 200

Abb. 2: Wohnungsgrundriß der Typenserie IW 58/L 4 1 : 200

Diese Fehler müssen bei der Entwicklung von Luftheizungen für unseren sozialistischen Wohnungsbau vermieden werden.

In der Sowjetunion sind Luftheizungen versuchsweise gebaut und in zwei Heizperioden einer genauen Prüfung unterzogen worden. Diese Anlagen sind als reine Frischluftanlagen zur Beheizung ganzer Wohnblocks ausgeführt. In jedem Wohnblock ist im Kellergeschoß eine Luftheizzentrale untergebracht, die an ein Fernheiznetz angeschlossen ist.

Abb. 3: Schnitt durch Küche und Flurnische 1 : 50
1 Kinderzimmer — 2 Wohnzimmer — 4 Küche

Abb. 4: Flurnische, geöffnet 1 : 50
1 Kinderzimmer — 2 Wohnzimmer — 3 Schlafzimmer — 4 Küche

Abb. 5: Flurnische, geschlossen 1 : 50

Die angesaugte kalte Außenluft wird hier im Luftfilter gereinigt, von den Ventilatoren durch Lufterhitzer gedrückt und dabei auf die gewünschte Temperatur erwärmt.
Vor Verlassen der Zentrale wird die Luft befeuchtet. Durch einen unter der Kellerdecke angeordneten Hauptkanal gelangt die Luft zu den Steigekanälen, die zu Kanalbündeln zusammengefaßt sind. Jeder zu beheizende Raum erhält einen gesonderten Zuluftkanal. Hierdurch werden eine Schallübertragung von Geschoß zu Geschoß vermieden und die Regulierung der Zuluftmenge für jeden Raum ermöglicht. Grundsätzlich werden nur die Wohnräume beheizt. Die hier mit einer Temperatur von etwa 50° C eingeblasene Luft kühlt sich auf Raumtemperatur ab und entweicht über in Fußbodennähe angeordnete Türschlitze in das Bad und in die Küche. Hier gibt die Luft weitere Wärme ab und wird in getrennten Abluftkanälen in den Dachraum geführt. Die einzelnen Kanäle münden in einen Hauptluftkanal, durch welchen die Luft ins Freie geleitet wird.
Das Bad und die Küche wurden mit zusätzlichen Heizkörpern versehen, da man annahm, daß die aus den Wohnräumen abgeführte Luft den Wärmebedarf der beiden Räume nicht decken würde.
Nach den in zwei Heizperioden gemachten Erfahrungen kann man sowohl die Befeuchtungsanlage in der Luftheizzentrale als auch den Heizkörper in der Küche einsparen. Die Untersuchungen haben gezeigt, daß der Feuchtigkeitsgehalt der Raumluft ausreichend ist und die Küche durch die Abluft genügend erwärmt wird.

Die Vorteile dieser Frischluftheizung sind hygienischer Art. Der Wohnung wird durch dieses Heizungssystem immer frische, gefilterte Luft zugeführt. In den Sommermonaten ist die Heizungsanlage selbstverständlich nicht in Betrieb. Durch Einschalten des Ventilators wird dann den Räumen Frischluft zugeführt und hierdurch das Behaglichkeitsgefühl der Bewohner erhöht. Ein weiterer Vorteil liegt darin, daß alle Anlageteile industriell vorgefertigt werden können und die Anlage während des Rohbaus praktisch fertig montiert werden kann. Die Einsparungen liegen also vor allem auf dem Gebiete des Stahlverbrauches und der Verkürzung der Arbeitszeit auf der Baustelle.

Ein Nachteil der reinen Frischluftanlage ist der hohe Brennstoffverbrauch. Es ist hier zu bedenken, daß der hohe Wärmeverlust der Räume gedeckt und außerdem die kalte Frischluft auf Raumtemperatur erwärmt werden muß. Die Lufttemperatur beträgt hinter dem Erhitzer im Kellergeschoß etwa 55° C und wird mit etwa 45° C in die Räume geblasen. Die Temperatur der über Dach abgeführten Luft beträgt immerhin noch 15 bis 20° C. Der Verbrauch an Brennstoff liegt nach überschlägiger Ermittlung um etwa 50 bis 60 Prozent höher als bei der normalen Radiatorenheizung. Wenn, wie in der Sowjetunion, genügend Brennstoffe zur Verfügung stehen, ist die reine Frischluftheizung in der geschilderten Form die hygienischste Heizung überhaupt.
In der Deutschen Demokratischen Republik können wir uns heute noch keine reinen Frischluftheizungen leisten. Für uns gilt es, eine stahlarme Luftheizung zu entwickeln, die einen 20- bis 30 prozentigen Frischluftzusatz zuläßt, die industriell vorgefertigt werden kann und deren Investitions- und Unterhaltungskosten unter denen der normalen Warmwasser-Radiatorenheizung liegen.

Im folgenden soll eine derartige Luftheizung beschrieben werden. Als Beispiel ist eine Wohnung der Typenreihe IW 58/L 4, B 44 gewählt (Abb. 2) worden.
Das Luftheizgerät mit eingebautem Filter, Ventilator und Heizbatterie (Abb. 3) wird in der Flurnische aufgestellt. Das Gerät ist so ausgebildet, daß es außer Frischluft auch Raumluft oder eine Mischung von beiden ansaugen kann. Zur Einstellung des gewünschten Betriebszustandes dient eine Drehklappe im Unterteil des Gerätes. Von diesem Luftheizgerät führen nun vier einzeln absperrbare Zuluftkanäle bis unter die Geschoßdecke (Abb. 4) und von dort in die zu beheizenden Räume. Als Steigerohre werden quadratische oder rechteckige Asbestzement- oder Kunststoffrohre (Glagit, Glakresit) verwendet. Die horizontalen Zuluftkanäle können aus Winkelleisten mit Befestigungslaschen aus gleichem Material durch Anschließen an Wand und Decke gebildet werden. Es besteht durchaus die Möglichkeit, diese Kanäle auch in die Geschoßdecke zu verlegen. Die Warmluft wird durch Zuluftkanäle und über Auslaßöffnungen in die Räume gedrückt. Die Auslaßöffnungen können auf den Zuluftkanal des Raumes verteilt oder es kann eine Auslaßöffnung mit dem freien Gesamtquerschnitt in der Nähe der Außenwand vorgesehen werden. Im unteren Teil der Türen von Raum 1, 2 und 3 (Abb. 6) befinden sich jeweils Rückluftöffnungen, über die die Luft in den Flur zum Heizgerät zurückgeführt wird. Bei Küche und Bad sind keine Rückluftöffnungen angeordnet. Die Küche ist jedoch ebenfalls an die Luftheizung angeschlossen, wogegen das Bad mit einem Gas-Wand-Heizgerät ausgestattet ist. Der Anschluß des Wandheizgerätes erfolgt an die zur Warmwasserbereitung vorhandene Gasleitung.

Abb. 6
Schnitt durch Küche und Wohnraum 1 : 200

Damit die Küchengerüche nicht durch die Luftheizung in die anderen Räume getragen werden, wird die Küchenabluft über eine im Fenster angeordnete Öffnung ins Freie geleitet (Abb. 3). Die hier entweichende Luftmenge wird durch einen unter der Küchenstrecke (Spüle, Spültisch und Gasherd) liegenden Frischluftkanal durch den im Heizgerät vorhandenen Ventilator angesaugt. Hierdurch werden der Heizungsanlage, die überwiegend mit Umluft betrieben werden soll, 20 bis 30 Prozent Frischluftmenge zugesetzt.

Die Heizbatterie des Gerätes ist an den durch alle Geschosse führenden Heizstrang angeschlossen. Um die Möglichkeit zu schaffen, das Heizgerät bei eventuell anfallenden Reparaturen während der Heizperiode austauschen zu können, ohne den Heizbetrieb in den anderen Geschossen zu stören, erhalten die Anschlußleitungen je ein Absperrorgan.

Durch die über dem Heizgerät in den Zuluftkanälen angeordneten Absperrklappen kann jeder Raum beliebig mit Warmluft versorgt werden. Das Ansteigen der Lufttemperatur in den Räumen erfolgt nach dem Einschalten des Ventilators so rasch, daß die Räume schon nach einer halben Stunde als angenehm erwärmt empfunden werden. Wird die gesamte Heizleistung auf einen Raum geschaltet, so kann die Anheizzeit noch wesentlich verkürzt werden. Verläßt das berufstätige Ehepaar beispielsweise morgens die Wohnung, so wird der Ventilator ausgeschaltet und die oberhalb des Gerätes durch einen Drehknopf zu betätigenden Regelklappen der Zuluftkanäle, bis auf die des Wohnzimmers, geschlossen. Die Schwerkraftwärmeleistung des Gerätes ist somit voll auf das Wohnzimmer geschaltet, so daß tagsüber keine Auskühlung des Raumes erfolgt. Nach Rückkehr der Berufstätigen wird der Ventilator eingeschaltet, alle Regelklappen werden geöffnet und somit alle Räume beheizt.

Die in der Flurnische aufstellbaren Heizgeräte sind für jedes Betriebsmittel, zum Beispiel auch für Heizwasser höherer Temperatur (150° C), geeignet. Der durch alle Wohnungen geführte Heizstrang liegt, gegen Berührung geschützt, in der geschlossenen Flurnische (Abb. 5). Insgesamt sind in unserem Beispiel (Abb. 7) 8 Heizungsstränge zu verlegen, wogegen die normale Radiatorenheizung (Abb. 8) die Verlegung von 22 Strängen erforderlich macht. Die Stränge bei der Radiatorenheizung liegen frei vor der Wand, so daß eine Betriebstemperatur von 90°/70° C im Gebäude gewählt werden mußte.
Um die Temperatur des in der Fernleitung vorhandenen Heizwassers von 110° C auf 90° C zu senken, mußte eine Mischstation vorgesehen werden. Diese Mischstation kann bei der Luftheizung entfallen, da die Heizgeräte, durch die geschützte Lage der Heizbatterie im Gerät, mit höheren Heizwassertemperaturen betrieben werden können. Alle Anlageteile können industriell vorgefertigt und im Rohbau eingebracht werden.
Die auftretende, stark veränderliche Wärmeentnahme im Laufe eines Tages, wobei die Heizspitze in den Morgen- und Abendstunden liegt, erfordert eine gut regelbare Feuerung beziehungsweise eine sorgfältige Anpassung der Kesselleistung an den zu erwartenden Wärmebedarf. In besonderem Maße eignet sich daher die Luftheizung für den Anschluß an ein Fernheiznetz. Die Belastungsschwankungen können im Heizwerk durch Wärmespeicher, zum Beispiel Warmwasserbereiter zur zentralen Warmwasserversorgung der Nachfolgeeinrichtungen, aufgefangen werden.
Der Wärmeverbrauch einer Wohnung wird durch Messung der Betriebsstunden des Lüftermotors ermittelt. Die bei Nichtinbetriebnahme des Lüfters gelieferte Wärmemenge, die den Räumen über die Heizbatterie durch Schwerkraftwirkung zugeführt wird, muß durch einen Pauschalpreis berechnet werden. Die Gesamtkosten für die Mieter setzen sich also aus den Betriebsstunden und dem Pauschalbetrag zusammen.
In einem späteren Aufsatz sollen die Berechnung der Luftheizung dargelegt sowie die Investitions- und Unterhaltungskosten behandelt werden.

Abb. 7: Kellergrundriß mit Stranganordnung für Luftheizung 1 : 400

— Heizungs-Vorlaufleitung
- - Heizungs-Rücklaufleitung

Abb. 8: Kellergrundriß mit Stranganordnung für normale Radiatorenheizung 1 : 400

— Heizungs-Vorlaufleitung
- - Heizungs-Rücklaufleitung

Über eine gesündere und wirtschaftlichere Gasbeheizung in Badezimmern

Diplom-Gewerbelehrer Albert Makedanz

Im Bereich des Gasnetzes werden in den Neubauwohnungen fast ausschließlich Durchlauferhitzer eingebaut und folglich im Bad zusätzliche Gasheizkörper installiert. Da aber dennoch die Beheizung des Bades zu Klagen Anlaß gab, wurde die Badbeheizung einer Analyse unterzogen.

Bei der bisher installierten Anordnung wurde der Temperaturverlauf in Abhängigkeit von Zeit und Raumhöhe untersucht. Bei der Versuchsanordnung waren acht Thermometer in der Raummitte (unterhalb der Lampe) in verschiedenen Höhen, besonders im unteren Raumgebiet angeordnet. Die Anordnung sollte eine möglichst geringe Wärmekapazität besitzen und die Luftströmungen so wenig wie möglich beeinflussen. Daher wurden die Thermometer senkrecht untereinander an einer Schnur aufgehängt.

In Abbildung 1 ist der Temperaturverlauf als Funktion der Zeit [T = f (t)] dargestellt. Die Kurven, die unter normalen Bedingungen ermittelt wurden, bestätigen die völlig unzureichende Heizwirkung der Anordnung. Nach 70 Minuten Vollheizung bei einem Gasverbrauch von 0,91 m³ wurde in Fußbodenhöhe (5 cm) nur eine Temperaturerhöhung von 0,1° C, in 20 cm Höhe von 0,8° C und in 70 cm Höhe von 1,9° C gemessen. Dies bedeutet praktisch eine vollkommen unwesentliche Erwärmung. Auch in 1 m Höhe ist der Temperaturanstieg nach der gleichen Heizdauer noch unzureichend.

Abb. 1: Temperaturverlauf als Funktion der Zeit

Abb. 2: Temperaturverlauf als Funktion der Raumhöhe

Der Temperaturverlauf als Funktion der Raumhöhe (Abb. 2) widerspiegelt in eindrucksvoller Weise die unzweckmäßige Erwärmung. Während es an den Beinen und bis zur Hüfte zu kalt ist, beträgt die Temperatur in Scheitelhöhe fast 30° C. Die hohen Temperaturen führen zu Kopfschmerzen und Unwohlsein. Dagegen können die zu niedrigen Temperaturen im unteren Baderaum leicht die Ursache von Erkältungen sein.

Aus den bisherigen Messungen und Ausführungen kann festgestellt werden, daß die bisher in AWG-Wohnungen und auch im kommunalen Wohnungsbau in den Bädern eingebauten Gasheizungen wärmetechnisch falsch und darüber hinaus unwirtschaftlich angebracht sind.

Möglichkeiten einer besseren Durchheizung

Aus den angeführten Gründen wurden Möglichkeiten gesucht, die eine bessere Durchheizung des Bades gestatten. Einige grundsätzliche physikalische Überlegungen seien eingefügt, die zu den Versuchen Anlaß gaben und die sich wie erwartet vollends durch die Messungen bestätigten. Abbildung 3 gibt im Prinzip diese Überlegungen für den gemessenen Temperaturverlauf wieder (siehe auch Abb. 1 und 2). Die Voraussetzung für die günstigste Anordnung des Gasheizkörpers ist die Kenntnis des Anteils der Gesamtenergie Q_{ges}, der durch Wärmestrahlung Q_s beziehungsweise durch Konvektion Q_k an die Umgebung abgegeben wird. Da Messungen dieser Art zeitraubend sind und einen größeren Aufwand erfordern, wurde auf die Literatur zurückgegriffen. W. Schüle und U. Fauth[1] haben im Institut für Technische Physik in Stuttgart dieses Problem eingehend untersucht. Für Kamingasheizöfen mit einer Gesamtwärmeabgabe von Q_{ges} = 1000 bis 3000 kcal/h wird der Konvektionsanteil der Wärmeabgabe im Mittel mit 75 bis 85 Prozent angegeben. Der Rest wird durch Wärmestrahlung übertragen. Die Untersuchungen wurden an handelsüblichen Gasheizöfen durchgeführt, und es wird angenommen, daß unsere Öfen ähnliche Eigenschaften haben.

Bei Berücksichtigung dieser Meßwerte muß für den Gasheizofen ein Standort gewählt werden, von dem aus die Konvektionsströmung den ganzen Raum erfaßt und die Wärmestrahlung ebenfalls voll ausgenutzt wird. Die geringe Energieabgabe durch Wärmeleitung soll vernachlässigt werden. Der Standort muß möglichst tief liegen, so daß auch die Luft dicht über dem Boden vom Wärmestrom erfaßt wird. Die Wärmestrahlung muß ebenfalls im wesentlichen von der unteren Luft aufgenommen werden. In Abbildung 4 sind diese Überlegungen dargelegt. Der durch die ausgezogenen Linien angedeutete Konvektionsstrom erfaßt den ganzen Raum. Die Wärmestrahlung soll durch die gestrichelten Linien schematisch angedeutet werden. Der einzige Platz, der diese Forderungen erfüllt, liegt gegenüber der Tür an der Außenseite unterhalb des Fensters.

Diese Erkenntnis ist keineswegs neu, denn bei der Anlage von Zentralheizkörpern verfährt man seit langem so. Warum im Bad von den empirischen Werten abgegangen wurde, hat wohl seine Gründe in dem Abführen der Verbrennungsgase. Dabei schien es nur möglich, einen Standort in der Nähe des Schornsteins festzulegen. Wegen der Lage der Badewanne wurde wahrscheinlich die relativ hohe Aufhängung gewählt (etwa 1,2 bis 1,5 m bis zur unteren Ofenkante).

Abbildung 5 zeigt den Temperaturverlauf als Funktion der Zeit bei dem gleichen Heizkörper, nur in der in Abbildung 4 eingezeichneten Anordnung. Die Höhe bis zur unteren Ofenkante wurde von etwa 1,20 m auf 0,24 m verringert. Die Außentemperaturen bei beiden Messungen lagen zwischen 9° C und 10,5° C. Der Temperaturverlauf in Abbildung 5 unterscheidet sich grundsätzlich von dem in Abbildung 1. Nicht nur der Anstieg ist am Anfang steiler, sondern nach 15 Minuten Vollheizung konnte das Bad als angenehm durchheizt angesehen werden. In 20 cm Höhe war bereits eine Temperatur von 18,4° C und ab 50 cm Höhe betrug die Temperatur über 20° C. Weiter ist wesentlich, daß auch die Bodentemperatur in 5 cm Höhe um 3,5° C gestiegen war. Auf Grund dieser Feststellung wurde nach 15 Minuten Vollheizung die Gaszufuhr gedrosselt. Der weitere Temperaturverlauf läßt erkennen, daß die Temperatur in den höheren Schichten schnell auf eine erträgliche und angenehme Temperaturhöhe abfällt, während in den mittleren Schichten die Temperatur wenig fällt und in Bodennähe konstant bleibt. Der Gasverbrauch betrug in 70 Minuten 0,43 m³.

Vergleich der Meßwerte

Eine Gegenüberstellung des Temperaturverlaufs in Abhängigkeit von der Höhe bringt Abbildung 6 (vergleiche auch Abb. 2). Die Werte des alten Standortes sind gestrichelt, die des günstigsten ausgezogen. Es ist ersichtlich, daß der Temperaturverlauf bei dem vorgeschlagenen Standort wesentlich verbessert wurde.

Bei dem verwendeten Heizkörper wird kaum eine wesentlich bessere Temperaturverteilung erreicht werden können, da durch die Art der Wärmeübertragung eine Grenze gegeben ist. Dies trifft besonders für zeitweilig beheizte Räume, so auch für das Bad, zu. Für an der Außenwand angebrachte Heizkörper geben Rietschel/Raiß[2] bei Radiatorenheizung einen Temperaturunterschied von etwa 6° C zwischen Boden- und Deckennähe an. Für an der Innenwand angebrachte Heizkörper wird ein Temperaturunterschied von 10° C angegeben. Diese Angaben beziehen sich allerdings auf Wohnräume ohne offene Verbrennung und folglich ohne die erforderliche Frischluftzufuhr. Dennoch sind diese Werte vergleichbar, da die Wärmeübertragung auf dem gleichen Prinzip beruht. Erwartungsgemäß muß unser Fall ungünstiger liegen, denn die Luftzufuhr durch die Lüftungslöcher in der Tür muß sich in einem steileren Temperaturverlauf auswirken.

Bei dem vorgeschlagenen Standort beträgt die Temperaturdifferenz etwa 9° C, während bei der ursprünglich installierten Anordnung ein Unterschied von fast 25° C gemessen wurde.

Besonders interessiert die Temperaturerhöhung im Bereich der Körpergröße. Daher soll die mittlere

Abb. 3: Schematische Darstellung der Wärmeübertragung bei zu hoch angebrachten Heizkörpern

Abb. 4: Günstigste Heizanordnung für Konvektionsheizung

[1] W. Schüle und U. Fauth, Untersuchungen über die Wärmeabgabe von Gasheizöfen durch Konvektion und Strahlung, „Gesundheitsingenieur", 77 (1956), S. 69 bis 72

[2] Rietschel/Raiß, Heiz- und Lüftungstechnik, 13. Aufl., 1958, S. 83

Temperaturerhöhung in beiden Fällen berechnet und verglichen werden (siehe Abb. 7). Es bedeuten:

Kurve a: T = f (h) nach 70 Minuten Vollheizung bei der alten Anordnung,
Kurve b: T = f (h) vor Heizungsbeginn,
Kurve c: T = f (h) nach 70 Minuten Heizung in der vorgeschlagenen Weise,
Kurve d: T = f (h) vor Heizungsbeginn.

Die schraffierte Fläche stellt die Temperaturerhöhung dar. Die mittlere Körpergröße k wird mit 1,70 m angenommen. Dann ergibt sich die mittlere Temperaturerhöhung T_{m_1} aus Abbildung 8 zu

$$T_{m_1} = \frac{1}{k}\int_0^k\int_b^a d\,h\,d\,T \quad (1).$$

Der Wert dieses Integrals ist mit der gestrichelten Fläche identisch, und er wurde numerisch zu 744 cm · °C bestimmt. Bezogen auf die vorgegebene Körperhöhe folgt eine mittlere Temperaturerhöhung von 4,4° C.

Für die vorgeschlagene Anordnung folgt für die mittlere Temperaturerhöhung T_{m_2}

$$T_{m_2} = \frac{1}{k}\int_0^k\int_d^c d\,h\,d\,T \quad (2).$$

Der Wert des Integrals ergab sich zu 804 cm · °C, und somit beträgt die mittlere Temperaturerhöhung $T_{m_2} = 4{,}7°$ C.

Ganz abgesehen davon, daß im ersten Fall die Temperaturerhöhung im wesentlichen im Gebiet der Kopfhöhe liegt, ist doch beachtenswert, daß eine größere mittlere Temperaturerhöhung mit bedeutend geringerem Energieverbrauch erreicht wurde. Der Energieverbrauch verhält sich wie 0,91 : 0,42. Das bedeutet, daß über 50 Prozent der Energie eingespart werden können und dabei dennoch eine Temperaturverteilung erreicht wird, die der Forderung an eine Beheizung gerecht wird.

Es ist bekannt, daß der menschliche Körper seine konstante Temperatur zu einem Teil durch Wärmeabgabe an die Umgebung regelt. Bei den im ersten Fall vorliegenden Temperaturdifferenzen muß der Körper vom Kopf etwa drei- bis viermal soviel Wärme abgeben wie von den Füßen, um die konstante Körpertemperatur zu halten[3]. Wenn auch hierüber keine genaue Beurteilung gegeben werden kann, so lehrt doch die Erfahrung, daß diese großen Temperaturunterschiede gesundheitsschädigend sind.

Vorschläge für eine zweckmäßige Installation

Abbildung 8 stellt die prinzipielle Aufteilung des Bades in dem AWG-Wohnungstyp 1957/58 (13a und 14a) dar. Auch in älteren Wohnungen ist eine ähnliche Aufteilung zu finden. Wegen der Lage der Badewanne konnte der schornsteingebundene Gasheizofen nur in einer Höhe ab 1,20 m angebracht werden. Diese Anordnung ist in Abbildung 8 schematisch dargestellt und mit 1 bezeichnet.

Abb. 7: Darstellung der Temperaturerhöhung in beiden Anordnungen. Die schraffierte Fläche stellt die Temperaturerhöhung dar

Abb. 5: Temperaturverlauf als Funktion der Zeit in der in Abbildung 4 dargestellten Anordnung

Abb. 6: Gegenüberstellung des Temperaturverlaufs bei der installierten (gestrichelt) und der vorgeschlagenen Anordnung in Abhängigkeit von der Raumhöhe

Bei den im Jahre 1959 installierten Wohnungen wurde der Gasheizkörper unmittelbar neben der Badezimmertür (Abb. 8, Anordnung 2) in etwa 1,50 m Höhe angebracht. Auch im Großblockwohnungsbau Typ Q 3 erfolgt die Installation nach dieser Anordnung, wie zum Beispiel bei der Arbeiterwohnungsbau-Genossenschaft des Werkes für Fernmeldewesen in Berlin-Friedrichshagen. Es ist auch für die Aufhängung unter Berücksichtigung der Meßergebnisse und der ausführlichen Betrachtung keine bessere Temperaturverteilung zu erwarten als bei der untersuchten Anordnung.

Der Standort des Gasheizofens, der eine gute Durchheizung auch des unteren Raumteiles, verbunden mit minimalem Gasverbrauch, gewährleistet, wird in Abbildung 8 mit Anordnung 3 gekennzeichnet. Dabei muß der Gasheizofen so tief, wie es die Installation zuläßt, möglichst unter 25 cm, angebracht werden. Eine Schwierigkeit besteht in der Abführung der Verbrennungsgase. Dafür gibt es folgende Möglichkeiten:

1. Da bei der Gasverbrennung die Verbrennungsgase nicht rußen, können die Abgase durch ein in der Wand befindliches Lüftungsrohr abgeleitet werden. In Westdeutschland werden in diesen Fällen Außenwandöfen angebracht. Buhrstein[4] berichtete bereits 1955, daß in Westdeutschland etwa 50 Prozent der verkauften Gasheizöfen Außenwandöfen waren, und daß dieser Anteil noch eine steigende Tendenz aufweist. Ebenso beschreibt B. Eiselt[5] einen Außenwand-Gas-Heißwasserspeicher, der in der Gasgeräte-Gesellschaft Bochum hergestellt wird.

Um die hier diskutierten Unzulänglichkeiten schnellstens abzustellen, wird es erforderlich sein, auch bei uns baldmöglichst die Produktion von Außenwandöfen aufzunehmen. Sollten die Kosten für diese Öfen um ein geringes höher liegen, so kann dies an dem nicht benötigten Schornsteinzug und dem geringeren Energieverbrauch um ein Vielfaches eingespart werden.

2. Die Verbrennungsgase werden durch das in Abbildung 8 gestrichelt eingezeichnete Rohr zum Abzug b des Durchlauferhitzers abgeleitet. Das engere Abzugsrohr würde mit dem vertikalen und horizontalen Teil eine Gesamtlänge von etwa 3 m besitzen. Abgesehen von der unschönen Form der langen Rohrführung muß außerdem die Kondensation des Wasserdampfes berücksichtigt werden. Je nach der Gaszusammensetzung entsteht bei der Verbrennung von 1 m³ des normalen Stadtgases 0,6 bis 0,7 kg Wasserdampf. Bei zwei- bis dreifachem Luftüberschuß folgt für den Taupunkt eine Temperatur von etwa 45° C. Das bedeutet, daß an der Stelle, an der im Abzugsrohr die Temperatur unter 45° C sinkt, eine Kondensation des Wasserdampfes einsetzt. Da der Wirkungsgrad der Gasheizöfen nicht zu hoch getrieben ist und die Abgase des Durchlauferhitzers Temperaturen von über 120° C besitzen, kann im Rohrsystem die Wasserbildung wahrscheinlich vernachlässigt werden.

Diese Möglichkeit käme wohl hauptsächlich für bereits vorhandene, schornsteingebundene Gasheizöfen in Betracht, wenn diese nicht ohne großen Kostenaufwand in Außenwandöfen mit geschlossener Verbrennungskammer umgebaut werden können.

3. Es soll hier noch erwähnt werden, daß die Infrarot-Strahlungsheizung wesentliche Vorteile in sich vereinigt. A. Prochaska[6] bringt Anwendungsbeispiele für elektrische Infrarotheizung. Leider gestattet es unsere Energielage in den nächsten Jahren noch nicht, serienmäßig Infrarotheizungen in Bad und Küche einzubauen.

E. Horn[7] berichtet, daß nunmehr Gas-Infrarotstrahler für Großräume zur Verfügung stehen. Vielleicht besteht hier auch eine Möglichkeit, Gasstrahler für die Bad- und Küchenbeheizung herzustellen. Da die Gasversorgung in den nächsten Jahren durch Ferngas wesentlich verbessert wird, muß auch der Verbrauch in diese Richtung gelenkt werden.

[3] Ebenda, S. 296
[4] H. Buhrstein, Monatsbulletin des Schweizerischen Vereins von Gasfachmännern, 35 (1955), S. 173 bis 183
[5] B. Eiselt, „Gas- und Wasserfach“, 100 (1959), S. 435 bis 438
[6] A. Prochaska, „Deutsche Architektur“, Heft 7 1958, S. 562
[7] E. Horn, „Deutsche Architektur“, Heft 8/1959, S. 166

Abb. 8: Grundriß des Bades

Feuergeschränk für ortsfeste Kachelöfen

Keramiker- und Ofenbaumeister
Christian Madaus, KdT

Die häuslichen Feuerstätten, insbesondere die ortsfesten Kachelöfen, wurden in den letzten Jahren ständig weiter entwickelt, so daß eine neue Normung der Ofenbauteile notwendig wurde.

Eine vor fünf Jahren von der Kammer der Technik durchgeführte Rundfrage über die bestehenden gußeisernen Herd- und Ofenbauteile ergab, daß in den Gießereien etwa 80 verschiedene Modelle vorhanden waren. Nach diesen Modellen wurde gefertigt, obwohl man gut mit einem Fünftel hätte auskommen können.

Die bisher bestehenden DIN-Normen für Ofen- und Herdbauteile wurden in den wenigsten Fällen angewendet, weil sie den Erfordernissen der Praxis nicht entsprachen. Der Arbeitsausschuß „Häusliche Feuerstätten" bei der Kammer der Technik hat daher in Verbindung mit dem Konstruktionsbüro für Wärmegeräte Dessau in jahrelanger Arbeit eine Industrienorm für Feuergeschränke ortsfester Kachelöfen neu entwickelt, die am 14. März 1958 verabschiedet wurde. Diese Entwicklung stellt ohne Zweifel einen Fortschritt dar; denn die genormten Feuergeschränke mit den genormten Einzelteilen können jetzt schneller und mit weniger Kosten hergestellt werden als die ungenormten Teile, und außerdem ist die Lieferung von Ersatzteilen gesichert.

Die neu entwickelte Tür besitzt im Gegensatz zu der früher im allgemeinen verwendeten Balkentür einen Klinkenverschluß, dadurch ist die Garantie gegeben, daß das Feuergeschränk wirklich dicht abschließt. Das neue Feuergeschränk besitzt weiterhin eine Rüttelroste und eine Luftregelvorrichtung in der Aschetür; der Ofen kann also auf Dauerbrand arbeiten. In der Feuertür ist eine Feuerschutzplatte aus Grauguß angebracht, welche die Tür vor den hohen Temperaturen, die im Feuerraum herrschen, schützt.

Bei den alten Feuergeschränken war in den meisten Fällen eine Zwischentür angeordnet. Daher vergaßen die Hausfrauen oft, die Haupttür während des Verbrennungsprozesses zu schließen, so daß der Brennstoff nur unvollkommen verbrannte.

Bei der neuen Anordnung ist die Hausfrau gezwungen, die Tür beim Verbrennungsprozeß zu schließen. Dadurch ist eine gute Verbrennung gewährleistet.

Durch die Rostvorlage, die am Feuergeschränk angebracht werden kann, wurde ein einwandfreier Verbrennungsraum geschaffen. Jedes Feuergeschränk besitzt zwei Mauerleisten mit einer Tiefe von 75 mm, der Abstand ist so gehalten, daß eine Kachel und eine 2 cm starke Schamotteplatte in diesen Mauerrand hineinpassen. Die dadurch erzielte Festigkeit garantiert, daß das Feuergeschränk auch bei Überbelastung nicht aus dem Kachelmantel heraustritt. Die Mauerleisten sind durch Schrauben am Feuergeschränk befestigt, so daß Auswechselungen an Feuergeschränken bequem vorgenommen werden können.

Erfreulicherweise haben bereits einige Gießereien in der Deutschen Demokratischen Republik die Fabrikation dieses neu entwickelten Feuergeschränkes aufgenommen, und zwar das Eisenwerk Pfeilhammer, Breitfeld und Co., Pöhla im Erzgebirge, und die Eisengießerei und Ofenfabrik Karl Paul, Karl-Marx-Stadt.

Es wäre zu wünschen, daß sich auch die anderen Gießereien schnellstens mit dieser Neuentwicklung beschäftigten, um den Bedürfnissen nach einer guten Feuerstätte Rechnung zu tragen.

Die Vorteile der Mehrzimmerheizung

Auszug aus dem Studienentwurf über eine Verbesserung der Ofenheizung im Massenwohnungsbau

Werner König

Der Kachelofen hat sich in den letzten Jahren weniger in seinem Äußeren als vielmehr im Innern — bedingt durch die Verwendung anderer Brennstoffe (Umstellen auf Braunkohlenfeuerung) — wesentlich verändert, zumal die stark aufkommenden Zentralheizungssysteme den Ofenbauer vor die Aufgabe stellten, wirtschaftlichere Heizungssysteme zu finden. So entstand auch die Mehrzimmerheizung in Verbindung mit der Kachelofen-Luftheizung mit ihren großen Möglichkeiten der innenarchitektonischen Gestaltung, der besseren Energieausnutzung, der Verringerung der Staubentwicklung in den Wohnräumen und manch anderer Vorteile, wie der regelbaren und schnelleren Wärmeabgabe.

Bei Betrachtung dieser Ofensysteme fragt man sich jedoch, warum sie im Wohnungsbau nicht angewandt werden. Nach meiner Ansicht beruht dies in erster Linie darauf, daß die Projektanten und auch die ausführenden Handwerksmeister nicht über genügend Kenntnisse auf diesem Spezialgebiet verfügen.

Durch die Einführung der Mehrzimmerheizung in den Wohnungsbau würden aber zur Zeit nur einige Probleme gelöst werden, und zwar:

Materialeinsparung:

Da der Ausbau des Heizungssystems unmittelbar an die Wand erfolgt, werden etwa 40 Prozent der bisherigen Kachelflächen eingespart, und der Verbrauch an Schamotte, Gußeisen, Blech und Profileisen wird gesenkt.

Bessere Energieausnutzung:

Die Energie der Kohle wird durch den verbesserten Durchbrand und die Beschränkung auf eine Feuerstätte wesentlich besser ausgenutzt.

Erleichterung der Arbeit der Hausfrau:

Da nur noch eine Feuerstätte bedient werden muß, wird die Schmutzentwicklung eingeschränkt.

Verringerung des Platzbedarfs:

Durch den Anbau an die Wand wird die benötigte Grundfläche verkleinert.

Die Arbeitszeit auf der Baustelle beim Einbau von Mehrzimmerheizungen ist nicht höher als beim Einbau von Ofenheizungen. Im Gegenteil, sie ist meist noch niedriger.

Rein bautechnisch sind bei einem Großteil der gegenwärtig gebauten Wohnungstypen, speziell aber bei dem Typenentwurf Q 6 für die Großblockbauweise, die Voraussetzungen für den Einbau einer Mehrzimmerheizung gegeben. Besonders geeignet für den Einbau der Mehrzimmerheizung sind Wohnhäuser in Querwandbauweise.

In der Schornsteinführung ergibt sich insofern eine Verbesserung, als sich durch die Einschränkung der Feuerstätten die Zahl der Schornsteine in einem Haus verringert, eventuell unter geringfügiger Vergrößerung der Schornsteinquerschnitte.

Vergleiche der Mehrzimmerheizung mit der Einzelofenheizung ergaben in fast allen Berechnungen bei der Mehrzimmerheizung eine Kostenverringerung um etwa 8 Prozent. Die Zweizimmerheizung beim Typ Q 6, Zweizimmerwohnung, würde sogar eine Kostenverringerung auf 60 Prozent der Ofenheizung ergeben.

Aktuelles vom Kachelofenbau

J. Liebscher
Fachschule für Angewandte Kunst Heiligendamm

In Verbindung mit den Bemühungen, die Arbeiterwohnungsbau-Genossenschaften zu unterstützen und für den Bau von Reihenhäusern die günstigsten Voraussetzungen zu schaffen, steht auch die Bereitstellung guter Kachelöfen zur Beheizung dieser Wohnungen. Der Kachelofen soll sich mit seiner Gestalt in die heutige Wohnung gut einordnen. Die Oberfläche des Ofens soll möglichst glatt sein. Die Heizleistung eines solchen Kachelofens muß sehr hoch und der Verbrauch an Heizmaterial möglichst niedrig sein. Der Preis muß für die breiten Schichten der Bevölkerung erschwinglich sein.

Bei den jetzigen Öfen ist in den meisten Fällen weder die Heizleistung hoch noch der Kohlenverbrauch gering. Aber auch die Form der aufgebauten Öfen ist nicht schön und meist sehr unproportioniert. Sehr häufig ist die Farbe der Glasuren unschön. Auf die Auswahl der Kacheln und die Zusammenstellung derselben für einen Ofen muß große Sorgfalt verwendet werden. Es hat sich herausgestellt, daß die Öfen ihren Zweck als Heizquelle nur zum Teil erfüllen, weil sie oft mit der Größe des zu beheizenden Raumes nicht im Einklang stehen. Der Ofenbauer kann berechnen, welche Heizleistung der aufzustellende Ofen haben muß, um den Raum auch bei einer niedrigen Außentemperatur auf Zimmertemperatur zu erwärmen. Zu klein gewählte Öfen können den Raum auch bei größter Beanspruchung nicht ausheizen und verschleißen aus diesen Gründen vorzeitig.

Transportable Öfen sind nur zur Beheizung kleinerer Räume bestimmt und dürfen deshalb nicht überbeansprucht werden. Neben diesen Faktoren ist auch die Form der transportablen Öfen wichtig. Die seit Jahren hergestellten Öfen dieser Art mit in unschönen Winkeleisen eingebauten Kacheln werden zum Teil auch heute noch fabriziert.

Bei unseren Entwicklungen sind wir von folgenden Forderungen ausgegangen:

Die Winkeleisenfassung darf nicht sichtbar sein, und der Metallverbrauch muß trotz einer stabilen Ofenkonstruktion gesenkt werden. Der Ofen muß in der äußeren Form schön sein und den wärmetechnischen Erfordernissen Rechnung tragen. Der Innenausbau soll als guter Wärmespeicher bei nicht zu hohem Kohlenverbrauch gestaltet werden. Das Gewicht des Ofens darf nicht allzu hoch sein, damit der Transport ohne Gefahr bewältigt werden kann.

Wir gingen in erster Linie davon aus, das DIN-Format 22×22 cm zu verwenden. Nur die Oberfläche der Kacheln wurde etwas gestaltet, die Herstellung solcher Kacheln auf den üblichen Kachelpressen aber beibehalten, da plötzliche Veränderungen im Herstellungsprozeß im Interesse der industriellen Fertigung auf alle Fälle vermieden werden mußten.

Die Kacheln des abgebildeten Ofens für das Wohn- beziehungsweise Schlafzimmer sind zart gerillt, dadurch ist die Heizfläche des Ofens vergrößert worden. Die Farbe der Öfen ist in pastellfarbenen Glasuren gehalten. Es wurden keine Glanzglasuren verwendet, da sie sehr stark reflektieren und die kleinsten Unebenheiten an den Oberflächen der Kacheln noch verstärken. Mit der Anwendung von schönen, hellen Farbtönen in halbmatten Glasuren ist der Wunsch der Bevölkerung erfüllt, welche die hergebrachten grünen und braunen Farbtöne in verschiedenen Schattierungen ablehnt. Um aber auch einer Forderung unserer Ausbaubetriebe entgegenzukommen, wurde die Farbenskala auf sechs Glasurschattierungen beschränkt. Diese Forderung ist berechtigt, denn bei weniger Glasurschattierungen wird es leichter möglich sein, einheitliche Farben in den Betrieben zusammenzustellen.

Kachelofen für Schlafzimmer
Entwurf: W. Rommel — Ausführung: Werkstätten der Fachschule für Angewandte Kunst Heiligendamm

DETAILBLATT NR. 153

zu Seite 164

Feuergeschränke für ortsfeste Kachelöfen

Keramiker- und Ofenbaumeister Christian Madaus, KdT

1:5

1 Die Türen sind mit Klinkenverschlüssen auszuführen.

2 Die Dichtleisten der Türen müssen geschliffen sein.

3 Die Mauerzargen müssen durch Schrauben oder Nieten mit dem Feuergeschränkrahmen verbunden werden.

4 Die Luftregeleinrichtung muß dicht und geschliffen sein.
Freier Querschnitt 35 cm^2.

5 Feuergeschränkrahmen und Türen können emailliert oder geschwärzt werden.

6 Die Türklinken und Luftregelhebel können verchromt, vernickelt, emailliert oder geschwärzt angeliefert werden.

Ansicht

Längsschnitt

Öffnungswinkel 15° bis 100°

Schnitt C-D

Schnitt A-B

DETAILBLATT NR. 154

zu Seite 164

Der Aufbau von Montageöfen

Entwurf: Deutsche Bauakademie

1:20 und 1:10

Durch die Anwendung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse ist es möglich, die Arbeitsproduktivität auch im Kachelofenbau wesentlich zu steigern. Dies ist vor allem durch die werkstattmäßige Vorfertigung der Öfen zu erreichen. Die Öfen können hierbei aus mehreren Montageteilen oder als fertiges Bauelement aus einem Stück bestehen.

Bei der bisher üblichen manuellen Setzarbeit auf der Baustelle wurden etwa 24 Stunden für den Bau eines Ofens benötigt. Für das Montieren der Öfen sind dagegen nur 2 bis 3 Stunden auf der Baustelle erforderlich.

Als Montageöfen gelten alle anschlußfertig hergestellten, zum Verwendungsort transportfähigen Kachelöfen sowie Öfen aus vorgefertigten Kachelelementen, die sich für die Verfeuerung von festen und flüssigen Brennstoffen eignen. Untersuchungen und Versuche haben ergeben, daß die Montagebauweise im Kachelofenbau am günstigsten in drei Gruppen aufgeteilt werden kann:

1. Schichtenbauweise, jeweils ein Bauelement = zwei Kachelschichten aus Normenkacheln oder einer Schicht aus Großformkacheln (200 kg)
2. Schichtenbauweise, jeweils ein Bauelement = drei Kachelschichten aus Normenkacheln oder zwei Schichten aus Großformkacheln (290 kg)
3. Großelement = ein Ofen bis zu einem Höchstgewicht von 1260 kg

Die Verbindung der einzelnen Kachelschichten erfolgt durch Klammern, als Bindemittel wird Schamottemörtel verwendet.

Die Montage der Kachelelemente erfolgt mit dem kleinen Hebegerät. Bei der Montage der Großelemente (Öfen), die durch Kran versetzt werden sollen, muß darauf geachtet werden, daß die Montagetakte einzuhalten sind. Die Wahl der Montagetechnik (kleines Hebegerät oder Turmkran) ist abhängig von der zur Anwendung kommenden Standardbauweise, dem Montagekomplex und der Größe der Montageserie.

Madaus

Vorderansicht

Seitenansicht

Schnitt

OFENABSCHLUSS

Eckverbindung

OFENFUSS (Beispiel)

Rundeisen Eckverbindung

OFENFUSS (Beispiel)

OFENFUSS

DETAILBLATT NR. 155

zu Seite 164

Abb. 1

Abb. 2

Abb. 3

Die Vorteile der Mehrzimmerheizung

Bearbeiter: Werner König

1 : 150

Abb. 1

Einzelofenheizung bei Typ Q 6

Verlust an Wohnfläche für die Einzelzimmerheizung:

Wohnzimmer	0,60 m²
Schlafzimmer	0,46 m²
Kinderzimmer	0,59 m²
	1,65 m²

= 3,87 Prozent der Wohnfläche

1 Wohnzimmer	18,57 m²
2 Schlafzimmer	13,65 m²
3 Kinderzimmer	10,41 m²
4 Küche	6,09 m²
5 Bad und WC	4,61 m²

Abb. 2

Mehrzimmerheizung bei Typ Q 6

Verlust an Wohnfläche für die Mehrzimmerheizung:

Wohnzimmer	0,39 m²
Schlafzimmer	0,05 m²
Kinderzimmer	0,25 m²
	0,69 m²

= 1,62 Prozent der Wohnfläche

1 Wohnzimmer	18,57 m²
2 Schlafzimmer	13,65 m²
3 Kinderzimmer	10,41 m²
4 Küche	6,09 m²
5 Bad und WC	4,61 m²

Abb. 3

Kostengegenüberstellung der Einzelofenheizung und des durchgebauten Ofens (bezogen auf zwei Zimmer)

Einzelofenheizung:

Schlafzimmer	283,91 DM
Wohnzimmer	286,99 DM
	570,90 DM

Durchgebauter Ofen (Durchbruch) etwa 380,00 DM

1 Wohnzimmer	18,56 m²
2 Schlafzimmer	13,65 m²
3 Küche	6,09 m²
4 Bad und WC	4,61 m²

Transportabler Kachelofen für Typenwohnung TW/58

J. Liebscher

Gerüst- und Konstruktionszeichnung der Metallbänder

1:15 und 1:7,5

A Unterer Winkelrahmen mit angeschraubten oder angeschweißten Füßen. Metallwinkel schwarz oder farbig eloxiert. Stärke des Bleches bei Leichtmetall 5 mm, bei Eisen 2½ bis 3 mm.

B Vier Stützen aus Rundeisen 10 mm Durchmesser, oben mit Gewinde zum Verschrauben versehen. Die Füße, die am unteren Rahmen angebracht sind, können aus Leichtmetall hergestellt werden.

C Seitenansicht des Metallgerüstes für den transportablen Ofen.

D Oberer Deckrahmen für die Verschraubung der vier Rundeisen. Auf die vier Rundeisen werden die in den Ecken gelochten Kachelecken aufgezogen. Wenn die letzte Schicht der Kacheln und Ecken versetzt ist, wird der obere Deckrahmen aufgesetzt und aufgeschraubt.

E Detail der Verbindung der Kachel mit dem Leitgerüst.
Die gelochte Eckkachel wird auf dem Rundeisenstab aufgezogen. Das Lochen der Kachel geschieht im lederharten Zustand beim Verputzen der Eckkacheln.

F Verbindung der gegossenen Füße aus Metall mit dem unteren Rahmen. Unterste gelochte Eckkachel auf dem Rundstab aufgezogen.
Die Füße sollen der Leichtigkeit wegen aus Leichtmetall gegossen sein. Dies schließt aber nicht aus, daß sowohl der Rahmen als auch die Füße aus Eisen sein können.

A

D

B

920

650

790

C

460

a

b

E

F

a

b

Bauinformation

Fahrbare Putzstationen

Das Aufstellen einer zentralen Mörtelaufbereitungsanlage ist bei weitverzweigten Baustellen nicht immer möglich. Bei einem Bauvorhaben mit vielen kleineren Objekten ist eine solche Anlage auch sehr unwirtschaftlich. Um aber auch bei derartigen Baustellen die Mechanisierung voranzutreiben, wurde in der Sowjetunion eine fahrbare Putzstation entwickelt. Diese fahrbare Putzstation wird vor allem beim Bau von weniggeschossigen Häusern, zum Beispiel Siedlungshäuser am Stadtrand beziehungsweise landwirtschaftliche Gebäude, mit Erfolg benutzt. Es handelt sich hier um einen zweiachsigen Wagen, der sowohl von Hand als auch durch Kraftwagen weiterbefördert werden kann. Die Tragkonstruktion des Wagens besteht aus Winkelstahl 100×100×10 mm. Die Putzstation setzt sich zusammen aus einem Mischer von 150 l, einem Reservebehälter mit einem Fassungsvermögen von 0,2 m³, einem Vibrationssieb mit 5×5 mm Maschengröße, einer Mörtelpumpe mit einer Förderleistung von 1 m³/h und einem entsprechenden Elektromotor. Zur Ausrüstung gehört weiterhin eine Garnitur Schläuche mit einem Schlauchdurchmesser von 38 mm und einer Länge von 40 m. Je nach den Typen und der Anzahl der Häuser beträgt die Ausnutzung der fahrbaren Putzstation 70 bis 90 Prozent. Die Produktivität der Station hängt überwiegend von der Leistungsfähigkeit der Mischmaschine, der Mörtelpumpe und der Brigadestärke ab. Bei einer Brigadestärke von 14 Bauarbeitern (10 Putzer, 2 Bauhilfsarbeiter, 1 Erdarbeiter und 1 Maschinist) beträgt die Leistung 155,6 m² pro Schicht. Bei den bisherigen Projekten wählte man folgende Mischungsverhältnisse: für Außenputz 1:1:9 (Zement, Kalk, Sand), für Innenputz 1:3 (Kalk, Sand).

Transportnoe stroitel'stvo 7/1959, S. 33 bis 34

Schubbewehrung im Spannbeton

Zur Verbesserung von Spannbetonkonstruktionen wurden in der Tschechoslowakischen Republik Untersuchungen der Schubbewehrung durchgeführt. Als Probekörper wurden Betonbalken von etwa 4 m Länge mit I-Querschnitt entworfen. Von den zwölf Balken der Versuchsreihe erhielt die Hälfte acht gerade Kabel und die andere Hälfte sechs gerade und zwei parabolische Kabel, die sich im Steg des I-Profils heben. Von den Balken jeder Gruppe hatten zwei keine Bügelbewehrung, zwei 50 Prozent und zwei 100 Prozent Bügel. Bei der Belastungsprobe waren die Träger auf einem festen und einem beweglichen Auflager mit einem Stützenabstand von 360 cm aufgelegt. Die Belastung erfolgte mit zwei Lasten in den Dritteln der Auflagerentfernung in einem Zeitabstand von jeweils 20 Minuten in folgenden Stufen: 25 Prozent, 50 Prozent, 75 Prozent der projektierten Belastung, Auftreten der ersten Risse, Entlastung auf 2 t, 100 Prozent, 125 Prozent und Belastung bis zum Bruch. Die Ergebnisse der Versuchsreihe, insbesondere Belastung der einzelnen Stufen, Auftreten und Neuöffnung der Risse, Durchbiegungen bei den einzelnen Laststufen, dauernde Durchbiegung bei Entlastung und die Winkel der Risse, wurden in Tabellen zusammengestellt. Bei der Auswertung zeigte sich die wesentliche Bedeutung von parabolischen Kabeln und der günstige Einfluß der Bügelbewehrung. Träger mit parabolischen Kabeln konnten höher belastet werden. Träger ohne Bügel hatten gegenüber Trägern mit 100 Prozent Bügeln bei geraden Kabeln eine Minderung der Tragfähigkeit von über 28 Prozent, bei parabolischen Kabeln von 6 Prozent. Um endgültige Schlüsse ziehen zu können, sind weitere analoge Versuchsreihen vorgesehen.

Angaben der Träger			Belastung in t			Winkel der Risse		Würfelfestigkeit des Betons in der Zeit der Probe kg/cm²
Kabel	Bügel %	Produktions-Nr.	Erste Risse	Neuöffnung der Risse	Zerstörung	Feste Auflager	Bewegliche Auflager	
gerade	100	11,12	40	30	77,5	26°	32° 30′	600
	50	9,10	39	30	67,5	32° 30′	31°	594
	0	1,2	37,25	30	55,5	29° 30′	30°	587
gerade und parabolische	100	7,8	44,25	35	73,5	28° 30′	26°	518
	50	5,6	42,50	40	70	25°	29°	564
	0	3,4	42,50	35	69,25	25° 30′	27°	504

Stavebni vyzkum 1/1959, S. 15 bis 20, 5 Abb., 6 Tab.

Die Verwendung von Kunststoffen im Bauwesen in Frankreich

Als Isolationsmaterial findet bevorzugt PVC Anwendung. Hauptsächlich werden Schichtplatten mit einer eingeklebten Metall-, Holz- oder glasfaserverstärkten Polyestereinlage hergestellt. Die Wärmeleitfähigkeit beträgt 0,026 kcal/mh°. Die Masse hat geschlossene Zellen, so daß sie kaum Feuchtigkeit aufnimmt. Außerdem ist sie dicht, nicht entflammbar und nicht alternd. Schallschutzplatten mit Durchlöcherung dämpfen lange Wellen besonders gut. Glasfaserverstärkte Polyesterplatten korrodieren nicht. Ihr Gewicht beträgt nur 2,2 kp/m²; sie lassen 80 Prozent Licht durch. Das Material eignet sich zum Beispiel für Dachrinnen, die den gleichen Ausdehnungskoeffizienten wie Zink haben und dank der Bewehrung auf einer Länge bis zu 6 m frei tragen. Als Fußbodenbelag ist PVC-Folie bekannt. Auch für Wandverkleidungen läßt sie sich verwenden. Sie ist schlag-, kratz- und reibfest, unempfindlich gegen die meisten Chemikalien, Öle, Fette und Reinigungsmittel, unbrennbar und schimmelt nicht. Auch PVC-Farbemulsionen sind vorteilhaft. Silikon-Anstriche dienen als Schutz gegen Feuchtigkeit. Die glasfaserverstärkten Polyesterplatten eignen sich als lichtdurchlässige Türfüllungen. Man kann nur den Schatten von Gegenständen sehen, die sich näher als 50 cm hinter der Tür befinden. Die Dichtigkeit von Dächern, Sheds und so weiter läßt sich durch Verwendung plastischer Bänder erreichen. Plexiglas läßt 92 Prozent des Lichtes durch. Man ersetzt damit die bisher üblichen Laternenaufbauten. Polyäthylen-Rohre mit großem Durchmesser werden nach einem neuen Verfahren gezogen, das wahrscheinlich in Kürze auch die Herstellung von tragenden Querschnitten ermöglicht. Eine transportable Wohnbaracke für zwei bis vier Personen wird in Frankreich vollständig aus Schicht-Kunststoffen (innen Kunststoffschaum, außen tragende Schichten) fabrikmäßig hergestellt.

Construction 4/1959, S. 125 bis 127

Folgeeinrichtungen im chinesischen Industriebau

Bei dem Bau von neuen Fabrikanlagen in China haben die im Vorgelände der Fabrik gelegenen Folgeeinrichtungen besondere Bedeutung. Im allgemeinen werden dabei drei verschiedene Formen der Flächenaufteilung angewandt. Die erste Form verwendet man bei Großbetrieben, die an einer Hauptstraße liegen; die zweite und dritte Form sind für größere, mittlere und kleine Fabriken vorgesehen. Bei der dritten Form ist die eingesparte Nutzfläche sehr groß. Sie hat aber bei größeren Fabriken den Nachteil, daß infolge der Lage des Eingangs die Wege zu den Werkhallen zum Teil unnötig lang sind. Zu den im Vorgelände der Fabrik gelegenen Folgeeinrichtungen gehören: 1. Verwaltungsteil, 2. Ein- und Ausgang, 3. Zentrales Versuchsfeld, 4. Speiseraum, 5. Krankenzimmer, 6. Stillzimmer, 7. Fahrradschuppen, 8. Garage und Parkplatz, 9. Spritzenhaus und Aufenthaltsraum für die Feuerwehr, 10. Wache, 11. Telefonzelle, 12. Technische Schule.

Die Trennung von Werk und Folgeeinrichtungen hängt von verschiedenen Faktoren ab. Falls es die Produktion erfordert, können einige Folgeeinrichtungen innerhalb des Werkes angeordnet werden. Zum Beispiel wird der Speiseraum in mittleren und kleinen Betrieben im allgemeinen in einem selbständigen Gebäude neben dem Haupteingang untergebracht. In Großbetrieben mit vielen Angestellten und weit zerstreut gelegenen Werkanlagen ist es oft günstiger, Speiseraum mit Küche innerhalb des Werkes anzuordnen.

Jianzhu Xüebao 5/1959, S. 37 bis 39, 4 Abb.

Chinesisches Großgehöft

Entscheidende Fragen des Baugeschehens auf dem Lande sind in der Deutschen Demokratischen Republik augenblicklich die Dorf- und Gehöftplanung. In diesem Zusammenhang ist es außerordentlich interessant, von einem Entwurf eines landwirtschaftlichen Großgehöftes zu erfahren, der vom Wissenschaftlichen Forschungsinstitut für Architektur der Inneren Mongolei ausgearbeitet wurde und in vielem mit unseren Vorstellungen übereinstimmt. Das ist um so bemerkenswerter, als dort ganz andere Verhältnisse herrschen.

Am gesellschaftlichen Zentrum, dem Kulturhaus und der Verwaltung, den medizinischen und sanitären Einrichtungen (zum Beispiel Baderäume) liegen auf der einen Seite die Wohnungen, auf der anderen Seite die Bauten für die Landtechnik, wie Garagen, Schuppen, Werkstätte und Tankstelle, sowie die Feuerwehr. Ein besonderer Bereich ist für die Vorratslagerung, ein anderer für die Stallungen vorgesehen, wobei die einzelnen Tierarten streng voneinander getrennt sind.

Jianzhu Xüebao 1/1959, S. 19 bis 20,

Entwurf des landwirtschaftlichen Großgehöftes Hsiau Be-djiän (Innere Mongolei)

1 Büro — 2 Speisehalle und Klub — 3 Medizinische Station — 4 Wohnhäuser — 5 Wache — 6 Baderäume — 7 Veterinärmedizinische Station — 8 Wandelhalle für Agitation und Propaganda — 9 Freie Plätze — 10 Getreidespeicher — 11 Garage — 12 Schuppen — 13 Tankstelle — 14 Reparaturwerkstatt — 15 Ställe — 16 Futterhaus — 17 Schweineställe — 18 Bergeräume für Heu und Stroh — 19 Dungstätten — 20 Mineraldüngerlager — 21 Zelt für kleinere landwirtschaftliche Geräte — 22 Feuerwehr — 23 Hühnerställe — 24 Kaninchenställe — 25 Mietenplatz für Kartoffeln und andere Hackfrüchte — 26 Schlachträume — 27 Kuhställe — 28 Automatische Waage — 29 Zelt für größere landwirtschaftliche Geräte — 30 Transformatorenstation

---

Die Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation der Deutschen Bauakademie, Berlin C 2, Wallstraße 27, Fernruf 209 50 41 und 209 50 51, erteilt Auskunft in allen Fragen des Bauwesens. Der Lesesaal ist werktags (außer sonnabends) von 8.00 bis 17.00 Uhr, mittwochs bis 20.00 Uhr geöffnet.

Literaturarbeit contra Planerfüllung?

„Die Arbeit mit dem Buch ist die höchste und durch nichts zu ersetzende Form der intellektuellen Entwicklung des Menschen."
(Twardowski auf dem XXI. Parteitag der KPdSU)

Ingenieur Walter Draheim

Hindern das Lesen von Fachlektüre, das sich ständige Auseinandersetzen mit dem technisch-wissenschaftlichen Fortschritt, kurzum die Arbeit mit der Fachliteratur — die Planerfüllung?

„Wir haben keine Zeit zum Lesen, wir müssen erst unsere Pläne erfüllen." So argumentierten Bauführer, Betriebsleiter und Architekten, als sie danach gefragt wurden, in welcher Form sie den in der Literatur sich darbietenden internationalen Erfahrungsschatz für ihre eigene alltägliche Arbeit schöpferisch und nutzbringend auswerten und anwenden.

Ist dieser Standpunkt richtig? Erfüllen wir unsere Pläne nicht schneller und besser, indem wir lesen, indem wir uns über den Entwicklungsstand unseres Fachgebietes ständig informieren? Es kommt lediglich darauf an, ökonomisch zu lesen.

Zunächst wird diese Thematik Planerfüllung und Literaturarbeit bei Architekten und Bauingenieuren, die in dem harten und schweren Kampf um die Erfüllung der Produktionspläne stehen, ein mitleidiges Lächeln auslösen. Soll ihnen da etwa ausgerechnet „Literatur" als Wundermittel für die Planerfüllung angepriesen werden?

Und dennoch wird dem Architekten oder dem Statiker nicht wohl bei dem Gedanken sein, wenn er sich um eine neue Konstruktion oder Entwurfslösung abmüht, wenn diese etwa schon längst in der Sowjetunion oder sonst irgendwo in der Welt praktiziert und entwickelt wurde? Dem Maurer wird es nicht gleichgültig sein, ob er die körperlich schwere Arbeit des Auftragens des Putzmörtels anstatt mit Kelle und Aufziehbrett schneller und leichter mit einer Mörtelpistole vornehmen kann. Den Technologen im Betonwerk werden neue Erkenntnisse und Verbesserungen in der Herstellung der Fertigteile, die einen höheren Ausstoß garantieren, stark interessieren und in seinen Dispositionen beeinflussen. Der wissenschaftlich arbeitende Baufachmann kommt dann erst zu vollwertigen und brauchbaren Forschungsergebnissen, sobald er über alles gründlich informiert ist, was in seinem Fachbereich bereits erfunden und erforscht wurde. Jeder Bauschaffende, gleichviel an welcher Stelle er arbeitet, benötigt zur Lösung seiner Aufgaben die ständige, zuverlässige Unterrichtung über den aktuellen Entwicklungsstand seines Fachgebietes, die er im wesentlichen durch die Literatur erhält. Ohne derartige Kenntnisse, ohne ein gründliches Literaturstudium wäre eine fortschreitende Entwicklung im Bauwesen überhaupt nicht denkbar.

Eine Robinsonade

In unseren volkseigenen Bau- und Entwurfsbetrieben wird die Literatur in ihrem Nutzen unterschätzt. Es werden nicht die vorhandenen Mittel und Möglichkeiten ausgeschöpft, die eine systematische Literaturarbeit gewährleisten. Professor Dr. Thiessen sagte einmal auf einer Tagung im Sommer 1959: „Es wird selten jemandem übelgenommen, wenn er anfängt, für sich selbst unter allen Umständen eine originelle Apparatur zu entwickeln. Im Gegenteil, er ist stolz darauf und seine Umgebung auch. In Wirklichkeit ist es oft eine Robinsonade. Es wird so vieles wieder neu entdeckt, und viele sterben vor Bewunderung. Wer es selber einmal versucht haben sollte, wenn er am Strand seine Zündhölzer vergessen hat, durch Quirlen eines Holzes am anderen Feuer zu machen, der weiß, wie schwierig das ist. Aber sonderbarerweise wird das auf dem Gebiet der Experimentierkunst selten jemandem verübelt, aber leisten können wir uns das im Grunde nicht. Darum wird ein solches Verfahren oft eine Art Hochstapelei."

Wiederholen sich derartige „Robinsonaden" nicht auch täglich in unserem Baugeschehen? Wie können wir uns davor schützen? Wie können wir vermeiden, bereits Entdecktes neu zu entdecken, bereits gemachte Fehler neu zu machen? Wir müssen bewußt und organisiert das ausnutzen und auswerten, was technisch-wissenschaftliche Veröffentlichungen an neuem produktiven Wissen zu bieten haben. Literaturarbeit im Betrieb darf darum nicht Angelegenheit administrativ arbeitender Stellen sein. Die Arbeit mit der Fachliteratur, die Dokumentation und technisch-wissenschaftliche Information müssen legaler Bestandteil der fachtechnischen Anleitung im Betrieb werden.

Was heißt Literaturarbeit?

Die Literaturarbeit ist ein so weit verzweigtes Arbeitsgebiet, daß es im Rahmen unserer Betrachtung kaum möglich ist, den Begriff befriedigend zu definieren. Wir wollen von vornherein eine Abgrenzung vornehmen und uns auf die Arbeit mit der technisch-wissenschaftlichen Literatur beschränken. Die Arbeit mit der Fachliteratur in unseren Bau- und Entwurfsbetrieben bezieht sich:

1. auf die Sammlung der verschiedenen Literaturarten, also auf Bücher, Fachzeitschriften, Forschungsberichte, Patentschriften, Normenblätter, TWZ-Materialien, Informationsschriften, Dokumentationsdienste und so weiter;
2. auf die Auswertung der Literatur für Zwecke der innerbetrieblichen Information;
3. auf ihre Speicherung und bibliothekarische Verwaltung;
4. auf die Methoden, Mittel und Organisation der Aufbereitung und Konservierung des Wissensstoffes;
5. auf die eigene Veröffentlichungstätigkeit, also die Weitergabe eigener Erkenntnisse und Erfahrungen durch Informationsblätter, Zeitschriftenaufsätze, Normenschriften, Reiseberichte, Buchmanuskripte und so weiter.

Unter Literaturarbeit wollen wir also, bezogen auf den Bereich der folgenden Betrachtungen, das Sammeln, Aufbereiten, Erschließen, Klassifizieren der Literatur und das Informieren über sie verstehen sowie das betriebliche Bibliothekswesen, die Dokumentation und die technisch-wissenschaftliche Information.

Außerhalb unserer Betrachtungen bleiben das Verlagswesen und die Vertriebssysteme der Literatur, die natürlich noch als Bestandteile des Begriffsinhaltes „Literaturarbeit" mitanzusehen sind.

In vielen Betrieben obliegt die Literaturarbeit den Betriebsbibliotheken, aber auch den Normengruppen, Büros für Erfindungswesen, Patentabteilungen, den Abteilungen für Arbeitsvorbereitung und Technologie. Nur in den Forschungsinstituten, Hoch- und Fachschulen des Bauwesens arbeiten teilweise Spezialabteilungen für Literatur oder Dokumentation und Informationsaufgaben.

Seit 1956 nimmt sich die bei der Deutschen Bauakademie gegründete Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation den speziellen Fragen der Literaturarbeit im Gesamtbereich des Bauwesens an. Hier wurde in Erkenntnis der großen Bedeutung der Literaturarbeit eine Einrichtung geschaffen, die angefangen von der Einflußnahme auf die Literaturplanung über ihre Sammlung, Klassifikation und dokumentalistische Aufbereitung, ihre schnelle Griffbereitschaft bis zur Herstellung eigener Veröffentlichungen, Bibliographien und Forschungsmaterialien als Spezialinstitut für Literaturfragen arbeitet. Von hier aus wird auch die Verbindung zu internationalen Informationszentren und Literatureinrichtungen gehalten.

Literaturarbeit und Leitungstätigkeit

Nur durch den schnellen, präzisen und zuverlässigen Nachweis sowie durch die unkomplizierte Übermittlung des internationalen sowie innerbetrieblichen Erfahrungsschatzes ist eine qualifizierte Anleitung und kooperative Arbeit im Leitungsbereich eines Betriebes denkbar. Literaturarbeit ist demnach nicht zu trennen von der Leitungstätigkeit. Arbeitet die technische Leitung eines Betriebes im Bauwesen unabhängig von den Erkenntnissen des internationalen Erfahrungsschatzes, mißachtet sie die breite Anwendung auch innerbetrieblicher Erfahrungen und Neuerungen, überläßt sie die Literaturarbeit dem Selbstlauf, läuft sie Gefahr, von der Entwicklung überholt zu werden. Erst durch eine systematische Auswertung des sich in der Literatur darbietenden Wissensstoffes ist man in der Lage, an Stelle fachlicher Unklarheiten, an Stelle eines Herumdeutelns und Experimentierens die definitive Kenntnis der Sache, also das Wissen, zu setzen. Wir sollten also nicht sagen: „Wir haben keine Zeit zum Lesen, wir müssen unsere Pläne erfüllen, sondern wir müssen zuerst lesen, um unsere Pläne schneller, besser und oftmals auch ökonomischer erfüllen zu können."

Literaturarbeit in der Praxis

Wie arbeiten unsere volkseigenen Entwurfs- und Baubetriebe mit der Literatur und wie wenden sie die in der Literatur in vielseitiger Form sich darbietenden Erkenntnisse in ihrer praktischen Arbeit an? Diese Fragen wurden im Sommer 1959 auf Beschluß des Präsidiums der Deutschen Bauakademie von einer Brigade untersucht. Sie setzte sich aus Literaturspezialisten und Vertretern wissenschaftlicher Einrichtungen und Fachorganisationen zusammen. Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigten deutlich, daß im allgemeinen noch nicht erkannt wurde, wieviel Vorteile eine bewußt und systematisch betriebene Arbeit mit der Fachliteratur bringt. Die von unserem Staat für die Anschaffung und Verwaltung der Literatur bereitgestellten Mittel werden nicht organisiert und nutzbringend ausgeschöpft. Von etwa 40 besuchten Betrieben und Einrichtungen des Bauwesens konnten lediglich 28 Literaturbestände aufweisen, die zum Teil entgegen den bibliothekarischen Gepflogenheiten von Magazinverwaltern und sonstigen für die Literaturarbeit nicht geeigneten Personen aufbewahrt werden. So standen die Bücher oft als totes „Kapital" in den Regalen der Materialmagazine, von Magazinern, Archivaren und Literaturunkundigen gehütet, zwischen Nageltüten, Schreibpapier und Leimflaschen sorgfältig eingeordnet. Mit Stolz wurde die Vollständigkeit der abgestaubten Bestände nachgewiesen, wobei vergessen wurde, daß eine gute Bibliotheksarbeit nicht an der Vollständigkeit der Bestände zu werten ist, sondern an der Vielzahl der ausgeliehenen, also der sich nicht in den Regalen befindlichen Bücher gemessen wird.

Eine Bau-Union im Norden unserer Republik mit etwa 3000 Betriebsangehörigen verfügt für die Anschaffung von Fachbüchern jährlich über 14 000 DM. Das ist eine stattliche Summe, die, sobald sie richtig investiert wird, einen hohen Nutzen bringen könnte. Es wurde aber von der Leitung des Betriebes übersehen, daß es erforderlich ist, sobald derartige Summen im Haushaltsplan enthalten sind, daß dazu auch Spezialkräfte gehören, die die Investition zu aktivieren verstehen, die in der Lage sind, aus ihr den höchsten Nutzen zu schlagen, also ein versierter Betriebsbibliothekar, Dokumentalist oder Literaturingenieur. In der Bibliothek dieser Bau-Union arbeitet aber keine bibliothekarisch ausgebildete Sachbearbeiterin, die noch dazu neben der Verwaltung der Buchbestände mit vielen anderen Aufgaben betraut ist, so daß sie ihren Dienst in der Bibliothek gewissermaßen als Nebenbeschäftigung verrichtet. Man wird bei der Planung von Mitteln für die Anschaffung eines Kraftwagens oder einer Baumaschine sofort auf die Idee kommen, auch an die Planstelle des Spezialisten zu denken, der einen Kraftwagen oder die Maschine fachmännisch bedienen und pflegen muß. Führerschein als Kraftfahrer oder Fachschulausbildung als Maschinist sind erforderlich. Warum glaubt man, bei der Betreuung der Fachliteratur mit ungelernten Kräften auszukommen? Hier beginnt bereits die Unterschätzung der Literaturarbeit im Betrieb. Mit Büchern und Fachzeitschriften muß gearbeitet werden. Auf diese Arbeit versteht sich aber nur ein Literaturspezialist, eine besonders hierfür ausgebildete Kraft.

Die Untersuchung ergab weiterhin, daß lediglich in fünf Betrieben Dokumentationsdienste bezogen werden, wobei nur zwei Bezieher die Dokumentationskarten in arbeitsfähigen Karteien gespeichert haben und damit erfolgreich arbeiten. In den anderen drei Betrieben gibt man zwar das Geld für die Lieferungen aus, kümmert sich aber überhaupt nicht um die weitere Verwendung und Nutzung des Dokumentationsmaterials. In nur zwei Betrieben der 40 aufgesuchten Institutionen waren Fachzeitschriften aus dem sozialistischen Ausland vorhanden. Für den Nichtbezug in den anderen Betrieben wurden meist die Sprachschwierigkeiten vorgeschoben. Würden von diesen Stellen die Dokumentationsdienste bezogen, in denen das fremdsprachige Schrifttum in breiter Form nachgewiesen und aufbereitet ist, wäre die Gefahr, über wichtige Neuerungen und Erkenntnisse nicht informiert zu sein, nicht allzu groß.

Ökonomisch lesen

Architekten und Ingenieure, technisch und mehr praktisch arbeitende Menschen lesen im allgemeinen nicht gern! Woran liegt das? Der Umgang mit Literatur ist ihnen weniger vertraut als der Umgang mit Zeichnungen und Plänen. Das geschriebene Wort ist für sie nicht so eindeutig wie die mathematische Formel, die zeichnerische Aussage, die Tabelle oder grafische Darstellung. Das liegt an der Spezifik ihrer Arbeitsgebiete, ihrer Arbeitsinstrumente und ihrer Arbeitsmethoden. Der Geist des Wissenschaftlers hingegen muß sich ausschließlich der Literatur bedienen. Seine Forschungswerkzeuge und Ausdrucksmittel sind die Sprache, das geschriebene und gedruckte Wort. Anders bei dem Architekten und Ingenieur. Sie interpretieren ihre Ideen durch Zeichnungen, mathematische Formeln, grafische Darstellungen und Statistiken. Das Produkt ihrer Arbeit ist das Bauwerk oder die Maschine. Das Produkt der Arbeit des Gesellschafts- und Naturwissenschaftlers, also des Historikers, des Philosophen, des Mathematikers und so weiter, ist meist ein Schriftstück, ein Buch, also ein Gegenstand der Literatur. Diese Überlegungen beantworten, wenn auch nicht erschöpfend, die Frage nach einer gewissen Reserviertheit des technisch tätigen Menschen gegenüber der wissenschaftlichen Literatur.

Andererseits läßt die Literaturflut, die ständig ansteigt, den „Uneingeweihten" hilflos resignieren. Wollte man allein auf dem Gebiet des Bauwesens allumfassend informiert sein, wollte man alles, was über das Bauwesen innerhalb eines Monats in etwa 2500 Zeitschriften auf rund 75000 Seiten im In- und Ausland geschrieben wird, lesen, so müßte der willige Leser 12500 Stunden im Monat aufwenden. Es wird deutlich, daß hier der einzelne vor einer nicht zu überwindenden Barriere steht. Hier beginnt nun das breite Feld der Literaturspezialisten, das Arbeitsgebiet der Dokumentation, die organisierte Gemeinschaftsarbeit in der technisch-wissenschaftlichen Information. Die Dokumentation, gewissermaßen „das Auge der Wissenschaft", überwacht beständig und unabhängig von der Sprache und Form des Schrifttums den in der Literaturflut sich verbergenden, aber für unsere Entwicklung erforderlichen Wissensstoff mit Argus-

augen. Mit Hilfe ihrer Methoden und Verfahren erfaßt sie ihn, bereitet ihn auf und konserviert ihn für den ständigen schnellen Nachweis.

Ökonomisch lesen heißt demnach, ausnutzen, was Dokumentation und technisch-wissenschaftliche Information bereits vorbereitend „auserlesen" haben.

Dokumentation ersetzt aber nun nicht eigentliches Denken und Handeln. Sie erspart zeitraubende Sucharbeit, vermeidet Doppelarbeit und vermittelt den aktuellen Stand im Fachbereich. Ökonomisch lesen heißt aber auch mit Technik und Routine lesen, und das setzt viel Übung voraus.

Aktive Literaturarbeit erfordert Spezialisten

Die aufgezeigten Schwierigkeiten mit der Literatur haben in der Praxis deutlich gemacht, daß eine schnelle Wende in der Arbeit mit der Fachliteratur im Bauwesen herbeigeführt werden muß. Dies wird um so notwendiger, als auch die Bewegung des lernenden Bauarbeiters, die durch die dritte Baukonferenz ausgelöst wurde, Forderungen stellt, die ohne organisierte Literaturarbeit nicht zu lösen sind. Das Programm zur Entwicklung der Bewegung des lernenden Bauarbeiters, das von der IG Bau/Holz gemeinsam mit dem Ministerium für Bauwesen erarbeitet wurde, berücksichtigt die Fragen der Literaturarbeit meines Erachtens ungenügend. Hier wird lediglich auf Seite 8 der Beilage 38 der Zeitschrift „Bau" vom 18. Oktober 1959 die Forderung nach Veröffentlichung zusätzlicher Literaturhinweise und leicht verständlicher Beiträge von hohem wissenschaftlichen Niveau gesprochen, und daß die Betriebsbibliotheken und Bücherkisten mehr mit neuer Fachliteratur, besonders aus den sozialistischen Ländern, zu ergänzen sind. Das sind aber mehr oder weniger untergeordnete Fragen, die die Beseitigung der Unterschätzung der Literaturarbeit noch nicht vollständig gewährleisten. Hier gilt es, grundlegende Voraussetzungen in ideologischer als auch in organisatorischer Hinsicht zu schaffen. In unseren sozialistischen Nachbarstaaten wurde die Bedeutung einer organisierten und kooperativen Literaturarbeit erkannt. Auch im kapitalistischen Ausland arbeiten in Bauwirtschaft und Bauforschung Literaturspezialisten in Betrieben und Instituten. In der Sowjetunion wurde auf Beschluß des Gosstroi ein Komitee beauftragt, diejenigen Stellen, die mit der Literatur und technisch-wissenschaftlichen Information betraut sind, methodisch anzuleiten. Das Präsidium der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR wurde verpflichtet, die Institute der Akademie stärker als bisher in der Literaturarbeit und technisch-wissenschaftlichen Informationstätigkeit anzuleiten und die Auskunftserteilung über alle Fragen des Bauwesens, der Architektur und der Baustoffproduktion zu organisieren.

Aus der Tschechoslowakischen Republik kommt die Nachricht über den Erlaß einer Regierungsverordnung, in der die Bildung eines Netzes von technisch-wissenschaftlichen Informationszentren angeordnet wird. Diese Stellen sollen mit folgenden Aufgaben betraut werden:

1. Die Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Forschungskräfte mit dem neusten Stand der Wissenschaft, Technik und Ökonomie im In- und Ausland bekanntzumachen, und zwar durch Auswertung der neusten Erkenntnisse aus Büchern, Zeitschriften, Firmenliteratur, Patenten, Normen, Reiseberichten und anderen Quellen; durch Herausgabe von Übersichten und Dokumentationsverzeichnissen; durch Erteilung von verschiedenen Informationen sowohl an Besteller als auch aus Eigeninitiative; durch die Veranstaltung von Vorträgen, Aussprachen, Ausstellungen und durch die Vorführung von in- und ausländischen Filmen;

2. die eigenen Informationsquellen und die aus ihnen entnommenen Erkenntnisse zu verbreiten, damit die Bauschaffenden selbst davon Gebrauch machen können;

3. für die größtmögliche Interessiertheit der Bauschaffenden an der Einführung der neuen technischen Erkenntnisse in die Praxis zu sorgen;

4. bei der Einführung neuer fortschrittlicher Arbeitsmethoden in die Praxis zu helfen;

5. die Bewegung zur Einreichung von Verbesserungsvorschlägen zu unterstützen;

6. der technischen Entwicklung im Bauwesen direkte Unterstützung zu gewähren;

7. für die Ausbildung starker technischer Kader durch die Lieferung der entsprechend ausgewählten Fachliteratur zu sorgen;

8. bei der Durchführung von Sprachkursen zur Erhöhung der sprachlichen Qualifizierung der technischen Kader mitzuarbeiten;

9. mit den Informationszentren der anderen Ressorts zusammenzuarbeiten.

Der Aufbau eines Netzes von Informationsstellen wird auch für unser Bauwesen erforderlich sein. Durch die bisher für die technisch-wissenschaftliche Information im Bauwesen der Deutschen Demokratischen Republik allein verantwortliche Einrichtung, die Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation bei der Deutschen Bauakademie mit ihren Dokumentationsstellen in den Instituten und Hochschulen, sind die Informationsaufgaben nicht mehr allein zu bewältigen. Sie kann die vielseitig auf sie zukommenden Informationsbedürfnisse nicht mehr befriedigen. Wir sind somit gezwungen, um eine kontinuierliche Informationstätigkeit und Literaturarbeit zu gewährleisten, ebenfalls in den großen Betrieben Informationsstellen einzurichten.

Aktivieren wir die Arbeit mit der Literatur in unseren Betrieben, indem wir systematisch und legitim arbeitende technisch-wissenschaftliche Informationseinrichtungen und den Typ des Literaturingenieurs schaffen, so erhöhen wir den Grad der Möglichkeiten in der breiten Ausschöpfung des Erfahrungsschatzes zum Nutzen unserer Bauproduktion. Durch ein derartiges organisiertes Ausschöpfen der uns durch die Literatur gebotenen Möglichkeiten wird Literaturarbeit nicht zum Hindernis der Planerfüllung, sondern zum nicht wegzudenkenden Erfordernis im Kampf um die Erfüllung unserer Produktionspläne. Literaturarbeit in dieser Sicht gibt auch eine volle Ausdeutung der These: „Der lernende Arbeiter ist der wissende Arbeiter".

Sozialistischer oder individualistischer Städtebau?

Architekt BDA Dipl.-Ing. Fritz Rothstein

Das im Heft 11/1959 der „Deutschen Architektur" veröffentlichte städtebauliche Projekt Wohnsiedlung Leisnig-Südost ist zwar nur ein kleineres städtebauliches Objekt, aber wir haben keinen Grund, kleine Objekte nicht mit der gleichen Sorgfalt zu behandeln wie die großen. Da im Text des vorgenannten Beitrages angegeben wurde, daß der erste Bauabschnitt 1961 begonnen werden soll, ist Gelegenheit gegeben, über den Entwurf zu diskutieren und über die Prinzipien nachzudenken, die für die Ordnung und die städtebauliche Gestaltung von Wohnkomplexen gelten.

Die Gruppierung des Wohnkomplexes auf dem Sattel des Höhenzuges ist unseres Erachtens glücklich gewählt. Das kulturelle Zentrum ist am Eingang des neuen Wohnkomplexes angeordnet und damit zugleich der westlich gelegenen Wohnbebauung zugeordnet. Allerdings versteckt sich der erdgeschossige Teil der zentralen Baugruppe mit gesellschaftlichem Charakter hinter dem vielgeschossigen Hochhaus in der Haupterschließungsrichtung von der Altstadt her, denn dem neuen Zentrum wird man sich vorwiegend von dieser Seite her nähern. Die Zuordnung der Dominante am Ende oder in der Mitte von zwei kleineren Gebäudetrakten wäre besser gewesen. Ein Teil der Wohnhäuser ist parallel zu den Höhenschichtlinien angeordnet. Wie der Verfasser in seinem Textbeitrag erklärt, sollen auch bei bewegtem Gelände „Ordnung und Straffheit" in der städtebaulichen Gruppierung erreicht werden. Aber schon ein flüchtiger Blick auf den Lageplan und die Modellfotos zeigt, daß die vom Verfasser gegebene Erklärung lediglich platonischen Charakter trägt, denn statt Ordnung findet man Willkür, statt einem Streben nach klassischer Objektivität romantisierenden Subjektivismus, statt künstlerischer Klarheit formalistischen Modernismus.

Die Wohnhäuser wurden in einer kaum motivierbaren Zerfahrenheit gruppiert. Jede Häusergruppe unterscheidet sich von ihrer Nachbargruppe in einer betont individualistischen Manier. Es kann zwar keine Rede davon sein, daß der rechte Winkel kontinuierlich geführter Baufluchten und ihre Parallelität unbedingt verpflichtend für die städtebauliche Gestaltung des sozialistischen Städtebaus seien, aber man muß sich darüber im klaren sein, daß die Gestaltungsmethode, die auf dem rechten Winkel, der Parallelität und der kontinuierlichen Bauflucht beruht, dem normalen Wahrnehmungsvermögen des Menschen und seinem Sinn für architektonische Ordnung entspricht, und daß Abweichungen davon einer Begründung und Motivierung bedürfen. Ist eine solche nicht erkennbar, so empfindet der normale Mensch dies als Unordnung und Willkür. Und damit wird diese Frage zu einem ideologischen Problem. Unverkennbar handelt es sich hier um Einflüsse der westlichen Städtebautheorie, deren formalistischer Charakter unter anderem auch die grundlegenden ästhetischen Gesetze aufhebt. Wir sind nicht der Meinung, daß ein solcher Subjektivismus, wie er sich in der städtebaulichen Komposition von Leisnig äußert, mit den klaren und einfachen Grundsätzen des sozialistischen Städtebaus, der unter Anwendung von Typenprojekten den größten ökonomischen Nutzeffekt erreichen wird, vereinbar ist. Ferner zeigt sich bei diesem Projekt das Fehlen von Typenprojekten für gesellschaftliche Bauten. Es ist notwendig, daß die Projektanten auch von ihrer Seite aus unablässig auf den VEB Typenprojektierung und die Institute der Deutschen Bauakademie einwirken, damit die Ausarbeitung solcher Projekte beschleunigt wird, denn die Ausarbeitung einer einheitlichen industriellen Bauweise für die gesellschaftlichen Folgeeinrichtungen und ihre Typisierung erhöhen den ökonomischen Nutzen, und es ist uns gar nicht gleichgültig, ob wir mit denselben Mitteln auf individualistische Weise fünf kulturelle Zentren oder mittels Typenprojektierung vielleicht sechs oder sogar noch mehr bauen können.

Das sehr betont in das gesellschaftliche Zentrum gestellte Hochhaus mit Ledigenwohnheim gibt diesem Haus eine dominierende Stellung. Gerade an einer solch hervorgehobenen Stelle ist es jedoch nicht unerheblich, welche Funktion dieses Gebäude hat. Ein Hochhaus muß seiner herausgehobenen Rolle und seiner Bedeutung am kulturellen Zentrum auch in seinen praktischen Funktionen entsprechen. Praktische Funktion, gesellschaftlicher Inhalt und die stadtbaukünstlerische Form müssen eine Einheit bilden. Es ist gewiß kein Zufall, daß in den Stadtzentren der imperialistischen Städte die Gebäude der Konzerne und Monopolgesellschaften nach Höhe, Ausdehnung und städtebauliche Situierung meist eine dominierende Rolle spielen. Im Sozialismus muß diese Aufgabe selbstverständlich durch andere Gebäudekategorien gelöst werden. Wenn städtische oder andere gesellschaftliche Bauten in einem Wohnkomplex nicht die genügende Masse hergeben, und wenn dennoch das Bedürfnis besteht, eine Dominante zu schaffen, so wäre es immerhin möglich, das Wohnkomplexzentrum auch durch ein Wohnhochhaus zu akzentuieren. Aber ein Wohnheim für Ledige dürfte wohl nicht dazu geeignet sein.

Zur Frage des nationalen Erbes

Einige Bemerkungen zu dem Beitrag „Was verstehen wir unter sozialistischer Baukunst?"

Architekt G. Stark

Die in dem obengenannten Beitrag von Herbert Letsch im Heft 10/1959 angeführten vier Merkmale und Erfordernisse der sozialistischen Baukunst entsprechen in ihrem dritten Punkt wohl nicht ganz unseren Voraussetzungen.

Ausgehend vom vierten Punkt ist die Übersetzung der rein theoretischen Thesen in die Sprache der Architektur äußerst wichtig. Grundsätzlich falsch ist es meiner Meinung nach, unmittelbar an vergangene künstlerische Formen der Architektur anzuknüpfen, wie es im dritten Punkt erwähnt wird. In diesem Punkt wird die „architektonische Klassik" als Ausgangspunkt für eine neue Formensprache vorgeschlagen.

Jede der vergangenen Stilepochen entsprach den Bedürfnissen der betreffenden Gesellschaftsordnung, jedoch war keine dieser Gesellschaftsordnungen frei von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Unsere ästhetischen Begriffe müssen entsprechend der veränderten Basis ganz andere sein. Es muß sich eine ganz andere Formensprache, als sie in der Vergangenheit bestand, entwickeln. Allein die Baustoffe und die Konstruktion werden eine andere Gestaltung verlangen, ganz abgesehen von den ideologischen Fragen. Zur Zeit steht die Frage der Übersetzung der gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse in die Praxis der Architektur noch offen. Das ist ein Hauptgrund für den Revisionismus in der Architektur.

Von den vergangenen Stilepochen können wir lediglich rein methodisch, durch vergleichende Analyse und die Art und Weise, wie unsere Vorfahren für ihre gesellschaftlichen Bedingungen die entsprechende Formensprache gefunden haben, lernen.

In der Vergangenheit waren die meisten Architekturtheoretiker zugleich Praktiker. Der Gegensatz, daß bei uns beide Gebiete getrennt sind, muß beseitigt werden. Die Entwicklung einer unseren Gegebenheiten entsprechenden Formensprache entspringt einem allmählichen Wachstumsprozeß, und sie läßt sich nur von Praktikern und Theoretikern gemeinsam lösen.

Gemeinschaftsarbeit zwischen dem VEB Hochbauprojektierung I Berlin und Hoch- und Ausbaubetrieben

Wolfgang Radke

Zu Beginn des Jahres 1959 war es dringend notwendig, auch für Berlin neue Typen für die Serienfertigung nach der Taktmethode im traditionellen Wohnungsbau zu erarbeiten. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert bekanntlich vom Projektanten ein besonderes, tief mit der Bauausführung verbundenes Wissen. Doch zu jener Zeit — man kann es offen feststellen — verfügten die Kollegen, die in unserem Projektierungsbüro für diese Arbeit vorgesehen waren, noch nicht über diese erforderlichen Kenntnisse.

Wir beschlossen deshalb, an einen volkseigenen Hochbaubetrieb mit der Bitte heranzutreten, gemeinsam mit uns die gestellten Aufgaben durchzuführen.

Durch das Stadtbauamt und die zuständige Vereinigung Volkseigener Betriebe wurde der VEB Hochbau Friedrichshain ausersehen, als Hauptauftragnehmer den traditionellen Woh-

nungsbau in Berlin durchzuführen. Es ergab sich also, daß dieser Betrieb, schöpfend aus seinen großen Erfahrungen, gemeinsam mit dem VEB Hochbauprojektierung I Berlin die Voraussetzungen für die Einführung der erwähnten Baumethode erarbeiten mußte. Seitens der Kollegen dieses Betriebes war die Bereitschaft zur Mitarbeit vorhanden.

So entstand eine Arbeitsgemeinschaft, deren Arbeit, gemessen an den erzielten Ergebnissen, sich als äußerst fruchtbar erweisen sollte. Sie bestand aus Architekten, Statikern, Technologen, Kostenplanern und Kollegen der Ausbaubetriebe. Verantwortlich für das Gesamtprojekt war der VEB Hochbauprojektierung I. Wie wurde nun diese Zusammenarbeit verwirklicht, welche Aufgaben waren zu lösen, und welche Arbeitsergebnisse wurden erzielt?

Obwohl eine beträchtliche räumliche Trennung vorhanden war, sind von Beginn der Arbeiten an fast täglich Produktionsbesprechungen durchgeführt worden. Hierbei wurde sowohl über die Problematik der Gesamtaufgabe wie auch über konkrete Einzelheiten, so zum Beispiel über die Baudurchführung, Arbeitsorganisation, zu verwendende Materialien, Rationalisierung und auch über Form und Inhalt der Projektunterlagen, die ja den besonderen Bedingungen dieser Produktionsmethode entsprechen mußten, diskutiert. Man kann sagen, daß hierbei eine gegenseitigeWissensbereicherung erfolgte. Im Verlaufe dieser Aussprachen wurden zahlreiche Verbesserungen am Projekt erarbeitet und in den Bauprozeß eingegliedert. Für den Projektanten war es besonders erfreulich, zu sehen, wie auch bei unseren Kollegen Ingenieuren die Bereitschaft vorhanden war, auf unsere Probleme, Fragen der Architektur, der Ausführung der Fassaden und auch der qualitätsgerechten Herstellung der Bauten einzugehen.

Wir konnten feststellen, daß durch diese gemeinsame Arbeit das Verständnis jedes einzelnen für die Probleme des anderen wuchs und dadurch ein Gesamtverantwortungsgefühl entstand. Darüber hinaus war bei den Kollegen das Bestreben vorhanden, sich aktiv mit allen Fragen zu beschäftigen und in jedem Bereich eine Lösung offenstehender Probleme zu finden.

Gleichzeitig mit der Erarbeitung des ersten Typs für die Serienfertigung wurden auch die Vorarbeiten für die Durchführung des ersten Berliner Bauvorhabens in dieser Baumethode in Berlin-Köpenick begonnen. Auch hier wurden durch die Gemeinschaftsarbeit gute Ergebnisse erzielt.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß die Aufgabenstellung — nämlich die Erarbeitung neuer Typen — für alle beteiligten Kollegen wesentliche und neue Erkenntnisse gebracht hat. Hierfür war die Gemeinschaftsarbeit eine der Voraussetzungen. Die Ergebnisse können etwa wie folgt formuliert werden:

Es ist ein Projekt geschaffen worden, das bis in das Detail den Notwendigkeiten und Bedingungen der Technologie entspricht.

Es besteht eine klare Vorstellung bei allen Beteiligten darüber, welche Möglichkeiten der jetzige Stand unserer Bauindustrie für die Baudurchführung bietet.

Alle Kollegen, die an dem Gesamtwerk mitarbeiten, achten die erarbeiteten Unterlagen und halten deren Forderungen ein.

Es ist ferner bei den Fachkollegen ein tiefes Verständnis für alle Probleme erwachsen, was die Durchführung künftiger gemeinsamer Aufgaben zweifellos erleichtern wird.

Abschließend bleibt festzustellen, daß es für jeden Projektanten notwendig ist, sich bei der Erarbeitung von Bauunterlagen der Hilfe der ausführenden Betriebe zu vergewissern, um die vorerwähnten Vorteile auch für sein Objekt zu erreichen.

Bücher und Probleme

Dr. Winfried Löschburg
Das Berliner Rathaus
32 Seiten, 23 Abbildungen, DIN A 5
Berlin-Werbung Berolina
Broschiert 1 DM

Dr. Winfried Löschburg
Zwischen Jungfernbrücke und Fischerstraße
36 Seiten, 15 Abbildungen, 1 Stadtplan DIN A 5
Berlin-Werbung Berolina
Broschiert 1 DM

Horst Büttner
Das Brandenburger Tor
32 Seiten, 20 Abbildungen, DIN A 5
Berlin-Werbung Berolina
Broschiert 1 DM

Ernst-Ludwig Dittmer
Das Sowjetische Ehrenmal
32 Seiten, 23 Abbildungen, DIN A 5
Berlin-Werbung Berolina
Broschiert 1 DM

Die von der Berlin-Werbung Berolina herausgegebenen, sehr populären Broschüren sind vor allem für Fremde bestimmt, aber auch für alle Freunde des alten Berlin interessant. Es wäre nur empfehlenswert, derartige Schriftenreihen in sorgfältigerer und großzügigerer Aufmachung herauszubringen. Der Umschlag müßte gelackt sein. Die vier Seiten des dickeren Papiers sind leider für die Bebilderung nicht voll ausgenutzt worden. Farbige Pläne hätten, unter Umständen in Offsetdruck, beigegeben werden können. Typographisch befriedigen diese Bände in keiner Weise. Jedes Heftchen sollte eine mehrsprachige Kurzfassung des Textes enthalten.
Gerade jetzt, wo Fragen der baulichen Gestaltung unserer Innenstadt durch den Wettbewerb Zentrum Berlin entschieden werden, wird es notwendig, auch hier bisher ungeklärte Baudenkmale und kulturgeschichtlich interessante Straßen- und Platzanlagen in die Umplanung einzubeziehen.
Uns erscheint daher vor allem die Broschüre „Zwischen Jungfernbrücke und Fischerstraße" bemerkenswert. Der Autor geht in dieser Schrift nicht vom baugeschichtlichen Einzelobjekt aus, sondern breitet interessante Fakten über das mittelalterliche Stadtzentrum unseres Berlins aus. Das hinter der Petrikirche gelegene Stadtviertel Cölln ist nicht nur siedlungsgeschichtlich interessant. Dieser stille städtebauliche Bezirk birgt viele kostbare Erinnerungen. Die heutige Denkmalpflege geht zuwenig von kulturgeschichtlichen Gesichtspunkten aus und betrachtet alle Restaurierungen noch zu sehr vom kunstgeschichtlichen Wert des Objekts. Es wäre richtig gewesen, diese Broschüre durch einen Lageplan zu ergänzen, der die im Buch erwähnten Häuser und Gedenkstätten nicht nur in Fotos und gezeichneten Ansichten veranschaulicht, sondern auch für den Ortsfremden im Planbild markiert.
Die zweite Broschüre von Dr. Löschburg beginnt mit einem bemerkenswerten Satz: „Aus der Vergangenheit des Berliner Rathauses berichten, hieße eine Geschichte unserer Stadt schreiben." Der Autor stellt hier kulturgeschichtliche Fakten der verschiedenen Baulichkeiten zusammen, die als Rathäuser dienten. Nach einer Darstellung der bekannt gewordenen Tatsachen über die mittelalterlichen Rathäuser, von denen das letzte bis zum Umbau des Roten Rathauses 1870 bestand, rückt er die neuere Geschichte des Waesemannschen Baus in den Mittelpunkt seiner kurzen Stadtgeschichte. Seine Darstellungen sind eine interessante Chronik der sozialen Kämpfe des letzten Jahrhunderts. Das letzte Drittel des Heftes beschäftigt sich mit dem Wiederaufbau des Rathauses für den demokratischen Magistrat. Leider fehlt auch hier ein Grundrißplan eines Hauptgeschosses. Im geschichtlichen Abriß hätten Stadtgrundrisse veröffentlicht werden müssen. Dadurch erhalten solche Publikationen erst einen dokumentarischen Wert.
Die Broschüre „Das Brandenburger Tor" beschäftigt sich mit dem symbolischen Eingangstor in das Herz der Stadt. Büttner stellt in ansprechender Form die Geschichte eines der interessantesten Dokumente der Berliner Architektur dar. Dabei ordnet er seine Studie in die gesellschaftlichen und kulturellen Strömungen des bürgerlichen Klassizismus ein. Die genaue ikonographische Beschreibung ist allerdings etwas umständlich und unnötig. Die wechselvolle Geschichte der Rauchschen Quadriga verbindet er mit einer Darstellung der neueren Schicksale dieses für Berlin symbolischen Baudenkmals. Hatte er im Anfang die Bedeutung dieses Denkmals als „Friedenstor", als eines Symbols des fortschrittlichen Bürgertums, analysiert, so geht Büttner im folgenden näher auf den Wechsel in der Bedeutung dieses Denkmals ein, das von der nunmehr reaktionären Bourgeoisie zur „Siegespforte" einer „Via Triumphalis" erniedrigt wurde.
Das Heft klingt aus mit einer Darstellung der Arbeiten zur Beseitigung der Schäden des zweiten Weltkrieges.

Die Broschüre von Dittmer ist viersprachig gehalten und erläutert die großzügige Denkmalsanlage im Treptower Park, die dem Gedächtnis an die gefallenen Helden der Roten Armee gewidmet ist.
Der Bildteil stellt in zum Teil doppelseitigen Bildern diese gewaltige, schon 1946 begonnene Gedächtnisstätte dar. Aber auch hier wäre es notwendig, das Ehrenmal in seiner Lage innerhalb der Treptower Parkaue darzustellen, deren Eingliederung zwar eine starke, aber geglückte Dominante in einen schönen Landschaftspark bringt. Rst.

Gustav Leh
Die St.-Marien-Kirche zu Berlin
147 Seiten, 65 Abbildungen, 1 Tafel
Evangelische Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin 1957
Broschiert 4,50 DM

Die St.-Marien-Kirche liegt im östlichen Hinterland des zentralen Festplatzes von Berlin und in der Blickschneise der Ost-West-Magistrale in der Achse der Linden. Zugleich ist sie ein wichtiger städtebaulicher Akzent und wird in der Neuordnung des Berliner Zentrums als eine der vertikalen Dominanten in der Stadtsilhouette weiter von Bedeutung sein. Ihre städtebauliche Zuordnung zu dem entstehenden zentralen Regierungsgebäude wird für die städtebauliche Erschließung des Berliner Zentrums von Wichtigkeit bleiben.
Das Buch von Gustav Leh kam als Neuerscheinung in dem Augenblick auf den Buchmarkt, als der Wettbewerb um das Zentrum von Berlin entschieden wurde. Der Verfasser breitet interessante Fakten zur Historie des Stadtviertels am Neuen Markt aus. In den einzelnen Kapiteln seines Buches beschäftigt er sich außerdem mit den Details dieser gotischen Hallenkirche, die durch ihre zentrale Lage und ihre architektonischen Einzelheiten bemerkenswert ist. So ist der Turmhelm eines der wenigen überzeugenden Dokumente der Bauromantik und für die Berliner Bauleistungen von Carl Gotthard Langhans ebenso typisch wie das Brandenburger Tor.
Von dem Wenigen, was uns von Schlüter blieb, ist seine schwellende Barokkanzel in dieser protestantischen Kirche für die Eigenart seines Schaffens besonders typisch. Der Verfasser ordnet viele Fakten chronologisch in die kirchengeschichtlichen Zusammenhänge ein. Eine gründliche Analyse der in dieser Kirche vorhandenen Kunstdenkmäler würde aber ein größeres Interesse und einen größeren Leserkreis finden. Außer einer Fülle von historischen Daten gibt aber Gustav Leh keine eigentliche, bestimmende Wertung. Die bei dem Kapitel des interessanten Berliner Totentanzes im Turm der Kirche angeschlagenen Vergleiche zu den anderen zeitgenössischen Totentanzfresken in Lübeck, Hamburg und den französisch-niederländischen Vorlagen hätten durch Bildbeilagen besser unterstützt werden können. Die reiche Bebilderung wird aber dem wohlfeilen Büchlein seine Verbreitung sichern. Rst

Adolf Friedrich Lorenz
Doberan, ein Denkmal norddeutscher Backsteinbaukunst
Studien zur Architektur und Kunstwissenschaft, Heft 2
Herausgegeben von der Deutschen Bauakademie, Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst
103 Seiten, 48 Abb.
Henschelverlag, Berlin 1958
Broschiert 9 DM

Adolf Friedrich Lorenz war langjähriger Baudenkmalpfleger Mecklenburgs und ist einer der besten Kenner mecklenburgischer Baugeschichte. Bereits 1955 hat er das Zisterzienser-Kloster Doberan in der Schriftenreihe „Das Christliche Denkmal" behandelt. Die Kürze dieses Heftes ließ zwar nicht zu, alle für den Fachmann auftauchenden Probleme zu behandeln, aber bereits diese vorzügliche Darstellung brachte wesentliche neue Gesichtspunkte.
Die jetzt von Lorenz veröffentlichte, von der Deutschen Bauakademie 1958 herausgegebene Monographie über das Doberaner Denkmal norddeutscher Backsteinbaukunst setzt sich mit dessen Problemen erschöpfend auseinander. Sie fußt auf jahrzehntelangen, umfassenden kritischen Studien des umfangreichen Archivmaterials, der bisherigen Veröffentlichungen und auf Aufnahmen, Aufmaßen und Zeichnungen. Unter den Archivalien sind historische Berichte, Inventarverzeichnisse und Grabungsergebnisse, vor allem der Grabung des mecklenburgischen Baumeisters Severin aus dem Jahre 1830, von Bedeutung. Letztere wurden erst 1926 wieder aufgefunden. Sie waren über nahezu ein Jahrhundert unbeachtet geblieben.
Für den Architekten und Bauhistoriker sind die von Lorenz aufgedeckten Proportionssysteme besonders interessant. Eingehend befaßt er sich mit den Maßverhältnissen, dem Grundriß, dem Aufbau und macht dabei ausführliche Angaben auch für die Details des Systems, der Pfeiler, der Friese und so weiter, jeweils unter Vergleichen mit anderen Bauwerken europäischer Kunst. Er versteht es auch, die baugeschichtliche, kunstgeschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Klosterbereiches mit seinen Wandlungen bis in die Neuzeit, Fragen der Restaurierung und der heutigen Denkmalpflege klarzulegen. Die Ausführungen werden glücklich ergänzt durch Zeichnungen und Skizzen des Verfassers und vorzüglich ausgewählte Aufnahmen.
Ausreichende Baureste, Ansatzpunkte und die Grabungsergebnisse ermöglichen dem Verfasser eine Rekonstruktion der Zeit um 1250 für die gesamte Klosteranlage mit der ersten Doberaner Klosterkirche (1190—1232). Leider sind über die erste Anlage des Chors dieser Kirche nur Vermutungen, aber keine Grabungen angestellt. Das gleiche gilt für die noch im 13. Jahrhundert vorgenommene Chorerweiterung. Die bisherigen Grabungsergebnisse ermöglichen auch eine fast vollständige Rekonstruktion der nach Süden liegenden Klausur, und zwar des Ostflügels, des nördlichen Teiles des Westflügels und der Südwände des Südflügels. Ob im Bereich der schon 1830 bestehenden, die Lage der Klausur durchschneidenden Straße noch Fundamentreste der Nordwand des Südflügels stecken, ist offenbar bisher durch Grabungen nicht untersucht. Der übrige ehemalige Baubestand auch der Nebengebäude ist ausreichend nachgewiesen.
Der Neubau der Kirche wird von Lorenz auf die Zeit von 1294 bis 1299 datiert.

Anlaß zu diesem Neubau sieht er nicht allein in einem vermutlichen Brandschaden der ersten Doberaner Kirche, sondern in eingehend von ihm dargelegten veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen des Ordens, die gerade in Doberan zu einer besonderen Machtkonzentration führten. Während große Städte wie Lübeck, Rostock und Stralsund ringsum große Kirchenneubauten aufführten, wollte das Kloster Doberan den Bauten der Bischöfe in Lübeck (Dom ab 1260) und Schwerin (Chorbau des Domes ab 1280) nicht nachstehen. So reiht sich das Doberaner Münster ein in die Folge von prächtigen Backsteinkirchen des Kathedraltyps.
Es bleibt nur ein Wunsch nicht an, sondern für den bejahrten Verfasser: Man möchte ihm die Möglichkeit geben, Grabungen zum Beweise bisheriger Annahmen durchzuführen, solange er dazu rüstig bleibt.
Lorenz hat mit seiner Veröffentlichung den Besuchern des Doberaner Münsters, vor allem aber den Bau- und Kunsthistorikern, eine Arbeit vorgelegt, die Lohn ist seines unermüdlichen stillen Forschens und Schaffens, die weit über das Einzelwerk hinausweist und das Interesse aller an historischer Baukunst interessierten Architekten verdient.

Müther

A. Fiedler und R. Weinhold

Das schöne Fachwerkhaus Südthüringens (Alt-Henneberg, Grabfeldgau und Werraland)

Veröffentlichungen des Instituts für Volkskunstforschung beim Zentralhaus für Volkskunst
58 Abb. auf 27 (54) Tafeln
VEB Friedrich Hofmeister, Leipzig 1957

Das Fachwerkhaus in Südthüringen war Gegenstand einer näheren Betrachtung, die eine Studentengruppe der Fotoklasse der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig anstellte. Dazu gab die Forschungsabteilung des Zentralhauses für Volkskunst, Leipzig, die Einführung und Anleitung. Einen sichtbaren Niederschlag dieser Bemühungen finden wir in dem Band eindrucksvoller Fotos, denen A. Fiedler einen hinweisenden Text vorangestellt hat.
Insgesamt wird die volkskünstlerische Leistung geschildert und gerühmt, wobei nur selten auf die Ursachen und die Entwicklung eingegangen und die typischen Bestandteile dieser Hauslandschaft in Alt-Henneberg, im Grabfeldgau und im Werraland herausgearbeitet werden konnten.
Immerhin werden die Dorfformen (Haufendörfer, Straßen- und Waldhufendörfer) kurz charakterisiert und die Gliederung des mitteldeutschen Gehöftes und des Wohnstallhauses (Stube, Flur und Küche, Stall) knapp gekennzeichnet, ohne jedoch die Varianten aufzuzeigen.
Eine nähere Schilderung des Formenschatzes erreicht der Verfasser bei der Behandlung des Hauses dort, wo seine Bauelemente von der Zweckform zur Schmuckform übergehen, und wo die Konstruktionsteile künstlerisch ausgestaltet wurden.
Eine eingehende Beschreibung erfährt zum Beispiel die handwerkliche Fertigkeit des Verzierens der Gefache mit dem Ritzkamm- und Kratzputzmuster, wobei auch der Werkzeuge gedacht wird.
Begrüßenswert ist die Verwendung und das Anführen von so gründlichen, relativ modernen Monographien wie etwa die von Walbe über das hessisch-fränkische Fachwerk (1942), von Meyer-Heisig über die deutsche Bauernstube (1952) und von E. Kaiser über Südthüringen (1954). Dagegen kann man sich heute nach dem Entwicklungsstand unserer deutschen Hausforschung nicht mehr recht auf Fritzes Dorfbilder (1913) und etwa auf R. Mielkes Handbuch der künstlerischen Dorf- und Flurgestaltung (1910) stützen, vor allem nicht bei allgemeinen beziehungsweise grundsätzlichen Äußerungen dieser alten Architektur- und Siedlungsexperten, die zwar den Weg bereiten halfen, aber weder die aktuelle Gefügeforschung noch die Prinzipien einer vorwärtsweisenden sozial-ökonomischen Betrachtungsweise kennen konnten.
Die einführenden Bildunterschriften (R. Weinhold) sind mit Freude und Begeisterung für die Schmuckformen verfaßt, bewegen sich jedoch hauptsächlich im Bereich einer ästhetischen Würdigung der Fassadengestaltung der Giebel- und Traufseiten, womit natürlich nur eine Teilaufgabe der Analyse der Bausubstanz gelöst ist. Stehen wir doch noch hierzulande am Anfang der Hausforschung in Thüringen und Sachsen, weshalb man einen solchen anschaulichen Band ausgewählter Fotos auch nicht überfordern darf.
Es bliebe schließlich noch die Frage offen, ob die obengenannte Fotoklasse nicht zu ihren Bildern und deren beabsichtigter Aussage einige methodische Hinweise hätte geben können.

Radig

K. Széchy

Fundamentierungsfehler

116 Seiten, 75 Abbildungen
Verlag Müszaki Könykiadó, Budapest [illegible]
7,30 DM

Die meisten Beanstandungen von Fehlern an Bauwerken sind auf mangelhafte Fundamentierung zurückzuführen. Derartige Fehler gefährden nicht nur einige Teile, sondern das ganze Bauwerk. Durch die große Unterschiedlichkeit des Baugrundes gibt es keine theoretischen Totallösungen. Die gesammelten Erfahrungen müssen für die entsprechenden Lösungen herangezogen werden. Der Verfasser widmet sich also einer wichtigen Aufgabe, wenn er versucht, an Hand zahlreicher Erfahrungsbeispiele die wichtigsten Fehlerquellen und deren Auswirkungen aufzuzeigen.
Die auftretenden Fundamentierungsfehler werden in vier Hauptgruppen gegliedert:

1. Mangelhafte Untersuchung der Bodenmechanik
2. Projektierungsfehler
3. Mängel der Bauausführung
4. Schäden infolge von Naturereignissen und von außergewöhnlichen Kräfteeinwirkungen

Die im Rahmen dieser Gruppen erörterten Beispiele erstrecken sich auf ein weites Feld der Bautechnik, unter anderem auf Wohnhäuser, Brücken, die verschiedensten Industriebauten und Untergrundbahnen.
Die Anregung zum Schreiben des Buches kam aus der Praxis. Fachkollegen, Mitglieder des Vereins für Bauwissenschaft in Budapest, schlugen das Thema vor, und es ist anzunehmen, daß die angeführten Beispiele zur Vermeidung ähnlicher Fehler beitragen werden.

Wittmann

N. Raitschuk

Die Berechnung und Konstruktion von Betonheizplatten und ihre Montage

Staatsverlag der Ukrainischen SSR, Kiew 1955
Herausgegeben vom Ministerium für Bauwesen und der Deutschen Bauakademie
Schriftenreihe Technik und Ökonomie, Juni 1959
Bearbeitet von Dipl.-Ing. Marianne Dowgalewskaja
90 Seiten, 79 zeichnerische Darstellungen und Graphiken, 14 Tabellen, 19 Formeln
Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation, Berlin 1959
Broschiert 5,15 DM

Unter den volkswirtschaftlichen Problemen ist das des Heizens ein sehr bedeutungsvolles. Etwa ein Drittel der jährlichen Kohleförderung wird allein für die Hausbrandversorgung verbraucht; das machte bis 1939 in Deutschland jährlich einen Betrag von etwa 1,8 Milliarden DM aus. Diese Summe entsprach den Gesamtausgaben für die jährlichen Wohnungsneubauten.
Obwohl die Zentralheizung eine längst bekannte und bewährte Heizform ist, herrscht gegenwärtig noch der ortsfeste oder transportable Kachelofen vor, der eine relativ geringe Lebensdauer hat, unsere Städte verschmutzt, kostbaren Wohnraum beansprucht, zusätzlichen Transportraum bindet, Millionen Menschen mit seiner Wartung beschäftigt und nicht zuletzt durch seine vielen Schornsteine bei den Montagebauweisen ungemein störend wirkt. Er gehört einfach nicht mehr in unsere Zeit.
Warum werden dann so wenig Zentralheizungen gebaut?
Es ist der relativ hohe Stahlverbrauch der Zentralheizungen, der ihre stärkere Anwendung bisher verhinderte. Wenn man längere Zeiträume und die sehr unterschiedliche Lebensdauer der einzelnen Heizungsarten heranzieht, verändert sich zwar das Bild zugunsten der Zentralheizung, zunächst muß jedoch ein hohes Stahlkontingent bereitgestellt werden, wenn man die jährlich zu bauenden 100000 Wohnungen zentral beheizen will. Die Aufgabe lautet daher, den Stahlverbrauch der Zentralheizungen zu senken, wo es sich unter Beibehaltung der Qualität ermöglichen läßt, beziehungsweise stahlarme Zentralheizungen zu entwickeln. Diese Aufgabe hat internationale Bedeutung.
So entstanden der Porzellanradiator, der den Gesamtbedarf an Stahl und Eisen gegenüber der Zentralheizung auf etwa 70 Prozent, der Konvektor, der ihn auf etwa 75 Prozent und — in der Sowjetunion — die Betonheizplatte, die ihn auf 68,3 Prozent senkt. Detailliertere Angaben hierüber sind in dem Artikel „Die Heizkosten im Etat das Wohnhauses" im Heft 1/1958 der „Deutschen Architektur" veröffentlicht.
Die obengenannte Veröffentlichung der Deutschen Bauakademie dient dem Zweck, dem Projektanten wie auch dem Ausführenden all das Material zu vermitteln, das er zu einer einwandfreien Projektierung und Ausführung von Zentralheizungsanlagen benötigt, die anstatt der üblichen Gußradiatoren mit Betonheizplatten ausgestattet werden sollen. Es werden in übersichtlicher Gliederung erschöpfende Aussagen über die Herstellung solcher Platten, die Betonart, die Physik des Wärmedurchganges und der Wärmeabgabe, die Berechnung und Montage gemacht. Besonders ausführlich sind die Entwurfsgrundlagen behandelt und ihre richtige Anwendung durch einige Berechnungsbeispiele erläutert. Der Realisierung dieser stahlsparenden Neuerung im Zentralheizungsbau ist damit der Weg geebnet, und es ist die Aufgabe der Projektanten und Ausführenden, sie einzuführen.
Da die Stahleinsparung bei Porzellanradiatoren, Konvektoren und Betonheizplatten annähernd gleich groß ist, könnte der Gedanke entstehen, die Produktion von Betonheizplatten nicht aufzunehmen. Das wäre falsch!
Es steht fest, daß im Siebenjahrplan 60 bis 70 Prozent der zu bauenden Wohnungen mit Zentralheizungen ausgerüstet werden sollen; gegenwärtig sind es nur 10 Prozent der Neubauwohnungen. Diese Aufgabe würde uns ohne die Produktion von Betonheizplatten bald in die Situation bringen, viele Anlagen wegen fehlender Wärmeaustauscher nicht fertigstellen zu können. Wir sind nicht in der Lage, für diesen steigenden Bedarf genügend Radiatoren, Konvektoren und Porzellanradiatoren zu produzieren. Die Betonheizplatten weisen uns nicht nur den Weg, diese Lücke zu schließen, sondern sie ermöglichen, ohne nennenswerte Investitionen, überall den Bedarf zu decken.
Man benötigt eine Rohrschlange, eine Form und Schwerbeton bestimmter Art, alles Dinge, die keine Schwierigkeiten machen und keine Investitionen besonderen Umfanges erfordern. Die Schwierigkeit bei der Einführung der Betonheizplatten lag bisher nur in der richtigen Berechnung, Dimensionierung und Montage. Sie wird durch die vorliegende Veröffentlichung behoben.
Anregend sei noch hinzugefügt, daß eine Typisierung von Betonheizplatten bald erfolgen müßte, die, in die Form eines staatlichen Standards gekleidet, die Einführung und Produktion wesentlich fördern würde.

Titze

W. Schrader

Kunststoffe — Plaste

50 Seiten, 27 Abb.
VEB C. Marhold Verlag, Halle 1959

Der bekannte Kunststoff-Fachmann W. Schrader legt eine leicht verständliche, nicht nur für den Baufachmann geschriebene Broschüre „Kunststoffe — Plaste" vor. Diese Stoffgruppe, die unserem Zeitalter ein wichtiges Charakteristikum verleiht, ist so vielfältig, daß grundsätzliche und einfache Begriffserklärungen, Gruppierungen und Eigenschaftsmerkmale einmal gegeben werden müssen. Dies ist die Aufgabe des gutgegliederten Büchleins, das jeden Lernbegierigen interessiert. Von größtem Wert ist, daß Schrader nicht nur — wie fast durchweg üblich — die günstigen Eigenschaften der Kunststoffe hervorhebt, sondern auch sachlich und objektiv darauf hinweist, daß „immer ungünstige Eigenschaften bei Plasten", die er auch angibt, „in Kauf genommen werden müssen".
Es werden die wichtigsten Gruppen angeführt und die dazugehörenden Plasten auf je einer Seite kurz und knapp besprochen. Ein Foto zeigt dabei das Aussehen von Fertigprodukten; angegeben sind Handelsnamen und -formen, Einsatzgebiete und Eigenschaften. Auch für den Baufachmann, der täglich neue chemische Bezeichnungen in seiner Presse liest, ist diese Schrift ein gutes Nachschlagebuch, in dem er aktuelle Werkstoffe wie Polyäthylen, Polyvinylazetat, Polyesterharze, selbstverständlich auch Polyvinylchlorid und viele andere mit Grundstoffangaben findet.
Dieser Schrift hätte man eine gefälligere Ausstattung gewünscht, die der Bedeutung der Plaste entsprochen hätte. Warum wurde das Buch nicht in Kunststoff eingebunden, der es völlig verwandelt hätte? Die jetzige Aufmachung und der schlechte Druck auf minderwertigem Umschlagpapier sind keine Reklame.
Die Abbildungen sind leider ungenügend und teilweise ungeschickt. Einige ganzseitige Abbildungen hätten eingefügt werden müssen.
Die Verlage müssen endlich davon abkommen, uns in sehr bescheidener, billiger Umhüllung einen wertvollen Inhalt vorzulegen. Sie müssen lernen, beides zu vereinen: guten Inhalt und ansprechende Aufmachung.

Eichler

W. R. Schulze

Der Baustoff Beton und seine Technologie

347 Seiten mit 225 Abbildungen und 58 Tabellen, 16,5 cm × 23 cm
Fachbuchverlag, Leipzig 1959
Halbleinen 14 DM

In dem vorliegenden Werk werden bestimmte Spezialgebiete, wie Fertigteile, Betonwaren und Spannbeton, bewußt nur kurz gestreift, um den Umfang des Buches zu begrenzen. Ein besonderer Vorzug der Abhandlung ist die ausgezeichnete Koppelung betontechnologischer und baustofflicher Fragen. Die theoretischen Grundlagen werden im allgemeinen als bekannt vorausgesetzt, wodurch allerdings der Leserkreis — wahrscheinlich bewußt — eingeengt wird. Das Buch wendet sich vorwiegend an Ingenieure, Architekten, Dozenten, Fachkräfte, theoretisch vorgebildete Bauleiter und den Ingenieurnachwuchs, denen es ein Leitfaden während der Ausbildung sein kann.
In sehr übersichtlicher Gliederung behandelt der Verfasser zunächst die Grundstoffe für unbewehrten und bewehrten Beton und die Hilfsmittel für die Formgebung (Schalung), um dann in sehr gründlicher, aber auch prägnanter Darstellung sich den technologischen Fragen der Herstellung und Verarbeitung zuzuwenden.
Nach ausreichender Besprechung der verschiedenen Betoneigenschaften gibt der Verfasser auf 24 Seiten eine Zusammenfassung der wichtigsten Betonprüfungen und der Anforderungen an

dieAuswertung. Hier schließt sich dann ein längeres Kapitel über Leichtbeton an.
In einem Anhang werden vier Anlagen gebracht:
Eine Anleitung für die Zusammensetzung und Herstellung von Beton mit bestimmten Eigenschaften (genehmigter Abdruck aus der Zeitschrift „Beton- und Stahlbetonbau");
Auszüge aus Arbeitsschutzanordnungen;
ein Verzeichnis der Anschriften der Prüfdienststellen des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, die Betonprüfungen durchführen;
ein Literaturverzeichnis, das unter anderem ein lückenloses Verzeichnis der einschlägigen TGL- und DIN-Blätter enthält.
Unter den vielen Neuerscheinungen der Betonliteratur gehört das vorliegende Buch zu den wenigen, die sich durch wissenschaftliche Gründlichkeit und Exaktheit auszeichnen; in flüssiger Darstellung werden auch schwierigere Fragen mit großem Geschick in einprägsamer, anschaulicher und leicht verständlicher Art gebracht. Die Literaturhinweise in den Fußnoten und im zusammenfassenden Verzeichnis sind wertvoll.

Daß man bei einem solchen Werk in einzelnen Fragen eine abweichende Meinung vertreten kann, dürfte ebenso verständlich sein wie der Wunsch, bei einer Neuauflage manche Fragen etwas intensiver abgehandelt zu wissen, während es berechtigt erscheint, andere Dinge kürzer zu fassen. Wendet sich doch das Buch in erster Linie an den Praktiker im Bauwesen. So dürfte es berechtigt sein, auf Grund der Erfahrungen des Rezensenten einige Hinweise zu bringen, deren Berücksichtigung künftig erwogen werden sollte.
Zwar wird in einem gesonderten Abschnitt das Mischen verschiedener Bindemittel behandelt; ein diesbezüglicher nochmaliger Hinweis im Sonderabschnitt Sulfathüttenzement erscheint jedoch angebracht.
Zur Reaktivierung eines Sulfathüttenzementes, dessen alkalisches Milieu durch Überlagerung gestört ist, schlägt der Verfasser des Buches — wohl auf Grund besonderer Untersuchungen — die Verwendung hydraulischen Kalkes vor, während bisher allerdings die Zugabe von Luftkalk (Weißkalk) erfolgreich war. Bei Mischbindern sollte besser der jetzt in der Fußnoteer wähnte TGL-Entwurf dem Haupttext zugrunde gelegt werden, da die in der Deutschen Demokratischen Republik erzeugten Mischbinder diesem Entwurf entsprechend hergestellt werden und nicht nach den Bestimmungen der DIN 4207. Im Abschnitt „Raumbeständigkeit des Zementes" scheint für die Begründung der pflichtmäßigen Vornahme der Kochprobe der Hinweis auf die „technischen Gewährleistungsbedingungen für Normenzemente" weniger angebracht zu sein als vielmehr auf die einschlägigen Bestimmungen der DIN 1045, 1047 und 4225, die in der Deutschen Demokratischen Republik verbindlich sind. Die Erwähnung eines „klingend harten" Kuchens nach dem Kochversuch kann insofern zu Irrtümern führen, als textlich der Ausdruck mit dem Wort „soll" verbunden und nicht als nur wünschenswert angeführt ist. Die für die Durchführung der Absetzprobe zur Ermittlung der aufschlämmbaren Stoffe vorgeschlagene Prüfart — Ermittlung der Raumprozente und Multiplikation mit dem Faktor 0,6 — dürfte auch für die Baustelle zu ungenau sein. Hier ist das bekannte Hummelsche Verfahren vorteilhafter.
Bei der Abhandlung der Kugelschlagprüfung mit dem Federhammer muß künftig auf die Schwierigkeit der Auswertung und darauf hingewiesen werden, daß diese Prüfung nur der zusätzlichen Orientierung dienen und keineswegs die vorgeschriebenen Würfelprüfungen ersetzen kann. Da die Bohrkerne künftig eine größere Bedeutung haben dürften, wäre eine Erweiterung des einschlägigen Kapitels zu empfehlen.
Bei der Zusammenstellung der DIN-Blätter würde eine Spalte von Vorteil sein, in der die Verbindlichkeitserklärung für den Bereich der Deutschen Demokratischen Republik vermerkt ist. Diese kleinen kritischen Hinweise für eine Neuauflage mögen vorerst genügen.
Insgesamt aber bringt das Buch dem aufmerksamen Leser viel; als Praktiker kann man zum Inhalt des Buches nur sagen: So macht man guten Beton.
Dem Buch sei die weiteste Verbreitung gewünscht. Toepfer

W. Malchow, Franz Harms, Georg Mandel, L. Schmerber, D. A. Kramer
Abdichtung von Ingenieurbauwerken
Schriftenreihe der Bundesfachabteilung gegen Feuchtigkeit

75 Seiten, 104 Abbildungen
Bauverlag GMBH, Wiesbaden/Berlin
Broschüre, kartoniert 7,50 DM

Die vorliegende Broschüre ist eine Zusammenfassung von Vorträgen, in denen über die Entwicklung der Abdichtungstechnik bei den Berliner U-Bahn-Bauten, über die Abdichtung eines U-Bahn-Neubaus in Hamburg, über Erfahrungen bei der Abdichtung von Massivbrücken und über einen Tunnelbau durch den Nordseekanal in Velsen bei Amsterdam berichtet wird. Wie aus dieser Inhaltsangabe ersichtlich, wird ein Querschnitt durch das Fachgebiet der Bauwerksabdichtung geboten, und es ist von vornherein zu erwarten, daß hier die Praxis spricht, die unter stets wechselnden Bedingungen ihre Verfahren den gestellten Anforderungen anpassen muß.

Dr. Malchow weist mit Recht in seiner Einführung auf die Tatsache hin, daß die jahrzehntelange Bewährung der traditionellen bituminösen Abdichtungsverfahren und ihre außerordentliche Wirtschaftlichkeit eine Folge der schnellen Auslese ist, welche die Praxis unter der Vielfalt von Verfahren getroffen hat. Voraussetzung für den Erfolg ist jedoch in jedem Fall die enge Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen für die allgemeinen baulichen Maßnahmen und den Abdichtungsfachleuten.

Dr.-Ing. Harms erläutert sehr anschaulich die Entstehung der BerlinerU-Bahn-Bauweise. Das Berliner Schnellbahnnetz der BVG hat jetzt eine Baulänge von insgesamt 82,5 km erreicht. Einschließlich des 5,8 km langen Tunnels der Nord-Süd-S-Bahn befinden sich 71 km Tunnelstrecke in Berlin, von denen 56 km im Grundwasser liegen. An acht Stellen mußte dabei die Spree beziehungsweise der Landwehrkanal unterfahren werden. Kennzeichnend für die angewandte Bauweise ist — im Gegensatz zu der Bauweise in London und Paris infolge anderer Baugrundverhältnisse — die offene Baugrube bei geschlossener Wasserhaltung und die Aussteifung der Baugrube mit Bohlwänden zwischen Rammträgern, in der Regel I 34 in 2 m Abstand, die nach Beendigung aller Bauarbeiten wieder gezogen werden. Einige interessante Änderungen an der Detailausbildung sind in den Abbildungen von Nachkriegsbauten gegenüber den Ausführungen vor dem Kriege zu entdecken.

Die Hamburger U-Bahn-Bauweise, die von Dipl.-Ing. Mandel beschrieben wird, weicht insofern von der Berliner ab, als bei dem erbohrten bindigen Boden keine absolut trockene Dichtungsunterlage an den Wänden erreicht werden kann. Man ordnete daher zwischen Rammträgern und Tunnelwand einen 80 cm breiten, dränierten Arbeitsraum an. Es wurde zum Teil mit dem rückläufigen Stoß gearbeitet, und während die Sohlendichtung fünf Lagen nackte Pappe als Einlage erhielt, wurden auf die Wände drei Lagen Pappe und eine Lage Aluband im Gieß- und Einwalzverfahren aufgebracht. Die Deckendichtung besteht aus zwei Lagen Aluband als Einlage mit Gußasphalt in zwei Schichten als Schutz- und auch befahrene Verschleißschicht.
Dr.-Ing. Schmerber demonstriert an Hand von 35 Bildbeispielen die auch uns bekannten Fehler bei der Projektierung und Ausführung von Brückendichtungen. Eine auch für uns sehr wertvolle Anregung ist sein Vorschlag, die Abdichtungsarbeiter als Facharbeiter auszubilden — bis jetzt noch Anlernberuf —, das Aufsichtspersonal der Bauämter gründlich zu schulen und sogenannte Spezialtrupps zu schaffen, die in der Lage sind, Mängel an Bauwerken und deren Ursachen festzustellen und Abhilfe zu schaffen.

Besonders interessant ist der Beitrag von Kramer über den Velsener Tunnelbau. Hier wird eine beispielhafte Weiterentwicklung mit dem Ziel höherer Wirtschaftlichkeit beschrieben. Es wurden verfahrbare Stahlschalungen für die Betonarbeiten konstruiert und die Wanddichtungen mit sogenannten Klebeaufzügen aufgebracht. Die Mechanisierung der Abdichtungsarbeiten erlaubte eine Einsparung von Arbeitskräften um 50 Prozent. Die Tunnelabschnitte wurden im Taktverfahren fertiggestellt.

Wenn auch naturgemäß nicht alle Einzelheiten dieser Beiträge unterschrieben werden können, weil sie zum Teil unseren Erkenntnissen in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht nicht entsprechen, so ist es für den an der Abdichtungstechnik interessierten Baufachmann doch von größtem Wert, Arbeitsverfahren und Konstruktionen kennenzulernen, die bei uns nicht allgemein üblich sind. Das reichlich enthaltene Bildmaterial erläutert dabei sehr eingehend die behandelten Themen. Zöpfel

Neuzeitliche Haustechnik

Heft 5 der Schriftenreihe Guß und seine Verwendung

Herausgeber: Zentrale für Gußverwendung, Düsseldorf

Dieses Heft beschäftigt sich in erster Linie mit der Rationalisierung in der Haustechnik und dient nicht nur der Popularisierung von haustechnischen Einrichtungen, sondern auch zur allgemeinen Belehrung über den Sinn und Zweck der Wohnhygiene. Da in der Deutschen Demokratischen Republik die Haustechnik durch die Industrialisierung im Bauwesen und durch ihre Bedeutung in der Gesundheitspflege immer stärker hervortritt, wäre es zu begrüßen, ähnliche Broschüren zur Orientierung der Industrie und des Bauwesens sowie zur Aufklärung für weite Bevölkerungsschichten herauszugeben. Durch diese Aufklärungsarbeit würde erreicht, daß der spätere Wohnungsinhaber die technischen Belange der Ausrüstung kennt, und daß der planende Architekt immer über den jeweiligen Stand der Industrialisierung in der Haustechnik informiert ist.
An Hand von Planungsrichtlinien werden die Forderungen einer modernen Wohnhygiene aufgezählt und dem Architekten wertvolle Hinweise für die Einrichtung von Küchen und Bädern bei der Grundrißplanung gegeben.
Bei der Besprechung von Badeeinrichtungen wird an Hand von statistischen Ermittlungen in Westdeutschland gezeigt, wie wenig der Wert des Bades für die Gesundheitspflege bekannt ist und wie unterschiedlich die einzelnen Bevölkerungsschichten das Bad benutzen. Es ist zum Beispiel erstaunlich, daß in 4800 Haushaltungen mit eigenem Bad „regelmäßig" (einmal monatlich bis mehrmals wöchentlich) 12 326 Personen baden. Für diese 12 326 Personen werden jedoch nur 5976 Bäder bereitet, das heißt, daß durchschnittlich etwa 2 Personen das gleiche Badewasser benutzen; in extremen Fällen sind es sogar 5 bis 7 Personen. Angesichts dessen wäre es offensichtlich besser, zur Brauseeinrichtung als hygienisches Reinigungsbad überzugehen.
Bei den neuzeitlichen Badeeinrichtungen werden Fuß- und Sitzbadewannen sowie Mehrzweckbrausewannen und Brausewannen mit Gleitschutz besprochen.
Die moderne Küche als rationeller Arbeitsplatz wird mit Hilfe von Grundrissen und einer Tabelle über die Arten der Küchenarbeit und ihrer vorteilhaftesten Arbeitshöhen eingehend beschrieben.
Den Abschluß des Heftes bilden Aufsätze über den Rohrleitungsbau in der modernen Haustechnik sowie über die Herstellung von gußeisernen Abflußrohren und deren Abdichtung mit Hilfe von Strick-Blei und Gummirollen-Verbindungen. Letztere sind besonders erwähnenswert, da sie die Dichtwirkung erhöhen und die Einsparung von Arbeitszeit durch Fortfall der Verstrickungsarbeit ermöglichen.
Beim Rohrleitungsbau werden Planungsaufgaben, die Leitungsführungen, behördliche und technische Vorschriften, Konstruktion, Schall- und Frostschutz sowie die Montagedurchführung besprochen.
Stark beachtet wird auch die bei uns bereits seit langer Zeit durchgeführte Vorfertigung der einzelnen Rohrelemente. An Hand eines Diagramms werden die Verlustzeiten durch Stemmarbeiten als prozentualer Anteil an der Gesamt-Montagezeit, durch schlechte Arbeitsvorbereitung und Zusammenarbeit beschrieben. Außerdem wird der Platzbedarf von Rohrleitungen bei verschiedenen Anordnungen, bei der Verlegung frei vor der Wand, in gemauerten Schlitzen und in Rohrschächten mit Abschluß durch abnehmbare Platten gezeigt. Knobloch

Franz Wienke
Das große Baubuch — Steinbau
Bauen mit künstlichen und natürlichen Steinen, Beton, Stahl und Stahlbeton, Ausbauarbeiten
508 Seiten, 1087 Abbildungen
Georg-Westermann-Verlag 1953
38 DM

Die Entwicklung der Bautechniken hat das immer wieder neue Erscheinen von Handbüchern zur Folge, die sowohl dem Lernenden als auch dem bereits in der Praxis Stehenden nicht nur für die Möglichkeiten der Erfüllung von Zeitforderungen, sondern auch für die bei ihrer Nutzung zu beachtenden Vorsichtsmaßregeln ein übersichtlicher Wegweiser sind. Hierauf beruht der große Wert dieses Werkes.

Es umfaßt nicht nur die erprobten Erfahrungen der vergangenen Bauweisen, sondern berücksichtigt auch gleichberechtigt die Neuerungen unserer Tage. In dieser Forderung, das Neueste mit zu umfassen, liegt der Wert der Arbeit, wobei allerdings seit dem Erscheinen im Jahre 1953 die Technik unter den schon allein durch Holzmangel bedingten Fortschritten der Bautechnik und die überwiegende Schwerpunktverlagerung der Bauaufgaben vom Einzelbauwerk zur Großbaustelle und Massenfertigung verschiedene Probleme in Vordergrund gerückt haben, die vor Jahren eine wesentlich bescheidenere Beachtung in Anspruch nehmen konnten. Erwähnt seien zum Beispiel die Verwendung von vorfabrizierten Fertigteilen und die Plattenbauweise, der Skelettbau mit Kragplatte und mit in den Baukubus zurückverlegten Stützen beziehungsweise zurückverlegten Tragwerk.
Das Buch ist klar und überzeugend geschrieben und durch die Art seiner Illustration für den Anfänger leicht verständlich, aber auch für den alterfahrenen Praktiker anregend und wertvoll, wenngleich man auf so manche Fehler, die jungen Bauführern so oft durch Außerachtlassen von Naturgesetzen unterlaufen, gerne schärfer hingewiesen sähe: wie Wuchsrichtung, Härtegrad, Temperatureinflüsse, Volumenänderungen und Raumbeständigkeit, Haftspannungen und Bindungsdauer sowie gegenseitige Beeinträchtigungen der Baustoffe, Bewegungssicherungen von der Unterschneidung und Entlastungsfuge bis zur Baunaht, Vorfabrikation und Transportfragen bis zur Organisation der Großbaustelle, Fragen, die wohl in den späteren Teil behandelt werden und für den, der das ganze Buch aufmerksam liest, sich indirekt ergeben, aber für den Anfänger nicht klar genug herausgestellt sind.

Trotzdem ist das Ganze eine wertvolle Bereicherung der einschlägigen Literatur. Als Beweis hierfür sei die Einteilung der gewaltigen Materie mitgeteilt. Sie gliedert sich in Vermessungs-, Erd- und Gründungsarbeiten, Mauerwerk aus künstlichen Steinen, Schornsteine, Mauerwerk aus natürlichen Steinen, Beton und Stahlbeton, Holz und Stahl im Mauerwerk, Mauerbögen und Gewölbe, Treppen, Trockenhalten und Abdichten von Baukörpern, Aufbauarbeiten, vom Bau zum Beispiel der unterschiedlichen Verankerung, der Gesimse beim Haustein- oder Ziegelbau. Schubert

Herbert Voitel
Preisbildung und Kostenermittlung in der Bauindustrie
247 Seiten, 8 Abb.
Herausgeber: Deutsche Bauakademie, Zentrale Abteilung Hoch- und Fachschulen
Halbleder 9,80 DM

Dieses Buch von H. Voitel ist ein erster Schritt zu einem Gesamtüberblick auf dem Gebiet der Baupreisbildung und Kostenermittlung. Jedem Bauingenieur, Architekten und Bauschaffenden und darüber hinaus den Studierenden unserer Hoch- und Fachschulen des Bauwesens ist damit die Möglichkeit gegeben, sich mit den Fragen der Baupreisbildung und Kostenermittlung im Selbststudium zu befassen und die Kenntnisse zu vertiefen.
Da das vorliegende Werk, wie im Vorwort betont wird, als lehrplangebundenes Fachbuch für die Ausbildung technisch-ökonomischer Kader auf dem Gebiet des Bauwesens gedacht ist, hätte es methodisch besser gegliedert werden müssen. Die vom Verfasser gewählte Gliederung erschwert ein folgerichtiges, systematisches Studium und das Erkennen der Zusammenhänge der Preisbildung und der Kostenermittlung. Vor allem mußte der Verfasser die ökonomischen Kategorien Wert, Preis, Kosten eingangs ausführlicher und klarer behandeln. Bei der Darlegung der Kostenermittlung für die Bauproduktion wäre es vorteilhafter gewesen, im Rahmen der vorliegenden Arbeit die „überschlägliche Kostenermittlung“ nicht nur schlechthin als Kostenüberschlag zu benennen, sondern zugleich darauf hinzuweisen, daß es sich hierbei tatsächlich um einen Preisüberschlag handelt.
Der Autor weist auf Seite 19 sehr richtig darauf hin, daß die zuerst genannten Begriffe „überschlägliche Kostenermittlung“ und „exakte Kostenermittlung“ zur Bestimmung der gesellschaftlichen Kosten durch die Entwurfsbetriebe verwandt werden. Hierbei mußte die „überschlägliche Kostenermittlung“ als Kategorie der gesellschaftlichen Kosten gekennzeichnet und nicht einfach als „Kostenüberschlag“, sondern besser mit „Preisüberschlag“ bezeichnet werden. Bei der Verwendung der Begriffe „überschlägliche Kostenermittlung“ und „exakte Kostenermittlung“ wäre es günstiger gewesen, sofort darauf hinzuweisen, daß es sich hierbei um gesellschaftliche Kosten handelt. Der Autor hat sich teilweise zu stark an die in der Praxis üblichen Begriffe gehalten und versucht, diese mit den ökonomischen Kategorien in Übereinklang zu bringen. Das ist leider nicht ganz gelungen und erschwert daher Ingenieuren und Architekten das Erkennen des Inhalts und Wesens der ökonomischen Kategorien Wert, Preis und Kosten.
Auf Seite 20 wird zum Beispiel von Kosten gesprochen, ohne zu unterscheiden, ob es sich um gesellschaftliche oder individuelle (betriebliche Kosten beziehungsweise Selbstkosten) handelt. Auf Seite 21 schreibt der Verfasser, daß das Ziel der Nachkalkulation dazu diene, technologische Mängel der Baudurchführung zu erkennen. Diese Aussage engt die Bedeutung der Nachkalkulation ein. Eine Nachkalkulation soll dazu beitragen, alle Mängel, alle Produktionsverluste, ganz gleich welcher Art, zu analysieren beziehungsweise zu erkennen.
Die Darstellung der Hilfsmittel zur quantitativen Ermittlung der Kosten gibt einen guten Überblick über die gültigen gesetzlichen Bestimmungen und Anordnungen, die der Kostenermittlung zugrunde zu legen sind, und erleichtert somit Kostenplanern und anderen Sachbearbeitern die Arbeit. Die Erläuterungen zur Selbstkostenermittlung im Baubetrieb zeigen den Architekten und Bauingenieuren an Hand von Beispielen die Berechnung der Normenstunden für verschiedene Bauarbeiten. Das gleiche gilt auch für die Ermittlung der reinen Materialkosten sowie der Lade- und Transportkosten. Hierbei werden vor allen Dingen auch Nachwuchskadern des Bauwesens gute Hinweise gegeben.
Das gesamte 3. Kapitel ist zum Nachschlagen für alle Fragen der Selbstkostenermittlung im Ausführungsbetrieb geeignet. Die Ausführungen des Verfassers über die Ermittlung der gesellschaftlichen Kosten (Festpreise für die Bauproduktion) ermöglichen den Studierenden, Architekten und Ingenieuren, sich schnell in Fragen der Festpreisbildung zurechtzufinden.
Sehr anschaulich sind auch die Beispiele zur Ermittlung der gesellschaftlichen Kosten (der Festpreise). Sie erleichtern das Verständnis der Grundsätze der Preisbildung, weil zugleich Hinweise auf die grundlegenden Bestimmungen zur Preisbildung gegeben werden. Auch die Behandlung der Kostenüberschläge als Bestandteile der Grundprojekte, errechnet auf der Grundlage des umbauten Raumes (einschließlich der Berechnung des umbauten Raumes selbst beziehungsweise der überbauten Fläche), geben den Architekten, Bauingenieuren und vor allem auch den Absolventen der Hoch- und Fachschulen viele gute Hinweise.
Trotz einiger Mängel ist das Erscheinen des Buches als Nachschlagewerk und zum Selbststudium in Fragen der Baupreisbildung und Kostenermittlung sehr zu begrüßen, weil damit eine Lücke in unserer ökonomischen Bauliteratur geschlossen wurde. Das Buch wird auch dem großen Kreis von Bauwirtschaftlern die Arbeit bei der Preisbildung und Kostenermittlung erleichtern. Schugk

Betriebswirtschaftliche und Gesamtprobleme des Rechnungswesens in der volkseigenen Bauindustrie
Herausgeber: Deutsche Bauakademie, Institut für Technik und Ökonomie, in Verbindung mit dem Zentralen Arbeitskreis für das Rechnungswesen der volkseigenen Bauindustrie
Zusammenstellung und Bearbeitung: Joachim Judenhagen
Als Manuskript gedruckt, Informationsheft 9/1958, 272 Seiten

Das vorliegende Informationsheft vermittelt ein anschauliches Bild von der Arbeitstagung des Zentralen Arbeitskreises Rechnungswesen vom 25. bis 28. November 1958 in Rostock-Warnemünde. Hauptaufgabe der Tagung sollte es sein, die gegenwärtig wichtigsten Probleme im Rechnungswesen der Baubetriebe zu erörtern und Wege zu einer Vereinheitlichung, Vereinfachung und Verbesserung des Rechnungswesens zu suchen, die in den neuen Brancherichtlinien für die volkseigene Bauindustrie ihren Niederschlag finden sollen.
Die im Bericht veröffentlichten Referate und Diskussionsbeiträge streifen eine Vielzahl von Problemen des Rechnungswesens, angefangen bei der Kostenrechnung, Leistungsabrechnung, Gemeinkostenverrechnung und Abrechnung der Hilfs- und Nebenabteilungen über die Ermittlung und Differenzierung des Plangewinnes und Fragen der operativen Kostenkontrolle bis zur Betriebsanalyse und Materialrechnung.
Leider setzen sich einige Diskussionsredner kaum mit den Problemen der Rationalisierung und Verbesserung des Rechnungswesens auseinander. Sie registrieren nur, tragen zusammen und überbetonen die formulartechnische Seite des Rechnungswesens. Diese Feststellung trifft auf die Beiträge von V. Holubec (S. 68) über die Erläuterungen der Kostenartengruppen und von R. Scharein (S. 85) über die Abrechnung der Leistungen zu. In diesen Beiträgen werden nur bekannte Dinge wiederholt, zusammengefaßt und betriebliche Spezialprobleme erläutert.
Hervorzuheben sind dagegen die Beiträge von W. Hellwig, der sich mit dem Problem der Gemeinkostenverrechnung auseinandersetzt. Seine Ausführungen basieren auf einer Ausarbeitung des Kollegen Schneider, Hauptbuchhalter im VEB Bau (St) Plauen. Es wird die Richtigkeit der Verrechnungsbasis Lohn überprüft und festgestellt, daß zu einer exakten Gemeinkostenerfassung eine Differenzierung des Verrechnungssatzes erfolgen muß, und zwar nach Baufachgruppen, da diese sich vor allem hinsichtlich der Arbeitsproduktivität und der Technologie unterscheiden.
Bei der Großblockbauweise ist zum Beispiel der Lohnanteil gegenüber dem Material- und Abschreibungsanteil bedeutend niedriger als bei der traditionellen Bauweise.
Einen weiteren interessanten Beitrag liefert W. Hellwig zum Thema „Abrechnung der Hilfs- und Nebenabteilungen“. Er schlägt die Einrichtung einer fiktiven Abteilung (betriebliche Zwischenlagerung) vor. Dieser Vorschlag ist bei Erarbeitung der neuen Brancherichtlinien unbedingt zu beachten, da die Einrichtung einer solchen Abteilung es ermöglicht, bestimmte Kostenelemente einheitlich zu erfassen und zu verrechnen.
Hellwig geht auch auf das Problem der Verluste durch Reparaturkosten ein und stellt ganz richtig fest, daß die jetzige Form der Kostenerfassung nicht geeignet ist, zur Senkung der Reparaturkosten beizutragen. Der Vorschlag, die Stellen mit Reparaturkosten zu belasten, die tatsächlich auf die Senkung der Reparaturkosten Einfluß nehmen können, dürfte seitens der Praktiker Zustimmung finden. Hellwig erläutert auch eingehend die Möglichkeiten, diese Forderung in die Tat umzusetzen.
Bemerkenswert ist auch der Beitrag von W. Kutzner, der zum Thema „Ermittlung und Differenzierung des Plangewinnes“ Stellung nimmt. Er macht die Nachteile deutlich, die der jetzigen Form der Festlegung des Plangewinnes anhaften. Einen breiten Raum widmet er der Erläuterung der Möglichkeiten der Differenzierung des Plangewinnes, wobei es darauf ankommt, differenzierte Kostensätze für die einzelnen Baufachgruppen zu ermitteln, die dann im Finanzplan des Betriebes ihren Niederschlag finden. Danach muß der Fachgruppenkostensatz auf die einzelnen Baustellen differenziert werden. Dieser Vorschlag dürfte stark umstritten sein, da diese Maßnahme selbstverständlich einen höheren Arbeitsaufwand erfordert. Dem größeren Aufwand steht allerdings der Vorteil gegenüber, daß auf diese Weise jede Baustelle ganz konkrete Unterlagen in die Hand bekommt, welchen Anteil sie zur Erreichung des Plangewinnes des Betriebes beisteuern muß. Das wirkt sich positiv auf das gesamte Betriebsergebnis aus.
Ein sehr interessantes Problem schnitt R. Wenzel in seiner Diskussionsrede an. Er behandelte die Frage der operativen Kostenkontrolle. Der Kern dieser Frage besteht darin, ob es möglich ist, die wirtschaftliche Rechnungsführung bis zur untersten Produktionseinheit, das heißt bis zur Brigade, durchzusetzen.
Diese Frage wird positiv beantwortet und an Hand der Erfahrungen des VEB Bau (St) Erfurt erläutert.
Unbedingt zu erwähnen und hervorzuheben ist auch der Beitrag von H. J. Deimig zur Selbstkostenkalkulation in Verbindung zur Kostenrechnung und Nachkalkulation. Die Darstellung erfolgt am Beispiel der Taktbaustelle in Wittenberg. Viele Praktiker werden diesen Beitrag begrüßen, da hier wirklich viele neue Probleme berührt werden, die sich für das betriebliche Rechnungswesen bei der Taktbauweise ergeben.
Weniger aussagekräftig sind die Ausführungen von H. Kuhne. Er befaßt sich mit dem Kapitel Betriebsanalyse und erläutert die praktische Durchführung der Betriebsanalyse an einem Beispiel. Dieses Beispiel liegt dem Leser jedoch nicht vor, und aus den Vor- und Nachbemerkungen kann man sich kein rechtes Bild machen.
Nicht richtig ist, ökonomischen Nutzeffekt, Normerfüllung und Kostensatz schlechthin als Kennziffern zu bezeichnen. Die Aussage über den ökonomischen Nutzeffekt kann nicht mit einer einzigen Kennziffer erfolgen, sondern umfaßt ein ganzes Kennziffernsystem.
Die Diskussionsbeiträge des Kollegen Hebel zu „Grundsätzen der Entwicklung der Bauindustrie“, des Kollegen Kortmann über die „Änderung der Brancherichtlinien“ und des Kollegen Dr. Ketman hätten unbedingt an den Anfang gehört, da durch diese Beiträge die Diskussion zielstrebiger auf das Neue orientiert worden wäre. Es ging doch darum, die Voraussetzungen für die Veränderung und Verbesserung der Brancherichtlinien zu schaffen. Probleme des Rechnungswesens in den Bau- und Montagekombinaten, bei der Serienfertigung nach der Taktbauweise und so weiter sind aber gar nicht oder nur in einzelnen Beiträgen zur Sprache gekommen. Das ist ein Mangel der vorliegenden Veröffentlichung.
Die Diskussion im Plenum (S. 249—255) ist wenig aufschlußreich und hätte nicht zu veröffentlicht werden brauchen. Der vorliegende Bericht erfüllt jedoch seine Aufgabe, über diese wichtige Tagung des Rechnungswesens zu informieren und einen Einblick in den derzeitigen Entwicklungsstand des Rechnungswesens in der volkseigenen Bauindustrie zu geben. Durch die Vielzahl der behandelten Probleme dürften allen Kollegen, die im Bereich des betrieblichen Rechnungswesens tätig sind, brauchbare Anregungen für die Verbesserung ihrer Arbeit gegeben werden. Mühle

Plakatwettbewerb für die Internationale Gartenbauausstellung

Zur Zeit läuft in unserer Republik ein Plakatwettbewerb für die Internationale Gartenbauausstellung, zu dem alle Grafiker, Architekten und Künstler aufgerufen sind. Gefordert wird ein Plakat, das der großen Bedeutung der von April bis Oktober 1961 stattfindenden I. Internationalen Gartenbauausstellung der sozialistischen Länder gerecht wird.

Erforderlich ist ein Entwurf im Hochformat 59,4 x 84,1 cm zur Ausführung im Offsetdruck bis zu acht Farben. Gleichzeitig soll er ein Emblem enthalten, das als Werbe- beziehungsweise Firmenzeichen der Internationalen Gartenbauausstellung der Deutschen Demokratischen Republik vielseitige Verwendung finden kann. Zu berücksichtigen ist, daß der Text auch in andere Sprachen übersetzt werden soll.

Folgende Preise wurden ausgesetzt: **1. Preis 4000 DM, 2. Preis 2500 DM 3. Preis 1250 DM**

Über die Entwürfe, die bis zum 31. März 1950 an die Leitung der Internationalen Gartenbauausstellung der Deutschen Demokratischen Republik, Erfurt-Cyriaksburg, einzusenden sind, entscheidet am 12. April eine Jury, der namhafte Persönlichkeiten angehören. Nähere Auskünfte erteilt der Verband Bildender Künstler.

Vorträge und Ausstellungen

Ausstellung von Typenentwürfen zur II. Internationalen Tagung über Typenprojektierung in den Räumen der Deutschen Bauausstellung Berlin

Vom 10. bis 14. September 1959 fand in Leningrad die II. Internationale Tagung über Typenprojektierung statt, zu der die acht Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Volksrepublik Albanien, Volksrepublik Bulgarien, Ungarische Volksrepublik, Deutsche Demokratische Republik, Volksrepublik Polen, Rumänische Volksrepublik, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Tschechoslowakische Republik, sowie zwei Beobachterländer, Volksrepublik China und Koreanische Volksdemokratische Republik, in Bildtafeln die Erfolge und Erfahrungen auf dem Gebiet der Typenprojektierung ausstellten. Diese Ausstellung wurde am 7. Dezember 1959 vom Staatssekretär Kosel in Anwesenheit der Delegierten der III. Tagung der Ständigen Kommission Bauwesen im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in den Räumen der Deutschen Bauausstellung Berlin eröffnet.

Auf fast 400 Tafeln wurden Typenprojekte des Wohnungs-, gesellschaftlichen, landwirtschaftlichen, Industrie- und Verkehrsbaus dargestellt, die in den ausstellenden Ländern in den letzten Jahren ausgearbeitet wurden. Weiterhin wurden Typenbauelemente und methodische Unterlagen über Maßordnung und Typung gezeigt.

Die Sowjetunion steht inhaltlich und in bezug auf die Menge der gezeigten Tafeln an der Spitze, es wurde eine Reihe getypter Industrieanlagen gezeigt, wobei eine strenge Unifizierung der technologischen Parameter eingehalten ist. Ebenso wurden neue Projekte für Wohnungs-, gesellschaftliche und landwirtschaftliche Bauten gezeigt. Als neue Entwicklung müssen die Bestrebungen zur Unifizierung von Industriebauten verschiedener Nutzungszwecke angesehen werden, wozu die Maßreihen und die Bauelemente getypt werden. Besonders interessant waren die auf besonderen Tafeln gezeigten Illustrationen zur Einführung von Großmodulen und eines vereinheitlichten Grundrißnetzes, der für alle Gebäudearten gültig sein soll.

Die Tschechoslowakische Republik stellte eine Statistik der Anwendung von Typenprojekten aus, die davon zeugt, wie entschieden sich dieses Prinzip im Bauwesen durchsetzt. Außer einer Reihe von Typenwohnhäusern und landwirtschaftlichen Bauten sind die Universal-Industriegebäude interessant, durch deren Verwendung die Voraussetzung zur Massenfertigung getypter Bauelemente geschaffen wird.

In der Tschechoslowakischen Republik geht also eine ähnliche Entwicklung vor sich, wie sie jetzt in der Deutschen Demokratischen Republik angestrebt wird, in der das Schwergewicht der Typisierung im Industriebau auf Mehrzweckbauten gelegt wird. Außer Typenwohnhäusern in Großblock- und Großplattenbauweise und anderen Typenprojekten zeigten die Tafeln der Deutschen Demokratischen Republik ein auf dem Großraster 6 m aufgebautes, mehrgeschossiges Lagergebäude des Chemiewerkes Buna. Beachtenswert ist die Darstellung der einheitlichen Methode zur Ermittlung der technischwirtschaftlichen Kennzahlen für die Einschätzung der Entwürfe für bauliche Anlagen, die von der deutschen Delegation in der Ständigen Kommission für Bauwesen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ausgearbeitet und der II. Typentagung zur Beurteilung vorgelegt wurde.

Die Volksrepubliken Albanien und Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Volksrepublik Polen und die Rumänische Volksrepublik zeigten im wesentlichen landwirtschaftliche und Wohnungsbauten, wie sich wohl überhaupt das Prinzip der Typisierung in diesen Gebieten schneller durchgesetzt hat als im Industrie- und Verkehrsbau. Eine Ausnahme bilden Spezialelemente für die Energieübertragung, Maste für Hochspannungsleitungen, Transformatorenstationen und andere, die sowohl von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als auch von den Volksrepubliken Ungarn und China gezeigt wurden. Es könnte erwogen werden, ob auf diesem Gebiet nicht eine Vereinheitlichung der Parameter und Konstruktionen im internationalen Maßstab angestrebt und damit eine hochgradig mechanisierte Fertigungstechnologie erzielt werden könnte.

Von den als Beobachtern an der II. Typentagung teilnehmenden Ländern stellte die Volksrepublik China eine Reihe von Typenprojekten für Industriebauten sowie für einige Wohnhäuser aus, die Koreanische Volksdemokratische Republik im wesentlichen außer Wohnhäuser Typenreihen gesellschaftlicher Bauten.

Der Besucher aus der Deutschen Demokratischen Republik erhielt durch das ausgestellte Bildmaterial eine Fülle von Anregungen für seine Arbeit beim Projektieren und Bauen und gewinnt die Überzeugung, daß durch den internationalen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Typenprojektierung und des Bauwesens überhaupt große Reserven für die Wirtschaft realisiert werden können.

Es ist zu hoffen, daß das sehr interessante und wertvolle Bildmaterial mit entsprechenden Erläuterungen in Buchform in deutscher Sprache herausgegeben und so den deutschen Bauschaffenden zur Verfügung gestellt wird. Münz

Berichtigung: Der Leiter des Kollektivs aus dem vormaligen VEB Hochbauprojektierung (Z) Berlin, das bei dem Wettbewerb Zentrum Berlin mit einer Anerkennung ausgezeichnet wurde („Deutsche Architektur", Heft 1/1960, S. 31 bis 33), heißt Martin Wimmer.

Aus dem BDA und seinen Bezirksgruppen

Wir gratulieren

Architekt BDA Paul Bräunlich, Weimar
1. 4. 1890, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Gerhard Laake, Dittmannsdorf/Flöha
3. 4. 1910, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Oskar Köster, Berlin
4. 4. 1905, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Carl Fugmann, Erfurt
4. 4. 1885, zum 75. Geburtstag

Architekt BDA Helmuth Lichey, Markkleeberg
7. 4. 1910, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Friedrich Sonntag, Zwickau
9. 4. 1900, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Eberhard Naumann, Dresden
9. 4. 1905, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Erich Werner, Erfurt
9. 4. 1895, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Hans Füllgrabe, Erfurt
11. 4. 1895, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Arthur Bock, Schkeuditz
14. 4. 1905, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Helmut Wächter, Dresden
15. 4. 1910, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Heinrich Göller, Leipzig
15. 4. 1910, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Walter Litzkow, Stralsund
18. 4. 1900, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Dr.-Ing. Werner Vollrath, Berlin
20. 4. 1895, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Kurt Röthig, Dresden
21. 4. 1910, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Erich Grunau, Greiz
22. 4. 1895, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Gustav Werner, Bad Liebenstein
27. 4. 1890, zum 70. Geburtstag

Dipl.-Architekt BDA Waldemar Heinrichs, Berlin
28. 4. 1895, zum 65. Geburtstag

Berlin

Bildung einer Fachgruppe Innenarchitektur und Ausbau innerhalb des Bundes Deutscher Architekten

Der universelle Architekt, der sowohl den Städtebau, die Typenprojektierung, die Fassadengestaltung als auch die Gestaltung des Innenraumes bis zu den Ausstattungsgegenständen gleichermaßen beherrscht, wird zur immer selteneren Ausnahme. Die ständig wachsenden und sich differenzierenden Forderungen funktioneller Art bringen im Zusammenhang mit der rasch und allseitig fortschreitenden Industrialisierung, die mit neuen und strengen Forderungen an die Gestaltung herantritt, eine fortschreitende Arbeitsteilung und Spezialisierung mit sich. Als ein Zeichen dafür kann auch die Tagung der Innenarchitekten gelten, auf der sie sich im Dezember vorigen Jahres zu einer zentralen Fachgruppe Innenarchitektur und Ausbau innerhalb des Bundes Deutscher Architekten zusammengeschlossen haben.

Dieser Zusammenschluß wird die Frage nach der Notwendigkeit einer solchen Fachgruppe aufwerfen. Ihre Beantwortung hängt davon ab, ob man dem Gebiet Innenarchitektur und Ausbau eine gesonderte oder überhaupt abgrenzbare Existenz innerhalb der Architektur und des Bauwesens zugesteht oder nicht. Im Kreis der Teilnehmer, der sich neben den Vertretern der Hoch- und Fachschulen aus Mitarbeitern der Hochbauprojektierungsbüros, des Schiffsausbaus und der Entwurfsbüros der volkseigenen Möbelindustrie zusammensetzte, gab es darüber weniger Meinungsverschiedenheiten als darüber, was unter Innenarchitektur zu verstehen sei.

Die vertretenen Arbeitsgebiete waren also so verschieden, daß das Gemeinsame zwar ziemlich allgemeiner, aber gerade dadurch sehr wesentlicher Natur war, nämlich die Bemühung um die funktionell und ästhetisch höhere Qualität jeder Art von Innenräumen: Wohnungen, Läden und andere Nachfolgeeinrichtungen, gesellschaftlich genutzte Räume, Fahrgasträume in öffentlichen Verkehrsmitteln und so weiter. Das ist immerhin ein Komplex, dessen Spannweite und Bedeutung ein Abstecken innerhalb des Gesamtgebietes Architektur und einen Zusammenschluß der daran Arbeitenden allein rechtfertigen würde.

Wichtiger aber erscheint ein anderer Gesichtspunkt. Die meisten der Eingeladenen sahen sich zum erstenmal. Die Möbelentwerfer wußten nichts von denen, die Schiffskabinen ausstatten, die in der Hochbauprojektierung Arbeitenden nichts von der Arbeit in den Entwurfsbüros der Industrie. Es ist aber notwendig und nützlich, daß alle, die an ein und derselben Sache arbeiten, ein Forum haben, auf dem gemeinsame Fragen erörtert und Probleme gelöst werden können. Diese gemeinsame Sache ist der für den Aufenthalt von Menschen bestimmte Innenraum. Es ist notwendig, daß die Hauptprojektanten Kenntnis von den Problemen haben, welche die Rekonstruktion der Industriezweige, die Spezialisierung und Standardisierung, mit sich bringen, daß die Möbelentwerfer über die Wohnungstypen der nächsten Jahre genau Bescheid wissen, daß über den Begriff der sozialistischen Wohnkultur im großen und ganzen Klarheit herrscht.

Eine weitere Aufgabe, der sich die Fachgruppe verpflichtet fühlt, ist die Verbindung mit der Bevölkerung, um einen lebendigen Kontakt herzustellen, Anregungen zu empfangen und aufklärend und beratend in den Bezirken zu wirken. Durch regelmäßige Wohnberatung und Einrichtung ständiger Ausstellungen soll eine umfangreiche Erziehungsarbeit geleistet werden, um den Boden für eine sozialistische Wohnkultur zu bereiten und um den Sinn für das angemessene Verhältnis zwischen dem Menschen und seiner gegenständlichen Umwelt sowie für ein allgemeines Unterscheidungsvermögen, besonders hinsichtlich der kulturellen Wertigkeit, zu wecken. Geplant ist auch die Ausarbeitung populärer Vortragsreihen mit entsprechendem Bildmaterial für Schulen, Volkshochschulen und vielleicht sogar, ähnlich wie es in der Sowjetunion bereits praktiziert wird, während der militärischen Ausbildung. Als Themen

kommen unter anderem in Betracht: Die Einrichtung der Wohnung, richtige Beleuchtung, die Farbe im Raum. Weiterhin soll die Fachgruppe an der Entwicklung neuer Kader an den Hoch- und Fachschulen beratend mitwirken und um die fachliche und ideologische Qualifizierung der Kollegen bemüht sein.

Der gewählte Vorstand muß jetzt einen Arbeitsplan aufstellen, wobei von den Aufgaben auszugehen ist, die im Gesetz über den Siebenjahrplan dem Bauwesen, der Leichtindustrie — besonders der Möbelindustrie — und der allgemeinen kulturellen Entwicklung gestellt sind. Aus diesen drei Komponenten setzt sich der Inhalt dessen zusammen, was Innenarchitektur und Ausbau für die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zum Jahre 1965 beizutragen haben. Da ein eigenes Fachorgan gegenwärtig noch nicht erforderlich scheint, wurde vorgeschlagen, die Zeitschrift „Deutsche Architektur" als Organ für den Meinungsaustausch über Fragen von allgemeinem Interesse zu benutzen.

Bergner

Rostock

Diskussion über den Kompositionsplan der Stadt Rostock

Auf der Bundesvorstandssitzung des Bundes Deutscher Architekten in Heiligendamm im September 1959 stand der Aufbau des Rostocker Stadtzentrums auf der Tagesordnung. Die Diskussion ging jedoch folgerichtig auf die gesamte Grundkonzeption der Stadtentwicklung über, wie sie in einer Ideenskizze von der Rostocker Stadtplanung vorlag. Hierbei traten einige Vorstandsmitglieder gegen die neue Konzeption auf, und es wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe des Bundesvorstandes zur Untersuchung dieser Fragen zu bilden. In allen Bezirksgruppen sollten Diskussionen über die Stadtkonzeption von Rostock veranstaltet werden, um die Arbeitsgruppe durch eine breite Meinungsäußerung zu unterstützen.

In Rostock fand diese Diskussion an einem gut besuchten Abend mit lebhafter Beteiligung am 13. November 1959 statt.

Der im Jahre 1952 vom Ministerrat bestätigte Flächennutzungsplan enthält die frühere Konzeption. Diesem Plan zufolge wurde das linke Warnowufer fast vollständig durch die Schiffbauindustrie, das Fischkombinat und den Überseehafen besetzt. Die landseitigen Verbindungen des Hafens, vor allem die Eisenbahn, verliefen durch die Stadt. Die Stadt erweiterte sich im Westen (Reutershagen) und im Süden sowie durch Ausbau von Gehlsdorf, Toitenwinkel und Dierkow im Norden. Durch die Bebauung des Nordufers hinter der bestehenden aufgelockerten ein- und zweigeschossigen Bebauung sollte ein Gegenüber zum historischen Stadtzentrum entstehen. Die Wohngebiete sollten den südöstlichen Zipfel der Unterwarnow umschließen. Eine Brücke bildete den Schlußstein dieser Komposition. Eine Wachstumsgrenze der Stadt wurde bei 200000 Einwohner angenommen.

Heute hat die Stadt 150000 Einwohner, das sind 50000 mehr als 1945. Sie hat sich entsprechend dem Plan von 1952 nach Westen erweitert. Wir bauen gegenwärtig in Reutershagen II, nachdem Reutershagen I seit 1953 im Bau war. Wir werden 1961 bis 1963 die Südstadt mit 5000 Wohnungseinheiten bauen; dort entstehen zugleich Gebäude der Universität und das Stadtkrankenhaus. Die Wachstumsgrenze der Stadt ist noch nicht endgültig festgelegt, da die Stadtökonomik noch in Arbeit ist. Im Rahmen der Stadtökonomik ist jedoch auch an den Städtebauer die Frage gestellt, wie groß nach den topographischen, geologischen, verkehrstechnischen, stadttechnischen und kompositorischen Möglichkeiten die Stadt werden kann.

Für die Beantwortung dieser Frage haben sich seit 1952 zwei Haupttatsachen herausgestellt, von denen man nunmehr ausgehen muß.

Bei der Erweiterung der Bebauungsgebiete der Stadt kann man heute nicht nur den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs berücksichtigen, sondern es müssen auch Flächen für die notwendige Auflockerung der bestehenden Stadtgebiete ausgewiesen werden, um in der Perspektive die als Richtzahl gegebene Wohnfläche von 11 m^2/EW zu erreichen. Dies ist die eine Haupttatsache.

Diese Auflockerung ist in Rostock in starkem Maße erforderlich. Das ist begründet durch den schlechten Wohnstandard in Rostock aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und durch die zweite schnelle Wachstumszeit unserer Stadt, als die Rüstungswerke Heinkel und Arado zum Bau von vielen Wohnungen zwangen. Hinzu kam die vierzigprozentige Beschädigung oder Zerstörung von Wohnraum im zweiten Weltkrieg und das rapide Wachstum unserer Einwohnerzahl durch den Aufbau der sozialistischen Schiffbauindustrie, des Fischkombinates und des Dieselmotorenwerkes, die Vervierfachung der Studentenzahl an der Universität, die neuen Aufgaben als Bezirkshauptstadt und jetzt als Hauptüberseehafen der Deutschen Demokratischen Republik. Die erforderliche Auflockerung wird durch Wohnraumerhebungen, Feststellungen des Bauzustandes, Durchplanung vorhandener Stadtgebiete nach den Richtlinien für sozialistische Wohnkomplexe ermittelt und kann schon jetzt grob auf ein Drittel geschätzt werden. Das heißt, daß von 150000 Einwohner in bestehenden Wohngebieten 50000 aus beengten Wohnverhältnissen ausgesiedelt werden müssen, um 11 m^2/EW zu erreichen. Zu diesen Maßnahmen werden in Zukunft auch andere Gründe zwingen, wie Abbruch baufälliger und nicht sanierungswerter Gebäude (sie finden sich in großen Komplexen nördlich der Langen Straße, in der Kröpelinertorvorstadt und im Zuge der geplanten Nord-Süd-Magistrale), ferner Abbrüche für zwingend notwendige Verkehrslösungen und schließlich Abbrüche oder Umbauten zur Gewinnung von Platz für erforderliche Folgeeinrichtungen.

In der von der Stadtplanung Rostock vorgeschlagenen Konzeption ist Platz für 50000 Einwohner aus der Auflockerung und 50000 Einwohner für den möglichen Zuwachs (bis 1965 durch Geburtenüberschuß allein 10500 Einwohner). Die Flächen befinden sich in Reutershagen II (11000 Einwohner), Südstadt (19000 Einwohner), Gehlsdorf (10000 Einwohner), Dierkow (5000 Einwohner) und zwischen Schutow und Warnemünde (50000 bis 60000 Einwohner).

Bei der Beurteilung des Vorschlages, zwischen Schutow und Warnemünde ein so bedeutendes Wohngebiet zu entwickeln, muß man von der zweiten Haupttatsache ausgehen, das ist die Lage und die Entwicklung des in Bau befindlichen Überseehafens. Dieser wird entgegen der Konzeption von 1952 und verschiedenen anderen Vorschlägen auf dem rechten Ufer der Warnow in günstiger kurzer Verbindung zur See angelegt. Er hat ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten sowohl für den Handelshafen als auch für den Ölhafen und den Industriehafen sowie für die rückwärtige Verbindung über Gleis- und Autobahn ohne Behinderung und Störung der Stadt.

Dadurch, daß der Hafen mit seinen verschiedenen Abschnitten und den für hafengebundene Industrien zu reservierenden Flächen das rechte Warnowufer besetzt, ergibt sich wie von selbst die Entwicklung der notwendigen Wohnbebauung auf dem linken Ufer des Flusses. Es entsteht somit eine größere Stadtkomposition, die die gesamte Flußmündung von der Wasserverbreiterung bei der historischen Altstadt bis hinunter nach Warnemünde umfaßt. Das neue Wohngebiet liegt auf der Seite der Hauptwinde und dem Hafen gegenüber. Dazwischen breiten sich die Warnowniederung mit Erholungsflächen am Wasser und der belebte Unterlauf des Flusses. Der Schwerpunkt des neuen Wohngebietes kann etwa gegenüber dem Personenkai des neuen Hafens angeordnet werden, so daß sich dem von See Anreisenden ein Teil des neuen Rostock im Panorama darbietet. Zum historischen Zentrum mit seinen neuen Dominanten bestehen von Lütten-Klein aus ebenso gute Sichtbeziehungen wie zu den neuen Wahrzeichen der Arbeit: der Kabelkrananlage der Warnow-Werft, den Kränen und Masten im neuen Hafen oder den Hallen des Fischkombinates und den hochragenden Kränen der Neptun-Werft. Die enge Beziehung zu dem sommerlichen Kultur- und Erholungszentrum Warnemünde liegt ebenso nahe wie die Verbindung zu einem neu zu schaffenden Wassersportgebiet links der Warnow gegenüber dem neuen Hafen.

Was Gehlsdorf und Dierkow betrifft, so können sie unter Berücksichtigung erforderlicher Schutzabstände von den Bahn- und Industrieanlagen des Hafens und von unbebaubaren Niederungsgebieten beschränkt erweitert werden. Diese neue Bebauung, die zeitlich noch nicht festliegt, sollte mit hohen Gebäuden die offene aufgelockerte Altbebauung und ihre Gärten überragen und somit zu anderen Dominanten im Zentrum, in Reutershagen, in der Südstadt, in Lütten-Klein und im Hafen Sichtbeziehungen aufnehmen. Die ihnen zum Wasser zu vorgelagerten Gärten und öffentlichen Grünflächen entschädigen den alten Stadtkern teilweise dafür, daß von der Neptun-Werft über die Kläranlage, das Kraftwerk Bramow, den Schlachthof bis zum Fischkombinat der offene Zugang zum Wasser am linken Ufer für immer verbaut ist.

Die neuen Wohngebiete zwischen Warnemünde und Schutow sollen in Grünzüge eingehüllt werden, die sich südlich an Reutershagen vorbei bis zum Barnetorfer Wald erstrecken. Neben der Bahn-, Nahverkehrs- und Wasserverbindung zwischen dem alten Stadtkern und den nördlichen Wohngebieten wird somit eine erholsame Wanderverbindung geschaffen werden.

Colden

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Akustische Isolierungen

ASTIK — **Löbau/Sa.**, Günther Jähne, KG, Vorwerkstr. 5, Tel. 37 49

Asphaltbeläge

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Ausführung sämtlicher Asphaltarbeiten, Salzstr. 29, Tel. 3 23 82

Leipzig, Asphaltwerk Rob. Emil Köllner, Bitumenfußbodenbelag AREKTAN gemäß DIN 1996 für Straßen, Industriebau usw. N 24, Abtnaundorfer Straße 56, Tel. 6 55 62

Aufzugs- und Maschinenbau

Leipzig, VEB Schwermaschinenbau S. M. KIROW, Leipzig W 31, Naumburger Straße 28, Tel. 4 41 21, FS 05 12 59 Personenaufzüge, Lastenaufzüge sowie Kranken- und Kleinlastenaufzüge

Aufzüge

Leipzig, Willy Arndt, Kom.-Ges., Aufzügefabrik, Aufzüge für Personen- und Lastenbeförderung, N 25, Mockauer Straße 11—13, Tel. 5 09 07

Bauglas

Gräfenroda/Thür., VEB Glaswerk, Tel. 3 20 Gräfenroda; Glasdachziegel, Prismenplatten, Glasbausteine, Normalformat hohlgepreßt

VEB GLASWERK HOSENA — **Hosena/Lausitz** VEB Glaswerk, Prismenplatten für begeh- und befahrbare Oberlichte für Industriebauten

Baukeramik

Meißen/Sa., VEB Plattenwerk „Max Dietel", Neumarkt 5, Tel. 34 51

Betonfertigteile

Bad Liebenwerda, Liebenwerdaer Betonwarenfabrik Paul Weiland, KG, Schloßäcker Str. 9, Telefon 5 27, Fertigteile für Hausschornsteine

Beton- und Stahlbetonbau

CF GRÜNAU — **Berlin-Grünau**, Chemische Fabrik Grünau (Tel. 64 40 61) Bautenschutzmittel Korrosionsschutz Technische Beratung kostenlos

Bodenbeläge

Auerbach i. V., Bauer & Lenk, KG, Parkett-Fabrik, Karl-Marx-Straße 45, Tel. 27 05

EK — **Berlin N 4**, Erich Klockow, Benzin-,Öl-und Dieselkraftstoff-beständiger Fußboden, Luisenstr. 14/15, Fernruf 42 47 82

Berlin-Friedrichsfelde, KEDU-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

STEINHOLZ KÖHLER — **Berlin-Niederschönhausen**, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Dresden, Otto Reinsch, Cellubit-Papierstein, Betex-Kunstharzspachtel u. a., Industriegelände, Tel. 5 41 75

Dresden, Rowid-Gesellschaft Dietz & Co., Rowidfußböden, Spachtelbeläge, Porenrowid-Baufertigteile, Ruboplastic-Spannteppiche, Bautzner Straße 17, Tel. 5 33 23

Forst/Lausitz, Produktionsgenossenschaft der Fußbodenleger, Rowid-Fußböden, Spachtelbeläge und PVC-Bodenbeläge, Muskauer Straße 50, Tel. 4 49

Hirschfeld, Kr. Zwickau/Sa., Parkettfabrik Hirschfeld, Produktionsstätte der Firma Bauer & Lenk, KG, Auerbach i. V., Tel. Kirchberg 3 57

Hohenfichte, Kr. Flöha/Sa., „Parkettfabrik Metzdorf", Herbert Schwarz, Tel. Augustusburg 2 19

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Steinholzfußböden, Linolestriche, PVC- und Spachtelbeläge, Industrieböden, Rosa-Luxemburg-Straße 8, Ruf 5 10 49

Oberlichtenau, Michael's PVA-Fußbodenspachtel — ein fugenlos glatter, trittfester und raumbeständiger Spachtelbelag für alle unnachgiebigen Unterböden. Beratung durch das Lieferwerk Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

Brunnenbau

Elsterwerda, Otto Schmalz, KG, Elsterstraße 1, Großbrunnenbau, Tiefbohrungen, Baugrundbohrungen, Grundwasserhaltungen, Horizontalbohrungen

Bücher — Zeitschriften

Berlin, Buchhandlung Handel und Handwerk Erwin Röhl, N 4, Chausseestraße 5, Tel. 42 72 63

Berlin, Buchhandlung für Kunst und Wissenschaft, kostenloser Prospektversand, W 8, Clara-Zetkin-Straße 41

Bürogeräte

PhW — **Dresden**, Philipp Weber & Co., KG, Arbeitsplatzleuchten, Telefon-Scherenschwenkarme, Chemnitzer Straße 37, Tel. 4 69 47

Dachanstriche

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Dachklebemasse

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Estriche und Steinfußböden

STEINHOLZ KÖHLER — **Berlin-Niederschönhausen**, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Leipzig, Iwan Otto Kochendörfer, Papiersteinfußböden, C 1, Str. d. Befreiung 8. Mai 1945 Nr. 25, Tel. 6 38 17

Leipzig, Gerhard Tryba, Terrazzofußböden, Spezialböden für Rollschuh-Laufbahnen, W 31, Naumburger Straße 45, Tel. 4 18 11

Farben und Lacke

CF GRÜNAU — **Berlin-Grünau**, Chemische Fabrik Grünau (Tel. 64 40 61) Silikatfarben Technische Beratung kostenlos

Oberlichtenau, MICHAEL Lacke — Chem.-techn. Werke Böhme & Michael Lack-und Farbenfabrik Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

bieten jederzeit Beratung in allen Fragen der zeitgemäßen Anstrichtechnik

Fenster

Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt" Markisoletten, Rollschutzwände Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Fensterbeschlag

Erbe DREH-KIPP — **Schmalkalden/Thür. Wald**, Joseph Erbe, KG, Striegelfabrik, gegr. 1796, Dreh-Kipp-Fensterbeschlag — die ideale Belüftung —

Festhartbeton

Leipzig, Weise & Bothe, Duromit, Festhartbeton. W 43, Bahnhof Knauthain, Ladestraße

Flachglasveredelung

Hoyerswerda/OL., Erich Bahrig, Flachglasveredelung, Möbelglas, Beleuchtungsglas, Glasbiegerei, Kozorstraße 3

Weißwasser/OL., Otto Lautenbach, Flachglasveredelung, Gablenzer Weg 18 **Spezialität:** Möbelgläser, Küchengläser, Türgläser

Fotobücher — Fotozeitschriften

Halle (Saale), fotokinoverlag-halle, Mühlweg 19

Fugenvergußmasse

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Fußbodenbelag

Peitz/NL., Johannes Raunick, Lignoplast-Werk, Fußboden- und Wandverkleidungen aus Edelholzabfällen, Ziegelstraße 10, Tel. 3 75

Fußbodenpflegemittel

Lutherstadt Wittenberg, Rothemarkt 7-9
Sigella — Bohnerwachs
Noxon — Hartwachs
Noxon — Steinholzpaste
EB 7 — insektizide Bohnerpaste
Emulwachs — für Gummibeläge

Magdeburg, VEB Bona-Werk, Feste Bohnerwachse und Parkettreiniger für alle Fußböden geeignet

Gartenplastiken

Rochlitz/Sa., Gebrüder Heidl, Tel. 1 31 Gartenplastiken aus Natur- und Betonwerksteinen, Katalog frei

Gewerbliche und industrielle Einrichtungen

Friedrichroda/Thür. Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Filmwände, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82

Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Glaserkitt

Magdeburg, VEB Bona-Werk, Glaserkitt aus reinem Leinöl. Zu beziehen über DHZ-Grundchemie

Glasvlies-Dachbelag

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Harmonika-Türen

Karl-Marx-Stadt, Max Schultz, Tel. 4 03 23

Hartbeton

Berlin-Friedrichsfelde, K E D U-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Haustechnik

Leipzig, VEB Montagewerk, Leipzig C 1, Bitterfelder Straße 19, Ruf 5 07 57

Werk II
Dresden, VEB Montagewerk Leipzig
Dresden A 45, Pirnaer Landstraße 23, Ruf 2 82 50

Wir montieren:
Heizungs-, Lüftungs- und Rohrleitungs-Anlagen, Be- und Entwässerungen, Glas- und sanitäre Anlagen.
Spezialbetrieb für die Einrichtung von Krankenhäusern, Kliniken und Kulturhäusern

Heizungsbau

Cottbus, Ing. Hans Kopf, Heizungsbau und Rohrleitungsbau, Rennbahnweg 7, Tel. 27 11

Karl-Marx-Stadt, Dipl.-Ing. Paul Schirner, KG, wärmetechnische Anlagen, Freiberger Straße 20, Ruf 4 06 61

Holz und Holzplatten

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Industriefußböden

Freital I, Deutsche Xylolith-Platten-Fabrik, Fußbodenplatten nur für Industrie, Tel.: Dresden 88 12 75

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Spezial-Hartfußböden, Rosa-Luxemburg-Str. 8, Ruf 5 10 49

Industrielle Einrichtungen

Apolda, VEB (K) Metallbau und Labormöbelwerk (komplette Laboreinrichtungen, auch transportable Bauweise)

Krauschwitz/OL, VEB Steinzeugwerk Krauschwitz, säurefeste Laborbecken, Entwicklungströge, Auskleidungsplatten und andere Artikel der Baukeramik

Zwickau/Sa., VEB Zwickauer Ladenbau, moderne Ladenausbauten, Ossietzkystraße 5, Ruf 28 30

Isolierungen

Berlin-Grünau, Chemische Fabrik Grünau (Tel. 64 40 61) Schutzanstriche auf Bitumen- und Steinkohlenteerbasis Technische Beratung kostenlos

Hermsdorf/Thür., W. Hegemann & Söhne, Hematect-Werk, alle bituminösen Sperrstoffe nach DIN und AIB, Falzdichtungen von Betonrohrkanälen bis zu den größten Dimensionen durch Hematect-Sperrgürtel

Isolierungen Kälte und Wärme

Dresden, Isolierungen für Kälte und Wärme, Rheinhold & Co., in Verw., N 23, Gehestr. 21, Tel. 5 02 47

Karl-Marx-Stadt, Otto Westhoff, KG, Isolierungen für Kälte und Wärme, Turnstr. 6, Tel. 5 19 30

Installationstechnik

Halle/Saale, VEB Montagewerk
Ausführung und Projektierung
Warmwasser-, Heißwasser- und Dampfheizungen, Be- und Entwässerungen, Gas- und Warmwasserleitungen, sanitäre Einrichtungen
C 2, Böllberger Weg 85, Tel. 71 51

Kachel- und Wandplatten-Verlegung

Oberlichtenau, Michael's Granatina-Dichtung B 10150 besitzt außergewöhnliche Klebwirkung und ist im Bausektor universell anwendbar beim Verkleben von Holz, Pappe, Glas, Metall, Gips, Mauerwerk, Keramik usw.
Besonders geeignet zum Verkleben abgefallener bzw. neu zu verlegender Wandplatten und Kacheln.
Alle technischen Einzelheiten auf Anfrage durch das Lieferwerk
Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Kegelsportanlagen

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Asphaltkegelbahnen nach Bundesvorschrift, Salzstraße 29, Tel. 3 23 82

Kessel-Einmauerung

Gera/Thür., Louis Fraas & Co., Laasener Straße 6, Tel. 66 00

Kinoanlagen

Dresden, VEB Kinotechnik Dresden, Kinoanlagen, A 20, Oskarstraße 6, Tel. 4 20 57 und 4 66 07

Kleiderschränke

Bad Liebenwerda, Möbelwerke Liebenwerda, Rieger, Kaufmann & Co., OHG, Spezial-Fabrik für Kleiderschränke, Postfach 17, Fernruf 3 53

Klebemittel

Oberlichtenau, Spezial-Kleber aus der Produktion Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

1. **Für Bahnenbelag** (Kunststoff-Folie, PVC, Linoleum usw.) Michael's Spezial-Kleber L 248 und S-036
2. **Für Kacheln und Wandplatten** Michael's Granatina-Dichtung B 10 150
3. **Für Parkett-Verklebung** Michael's Parkett-Zementit C 10 210/C 10 693

Kulturwaren

Floh/Thür., Wilhelm Weisheit, Werkstätten für kunstgewerbliche Schmiedearbeiten in Verbindung mit Keramik, Tel.: Schmalkalden 4 79 (24 79)

Kunsthandwerk

Doberlug (S), Max Stein, Kunstintarsienschneidemeister, Qualitätseinlagen jeder Art. Gegründet 1919

Friedrichroda/Thür., Georg Reichert, Kunstschmiede, Schmiedearbeiten für die zweckdienende Innen- u. Außenarchit. i. Schmiedeeisen u. Metall. Entwürfe — Entwicklungsarbeiten

Leipzig, Max Gottschling, Holzeinlegearbeiten (Intarsien), W 31, Ernst-Mey-Straße 20, Tel. 5 12 15

Oelsnitz i. Vogtl., Melanchthonstr. 30, Kurt Todt, echte Handschmiedekunst, Türbeschläge, Laternen, Gitter

Muskau/Oberlausitz, Erna Pfitzinger, Keramiken für Haus und Garten, Anfertigung auch nach Zeichnung, Telefon: Muskau 84

Kunststoffbeläge

Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Kunststoffbeläge, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Ladenbau

Bernsdorf/OL, VEB (G) Leichtmetallbau, Konfektionsständer, Garderobenständer, Vitrinen, Preisständer, Sitzgarnituren, sämtl. Möbel aus Leichtmetall, Tel.: Bernsdorf 2 09

Waldheim/Sa., Rockhausen & Co., KG, Fabrik für Ladeneinrichtungen, Niederstadt 7, Tel. 1 73

Lampenschirme

Magdeburg-S, VEB (K) Loma, geschmackvolle Lampenschirme, Halberstädter Straße

Leichtbauplatten

Groitzsch, Bez. Leipzig, Tel. 2 24 VEB (K) Leichtbauplattenwerk, zementgebundene Holzwolle-Leichtbauplatten, zu beziehen über: VEB Baustoffversorgung